



Konrad
Adenauer
Stiftung

SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT - DAMALS UND HEUTE

ZITATE UND AUFSÄTZE

ZUSAMMENGESTELLT VON
SABINE VOGEL,
RICHARD REICHEL,
ANDREA SCHNEIDER

ISBN 978-3-939826-33-0



SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT – DAMALS UND HEUTE

ZITATE UND AUFSÄTZE

**Zusammengestellt von Sabine Vogel | Richard Reichel
Andrea Schneider**

Eine Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung dankt allen Autoren bzw. Verlagen für die freundliche Genehmigung zum Wiederabdruck ihrer Beiträge. Einige Rechteinhaber konnten nicht recherchiert werden. Wir bitten diese, sich gegebenenfalls mit der Konrad-Adenauer-Stiftung in Verbindung zu setzen. Kontakt: Matthias Schäfer, Konrad-Adenauer-Stiftung, Klingelhöferstr. 23, 10785 Berlin, (matthias.schaefer@kas.de). Die Rechtschreibung wurde aus den Ursprungstexten übernommen.

© 2007 Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Berlin/Sankt Augustin

Alle Rechte vorbehalten.

Nachdruck, auch auszugsweise, allein mit Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Gestaltung: SWITSCH KommunikationsDesign, Köln.

Satz: workstation gmbh, produktionsservice für analoge und digitale medien, Bonn.

Druck: Druckerei Franz Paffenholz, Bornheim.

Bildarchiv: dpa - picture alliance und fotolia

Printed in Germany.

Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

ISBN 978-3-939826-33-0

INHALT

7 | VORWORT

9 | **TEIL I: GRUNDLAGENTEXTE**

11 | DAS ORDNUNGSMODELL SOZIALE
MARKTWIRTSCHAFT

13 | MENSCHENBILD UND WERTE

20 | WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT

27 | WETTBEWERB UND WETTBEWERBSPOLITIK

32 | SOZIALPOLITIK

37 | EUROPÄISIERUNG UND GLOBALISIERUNG

40 | VERSCHIEDENES

45 | **TEIL II: AKTUELLE TEXTE**

47 | DAS ORDNUNGSMODELL SOZIALE
MARKTWIRTSCHAFT

48 | DIE ORDNUNG DER FREIHEIT
Horst Köhler

51 | MEHR ORDNUNGSPOLITISCHEN MUT, BITTE!
Peter Oberender

54 | PROLOG, AUS DEM BUCH SOZIALE
MARKTWIRTSCHAFT: GRUNDLAGEN,
ENTWICKLUNGSTENDENZEN, PERSPEKTIVEN
Otto Schlecht / Gerhard Stoltenberg

61 | MENSCHENBILD UND WERTE

- 62| MARKTWIRTSCHAFT UND ETHIK
Joseph Kardinal Ratzinger
- 69| ETHIK DER SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT
Otto Schlecht
- 72| DIE TREIBENDE KRAFT:
DIE CDU MUSS IHR KONZEPT DER
SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT NEU
DEFINIEREN UND PROPAGIEREN
Franz Schoser
- 78| SEHNSUCHT NACH ORDNUNG
Norbert Walter
- 83| WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT
- 84| ARBEITSLOSIGKEIT IST KEINE LOTTERIE.
ÜBER DIE URSACHEN SIND SICH DIE
ÖKONOMEN EINIG – PROBLEME BEREITET
DIE THERAPIE
Wolfgang Franz
- 91| HABEN WIR IN DEUTSCHLAND NOCH EINE
SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT IM SINNE
VON LUDWIG ERHARD UND ALFRED
MÜLLER-ARMACK?
Friedrich Reutner
- 94| DIE LAST DER FREIHEIT. ZUR EIGEN-
VERANTWORTUNG GEHÖRT DIE GEFAHR
DES SCHEITERNS
Joachim Starbatty
- 99| WETTBEWERB UND WETTBEWERBSPOLITIK
- 100| WIRTSCHAFT AN DER KETTE
Norbert Berthold

- 105| MARKT UND MEHRHEIT
Heike Göbel
- 111| WIR MÜSSEN GESUNDHEIT ALS
WACHSTUMSMARKT BEGREIFEN
Klaus-Dirk Henke
- 115| WIDER DIE AUSHÖLUNG DER WELT-
HANDELSORDNUNG – FÜR MEHR REGEL-
DISZIPLIN
Kronberger Kreis der Stiftung Marktwirtschaft
- 122| INTERNATIONALE FINANZMÄRKTE –
GERECHTIGKEIT BRAUCHT REGELN
Hans Reckers
- 131| SOZIALPOLITIK
- 132| DIE ARBEITSLOSENVERSICHERUNG
ZWISCHEN MARKT UND STAAT
Elke Gundel / Christoph Kannengießer
- 145| IST DER DEUTSCHE SOZIALSTAAT PASSÉ?
Gerhard D. Kleinhenz
- 149| DER NEUE SOZIALSTAAT
Hans-Werner Sinn
- 153| BESCHÄFTIGUNGSSITUATION UND
BESCHÄFTIGUNGSPERSPEKTIVEN ÄLTERER
ARBEITNEHMER IN DEUTSCHLAND
Ulrich Walwei
- 157| EUROPÄISIERUNG UND GLOBALISIERUNG
- 158| DER NEUE STRUKTURWANDEL:
HERAUSFORDERUNG UND CHANCE FÜR
DIE GEWERKSCHAFTEN
Lothar Funk

- 165| SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT UND
GLOBALISIERUNG – VEREINBARKEIT
ODER GEGENSÄTZE?
Gernot Gutmann
- 171| ZUR ORDNUNG DER GLOBALEN ÖKONOMIE
Horst Köhler
- 179| VERSCHIEDENES
- 180| WIE ATTRAKTIV SIND DIE NEUEN
BUNDESLÄNDER? – URTEILE, VORURTEILE,
IDEEN UND HERAUSFORDERUNGEN
Helmut Seitz
- 189| DANK
AUSZUG AUS SEINER REDE ANLÄSSLICH
DER VERLEIHUNG DER ALEXANDER-
RÜSTOW-PLAKETTE AM 21. OKTOBER 2004
Bernhard Vogel
- 191| SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT:
EIN MÄRCHEN AUS ALTEN ZEITEN?
Horst Friedrich Wünsche
- 196| WAS AUF EINE NEUE BUNDESREGIERUNG
ZUKOMMT
Klaus F. Zimmermann
- 199| LITERATUR
- 205| DIE AUTOREN
- 209| DIE BEARBEITER

VORWORT

Die Soziale Marktwirtschaft, die als ordnungspolitisches Modell den Wiederaufbau und den wirtschaftlichen Aufstieg Deutschlands ganz entscheidend geprägt hat, kann nicht nur auf eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung verweisen - sie steht darüber hinaus auf einer beachtenswerten theoretischen und sozialetischen Grundlage.

Die Überzeugung, dass eine marktwirtschaftliche Politik auf die sozialen Verhältnisse einer Gesellschaft abgestimmt sein muss und dass die Entwicklung im Wechselspiel dieser beiden Elemente erfolgt, liegt der Sozialen Marktwirtschaft zugrunde. Dass sie den Menschen dienen soll, ist eine wesentliche Grundannahme des Modells.

Alfred Müller-Armack, neben Walter Eucken, Wilhelm Röpke und Ludwig Erhard einer der bedeutendsten Wegbereiter der Sozialen Marktwirtschaft, sagte zur Frage ihrer Entwicklung einmal, dass die Soziale Marktwirtschaft „ein der Ausgestaltung harrender progressiver Stilgedanke“ sei.

Viele ordnungspolitische Grundsatzfragen stellen sich heute natürlich anders als damals. Die Herausforderungen der Gegenwart müssen ständig neu und grundlegend bewältigt werden, seien es Fragen der Europäischen Integration, der Globalisierung, der Veränderung unserer demographischen Struktur oder des Klimawandels.

Zu dieser Fortentwicklung möchte die Konrad-Adenauer-Stiftung beitragen. Dazu legen wir diesen Sammelband vor. Im ersten Teil besinnen wir uns auf die Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft – in den Worten einiger ihrer Gründungsväter. Im zweiten Teil haben wir aktuelle Beiträge zusammengestellt, die Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft auf jüngere Fragestellungen anwenden und Lösungsansätze formulieren.

Unser Sammelband erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, weder in seiner inhaltlichen Gestaltung noch in der Auswahl der zitierten Autoren. Er soll beginnend bei den historischen Wurzeln eine Orientierung in der Gegenwart ermöglichen. Wir freuen uns auf spannende Debatten um die Fortentwicklung des „progressiven Stilgedankens“.

TEIL I
GRUNDLAGENTEXTE

DAS ORDNUNGSMODELL SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

„Wir sprechen von ‚Sozialer Marktwirtschaft‘, um diese dritte wirtschaftspolitische Form zu kennzeichnen. Es bedeutet dies, [...] daß uns die Marktwirtschaft notwendig als das tragende Gerüst der künftigen Wirtschaftsordnung erscheint, nur daß dies eben keine sich selbst überlassene, liberale Marktwirtschaft, sondern eine bewußt gesteuerte, und zwar sozial gesteuerte Marktwirtschaft sein soll.“ (*Müller-Armack, 1976, S. 109*)

„Diese Wortverbindung war überraschend zur Zeit der Namerzeugung im Jahre 1946, in einer Zeit, in der Wirtschaftslenkung und Dirigismus ihr Monopol auf soziale Sicherung behaupteten und es paradox erschien, in einer Marktwirtschaft, die man aus sozialen Motiven ein Jahrzehnt lang bewußt demontiert hatte, eine bessere Ordnung auch für die breiten Schichten zu sehen.“ (*Müller-Armack, 1976, S. 296*)

Die Soziale Marktwirtschaft ist „ein irenischer Ordnungsgedanke, eine strategische Idee innerhalb des Konfliktes verschiedener Zielsituationen. Sie ist eine Stilformel, durch die versucht wird, die wesentlichen Ziele unserer freien Gesellschaft zu einem neuen, bisher in der Geschichte noch nicht realisierten, praktischen Ausgleich zu bringen. [...] Die Soziale Marktwirtschaft ist so eine Integrationsformel, durch

die versucht wird, die wesentlichen Kräfte unserer heutigen Gesellschaft in eine echte Kooperation zu führen.“ (Müller-Armack, 1976, S. 300)

„Der Gedanke der Sozialen Marktwirtschaft ist so ein der Ausgestaltung harrender, progressiver Stilgedanke [...]“ (Müller-Armack, 1976, S. 12)

„Und durch dieses – man kann nur sagen – Durcheinanderwursteln von Praktikern und Interessenten mit dem nur allzu willigen Staat, dessen Bürokratie darin eine Chance sah, ihren Machtbereich zu erweitern, entstand jene degenerierte Form der Marktwirtschaft, die wir erlebt haben. Zu alledem kam noch ein anderer Übelstand [...], nämlich die Machtzusammenballung der Monopole. Angesichts dieser Entwicklung stand man vor der doppelten Verlegenheit, einerseits diese offensichtlich unhaltbare und immer unhaltbarer werdende, unsystematische ‚Wirtschaftsordnung‘ nicht unbegrenzt weitertreiben zu können, andererseits aber den Kommunismus mit seiner zentralistischen, totalen Verwaltungswirtschaft auch nicht bejahen zu können. Das war die Situation, aus der heraus wir Neoliberalen uns die Frage vorlegten, ob es denn nicht einen Ausweg gäbe; ob es denn nicht gegenüber diesen beiden Wegen, die beide offensichtlich zu Ergebnissen führen, die weder wirtschaftlich noch menschlich zu bejahen sind, einen bejahenswerten dritten Weg gäbe. Eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die sich zugleich als eigenständige, haltbare, verteidigungsfähige und verteidigungswürdige Gegenposition dem drohenden Bolschewismus entgegenstellen ließe. Denn daß die unsoziale Marktwirtschaft des uns nur allzuwohl bekannten traditionellen Kapitalismus diese Aufgabe erfüllen könnte, daß wir unter der Parole: ‚Es wird weitergewurstelt, bis business as usual über den Bolschewismus siegen könnte, das wird sich doch wohl niemand ernstlich einbilden. Wir neoliberalen Anhänger der sozialen Marktwirtschaft glauben nun in der Tat, einen solchen dritten Weg gefunden zu haben. Diese Einsicht hat allerdings lange gebraucht und war nicht leicht zu erreichen. Die ersten Manifeste dieser Richtung stammen aus dem Jahr 1932.“

(Rüstow, 1955, S. 62f.)

MENSCHENBILD UND WERTE

„Der Gedanke der Sozialen Marktwirtschaft stellt den Versuch dar zu einer Synthese zwischen Einsichten in die Unabdingbarkeiten des Marktgeschehens und der Bemühung, dieses marktwirtschaftliche Organisationsgebilde mit sozialen und gesellschaftlichen Fortschritten vereinbar zu machen.“ (Müller-Armack, 1981, S. 126)

„Jeder Mensch ist, wie die Stoiker zu sagen pflegten, in erster Linie und hauptsächlich seiner eigenen Obsorge empfohlen; und sicherlich ist jeder Mensch in jeder Beziehung geschickter und geeigneter, für sich selbst zu sorgen als für irgendeinen anderen.“ (Adam Smith, 1985, S. 371)

„Die Anhänger der Marktwirtschaft [...] gründen die Ordnung des Wirtschaftslebens primär auf die Freiheit des einzelnen, die nur dann einzuengen ist (und zwar durch wirtschaftspolitische Maßnahmen, die dem Wesen der Marktwirtschaft entsprechen), wenn zwingende Interessen der Gemeinschaft dies erfordern.“ (Müller-Armack, 1981, S. 93)

„Bloße Freiheit könnte zum leeren Begriff werden, wenn sie sich nicht mit der sozialen Gerechtigkeit als verpflichtender Aufgabe verbände. So muß die soziale Gerechtigkeit mit und neben der Freiheit zum integrierenden Bestandteil unserer künftigen Wirtschaftsordnung erhoben werden.“ (Müller-Armack, 1981, S. 91)

„Die Freiheit darf also nicht zu einem Götzendienst werden, ohne Verantwortung, ohne Bindung, ohne Wurzel. Die Verbindung zwischen Freiheit und Verantwortung bedarf vielmehr der Ordnung. Ich hätte eigentlich fast lieber über das Begriffspaar: Freiheit und Ordnung gesprochen, denn die Verantwortung ist für mich ein Ordnungsbegriff, ein sittlicher Ordnungsbegriff, denn nur, wenn die Freiheit in einer Ordnung von der Verantwortung gebändigt ist, dann etwa finden wir den richtigen christlichen und gesellschaftspolitischen Standort für solche Werte. Ohne Zweifel droht die Freiheit für sich, d.h. ohne Ordnung, im Chaotischen zu entarten, wie umgekehrt die Ordnung, wenn man sie nur als einen äußeren Rahmen, nur als Form nimmt, allzu leicht im Zwang erstickt.“
(Erhard, 1962, S. 589)

„Das Herdfeuer der Freiheit darf nicht zur Feuersbrunst werden. Freiheit ist, woran man leider erinnern muß, ein moralischer Begriff allerhöchster Ordnung, und es kann keinen schlimmeren Missbrauch der Freiheit geben als ihre Umdeutung in ein beliebiges Tun- und Lassen-Können, in eine Lösung von allen Bindungen und Schranken. Sie ist undenkbar ohne die moralischen Regeln, denen wir uns verpflichtet fühlen. Freiheit ohne Normen, ohne Selbstdisziplin der einzelnen und der Gruppen der Gesellschaft muß in furchtbare Unfreiheit umschlagen.“ (Röpke, 1962, S. 8)

„Weil das Eigentum jedes Menschen an seiner eigenen Arbeitskraft ursprüngliche Grundlage allen anderen Eigentums ist, ist es auch vor allem anderen heilig und unverletzlich. Das Erbteil eines armen Mannes liegt in der Kraft und Geschicklichkeit seiner Hände; und ihn daran zu hindern, diese Kraft und Geschicklichkeit so zu gebrauchen, wie er es, ohne seinen Nachbarn zu schädigen, für richtig hält, ist eine eindeutige Verletzung dieses heiligsten Eigentumsrechtes. Es ist ein offenkundiger Eingriff in die rechtmäßige Freiheit sowohl des Arbeiters als auch derjenigen, die bereit sein könnten, ihn zu beschäftigen. Ebenso wie es den einen daran hindert, das zu arbeiten, was er für richtig hält, hindert es die anderen daran, diejenigen zu beschäftigen, die sie für die richtigen halten.“
(Smith, 1999, S. 190)

„Es ist unmöglich, sich wirtschaftspolitisch für eine Lösung zu entscheiden, die den zentralen geistigen Werten, für die man sich einsetzt, widerspricht.“ (Müller-Armack, 1976, S. 89)

„Diese Annahme des Liberalismus, im Wirtschaftlichen schon einen den Menschen ausfüllenden Lebensbereich gefunden zu haben, können wir heute aus vertiefter Einsicht in die vollständige Natur des Menschen nicht teilen. Wir sehen die wirtschaftliche Sphäre nicht als erschöpfenden Lebensbereich, sondern als eine instrumentale Schicht, die als solche in ihren eigenen Gesetzlichkeiten begriffen werden muß, ohne daß damit die Notwendigkeit eines übergreifenden Rechts sozialer, staatlicher und geistiger Werte entfiel.“ (Müller-Armack, 1976, S. 106f.)

„Die innere Aufgliederung der Macht, welche die Marktwirtschaft kennzeichnet, wird auch in Zukunft die wesentliche Garantie sein, die die Freiheit des einzelnen verbürgt. Wo in ihr noch private Übermacht weiterhin möglich ist, ist es Aufgabe einer modifizierten Marktwirtschaft, auch diese noch zu beseitigen. Unter dem Gesichtspunkte der Freiheit dürfte die Marktwirtschaft auch dann noch vorzuziehen sein, wenn ihre ökonomischen Leistungen geringer wären als die der Wirtschaftslenkung. Es ist dies, wie wir sehen, in keiner Weise der Fall, aber es scheint doch notwendig, darauf hinzuweisen, dass das letzte Kriterium für eine Wirtschaftsordnung auch im Geistigen ruht und nicht im Wirtschaftlichen allein.“ (Müller-Armack, 1976, S. 84)

„Ist aber überhaupt Freiheit mit Ordnung vereinbar? – Freiheit und Ordnung sind kein Gegensatz. Sie bedingen einander. „Ordnen heißt in Freiheit ordnen. Wenn man einen Prozess ordnet, so bedeutet das, daß man die Faktoren, die ihn bestimmen, so gestaltet, daß er sich dann von selbst in der gewünschten Richtung vollzieht. Geordnet kann nur – im Gegensatz zu ‚geregelt‘ – werden, wenn sich die Menschen diszipliniert verhalten“ (Leonhard Miksch). Ein solches Verhalten ist aber nur da möglich, wo aus dem Geist einer richtig verstandenen Freiheit heraus die Notwendigkeiten einer gewollten Ordnung bejaht werden. Nur so kann die Koordination aller Wirtschaftenden zustande kommen, die das Wesen der Wettbewerbsordnung ausmacht. Freilich – zum Gedanken der Freiheit gehört es ebenso wie zur Idee der Ordnung, daß die Freiheit ihre Grenzen hat, und zwar da, wo die Ordnung durch sie bedroht wird.“ (Eucken, 1990, S. 179)

„Ordnung‘ hat aber noch einen anderen Sinn: als Ordnung, die dem Wesen des Menschen und der Sache entspricht, d.h. Ordnung, in der Maß und Gleichgewicht bestehen. [...] – Im Mittelalter ist der Ordo-Gedanke

ausgeprägt worden, der auf den Aufbau der ganzen mittelalterlichen Kultur entscheidend wirkte. Er bedeutet die sinnvolle Zusammenfügung des Mannigfaltigen zu einem Ganzen." (*Eucken, 1965, S. 239*)

„Eine solche [Wirtschaftsordnung] kann nie aus dem Zweckdenken und überalterten politischen Ideen allein hervorgehen, sondern bedarf der tieferen Begründung durch sittliche Ideale, welche ihr erst die innere Berechtigung verleihen. Zwei großen sittlichen Zielen fühlen wir uns verpflichtet, der Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit." (*Müller-Armack, 1981, S. 90*)

„Denkende Gestaltung der Ordnung ist nötig. Die wirtschaftspolitischen Einzelfragen – ob es sich nun um Fragen der Agrarpolitik, der Handelspolitik, der Kreditpolitik, Monopolpolitik, der Steuerpolitik, des Gesellschaftsrechts oder des Konkursrechts handelt – sind Teilfragen der großen Frage, wie die wirtschaftliche Gesamtordnung, und zwar die nationale und die internationale Ordnung und ihre Spielregeln zu gestalten sind." (*Eucken, 1965, S. 240*)

„So sehr es notwendig ist, die marktwirtschaftliche Ordnung als ein zusammenhängendes Ganzes zu begreifen und zu sichern, so sehr ist es ebenfalls notwendig, sich des technischen und partiellen Charakters der Marktordnung bewußt zu werden. *Sie ist nur ein überaus zweckmäßiges Organisationsmittel, aber auch nicht mehr, und es wäre ein verhängnisvoller Irrtum, der Automatik des Marktes die Aufgabe zuzumuten, eine letztgültige soziale Ordnung zu schaffen und die Notwendigkeiten des staatlichen und kulturellen Lebens von sich aus zu berücksichtigen.* Es bedarf vielmehr hier einer bewußten Einstellung der marktwirtschaftlichen Ordnung in eine übergreifende Lebensordnung, welche die notwendigen Korrekturen und Ergänzungen zu dem rein technische verlaufenden Prozeß der Gütererzeugung vollzieht." (*Müller-Armack, 1976, S. 106*)

„Die Rücksicht auf unser eigenes Glück und auf unseren persönlichen Vorteil erscheint in zahlreichen Fällen als ein sehr lobenswertes Prinzip des Handelns. Charaktergewohnheiten wie Wirtschaftlichkeit, Fleiß, Umsicht, Aufmerksamkeit, geistige Regsamkeit, werden nach allgemeinem Dafürhalten aus eigennützigen Beweggründen gepflegt, und doch hält man sie zugleich für sehr lobenswürdige Eigenschaften, die die Achtung und Billigung eines jeden verdienen." (*Smith, 1985, S. 560*)

„Es ist üblich, ‚Sicherheit‘ der ‚Freiheit‘ gegenüber zu stellen. Sicherheit erfordere den Verzicht auf Freiheit. Freiheit sei dem modernen Menschen ziemlich gleichgültig. Er wolle vor allem Sicherheit. [...] Aber dieser Gegensatz von Sicherheit und Freiheit besteht nicht. Im Gegenteil: Ohne Freiheit ist Sicherheit unmöglich. [...] Sicherheit setzt voraus, dass der einzelne Mensch eine gewisse Freiheitssphäre besitzt und über Wahlmöglichkeiten verfügt, so oder so handeln zu können. [...] Damit stößt man auf den Kernpunkt der sozialen Frage: die Freiheit. Die Unfreiheit ermöglicht den Druck auf die Daseinsbedingungen. Die Herrschaft privater oder öffentlicher Machtkörper gefährdet die Durchsetzung der Gerechtigkeit, und mangelnde Sicherheit entspringt aus mangelnder Freiheit. Ohne Freiheit der Person die soziale Frage zu lösen, ist unmöglich.“
(Eucken, 1990, S. 125f.)

„Die Wirtschaftspolitik aber soll die freie natürliche gottgewollte Ordnung verwirklichen. Sowenig der Mensch, der in dieser Ordnung steht, seine eigene Freiheit selber aufheben darf, sowenig darf er die Freiheitssphäre der anderen mißachten. Hier an der Freiheitssphäre der anderen findet seine Person ihre Grenzen. Indem er diese Freiheitssphäre achtet, übt er Humanität. Freiheit – richtig verstanden – und Humanität und Recht gehören zusammen, sind untrennbar miteinander verbunden.“ (Eucken, 1990, S. 176)

„Es muß [...] alles getan werden, um den Schwerpunkt der Lebensverantwortung wieder zu verlegen vom staatlichen Zentrum an die Stelle, die gesundes Denken und geschichtliche Erfahrung als die natürliche Stelle verlangt, hin zum einzelnen inmitten seiner Familie, zu den dezentralisierten staatsfreien Organisationen, zu den breiten Schichten der Völker. An dieser Aufgabe [...] entscheidet sich das Schicksal unserer Kultur, deren Wesen Freiheit und Persönlichkeit sind.“ (Röpke, 1964, S. 246)

„Ordnung und Ansporn, das sind die beiden Hauptprobleme, die eine Wirtschaftsverfassung zu lösen hat, hier und heute und zu allen Zeiten, und sie müssen geräuschlos, spontan und kontinuierlich gelöst werden.“
(Röpke, 1979 [1], S. 91)

„[...] der Weg der Sozialen Marktwirtschaft. Wobei ich gleich hier betonen möchte, dass bei diesem von meinem Kollegen Müller-Armack geprägten Terminus der Sozialen Marktwirtschaft das Wort sozial dick rot

unterstrichen werden muß. Denn so ist es nicht gemeint, daß man auf die paläo-liberale, uns allen sattsam bekannte kapitalistische Wirtschaft des laissez-faire nur dieses Etikettchen ‚Sozial‘ obendrauf zu kleben brauchte [...]“ (*Rüstow, 1952, S. 23*)

„Meine Damen und Herren! Wir, die wir für die Soziale Marktwirtschaft eintreten, tun das also nicht nur, weil sie nachweislich die bei weitem ergiebigste Wirtschaftsordnung, die an Produktivität allen anderen weit überlegen ist, sondern weil es die einzige Wirtschaftsordnung ist, die mit politischer Freiheit, mit menschlicher Würde vereinbar ist, die einzige, auf die sich auf die Dauer eine demokratische Staatsform stützen kann.“ (*Rüstow, 1952, S. 33*)

„Diese beiden höchsten überwirtschaftlichen Werte: Gerechtigkeit und Freiheit, würden selbst schwere wirtschaftliche Opfer lohnen. Nun steht es aber erstaunlicherweise so, daß dieselbe Wirtschaftsform, die die höchsten überwirtschaftlichen Werte sichert, von allen uns bekannten Wirtschaftsformen auch noch die wirtschaftlich weitaus produktivste ist. Denn alle anderen Wirtschaftsordnungen sind darauf angewiesen, einen aufreibenden und nie endenden Kampf gegen den menschlichen Egoismus zu führen. Die Konkurrenzwirtschaft dagegen ist die einzige Wirtschaftsform, die diese nun einmal allgemeinste, alltäglichsste und im Alltag stärkste aller menschlichen Kräfte als ungebremste Antriebsenergie in ihren Dienst stellen kann. Ein und dieselbe Wirtschaftsform vereinigt also in sich Gerechtigkeit und Freiheit einerseits und höchste wirtschaftliche Ergiebigkeit andererseits.“ (*Rüstow, 1950, S. 100*)

„Und es ist nun eben sozusagen das Kolumbusei der Marktwirtschaft, daß sie diese als selbstverständlich voraussetzbare Pflicht und Aufgabe jedes einzelnen Menschen, zunächst einmal nach besten Kräften für sich und die Seinigen zu sorgen, als ungebremste Triebkraft benutzt; denn sie kann darauf jederzeit ohne weiteres bei jedem normalen Menschen rechnen. Alle anderen Wirtschaftsformen dagegen müssen predigen; weil hier Eigeninteresse und Gesamtinteresse nicht wie bei der Leistungskonkurrenz der Marktwirtschaft gleichgeschaltet sind, sondern in Widerstreit liegen, müssen sie gegen den Egoismus zu Felde ziehen, unter Hinweis auf das Allgemeinwohl an die Opferbereitschaft des Einzelnen appellieren usw. Aber solche Predigten und Appelle pflegen auf die Dauer und im Durchschnitt leider wenig Erfolg zu haben. Von der Regierung durch Predigt muß man meist sehr schnell zur Regierung durch Drohung und schließlich zur Regierung durch Terror übergehen.“ (*Rüstow, 1955, S. 58*)

„Jeder Versuch also, eine Wirtschaftsordnung auf eine Moral zu gründen, die wesentlich höher ist als die durchschnittliche und dem Menschen gemäße, muß auf Zwang und organisierte Massenberauschung durch die Lüge der Propaganda zurückgreifen.“ (*Röpke, 1958, S. 165*)

„Gewinn und Macht bewegen die Menschen, aber ebenso Freude am Schaffen und am Beruf; der Wunsch, zu gelten; der Traum, Troja auszugraben [...]; der Trieb, zu helfen und zu schenken; die Passion des Kunstsammlers oder Bibliophilen, und tausend anderes mehr.“ (*Röpke, 1958, S. 165f.*)

„Er [der Liberale] rechnet gleichermaßen mit ‚grandeur‘ und ‚bassesse‘ des Menschen und strebt dahin, die Menschen nach Möglichkeit unter Bedingungen zu setzen, die ihnen weder Anreiz noch Gelegenheit geben, ihren irdischen Trieben ungehemmten Lauf zu lassen. Er [der Liberale] glaubt nicht, daß ein Gesellschafts- und Wirtschaftssystem praktisch sei, welches Heilige oder Helden voraussetzt, sondern nur ein solches, das mit den Menschen rechnet, wie sie bestenfalls im Durchschnitt sind. Er ist alles andere als ein Moralist, der den Wagen der Tugend auch durch den tiefsten Morast zwingen möchte und nicht sieht, daß man es den Menschen nicht zu schwer machen darf. [...] Er ist ein Realist, der [...] glaubt, daß die Welt immer noch am besten fährt, wenn es so eingerichtet wird, daß ‚dem Ochs, der da drischt, das Maul nicht verbunden wird‘ (5. Moses 25,4), und durch bestimmte Institutionen das Eigeninteresse nach Möglichkeit dem Gesamtinteresse koordiniert wird.“ (*Röpke, 1947, S. 17*)

WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT

„Die Frage der Wirtschaftsordnung steht in unlösbarem Zusammenhange mit der politischen und Gesamtlebensordnung, die wir erstreben. Es gilt heute Klarheit darüber zu gewinnen, wie wenig es möglich ist, die Ideale menschlicher Freiheit und persönlicher Würde zu verwirklichen, sofern die wirtschaftliche Ordnung, die wir wählen, dem widerspricht.“
(Müller-Armack, 1976, S. 81)

„Die Wettbewerbsordnung muss im Gesamtrahmen der Gesellschaft gesehen werden. So wie sie einerseits gegen das Auftreten wirtschaftlicher Macht zu sichern ist, müssen wir auf der anderen Seite bedenken, daß die Gegensätzlichkeit der Interessen, die die Wettbewerbswirtschaft vorfindet und in einen sozialnützlichen Gesamtrahmen einspannt, eine Grenze ihrer Wirksamkeit bedeutet. [...] Sie bedarf daher der Ergänzung durch eine Gesellschaftspolitik, die den Menschen nicht nur funktionell als Produzenten und Konsumenten, sondern auch in seiner persönlichen Existenz sieht.“
(Müller-Armack, 1976, S. 235)

„Wirtschaftspolitik kann heute sinnvoll nur von einer Gesamtordnungsidee her geführt werden. Eine punktuelle, hier und dort in den Marktzusammenhang eingreifende Wirtschaftspolitik führt, sobald sich diese Eingriffe summieren, zu einer Verwirrung des Ganzen.“ *(Müller-Armack, 1976, S. 236)*

„Die Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft umfaßt einen weiteren gesellschaftspolitischen und einen engeren wirtschaftspolitischen Bereich von Maßnahmen, die sinnvoll aufeinander abgestimmt sein müssen. Die Zielsetzung der Sozialen Marktwirtschaft reicht über eine Modifikation oder klarere Herausbildung des wettbewerblichen Prinzips wesentlich hinaus. [...] Es handelt sich nicht nur um die Gestaltung einer ökonomischen Ordnung, vielmehr bedarf es der Eingliederung dieser Ordnung in einen ganzheitlichen *Lebensstil*.“ (Müller-Armack, 1976, S. 237)

„Als irenische Formel, als Stileinheit umfasst die Soziale Marktwirtschaft nicht nur eine vom Markt her koordinierte Wirtschaftsordnung, sondern das Beiwort sozial gibt daneben den Hinweis darauf, daß diese Ordnung gesellschaftspolitische Ziele verfolgt.“ (Müller-Armack, 1976, S. 301)

„Jede freiheitliche Ordnung muß davon ausgehen, daß die Freiheit ein Ganzes und Unteilbares ist, bei der sich zur politischen, religiösen, wirtschaftlichen und geistigen Freiheit die ursprünglich menschliche Freiheit in allen Lebensbereichen gesellen muß.“ (Erhard, 1962, S. 491)

„Die Bürger jedes Staates sollen zum Unterhalt des Staates möglichst genau nach ihrer Leistungsfähigkeit beitragen, d.h. nach dem Einkommen, das sie unter dem Schutz des Staates jeweils genießen.“ (Smith, 1999, S. 786)

„Es ist das Verdienst der neoliberalen Schule, den Gedanken der ‚Interdependenz der Ordnungen‘ wieder in das Bewußtsein der Wirtschaftspolitik und der Politik schlechthin gerufen zu haben. Sie hat erneut aufgezeigt, daß die verschiedenen Lebensbereiche der Gesellschaft nach einheitlichen Prinzipien geordnet sein müssen, sollen nicht wesentliche Elemente des freiheitlichen und des christlichen Menschen- und Gesellschaftsbildes gefährdet werden.“ (Erhard, 1988, S. 1015)

„Es muß daher immer wieder betont werden, daß es die eigentliche und vornehmste Aufgabe des Staates ist, einen Ordnungsrahmen zu schaffen, innerhalb dessen sich der Staatsbürger frei bewegen dürfen soll. Und das wieder erfordert die Handhabung einer Wirtschaftspolitik, in der die wirtschaftenden Menschen aller sozialen Schichten dessen gewiß sein dürfen, nicht ständig unvorhersehbaren politischen Entscheidungen ausgesetzt zu sein. Es geht hier darum, die wirtschaftlichen und gesell-

schaftlichen Grundlagen unserer Lebensordnung nicht einem täglich wechselbaren Instrumentarium der Politik zu überantworten." (Erhard, 1988, S. 1052)

„Als Anhänger der Marktwirtschaft [...] treten wir dafür ein, daß die für die Aufstellung der allgemeinen Richtlinien der Gesamtpolitik verfassungsmäßig berufenen Organe zunächst nur die Grundsätze der Wirtschaftspolitik umreißen, zu Ordnungseingriffen in den wirtschaftlichen Ablauf jedoch nur ausnahmsweise und nur im Wege der Gesetzgebung, also des demokratischen Zusammenspiels von Parlament und Regierung, unter ständiger Kritik durch die öffentlicher Meinung schreiten.“ (Müller-Armack, 1981, S. 93)

„Die letzten Ziele staatsbürgerlicher Freiheit müssen mit den Zielen der wirtschaftlichen Freiheit des einzelnen übereinstimmen. Staatsbürgerliche Freiheit ist solange eine Illusion, als sie nicht auch auf die wirtschaftlichen Grundfreiheiten der Freizügigkeit von Kapital und Arbeit, des Rechtes auf Privateigentum und auf Sicherung ehrlichen Gewinnes gegründet ist.“ (Müller-Armack, 1981, S. 101)

„Die wirtschaftliche Ordnung und die politische und geistige Ordnung müssen in Übereinstimmung stehen. Die Freiheit ist unteilbar. Es geht nicht an, in der Staatspolitik den Idealen von Freiheit und Demokratie zu folgen, in der Wirtschaft aber Autokratie und Bürokratie zu verwirklichen. Wir fordern daher, daß der Staat innerhalb seiner Sphäre so stark wie möglich ist, außerhalb seiner eigentlichen Aufgaben jedoch so wenig Macht wie möglich ausüben sollte. Wir halten daher auch für den Bereich der wirtschaftlichen Tätigkeit eine *verfassungsmäßig zu verankernde Gewaltenteilung zwischen Staat und Wirtschaft* in dem Sinne für erforderlich, dass die wirtschaftspolitischen Kompetenzen des Staates und die wirtschaftlichen Freiheiten des einzelnen klar gegeneinander abgegrenzt werden.“ (Müller-Armack, 1981, S. 101)

„Neben den engeren Aufgaben der Wettbewerbssicherung und den weiteren Aufgaben des sozialen Schutzes steht der Staat seit je und heute bewußter als früher vor Aufgaben der Gesellschaftspolitik, um die heute so gern zitierte ‚Qualität des Lebens‘, d.h. die Lebensumstände für alle, zu verbessern. [...] Dies alles sind legitime Aufgaben, die erst das System der Sozialen Marktwirtschaft vollständig machen.“ (Müller-Armack, 1981, S. 150f.)

„In Wahrheit kann die Marktwirtschaft [...] nur als Stück einer bürgerlichen Gesamtordnung und in ihrem Schutze gedeihen. Das soll heißen, dass sie eine Gesellschaft voraussetzt, in der bestimmte grundlegende Dinge respektiert werden und dem ganzen Gewebe der gesellschaftlichen Beziehungen Farbe geben: individuelle Anstrengung und Verantwortung, [...] selbstverantwortliche Lebensplanung, [...] der Mut, es mit dem Leben und seinen Unsicherheiten [...] auf eigene Faust aufzunehmen [...].“ (Röpke, 1979 [2], S. 154f.)

„Ein starker Staat ist nun aber nicht derjenige, der sich in alles mischt und alles an sich zieht. Im Gegenteil, nicht die Vielgeschäftigkeit, sondern die Unabhängigkeit von den Interessengruppen und die unbeugsame Geltendmachung seiner Autorität und seiner Würde als Vertreter der Allgemeinheit, kennzeichnen den wirklich starken Staat, [...] Das ist der Staat, den die Marktwirtschaft und unser Wirtschaftsprogramm voraussetzen: ein Staat, der genau die Grenze sieht zwischen den Agenda und den Nonagenda des Staates, der sich in dem ihm zukommenden Bereich mit der ganzen Kraft seiner Autorität durchsetzt, außerhalb dieses Bereiches aber sich von jeder Einmischung fernhält – ein robuster Schiedsrichter, dessen Aufgabe es ist, weder mitzuspielen noch den Spielern ihr Spiel in allen seinen Bewegungen vorzuschreiben, der vielmehr in voller Unparteilichkeit und Unbestechlichkeit für die strikteste Einhaltung der Spielregeln und der sportlichen Fairness sorgt.“ (Röpke, 1979 [3], S. 310)

„Glauben Sie, der Staat könne mehr leisten, als er vorher dem Volke abgenommen hat? Wir sind mit einem Anteil der öffentlichen Hand von 40 Prozent am Sozialprodukt schon das Land, das in der nichtkommunistischen Welt an der Spitze liegt. Je mehr gefordert wird, desto mehr muß der Staat Ihnen abverlangen, und dann werden diese 40 Prozent auf 45 und auf 50 Prozent gesteigert werden. Glauben Sie weiter, daß dann noch eine freiheitliche Ordnung denkbar ist, daß unser Volk dann noch aus Menschen besteht, die in geistiger und materieller Unabhängigkeit echte Staatsbürger im demokratischen Sinn bleiben können?!“ (Erhard, 1962, S. 495f.)

„Die Blindheit und *intellektuelle Fahrlässigkeit*, mit der wir dem Versorgungs- und Wohlfahrtsstaat zusteuern, kann nur zu unserem Unheil ausschlagen. Dieser Drang und Hang ist mehr als alles andere geeignet, die echten menschlichen Tugenden: Verantwortungsfreudigkeit, Nächsten- und Menschenliebe, das Verlangen nach Bewährung, die Bereitschaft zur

Selbstvorsorge und noch vieles Gute mehr allmählich, aber sicher absterben zu lassen - und am Ende steht vielleicht nicht die klassenlose, wohl aber die *seelenlos mechanisierte Gesellschaft.*" (Erhard, 1957, S. 248f.)

„Es gibt nichts, was nicht sozial wichtig wäre. Es gibt keine wirtschaftspolitische Maßnahme, die nicht zugleich auch, sei es direkt oder indirekt, soziale Auswirkungen und soziale Bedeutung hätte. Wer soziale Interessen vertreten will, sollte daher sein Augenmerk vor allem auf die Gestaltung der Gesamtordnung richten. Durch die allgemeine Ordnungspolitik muß versucht werden, die Entstehung sozialer Fragen zu verhindern.“ (Eucken, 1990, S. 313)

„Wir sind der Meinung, daß es unendlich viele Dinge gibt, die wichtiger sind als Wirtschaft: Familie, Gemeinde, Staat, alle sozialen Integrationsformen überhaupt bis hinauf zur Menschheit, ferner das Religiöse, das Ethische, das Ästhetische, kurz gesagt, das Menschliche, das Kulturelle überhaupt. Alle diese großen Bereiche des Menschlichen sind wichtiger als die Wirtschaft.“ (Rüstow, 1960c/1963, S. 77f.)

„Selbstdisziplin, Gerechtigkeitssinn, Ehrlichkeit, Fairness, Ritterlichkeit, Maßhalten, Gemeinsinn, Achtung vor der Menschenwürde des anderen, feste sittliche Normen – das alles sind Dinge, die die Menschen bereits mitbringen müssen, wenn sie auf den Markt gehen und sich im Wettbewerb miteinander messen. Sie sind die unentbehrlichen Stützen, die beide vor Entartung bewahren. [...] Familie, Kirche, echte Gemeinschaft und Überlieferung müssen sie damit ausstatten. Die Menschen müssen auch unter Bedingungen aufwachsen, die solche moralischen Überzeugungen begünstigen, Bedingungen einer natürlichen, die Zusammenarbeit fördernden, die Überlieferung achtenden und den einzelnen einbettenden Ordnung.“ (Röpke, 1958, S. 170)

„In der Tat: eine freie, wesentlich auf Markt, Wettbewerb, Privatinitiative, freier Preisbildung und freier Konsumwahl beruhende Wirtschaftsverfassung ist auf die Dauer unmöglich in einer vermassten, kollektivierten, proletarisierten, entwurzelten, vital unbefriedigend und haltlos gewordenen Gesellschaft. Diese freie Marktwirtschaft kann ja in soziologisch-vital-moralischer Hinsicht einem Hohlraum verglichen werden, der daher um so stärkerer Randstützen bedarf, und gerade an der Vermorschung dieser Randstützen ist die liberale Wirtschaft der Vergangenheit mitsamt

dem liberalen Gesellschaftssystem zugrunde gegangen. Daraus ergibt sich für das Heilungsprogramm zwingend der Schluß, daß eine Re-Integrierung der Marktwirtschaft und damit die Abwendung der Gefahr des Kollektivismus nur bei gleichzeitiger Entmassung („Vermassend wirkt alles, was die Konzentration fördert, entmassend alles, was die Dezentralisation begünstigt.“ Röpke, 1957, S. 34.), Deproletarisierung, Entkollektivierung, Verbäuerlichung, Verhandwerkerlichung und Dezentralisierung, kurzum bei einer Gesellschaftspolitik möglich ist, die auf eine größere Standfestigkeit des anthropologisch-soziologischen Rahmens gerichtet ist.“ (Röpke, 1944/1949, S. 84)

„Wenn die Familien, als die Grundzellen des Sozialkörpers, gesund sind oder sich doch zur Gesundheit entwickeln, wenn in den Produktionsstätten Betriebsolidarität herrscht, wenn an der Spitze Regierung, Parlament und die übrigen verfassungsmäßigen Gewalten die Integration des ihnen anvertrauten Volkskörpers als ihre wichtigste Aufgabe erkennen und demgemäß bei jeder Maßnahme sorgsam darauf achten, ob sie integrierend oder desintegrierend wirkt, im Bewußtsein der dringenden Notwendigkeit einer Steigerung unseres Integrationsgrades, wenn endlich von unten und oben alles getan wird, um den Raum zwischen Spitze und Grundfläche durch eine Vielzahl eigenständiger, nach dem Subsidiaritätsprinzip gestaffelter Bildungen auszufüllen, so daß der ganze Sozialbereich sich mit einem immer dichteren Netz und Gewebe lebendiger Bindungen durchzieht, wenn durch Vitalpolitik das Menschenmögliche geschieht, um allen und jedem das Leben so lebenswert wie nur möglich zu machen, und wenn eine solche Sozialstruktur mit ihrer Dynamik allen als erstrebenswertes Ziel vor Augen steht – dann sind wir auf dem rechten demokratischen Wege zur Entmassung, zur Überwindung der Vermassung von innen heraus, zum Optimum der sozialen Integration.“ (Rüstow, 1957a, S. 237f.)

„Ökonomismus, Materialismus und Utilitarismus haben in unserer Zeit vereint zu einem Kult der Produktivität, der materiellen Expansion und des Lebensstandards geführt [...] Dieser Kult des Lebensstandards ist [...] selbstverständlich ein Sehfehler der Seele von geradezu klinischem Charakter, eine unweise Verkennung der wahren Rangordnung der Lebenswerte und eine Erniedrigung des Menschen, die er auf die Dauer kaum ertragen wird.“ (Röpke, 1958, S. 151)

Der Markt ist zwar „ein überaus zweckmäßiges Organisationsmittel, aber auch nicht mehr, und es wäre ein verhängnisvoller Irrtum, der Automatik des Marktes die Aufgabe zuzumuten, eine letztgültige soziale Ordnung zu schaffen und die Notwendigkeiten des staatlichen und kulturellen Lebens von sich aus zu berücksichtigen. Es bedarf vielmehr hier einer bewußten Einstellung der marktwirtschaftlichen Ordnung in eine übergreifende Lebensordnung, welche die notwendigen Korrekturen und Ergänzungen zu dem rein technisch verlaufenden Prozeß der Gütererzeugung vollzieht.“ (Müller-Armack 1976, S. 106)

WETTBEWERB UND WETTBEWERBSPOLITIK

„[...] und wenn er diese Erwerbstätigkeit so ausrichtet, dass die größte Wertschöpfung erfolgt, denkt er nur an seinen eigenen Vorteil, und dabei wird er, wie in vielen anderen Fällen auch, von einer unsichtbaren Hand geleitet, einem Zweck zu dienen, der nicht in seiner Absicht lag. Für die Gesellschaft ist es nicht immer von Schaden, dass dieser nicht in seiner Absicht lag. Indem er sein eigenes Interesse verfolgt, fördert er häufig das der Gesellschaft wirksamer, als wenn er sich tatsächlich vornimmt, es zu fördern.“ (Smith, 1999, S. 467)

„Das Erfolg versprechendste Mittel zur Erreichung und Sicherung jeden Wohlstandes ist der Wettbewerb. Er allein führt dazu, den wirtschaftlichen Fortschritt allen Menschen, im besonderen in ihrer Funktion als Verbraucher, zugute kommen zu lassen, und alle Vorteile, die nicht unmittelbar aus höherer Leistung resultieren, zur Auflösung zu bringen. Auf dem Wege über den Wettbewerb wird – im besten Sinne des Wortes – *eine Sozialisierung des Fortschritts und des Gewinns bewirkt* und dazu noch das persönliche Leistungstreben wach gehalten.“ (Erhard, 1957, S. 7f.)

„Das natürliche Bestreben jedes einzelnen, seine Lage zu verbessern, ist, wenn es sich in Freiheit und Sicherheit äußern darf, ein so mächtiges Prinzip, dass es allein und ohne jede Hilfe nicht nur die Gesellschaft zu Reichtum und Wohlstand führen kann, sondern auch hundert unnötige Hindernisse zu überwinden vermag [...].“ (Smith, 1999, S. 541)

„Der eine Punkt ist der, daß der Wettbewerb, der unserer Überzeugung nach das einzig gesunde, wirtschaftlich gesunde und sozial gesunde Prinzip der Wirtschaftsordnung ist, daß dieser Wettbewerb seine positiven Wirkungen nur dann entfalten kann, wenn es sich um einen echten Leistungswettbewerb handelt, wenn er nicht durch Monopole verfälscht und unterbunden wird.“ (Rüstow, 1952, S. 30)

„Die tragende und treibende Kraft der Marktwirtschaft ist und bleibt der Wettbewerb, aber es gilt [...] einzusehen, daß dieser Wettbewerb nicht das böse, sondern das wohltätige, segensreiche Prinzip ist, und daß die Früchte vermehrter und rationellerer Arbeit nicht unternehmerischen Interessengruppen, sondern dem Volke in seiner Gesamtheit zugute kommen.“ (Erhard, 1962, S. 103)

„Das Wesen dieser Marktwirtschaft besteht hauptsächlich darin, daß der Wirtschaftsprozeß, d.h. Produktion, Güter- und Einkommensverteilung, nicht durch obrigkeitlichen Zwang gelenkt, sondern innerhalb eines wirtschaftspolitisch gesetzten Ordnungsrahmens durch die Funktion freier Preise und den Motor eines freien Leistungswettbewerbs selbständig gesteuert wird. Freiheit, Selbstverantwortung und persönliche Initiative bei der Berufswahl, Erwerbstätigkeit und dem Konsum, die jedem als Produzenten und als Verbraucher die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Chancen eröffnen, sowie eine leistungsbedingte Einkommensverteilung sind die Antriebskräfte, die in der Marktwirtschaft zu einem Höchstmass an Produktion und einer Steigerung des Wohlstands der gesamten Bevölkerung führen.“ (Erhard, 1962, S. 302)

„Die Zuschauer eines Fußballspiels würden es den Spielpartnern auch außerordentlich übel nehmen, wenn diese vorher ein Abkommen geschlossen und dabei ausgehandelt haben würden, wie viele Tore sie dem einen oder dem anderen Teil zubilligten und dann nicht das von uns erwartete und auch durch ein Eintrittsgeld honorierte, faire Wettspiel durchführten, sondern lediglich ihre Vereinbarung kampfflos erfüllen würden. So vertrete ich denn auch die Auffassung, daß es die Grundlage aller Marktwirtschaft ist und bleiben muß, die Freiheit des Wettbewerbs zu erhalten. Diese herrscht nur dort, wo *keine Macht, die Freiheit zu unterdrücken, geduldet* wird, sondern wo die Freiheit, in dem Sitten- und Rechtskodex eines Volkes verankert, *zum allgemein verpflichtenden Gebot*, ja zum höchsten Wert der Gemeinschaft selbst wird.“ (Erhard, 1957, S. 135f.)

„Das der Marktwirtschaft eigene Wettbewerbsprinzip organisiert nicht nur die Leistungswilligkeit, sondern sichert sie zugleich gegen wirtschaftliche Übermacht, indem jeder Versuch einer monopolistischen Ausnutzung vermehrte Konkurrenz auf den Plan ruft. [...] Das Konkurrenzsystem der Marktwirtschaft dient gerade dadurch dem Gesamtnutzen, daß es die Einzelinteressen auf die Erfüllung volkswirtschaftlich nützlicher Leistungen ausrichtet und jeglichen Versuch, dauernde wirtschaftliche Machtpositionen zu erringen, durch verstärkte Konkurrenz bedroht.“
(Müller-Armack, 1976, S. 93)

„Eine künftig bewußt gestaltete Marktwirtschaft wird geradezu als wirtschaftspolitisches Kernstück eine konstruktive Wettbewerbspolitik haben müssen, die den Wettbewerb als stimulierende Kraft und soziologisches Organisationsmittel wieder in sein Recht zurückversetzt. Erforderlich ist eine Gestaltung, welche die Verkehrung des Wettbewerbsgedankens beseitigt. So wenig ein unfairer Wettbewerb, der sich unwahrer Angaben bedient und auf falschen Kalkulationsgrundsätzen beruht, vertreten werden kann, ist es doch notwendig, dem echten Wettbewerb seine volle Schärfe zurückzugeben. Daß ein solcher Wettbewerb von allen als unangenehm und von den Unterliegenden als ruinös empfunden wird, kann nichts an dem Faktum ändern, daß nur ein unter dem Aspekt auch der Ausschaltung bestimmter Betriebe stehender Wettbewerb die letzte Leistungsenergie entfesselt und eine Rechtfertigung der in ihm erzielten Gewinne vom Standpunkte volkswirtschaftlicher Produktivität gibt.“
(Müller-Armack, 1976, S. 118)

„In dem Wettlauf nach Reichtum, Ehre und Avancements, da mag er rennen, so schnell er kann und jeden Nerv und jeden Muskel anspannen, um all seine Mitbewerber zu überholen. Sollte er aber einen von ihnen niederrennen oder zu Boden werfen, dann wäre es mit der Nachsicht der Zuschauer ganz und gar zu Ende. Das wäre eine Verletzung der ehrlichen Spielregeln, die sie nicht zulassen könnten.“ *(Smith, 1985, S. 124)*

„Welche Prinzipien sind anzuwenden, damit die Wettbewerbsordnung hergestellt wird? [...] Erstens ist damit zu rechnen, daß trotz einer konsequenten Politik der Wettbewerbsordnung auf einzelnen Märkten keine vollständige Konkurrenz, sondern andere Marktformen entstehen. [...] Zum anderen: Erfahrungen und wissenschaftliche Analyse zeigen, daß die Lenkung des Wirtschaftsprozesses durch vollständige Konkurrenz – trotz ihrer großen Leistung – an gewissen Stellen Schäden und Unvoll-

ständigkeiten zur Folge hat. Auch hieraus ergibt sich die Notwendigkeit gewisser wirtschaftspolitischer Maßnahmen, wenn die Wettbewerbsordnung realisiert ist. Somit gibt es zwei Gruppen von Prinzipien, die sich nahe berühren: die konstituierenden und die regulierenden. Erstens geht es um die Herstellung der Wettbewerbsordnung; zweitens darum, die Wettbewerbsordnung funktionsfähig zu erhalten." (*Eucken, 1990, S. 253*)

„Wo kein Wettbewerb lebendig ist, tritt notwendig ein Stillstand ein, der schließlich zu einer allgemeinen Erstarrung führt. Jedermann verteidigt dann gerade das, was er besitzt, d.h. er ist nicht mehr auf die für das Gedeihen der Volkswirtschaft so bedeutsame ständige Steigerung seiner Leistungskraft bedacht.“ (*Erhard, 1957, S. 208*)

„Es hat sich gezeigt, daß der Wettbewerb nicht nur eine gelegentlich unzweifelhaft unbequeme Sache für denjenigen ist, der zum Objekt des Wettbewerbs wird, sondern daß in ihm auch eine solidarische Funktion liegt, daß nämlich alle, auch diejenigen, die unter dem Wettbewerb seufzen, letztlich von anderen Leistungen des Wettbewerbs her wesentliche Vorteile bekommen.“ (*Müller-Armack, 1976, S. 256*)

„Wenn wir uns im Wettbewerb messen, dann doch nicht deshalb, um den anderen zu unterdrücken oder um ihm gar zu schaden, sondern Wettbewerb hat ein sehr edles und soziales Ziel, nämlich, der Menschheit im ganzen, der Wohlfahrt und der Verbesserung der Lebensmöglichkeiten aller Menschen zu dienen.“ (*Erhard, 1962, S. 211*)

„Die Kernfrage der modernen Wirtschaftspolitik sollte auch als Kernfrage behandelt werden. Es geschieht, indem die Herstellung eines funktionsfähigen Preissystems vollständiger Konkurrenz zum wesentlichen Kriterium jeder wirtschaftspolitischen Maßnahme gemacht wird. Dies ist das wirtschaftsverfassungsrechtliche Grundprinzip.“ (*Eucken, 1990, S. 254*)

„Eine klare Wettbewerbsordnung und eine straffe Kartellaufsicht sind die tragenden Säulen der sozialen Marktwirtschaft.“ (*Erhard, 1988, S. 215*)

„Es bedeutet wirklich keine Übertreibung, wenn ich behaupte, daß ein auf Verbot gegründetes Kartellgesetz als das unentbehrliche, wirtschaftliche Grundgesetz' zu gelten hat. Versagt der Staat auf diesem Felde, dann ist es auch bald um die ‚Soziale Marktwirtschaft' geschehen. Dieses hier verkündete Prinzip zwingt dazu, keinem Staatsbürger die Macht ein-

zuräumen, die individuelle Freiheit unterdrücken oder sie namens einer falsch verstandenen Freiheit einschränken zu dürfen. ‚Wohlstand für alle‘ und ‚Wohlstand durch Wettbewerb‘ gehören untrennbar zusammen; das erste Postulat kennzeichnet das Ziel, das zweite den Weg, der zu diesem Ziel führt.“ (Erhard, 1957, S. 9)

„Eine energische Gesetzgebung gegen alle Arten von Wettbewerbsbindungen ist erforderlich, wobei gegenwärtig die größere Gefahr nicht von den Kartellen, sondern von den staatlichen Stellen droht [...]“ (Müller-Armack, 1976, S. 119)

„Das Monopol ist außerdem ein großer Feind guten Wirtschaftens, das sich niemals anders allgemein einführen läßt als im Zuge jenes freien und allgemeinen Wettbewerbs, der jeden zwingt, im Interesse der Selbsterhaltung an ihm teilzunehmen.“ (Smith, 1999, S. 213)

SOZIALPOLITIK

„Ohne Gewährung der notwendigen Freiheitsrechte kann es keine Lösung der sozialen Frage geben. [...] Während der Staat auf die Aufsicht und eventuelle Gestaltung der Formen beschränkt bleiben soll, in denen der Wirtschaftsprozess abläuft, muß im Rahmen der Märkte, auch der Arbeitsmärkte, Freiheit bestehen. Das ist das Ziel.“ (*Eucken, 1990, S. 189f.*)

„Wir brauchen [...] nicht länger bei der Ansicht zu verweilen, es sei die Marktwirtschaft eine schlechthin antisoziale, das heißt, dem Interesse des wirtschaftlich stärkeren dienende Ordnung. Dieses Argument trifft dort, wo eine wirkliche Wettbewerbsordnung vorliegt, nicht zu, während weite Bereiche der Wirtschaftslenkung diesem schweren Vorwurf ausgesetzt sind. Aber es wäre auch eine Übertreibung, eine noch nicht gesteuerte Marktwirtschaft bereits als eine in jedem Sinne befriedigende Ordnung zu bezeichnen. Der Austauschmechanismus stellt sich uns als ein formaler Apparat dar, der wesensmäßig eine allseitig befriedigende soziale Lösung nicht automatisch erzielen kann, es sei denn, daß seine Energien durch eine bewußte Steuerung nach dieser Richtung gelenkt werden.“ (*Müller-Armack, 1976, S. 130f.*)

„Selbstverständlich reicht es nicht aus, die sozialen Aufgaben der Marktwirtschaft durch ihre wirtschaftlich größeren Leistungen bereits erfüllt zu sehen.“ (*Müller-Armack, 1976, S. 131*)

„Die Methodik eines solchen sozialpolitischen Vorgehens können wir uns wohl am leichtesten klarmachen, wenn wir feststellen, welche sozialpolitischen Eingriffe mit einer Marktwirtschaft nicht verträglich sind. Es ist dies die Form einer Lohnsicherung, die über eine allgemeine Preisfixierung und durch eine bewußt von der Grenzproduktivität der Arbeit abweichende Festlegung des Lohnsatzes dessen Höhe entgegen den Markt-tendenzen zu behaupten sucht.“ (Müller-Armack, 1976, S. 131f.)

„Gegenüber sozialpolitischen Eingriffen, die die Preisbildung selbst be-rühren, scheint es richtiger zu sein, einen direkten Einkommensaus-gleich zwischen hohen und niedrigen Einkommen durch eine unmittelbare Einkommensumleitung vorzunehmen. Wenn auf dem Weg der Besteue-rung die höheren Einkommen gekürzt und die einlaufenden Beträge etwa in Form von direkten Kinderbeihilfen, Mietzuschüssen, Wohnungsbauzu-schüssen weitergeleitet werden, liegt geradezu der Idealfall eines markt-gerechten Eingriffes vor. [...] Derartige direkte Subventionen haben den Vorzug größerer Klarheit und machen eine Kontrolle möglich, daß der soziale Schutz nur wirklich Bedürftigen zukommt.“ (Müller-Armack, 1976, S. 132)

„Entscheidend ist der Verzicht, soziale Maßnahmen über radikal vom Markt-ausgleich wegführende Interventionen durchzuführen, während sich bei Änderung dieser Methodik sehr wohl die Möglichkeit ergibt, einschneiden-de und in ihrer Wirksamkeit nicht bezweifelbare soziale Umgestaltungen zu vollziehen. In erster Linie handelt es sich, wie gesagt, um den Über-gang von den direkten Preisinterventionen zu einer indirekten Umgestal-tung der Einkommens- und Besitzverhältnisse, die sich von jeder Blo-ckierung des wirtschaftlichen Marktes fernhält.“ (Müller-Armack, 1976, S. 133)

„Wir warnen allerdings davor, soziale Gerechtigkeit und soziale Sicherheit einander gleichzusetzen. Wer sich zur Freiheit als sittlichem Wert, zum echten Leistungswettbewerb und zur freien Preisbildung als organisie-rendem Wirtschaftsprinzip bekennt, für den bedeutet soziale Gerechtig-keit nicht ‚jedem das Gleiche‘, sondern ‚jedem das Seine‘, und zwar auf Grund seiner Leistungen.“ (Müller-Armack, 1981, S. 92)

„Freiheit ist nicht zu denken ohne Bewährung, das heißt ohne Wettbe-werb der echten Leistung. Gerade ihn scheuen weite Kreise und ersetzen das Ideal der sozialen Gerechtigkeit durch das Ideal der sozialen Sicher-

heit. Das Versorgungsideal verdrängt das Leistungsideal. Dies erscheint und als einer der Gründe mancher sozialistischen Versuche, den Menschen die eigentliche wirtschaftliche Verantwortung abzunehmen und durch kollektive Sicherheit zu ersetzen." (*Müller-Armack, 1981, S. 92*)

„Die erste Bedeutung des Wortes [Gerechtigkeit] fällt mit demjenigen zusammen, was Aristoteles und die Schulgelehrten die kommutative (ausgleichende) Gerechtigkeit nennen [...], welche darin besteht, daß man sich alles dessen enthält, was einem anderen gehört und daß man alles dasjenige freiwillig tut, wozu man uns mit Fug und Recht zwingen könnte. Die zweite Bedeutung des Wortes fällt mit demjenigen zusammen, was einige distributive (austeilende) Gerechtigkeit genannt haben ... welche in richtiger Wohltätigkeit besteht, in dem gebührenden Gebrauch dessen, was uns gehört, und in der Verwendung dieser Güter zu jenen Zwecken der Mildtätigkeit oder der edlen Freigiebigkeit, zu welchen sie in unserer Lage geziemender Weise verwendet werden sollen. In dieser Bedeutung umfaßt Gerechtigkeit alle sozialen Tugenden.“ (*Smith, 1985, S. 454f.*)

„Eine *freiheitliche Wirtschaftsordnung* kann auf die Dauer nur dann bestehen, wenn und solange auch *im sozialen Leben* der Nation ein *Höchstmaß an Freiheit* an privater Initiative und Selbstvorsorge gewährleistet ist. Wenn dagegen die Bemühungen der Sozialpolitik darauf abzielen, dem Menschen schon von der Stunde seiner Geburt an volle Sicherheit gegen alle Widrigkeiten des Lebens zu gewährleisten, d.h. ihn in einer absoluten Weise gegen die Wechselfälle des Lebens abschirmen zu wollen, dann kann man von solchen Menschen einfach nicht mehr verlangen, daß sie das Maß an Kraft, Leistung und Initiative und anderen besten menschlichen Werten entfalten, das für das Leben und die Zukunft der Nation schicksalhaft ist und darüber hinaus die Voraussetzung einer auf die Initiative der Persönlichkeit begründeten ‚Sozialen Marktwirtschaft‘ bietet.“ (*Erhard, 1957, S. 246*)

„Die Soziale Marktwirtschaft kann nicht gedeihen, wenn die ihr zugrunde liegende geistige Haltung, d. h. also die Bereitschaft, für das eigene Schicksal Verantwortung zu tragen und aus dem Streben nach Leistungssteigerung an einem ehrlichen freien Wettbewerb teilzunehmen, durch vermeintliche soziale Maßnahmen auf benachbarten Gebieten zum Absterben verurteilt ist.“ (*Erhard, 1957, S. 245*)

„Jeder ist seines Glückes Schmied. Es herrscht die individuelle Freiheit, und dies um so mehr, je weniger sich der Staat anmaßt, den einzelnen Staatsbürger gängeln oder sich gar zu seinem Schutzherrn aufspielen zu wollen. Solche ‚Wohltat‘ muss das Volk immer teuer bezahlen, weil kein Staat seinen Bürgern mehr geben kann, als er ihnen vorher abgenommen hat – und das noch abzüglich der Kosten einer zwangsläufig immer mehr zum Selbstzweck ausartenden Sozialbürokratie.“

Nichts ist darum in der Regel unsozialer als der sogenannte ‚Wohlfahrtsstaat‘, der die menschliche Verantwortung erschaffen und die individuelle Leistung absinken läßt.“ (Erhard, 1962, S. 393)

„Das mir vorschwebende Ideal beruht auf der Stärke, daß der Einzelne sagen kann: ‚Ich will mich aus eigener Kraft bewähren, ich will das Risiko des Lebens selbst tragen, will für mein Schicksal selbstverantwortlich sein. Sorge du, Staat, dafür, dass ich dazu in der Lage bin.‘ Der Ruf dürfte nicht lauten: ‚Du Staat, komm mir zu Hilfe, schütze mich und helfe mir.‘, sondern umgekehrt: ‚Kümmere du, Staat, dich nicht um meine Angelegenheiten, sondern gib mir so viel Freiheit und laß mir von dem Ertrag meiner Arbeit so viel, daß ich meine Existenz, mein Schicksal und dasjenige meiner Familie selbst zu gestalten in der Lage bin.“ (Erhard, 1957, S. 251f.)

„Die volkswirtschaftlich neutrale und autonome Sozialpolitik gehört daher der Vergangenheit an und muß einer Sozialpolitik Platz machen, die mit der Wirtschaftspolitik abgestimmt ist, d.h. die volkswirtschaftliche Produktivität nicht beeinträchtigt und den Grundprinzipien der marktwirtschaftlichen Ordnung entspricht.“

Wenn wir eine freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung auf die Dauer aufrechterhalten wollen, ist es in der Tat ein Grunderfordernis, neben einer Wirtschaftspolitik, die dem Menschen wieder zu seiner persönlichen Freiheit verholfen hat, auch eine gleichermaßen freiheitliche Sozialpolitik zu betreiben. Es widerspricht der marktwirtschaftlichen Ordnung, die die Entscheidung über Produktion und Konsum dem einzelnen überläßt, die private Initiative bei der Vorsorge für die Wechselfälle und Notstände des Lebens auch dann auszuschalten, wenn der einzelne dazu fähig und gewillt ist, selbstverantwortlich und eigenständig vorzusorgen.“ (Erhard, 1962, S. 303)

„Garant des sozialen Anspruchs der Marktwirtschaft ist nicht nur der Markt, dessen wirtschaftliche Leistungen sehr oft schon sozialen Fortschritt bedeuten. Der Staat hat vielmehr die unbestrittene Aufgabe, über den Staatshaushalt und die öffentlichen Versicherungen die aus dem Marktprozess resultierenden Einkommensströme umzuleiten und soziale Leistungen, wie Kindergeld, Mietbeihilfen, Renten, Pensionen, Sozialsубventionen usw., zu ermöglichen.“ (Müller-Armack, 1981, S. 150)

„Zwei Momente sind also in den Wirtschaftsordnungen des verkehrswirtschaftlichen Typs für den Grad sozialer Sicherheit und für den Verteilungshergang entscheidend: Die Arbeitsmärkte in ihrem Ordnungsaufbau und die Ordnungsformen, die als Marktformen und Geldsysteme in der Gesamtordnung dominieren. Von ihnen hängt es auch ab, ob der Arbeiter die Werte erhält, die dem Wert seiner produktiven Leistung, also seinem Beitrag zur Konsumgutversorgung entspricht oder nicht; ob er also ‚ausgebeutet‘ wird oder nicht. Beide Momente sollten auch für die Wirtschafts- und Sozialpolitik entscheidend sein. – Damit haben wir die soziale Frage an einem zentralen Punkt berührt.“ (Eucken, 1990, S. 48)

„Es wäre also zu wünschen, daß man von einer spezifischen Sozialpolitik nur in dem Sinn einer bloßen durch den Staat vorgenommenen oder geförderten Korrektur der Einkommens- und Besitzverteilung spricht. Eine bloße Verteilungspolitik erschöpft aber bei weitem nicht das Gebiet der Maßnahmen, mit denen die sozialen Probleme, die sich um das Lebens- und Arbeitsschicksal der breiten Massen bewegen, zu lösen sind. Das Wichtigste, was man also über die deutsche Sozialpolitik sagen kann, ist der Satz, daß sie nach Möglichkeit kein Sonderfeld bilden und vor allem zu den Prinzipien der allgemeinen Wirtschaftspolitik nicht in Gegensatz treten sollte. Die rationellste Sozialpolitik ist also in hohem Maße identisch mit einer rationellen Produktions-, Markt-, Agrar-, Geld- und Kredit-, Konjunktur- und Außenhandelspolitik.“ (Röpke, 1950, S. 64f.)

EUROPÄISIERUNG UND GLOBALISIERUNG

„Wenn wir in Europa mit Erfolg die Soziale Marktwirtschaft praktizieren, müssen wir gleichzeitig die soziale Verantwortung, die wir im Innern empfinden, und für die wir nach menschlichen Maßen Lösungen gefunden haben, auch auf die übrigen Länder übertragen. Denkbar wäre es, daß die Ausbreitung der Sozialen Marktwirtschaft dann auch bei den anderen europäischen Ländern ein vermehrtes Verständnis für die Notwendigkeit und die Aufgabe einer Förderung der Entwicklungsländer zutage treten ließe. Noch dominieren gegenüber den Entwicklungsländern häufig die handelspolitischen Abwehrmethoden [...]“ (Müller-Armack, 1976, S. 263)

„Für Europa im ganzen wird sich daher die Notwendigkeit ergeben, nach der irenischen Formel zu suchen, die – nach meiner Überzeugung – das Wesen der Sozialen Marktwirtschaft überhaupt ausmacht. Europa kann ebensowenig einem Laissez-faire-Wettbewerb überantwortet werden wie einer sozialen Planifikation. Es steht im ganzen vor der dialektischen Aufgabe, seine Wirtschaftspolitik auf die Zielrichtung des sozialen Schutzes wie auf die der freien Initiative zu richten. [...]

Die Integration Europas ist im Endergebnis nicht nur eine politische Integration. Sie setzt die Integration der Wirtschaftsordnungen voraus. Extreme Lösungen, die durch freien Wettbewerb ein Standortbild automatisch erzeugen

wollen, haben ebenso wenig eine Chance wie Versuche eines liberalen Sozialismus zu einer behutsamen Planifikation. [...] So gesehen, müssen wir auch in Europa an eine geistige Anstrengung herangehen, das Fundament unserer Wirtschaftsordnung tiefer zu begreifen, und die Integrationsformel für eine Gesamtordnung suchen." (*Müller-Armack, 1976, S. 314f.*)

„Man ist allgemein übereingekommen, das Maß an Institutionen von der Übereinkunft über die funktionelle Seite des Gemeinsamen Marktes her zu bemessen. Ein anderes auch sehr neuralgisches Problem trat dafür an dessen Stelle: das der wirtschafts- und sozialpolitischen Koordinierung und Harmonisierung. Gewiß erfordert ein Gemeinsamer Markt ein bestimmtes Maß an wirtschaftspolitischer Anpassung. Ein solcher Markt wird sicher selbst eine Kraft sein, die unterschiedliche wirtschaftspolitische Regelungen in der Steuerpolitik, in der Handelspolitik, in der Finanz- und Kreditpolitik und in bezug auf die sozialen Bedingungen auf die Dauer angleicht. [...] Die notwendige und mögliche Koordinierung der Wirtschaftspolitik im Gemeinsamen Markt wird freilich einer schweren Belastung ausgesetzt, wenn man die Dinge überfordert." (*Müller-Armack, 1976, S. 324f.*)

„... die beste Integration Europas, die ich mir vorstellen kann, beruht nicht auf der Schaffung neuer Ämter und Verwaltungsformen oder wachsender Bürokratien, sondern sie beruht in erster Linie auf der Wiederherstellung einer freizügigen internationalen Ordnung [...]“ (*Erhard, 1957, S. 283*)

„Es bedeutet nicht [...] einen Verzicht auf staatliche Souveränität, wenn sich die Völker Europas [...] zu einem möglichst freien Güteraustausch auf einem umfassenderen europäischen Markte bekennen, sondern es bedeutet nach meiner Überzeugung gerade umgekehrt einen Mißbrauch der staatlichen Macht, wenn diese die Staatsbürger an der freien Entfaltung ihrer Kräfte und Fähigkeiten hindern will. Gerade eine marktwirtschaftliche Wettbewerbsordnung sichert den Fortbestand und die Selbständigkeit der Volkswirtschaften. Ein auf solche Weise föderativ aufgebautes und gegliedertes Europa verhindert im Gegensatz zu einer planwirtschaftlichen Ordnung die Setzung eines zentralistischen Überstaates. [...] Wem es also – aus welchem Grunde auch immer – um die Erhaltung der Selbständigkeit der europäischen Länder und ihrer Volkswirtschaften geht, der muß sich konsequenterweise zu einer marktwirtschaftlichen

Wettbewerbsordnung innerhalb dieses werdenden Europas bekennen.“
(*Erhard, 1988, S. 234f.*)

„Es wäre allerdings eine falsche und gefährliche Konsequenz, aus dieser Aussage schließen zu wollen, daß zwischen den Völkern untereinander eine sogenannte Harmonisierung der Kosten und Lasten Platz greifen müßte, um zwischenstaatlichem Wettbewerb Raum geben zu können. Jeder Versuch einer Gleichmacherei auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet müßte nur ein neues Störungselement in die Wirtschaft tragen, denn man kann den Zusammenhang von Ursache und Wirkung nicht in das Gegenteil verkehren wollen.“ (*Erhard, 1962, S. 467*)

„Es ist eine der Hauptabsichten [...] gewesen, immer wieder deutlich zu machen, dass die Sozialpolitik nicht als Anhängsel der übrigen Wirtschaftspolitik betrachtet werden sollte, sondern in erster Linie Wirtschaftsordnungspolitik zu sein hat. [...] Durch die allgemeine Ordnungspolitik muß versucht werden, die Entstehung sozialer Fragen zu verhindern.“ (*Eucken, 1990, S. 313*)

„Wenn in einer irgendwie gearteten Ordnung alle Menschen gleichmäßig hungern, so ist das weder eine Lösung des Problems der gerechten Verteilung noch der Sicherheit oder irgendeiner anderen Erscheinungsform der sozialen Frage; sie wird es auch dann nicht, wenn diese Auswirkungen einer schlechten Ordnung durch ethische Verbrämungen und Appelle an das Gemeininteresse aller Menschen schmackhaft gemacht werden.“
(*Eucken, 1990, S. 315*)

VERSCHIEDENES

[...] „die Währungsstabilität in die Reihe der menschlichen Grundrechte aufzunehmen, auf deren Wahrung durch den Staat jeder Staatsbürger Anspruch hat.“ (*Erhard, 1957, S. 16*)

„Die Soziale Marktwirtschaft ist ohne eine konsequente Politik der Preisstabilität nicht denkbar. Nur diese Politik gewährleistet auch, daß sich nicht einzelne Bevölkerungskreise zu Lasten anderer bereichern.“ (*Erhard, 1957, S. 15*)

„Die Inflation muss vielmehr als das hingestellt werden, was sie wirklich ist, nämlich als Betrug am Staatsbürger, der um einen Teil seines Einkommens aber noch mehr um seine Ersparnisse gebracht wird. Die Inflation schmälert nicht nur die Einkommen, sondern zerstört die Existenzgrundlagen. Eng damit zusammen hängt die Illusion, dass die Inflation wachstumsfördernd und somit Garant der Arbeitsplätze sei. Die These, die immer wieder von der jetzigen Bundesregierung verbreitet wird, daß man sich entweder für die Preisstabilität oder für die Vollbeschäftigung entscheiden müsse, ist weniger eine wissenschaftliche Erkenntnis als vielmehr das Alibi für konjunkturpolitische Abstinenz. Es handelt sich hierbei um die in der ökonomischen Theorie unter dem Namen ‚Phillips-Kurve‘ bekannte Relation zwischen Preisveränderungen und Arbeitslosenkurve.“ (*Erhard, 1973, S. 244*)

„Die wesentlichen Elemente dieser Politik sind Ihnen bekannt. Das Bemühen um ein stabiles Preisniveau steht an

der Spitze der wirtschaftlichen Rangordnung. Wir alle sollten uns bei jeder Entscheidung dieser schweren Verantwortung bewußt sein, handelt es sich doch dabei um eine Aufgabe, die keine Regierung zu keinem Zeitpunkt als endgültig gelöst ansehen kann. Wenn ich sage ‚wir alle‘, dann möchte ich damit zum Ausdruck bringen, daß die Wahrung der Stabilität nicht nur von Entscheidungen der Regierung abhängt, sondern daß es des Zusammenwirkens aller bedarf, um diesem Grundsatz Geltung zu verschaffen. Gerade eine freiheitliche Gesellschaftsordnung, die der Entfaltung der Persönlichkeit und der privaten Betätigung der Bürger weitesten Spielraum geben will, setzt eine fest gefügte staatliche Ordnung und eine stabile Währung voraus.“ (Erhard, 1972, S. 176)

„Alle Bemühungen, eine Wettbewerbsordnung zu verwirklichen, sind umsonst, solange eine gewisse Stabilität des Geldwertes nicht gesichert ist. Die Währungspolitik besitzt daher für die Wettbewerbsordnung ein Primat.“ (Eucken, 1990, S. 256)

„Eine gute Währungsverfassung sollte jedoch nicht nur so konstruiert sein, daß sie den Geldwert möglichst stabil hält. Sie sollte darüber hinaus noch eine weitere Bedingung erfüllen. Wie die Wettbewerbsordnung selber sollte sie möglichst automatisch funktionieren, [...] weil die Erfahrung zeigt, daß eine Währungsverfassung, die den Leitern der Geldpolitik freie Hand läßt, diesen mehr zutraut, als ihnen im allgemeinen zuge-
traut werden kann.“ (Eucken, 1990, S. 257)

„Die Erfahrung und die Geschichte lehren gleichermaßen, daß es gesunde und stabile Währungen nur in der Marktwirtschaft geben kann und daß demzufolge jede planwirtschaftliche Ordnung zu einer Zerstörung der Währung führt. Wenn sicher auch die Währung an sich nicht Selbstzweck ist, so wissen wir doch aus bitterer Erfahrung gut genug, daß eine gedeihliche wirtschaftliche Entwicklung sich nur auf der Grundlage einer gesunden Währung vollziehen kann. Ich brauche nicht auf die Kursentwicklung der Deutschen Mark an den freien Börsen der Welt zu verweisen und Parallelen mit dem Schicksal des englischen Pfundes anzustellen, um deutlich zu machen, daß wir es nur unserer konsequenten Wirtschaftspolitik zu verdanken haben, wenn das junge und anfällige Pflänzchen D-Mark ohne Golddeckung und ohne Manipulationsfonds sich im Ansehen der Welt so erfreulich gefestigt hat, während die Währungen der planwirtschaftlich organisierten Länder trotz aller Manipulationskunststücke immer wieder verfallen. Es ist darum auch kein Zufall, daß die

Nationen mit einer marktwirtschaftlichen Ordnung den europäischen Gedanken auf der Grundlage zwischenstaatlichen Leistungswettbewerbs zu stärken und zu fördern bereit sind, während sich die Planwirtschaften in ihrer ablehnenden Haltung wohl dessen bewußt sind, daß ihre völlig erstarrte, künstlich verfälschte, reaktionsunfähige Scheinordnung wie ein Kartenhaus in sich zusammenbrechen muß, wenn sich die europäischen Völker nach dem einzig sinnvollen und gerechten Maßstab des Leistungswettbewerbs zu gemeinsamer Arbeit zusammenfinden." (*Erhard, 1988, S. 232*)

„Der Satz, daß Inflation Volksbetrug ist, trifft nicht nur auf die beiden Paradebeispiele der offenen und zurückgestauten Inflation zu. Er gilt auch für die permanent schleichende Geldentwertung. Es ist falsch, diese schleichende Inflationierung als den Preis, der für die Vollbeschäftigung und das Wachstum zu zahlen ist, anzusehen. Zudem hat die Erfahrung gezeigt, daß diese Alternative nicht zwingend besteht.“ (*Müller-Armack, 1981, S. 288*)

„Und doch ist es nicht erstaunlich, daß der Liberale solchen Wert auf die Knapphaltung des Geldes legt und sie mit aller Strenge gesichert sehen, gerade also hier nichts dem freien Lauf der Dinge überlassen möchte. [...] Worauf es hier ankommt, ist die strenge Regulierung der Knappheit des Geldes. Diese vernünftige Kontrolle der Geldmenge kann aber nicht von der Privatinitiative und der freien Konkurrenz, die der Liberale für die Warenproduktion fordert, sondern nur von einem sorgfältig erdachten System der Geldregulierung erwartet werden, das von der Regierung geschaffen und überwacht wird.“ (*Röpke, 1946, S. 137*)

„Die Marktwirtschaft ist die gutmütigste, verdauungskräftigste, vitalste Wirtschaftsordnung, die sich denken läßt. Sofern nur ein Minimum an Kernbedingungen erfüllt ist, ist es erstaunlich, wie lange sie mit Giften, Fremdkörpern, Zentnerlasten fertig wird – schlecht und recht. [...] Und ich füge hinzu: Auch die Verdauungskraft dieses Strapaziersystems ist nicht unbegrenzt. Je länger die Belastung anhält, um so sichtbarer werden die Schäden, um so kritischer wird die Belastungsprobe, der auch dieses System schließlich auf Dauer nicht standhalten könnte.“ (*Röpke, 1964, S. 231*)

„Der deutsche Staatsbürger wird erst dann wieder zu seiner Würde zurückfinden und sich aus innerem Erleben zur Demokratie bekennen können, wenn er in keiner Amtsstube mehr den Rücken zu krümmen braucht.“ (Erhard, 1962, S. 67)

„Es ist beispielsweise in höchstem Maße widerspruchsvoll, wenn der Staatsbürger über die unerträgliche Höhe der Steuerlast klagt, gleichzeitig aber vom Staate Hilfen erwartet, die diesem das moralische Recht geben, noch immer höherer Steuern einzuheben.“ (Erhard, 1988, S. 345)

„Ich bin in der letzten Zeit allenthalben erschrocken, wie übermächtig der Ruf nach kollektiver Sicherheit im sozialen Bereich erschallte. Wo aber sollen wir hinkommen, wenn wir uns immer mehr in eine Form des Zusammenlebens von Menschen begeben, in der niemand mehr die Verantwortung für sich selbst zu übernehmen bereit ist und jedermann Sicherheit im Kollektiv gewinnen möchte. Ich habe diese Flucht vor der Eigenverantwortung drastisch genug gekennzeichnet, wenn ich sagte, daß, falls diese Sucht weiter um sich greift, wir in eine gesellschaftliche Ordnung schlittern, in der jeder die Hand in der Tasche des anderen hat. Das Prinzip heißt dann: ich Sorge für die anderen und die anderen sorgen für mich.“ (Erhard, 1957, S. 248)

„Heute droht uns die Wirtschaft wieder einmal zum Schicksal zu werden. Diese These ist immer Ausdruck der Not, aber sie darf nicht anerkannter Grundsatz sein. So wie der einzelne Mensch des physischen Lebens bedarf, um jene geistigen und seelischen Kräfte entfalten zu können, die ihn erst zum Menschen werden lassen, so bedürfen auch ein Volk und seine Volkswirtschaft der materiellen Sicherung, aber sie bedürfen dieser auch nur als der Grundlage zur Erreichung außerökonomischer, höherer Ziele, deren Setzung der Staatspolitik obliegt. Ihr Vorrang ist unbestritten.“ (Erhard, 1962, S. 60)

„Die gegenwärtigen [1948] Steuersätze tragen den Charakter der Beschlagnahme ehrlichen Erwerbes und lähmen jegliches Interesse nicht nur an höheren Erträgen als Ergebnis zusätzlicher Produktion, sondern drängen geradezu die noch vorhandene Produktion in die unkontrollierbaren Kanäle des Schwarzen Marktes“ (Müller-Armack, 1981, S. 97)

TEIL II
AKTUELLE TEXTE

DAS ORDNUNGSMODELL
SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

DIE ORDNUNG DER FREIHEIT

(AUSZUG)

Horst Köhler

I.

In Deutschland sind offiziell 5,216 Millionen Menschen arbeitslos. Sie werden daher von mir keine Festrede erwarten. Zur Sache also:

Deutschland ist sich selber untreu geworden. Wir vernachlässigen schon lange das Erfolgsrezept, das der Bundesrepublik Deutschland nach dem Krieg Zuversicht und Wohlstand, Stabilität und Ansehen gebracht hat. Es gab Zeiten, da sprach noch niemand von Globalisierung, aber der VW Käfer lief in aller Welt – und lief und lief und lief. Damals galt in der Bundesrepublik eine Ordnung, die Leistung ermutigte und sozialen Fortschritt brachte.

Diese Ordnung ist im Niedergang, weil immer neue Eingriffe sie schleichend zersetzt haben, selbst wenn sie gut gemeint waren. Seit Jahrzehnten fallen Bundes- und Landesregierungen und nicht zuletzt Brüssel immer neue Auflagen und Regulierungen für die Wirtschaft ein, Wirtschafts- und Sozialverbände haben das ihre dazu getan, die Tarifpartner schlossen Verträge zu Lasten von Dritten, und die Bürger ließen sich gern immer neue Wohltaten versprechen und Geschenke machen. Deshalb ist die Arbeitslosigkeit über Jahrzehnte

immer weiter gestiegen. Deshalb machen hohe Abgaben Arbeit teuer und können doch nicht verhindern, dass unseren Sozialsystemen der Kollaps droht. Deshalb ist die Massenarbeitslosigkeit auch kein konjunkturelles, sondern vorwiegend ein strukturelles Problem. Das alles spiegelt sich auch im Stand der Schulden und künftigen Lasten wider. Der aktuelle Schuldenstand (1,4 Billionen Euro) und die Anwartschaften in den Sozialversicherungen (5,7 Billionen) belaufen sich auf insgesamt 7,1 Billionen Euro. Das entspricht 330 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Machen wir uns wirklich klar, welche Erblast das für unsere Kinder und Enkel bedeutet?

Vor 50 Jahren hat Ludwig Erhard gesagt: „Erst auf dem Boden einer gesunden Wirtschaft kann die Gesellschaft ihre eigentlichen Ziele erfüllen.“ Das gilt heute mehr denn je. Und die Welt bleibt nicht stehen. Demokratie und Marktwirtschaft setzen sich immer weiter durch. Wir freuen uns darüber. Es bedeutet freilich einen neuen globalen Wettbewerb um Arbeit und Wohlstand. Zugleich werden wir unerbittlich mit den Folgen des Geburtenrückgangs konfrontiert. Beides zusammen stellt unsere ganze Wirtschafts- und Sozialordnung auf den Prüfstand – ob wir wollen oder nicht. Wir haben eine gewaltige Aufgabe für gestaltende Politik vor uns.

II.

Es sind dicke Reformbretter, die wir bohren müssen. Ein mutiger Anfang ist mit der Agenda 2010 gemacht. Er wird eine positive Wirkung entfalten. Doch wir müssen unseren Menschen ehrlich sagen, dass wir es damit noch nicht geschafft haben. Wir brauchen einen modernen Sozialstaat, der mit einer nachhaltigen öffentlichen Finanzwirtschaft vereinbar ist. Wir brauchen ein effizientes Steuersystem, das Leistung belohnt, aber auch dem Staat gibt, was des Staates ist. Wir brauchen einen nationalen Aufbruch für Bildung, Forschung und Familie, der unserer Gesellschaft Zukunftsglauben und Zusammenhalt gibt. Und wir brauchen die Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung, um die Reformfähigkeit unseres Landes zu stärken.

Das alles erfordert Zeit - über Legislaturperioden hinweg. Taktische Reformpausen wegen Wahlterminen oder einen Zickzack-Kurs können wir uns nicht leisten. Der Schlüssel zum Vertrauen der Bürger sind Wahrhaftigkeit und Stetigkeit, Stimmigkeit und Berechenbarkeit der Politik. Ich begrüße, dass sich Regierung und Opposition in dieser Woche zusammensetzen. Aktionismus hilft nicht. Gefragt sind weitere nachhaltige Maßnah-

men gegen die Arbeitslosigkeit. Ich wünsche mir, dass auch die Grundlinien einer umfassenden Erneuerung von Wirtschaft und Gesellschaft besprochen werden. Regierung und Opposition stehen in patriotischer Verantwortung.

III.

Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass die nötige Energie, Kreativität und Solidarität in uns stecken. Ich glaube daran, dass die meisten Menschen ihr Glück nach ihren eigenen Vorstellungen machen wollen. Dieser Wille ist gut. Er braucht Freiheit, damit er sich entfalten kann. Und indem er sich entfaltet, bindet er sich auch. Er braucht eine Ordnung, die diese Verantwortung für sich und andere fördert und belohnt. Diese Ordnung der Freiheit sollte uns leiten. Das verlangt eine Rückbesinnung auf Ordnungspolitik.

Die Ordnung der Freiheit bedeutet: Die Bürger beauftragen den Staat, die Spielregeln zu setzen. Aber das Spiel machen die Bürger. Die Regeln lauten: Privateigentum und Vertragsfreiheit, Wettbewerb und offene Märkte, freie Preisbildung und ein stabiles Geldwesen, eine Sicherung vor den großen Lebensrisiken für jeden und Haftung aller für ihr Tun und Lassen. Der moderne Sozialstaat schützt vor Not; aber er gaukelt nicht vor, dem Einzelnen den einmal erreichten Lebensstandard garantieren zu können.

Auf diese Regeln muss Verlass sein. Die Bürger müssen wissen, was auf sie zukommt. Ohne Verlässlichkeit kein Vertrauen. Ohne Vertrauen kein Aufschwung. [...]

X.

Vertrauen wir also auf unser Land und arbeiten wir alle an dem großen Reformwerk mit. Wir haben das Zeug dazu, die Ordnung der Freiheit gemeinsam wieder aufzubauen. Wir schaffen es, wenn jeder mitmacht. Ich spüre überall: Die Menschen sind bereit, mitzuziehen.

John F. Kennedy hat oft Cape Canaveral besucht. Es wird erzählt, er habe dabei einmal einen Arbeiter angesprochen, der gerade eine Halle fegte. „Was ist Ihr Job?“, fragte er ihn. Der Arbeiter antwortete: „Einen Menschen auf den Mond bringen, Mr. President“. Mancher mag darüber lächeln. Mich beeindruckt die Kraft, die hinter dieser Antwort steckt.

MEHR ORDNUNGSPOLITISCHEN MUT, BITTE!

Peter Oberender

In seinem Gastkommentar für das Handelsblatt spricht sich der Bayreuther Gesundheitsökonom Prof. Peter Oberender für einen grundsätzlichen Systemwechsel in der Gesundheitspolitik aus. Die Koalition dürfe nicht länger mit der alten Stellschraubenpolitik hantieren, sondern solle mutig auf ein marktwirtschaftliches Modell und auf ein transparentes, wettbewerbliches Versicherungssystem setzen.

Die zentralen Ziele der Gesundheitspolitik in einer marktwirtschaftlich organisierten Gesellschaft sind zum einen die bedarfsgerechte, zum anderen die kosteneffiziente Gesundheitsversorgung. Von beiden Zielen ist das deutsche Gesundheitssystem weit entfernt. Das gilt für die Schnittstellenprobleme zwischen ambulanter und stationärer Versorgung und die Abgrenzung zur Rehabilitation genauso wie für die Tatsache, dass wir deutlich zu viele Krankenhausbetten finanzieren. Beide Beispiele machen deutlich, dass die Probleme im institutionellen Umfeld, in den Anreizsystemen des Gesundheitswesens, zu suchen sind. Darüber hinaus sollte klar sein, dass es im Gesundheitswesen nicht um Einsparungen schlechthin gehen kann, sondern darum, mit den finanziellen Mitteln die bestmögliche Qualität zu erzielen.

Hilft dabei mehr Wettbewerb? Die Antwort ist einfach und doch nicht so eindeutig: Ja, wir brauchen mehr im Gesundheitswesen, aber wir brauchen hierbei vor allem eine eindeutige ordnungspolitische Neuausrichtung. Die zentralen Kernfragen lauten deshalb: Wollen wir - erstens - ein transparentes, wettbewerbliches Versicherungssystem? Nur wenn die Bürger die tatsächlichen Belastungs- und Begünstigungswirkungen der diskutierten Finanzierungssysteme kennen, können sie die Weiterentwicklung der gesetzlichen Krankenversicherung in rationaler Weise beeinflussen. Es ist deshalb nötig, dass sich die Politik darauf festlegt, die Transparenz der Finanzierung zu erhöhen, auch wenn damit die gegenwärtig vorherrschende „Stellschraubenökonomie“ aufgegeben werden müsste. Dabei ist ein System mit risikoorientierten Prämien und individuellen Altersrückstellungen der am stärksten wettbewerblich ausgerichtete Vorschlag.

Die zweite Frage lautet: Soll die Umverteilung von der Versicherungsaufgabe getrennt werden? Ein wettbewerbliches Versichertenmodell, wie gerade beschrieben, kann nur dann sinnvoll funktionieren, wenn die Umverteilungsaufgabe in das allgemeine Steuersystem überführt wird. Dabei geht es nicht darum, das gesellschaftlich unbestrittene Sozialprinzip aufzugeben, sondern dieses nur anders auszurichten. Sobald die personenorientierte Prämie dabei eine individuelle Belastungsgrenze übersteigt, zahlt der Staat aus Steuermitteln die Differenz zu einer durchschnittlichen Prämie – analog etwa zum jetzigen Wohngeldmodell.

Die Vorteile liegen auf der Hand: Da das Steuersystem alle Einkünfte ohne Obergrenze erfasst und die Steuersätze mit dem Einkommen steigen, werden Gutverdiener und Kinderlose an der Finanzierung des sozialen Ausgleichs stärker beteiligt, während Geringverdiener und Familien mit Kindern geringer belastet werden. Darüber hinaus würden die Bedürftigen treffsicherer gefördert, das heißt, Mitnahmeeffekte oder Unterstützungslücken könnten besser kontrolliert werden.

Drittens: Gelingt es, eine nachhaltige Finanzierungsbasis zu schaffen? Die Herausforderung besteht darin, eine hochwertige medizinische Versorgung der Patienten zu gewährleisten und zugleich die langfristige Finanzierbarkeit der Gesundheitssysteme zu sichern. Künftig muss jede Generation stärker als bisher an der Finanzierung der eigenen Gesundheitskosten beteiligt werden. Die Krankenversicherungen werden dazu verpflichtet, die Prämien so zu berechnen, dass daraus personenbezo-

gene Altersrückstellungen gebildet werden. Die Versicherten wiederum erhalten das Recht, diese Rückstellungen im Falle eines Versicherungsverwechslens mitzunehmen, damit sich der Wettbewerb unter den Krankenversicherungen nicht länger nur auf die Zielgruppe der Neukunden konzentriert.

Viertens: Gelingt eine wettbewerbliche Gestaltung der Leistungsbeziehungen? Mit dem Übergang auf eine Preissteuerung im Gesundheitswesen bedarf es beim Versicherungsschutz keiner staatlichen oder halbstaatlichen Organisation mehr. Die gesetzlichen Krankenkassen sind daher nicht mehr nötig. Entscheidend bleibt, dass jedes Versicherungsunternehmen, das bei einer allgemeinen Versicherungspflicht Leistungen anbietet, den Vorgaben des Regelleistungskatalogs folgen muss.

Hierbei müssen sowohl Krankenversicherungen als auch Leistungserbringer dem allgemeinen Wettbewerbsrecht unterliegen. Dies hat zur Folge, dass Absprachen zwischen Versicherungen und Kooperationen zwischen Leistungserbringern der Missbrauchskontrolle und der Kartellprüfung unterzogen werden. Die Leistungserbringer beispielsweise konkurrieren auf dezentraler Ebene miteinander. Dabei müssen verschiedene Formen der Vertrags- und Kooperationsbeziehungen zur Wahl stehen. Es ist also durchaus möglich, dass sich Ärzte zu gemeinsamen Organisationen zusammenschließen und mit einzelnen oder mehreren Kassen kontrahieren.

Als Ergebnis lässt sich festhalten: Auch in Zukunft wird es keine Gesundheitspolitik geben, die alle Probleme mit einem Schlag löst. Doch die ordnungspolitische Frage lautet: Kann die Lösung der Probleme in unserem Gesundheitssystem in einer Fortführung einer Regulierungspolitik liegen, die versucht, mit zeitlichem Nachhang die Probleme im bestehenden System zu reparieren? Oder brauchen wir nicht viel eher eine Neuformulierung des Sozialprinzips und damit des Sicherungsgedankens in der Gesellschaft, die und Kreativität aller Beteiligten einfordern müsste?

Die Gesundheitspolitik muss sich entscheiden, ob sie den Schritt zu einem grundsätzlichen Systemwechsel wagen will, der vor allem auf die Leistungsfähigkeit und Innovationskraft der Beteiligten setzt. Ein marktwirtschaftliches Modell ist sicherlich mutig und ohne Beispiel. Es könnte aber gerade deshalb ein Beitrag zur ordnungspolitischen Debatte sein, die in der Vergangenheit häufig von Deutschland vorangetrieben wurde.

PROLOG

AUS DEM BUCH SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT:
GRUNDLAGEN, ENTWICKLUNGSTENDENZEN, PERSPEKTIVEN

Otto Schlecht / Gerhard Stoltenberg

„Beständig ist allein der Wandel“, diese Erkenntnis ist heute aktueller denn je. Die Auswirkungen der Globalisierung haben unser Gemeinwesen erfasst und setzen seine Organisationsstrukturen unter Anpassungszwang. Der Übergang vom Maschinen- zum Informationszeitalter fordert seinen Tribut: Bewährte Ordnungen und Institutionen, aber auch anerkannte Leitbilder stehen auf dem Prüfstand des internationalen Wettbewerbs und verlangen nach neuen Begründungen. Angesichts der tiefgreifenden und bei weitem noch nicht abgeschlossenen Umstrukturierungen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft zeigt die Konsenskultur der Bundesrepublik Deutschland nicht mehr zu übersehende Risse.

Doch nicht nur der öffentliche Bereich ist vom Wandel betroffen, auch im Privaten zeichnen sich Veränderungen ab: Traditionelle Lebensformen erscheinen fraglich. In Ausbildung erworbenes Wissen und im Beruf gewonnene Erfahrung zählen immer weniger. Die neuen Tugenden heißen Mobilität, Flexibilität, Ungebundenheit, Wendigkeit. Die Globalisierung und ihre Auswirkungen schüren neue Zukunftsängste. Aber hinter ihnen verbergen sich noch immer altbekannte Sorgen: Sorgen um Arbeitsplätze und Einkommen,

Sorgen um die Stabilität der Währung und die soziale Sicherung, und in jüngster Zeit haben sich unter dem Stichwort BSE Sorgen um die Ernährung verbreitet, die lange Zeit vergessen schienen.

In einer solchen Situation der Unsicherheit suchen Menschen nach Halt und Orientierung. Der Blick richtet sich verständlicherweise auf Bewährtes und sucht in ihm eine verlässliche Stütze. Für den Bereich der Wirtschaft ist ein solcher Orientierungspunkt die Soziale Marktwirtschaft. Sie war und ist für viele Menschen – nicht nur in Deutschland Symbol für Sicherheit und Wohlstand. Über Parteigrenzen und Interessengegensätze hinweg gilt die Soziale Marktwirtschaft als Garant für sozialen Frieden und wirtschaftliche Effizienz.

Die wirtschaftspolitische Ordnung, in und mit der wir heute leben, erhielt ihre Gestalt in der unmittelbaren Nachkriegszeit, in einem Zeitraum, der von großen Problemen und dem Bewusstsein eines Neuanfangs beherrscht war. Der Blick auf diese Zeit kann hoffnungsvoll stimmen: Denn im Vergleich zur Lage in der „Stunde Null“ im Jahr 1945 sind die heute zu lösenden Probleme – so dringlich sie sein mögen – doch von bescheidenerer Dimension und geringerer sozialer Schärfe. Zudem verfügen wir jetzt – durch den Stand unserer Wissenschaft und durch das erreichte Wohlstandsniveau – über weitaus bessere Möglichkeiten, um akute Probleme zu lösen.

Die Kapitulation des Deutschen Reichs am 8. Mai 1945 markiert eine Niederlage, deren Totalität mit keinem anderen Datum der deutschen Geschichte vergleichbar ist. Sie war eine militärische und wirtschaftliche Niederlage. Doch angesichts der verbrecherischen Kriegsziele und der Auslöschung von Millionen Menschenleben bedeutete diese Niederlage viel mehr: Sie stellt den moralischen Tiefpunkt in der historischen Entwicklung Deutschlands dar. Vor diesem Hintergrund konnte ein politischer Neuanfang in Deutschland nur dann eine Chance haben, wenn es gelang, Staat und Wirtschaft auf eine neue, dauerhaft tragfähige moralische Basis zu stellen. Die Umstände nach der Kapitulation waren für die Verwirklichung eines solchen Ziels äußerst widrig, denn anders als nach dem Ersten Weltkrieg hatte Deutschland seine Souveränität verloren. Das Land war vollständig besetzt und in Verwaltungszonen aufgeteilt, die alliierter Hoheit unterstanden. Überdies drohten Reparationsforderungen und Gebietsabtretungen unbekanntem Ausmaßes. Deutschland schien auf Dauer zerschlagen.

Für die meisten Bürger verband sich der Untergang des Dritten Reiches mit einer persönlichen Katastrophe. Millionen Deutsche lebten in Trümmern. Mehr als die Hälfte des Wohnraumes von 1939 war durch Bombardements zerstört. Verschärft wurde die trostlose Situation durch den Zustrom von Flüchtlingen und Vertriebenen aus den östlichen Teilen Deutschlands und aus Mitteleuropa. Bis Ende 1946 waren 5,6 Millionen Vertriebene in die drei westlichen Besatzungszonen eingewandert. Der Bevölkerung fehlte es an allem: an Kleidung, an Nahrung, an Heizmaterial. Totalausfälle bei der Versorgung mit Energie waren an der Tagesordnung. Noch unter dem Schock des Krieges stehend, bedeutete die Kapitulation für fast alle Deutschen nicht das Ende des Überlebenskampfes, sondern dessen Fortsetzung.

Existenznot bestimmte das tägliche Leben. Der Glaube an eine bessere Zukunft schien töricht. Dennoch gab es Menschen, die in dieser schweren Zeit dem Traum von besseren Verhältnissen nachgingen und sich intensiv mit der Frage beschäftigten, wie die drückende Not nachhaltig gelindert werden kann. Vielfach hatten sie schon während der Kriegszeit ihr Augenmerk auf den Aufbau einer neuen politischen Kultur gerichtet, wobei ihnen der Aufbau einer neuen Wirtschaftsverfassung als grundlegend erschien. Die geistigen Zentren dieser Überlegungen waren das volkswirtschaftliche Seminar an der Universität Freiburg, an der sich schon um 1940 die „Freiburger Schule“ etabliert hatte, die volkswirtschaftliche Abteilung beim Verein Deutscher Maschinenbauanstalten (VDMA) in Berlin sowie die „Volkswirtschaftliche Arbeitsgemeinschaft für Bayern“ an der Universität München.

Die Wissenschaftler, die diesen Kreisen angehörten – in Freiburg vor allem Walter Eucken und Franz Böhm, in Berlin Alexander Rüstow, Wilhelm Röpke und Ludwig Erhard, in München Adolf Weber und auch hier wieder Ludwig Erhard –, hatten den Niedergang der deutschen Demokratie und das Aufkommen der Diktaturen in Europa erlebt, sie waren aber auch Zeugen der großen Inflation, der Weltwirtschaftskrise und des dadurch ausgelösten sozialen Elends. Viele von ihnen hatten die Geschehnisse jener Jahre als Folgen einer zu sorglosen Politik und eines zu leichtfertigen Vertrauens in das marktwirtschaftliche System gedeutet und kritisiert. Nach den Erfahrungen mit der wirtschaftlichen Not und den sozialen Spannungen in der Weimarer Zeit sowie dem Aufkommen von Demagogie, Intoleranz, Unterdrückung und Gewalt während der nationalsozialistischen Herrschaft sahen sie ihre Aufgabe vorrangig darin,

einen Beitrag zur moralischen und politischen Erneuerung Deutschlands zu leisten.

In lebhafter Erinnerung an die ökonomischen Fehlentwicklungen in den dreißiger Jahren und ihren verhängnisvollen politischen Folgen hing für sie der Erfolg der neuen politischen Ordnung in entscheidender Weise von einer positiven Wirtschaftsentwicklung ab. Grundvoraussetzung hierfür war ein solides und effizientes, und das hieß: ein marktwirtschaftliches System, das die Freiheit des Einzelnen schützt und gleichzeitig der Absicherung der neuen Ordnung dient. Es ging ihnen um Wahrung der Würde des Menschen vor Übergriffen des Staates und vor der Willkür von Mitmenschen: um eine Freiheit, die weder durch staatliche Bevormundung noch durch Zwangsgewalt und wirtschaftliche Macht bedroht ist. Um dieses Ziel zu erreichen, bedurfte es neben einer allgemeinen Verfassung, die im Gegensatz zur Weimarer Verfassung Grundrechte unmittelbar schützte, auch und gerade einer freiheitlichen Wirtschaftsverfassung, die den selbständig und eigenverantwortlich handelnden Menschen zum Leitbild hatte.

Nach Ansicht der Vertreter dieses neuen Liberalismus – der Neo- und Ordoliberalen – bot die Einführung einer marktwirtschaftlichen Ordnung mit funktionierendem Wettbewerb die beste Gewähr für eine freiheits-sichernde Wirtschaftsverfassung. Anders als in den zentral verwalteten oder kollektivistisch organisierten Volkswirtschaften und anders als zur Zeit von Merkantilismus, Protektionismus und Interventionismus sollte der Staat nicht in wirtschaftliche Prozesse eingreifen. Er sollte sich in genau beschriebenen Fällen von Marktversagen darauf beschränken, Rahmenbedingungen zu setzen, in denen sich die schöpferischen Fähigkeiten des Einzelnen frei entfalten können, ohne dabei die Rechte und Chancen Dritter zu beeinträchtigen. Diese Vorstellungen standen im Gegensatz zum früher und auch heute wieder vertretenen Laissez-faire-Liberalismus, der prinzipiell auf Staatsferne setzt und in letzter Konsequenz zu Monopolismus, Subventionismus und Protektionismus führt. Die Neo- und Ordoliberalen forderten einen aktiven Staat, der auf die Einhaltung der von ihm gesetzten Rahmenbedingungen achtet und insbesondere für funktionierenden Wettbewerb sorgt.

Aus den damals angestellten wissenschaftlichen Überlegungen heraus hat sich recht schnell ein politisch realisierbares Konzept entwickelt, das Alfred Müller-Armack auf den Namen „Soziale Marktwirtschaft“ taufte.

Ludwig Erhard hat im Juni 1948, am Tage der Währungsreform, in den amerikanisch und britisch besetzten Zonen Deutschlands mit der praktischen Umsetzung dieses Konzeptes begonnen und die Soziale Marktwirtschaft durch konsequente und beharrliche Politik zu überaus großem Erfolg, zum „deutschen Wirtschaftswunder“, geführt.

Das Besondere am Konzept der Sozialen Marktwirtschaft ist, dass es bei aller Betonung des marktwirtschaftlichen Organisationsprinzips nicht auf eine möglichst schrankenlose Entfaltung der Marktkräfte setzt, sondern sich an Grundsätzen orientiert, die unter anderem auch von der christlichen Soziallehre betont werden. So gesehen gelang es mit der Sozialen Marktwirtschaft, eine Ordnung zu begründen, in der zwar das Leistungsprinzip und der Wettbewerb herrschen, in der aber der Mensch – wie es Ludwig Erhard ausdrückte – vor „gnadenloser Ausbeutung“ Schutz findet. Die Soziale Marktwirtschaft wurde damit nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht zu einem beispiellosen Erfolgsmodell, sondern auch zu einer großen Integrationsformel. Ihr Erfolg beruht einerseits auf der unschlagbaren Effizienz der marktwirtschaftlichen Organisation, andererseits aber auch auf stabilen sozialen Fundamenten. Die Soziale Marktwirtschaft begünstigt damit nicht, wie es in den klassischen Laissez-faire-Ordnungen der Fall war, die Starken, sondern sie tritt in entschiedener Weise für die Schwachen ein, und davon gab es nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs genug.

In der Zeit des ideologischen Weltgegensatzes entfaltete sich die Soziale Marktwirtschaft zur Gegenkonzeption von staatlichem Dirigismus und privatwirtschaftlichem Machtmissbrauch und zeigte ihre besondere Stärke durch ihre integrativen, ja friedensstiftenden Wirkungen: Sie trug wesentlich zur Verankerung der rechtsstaatlichen Demokratie bei – nicht nur in Deutschland. Das in Deutschland erfolgreiche Wirtschaftssystem schlug sich 1957 in den Verträgen nieder, mit denen die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft gegründet wurde. Und heute strahlt es weit über Westeuropa hinaus in alle Teile der Welt.

Wie fast alle modernen Industrienationen steht das wiedervereinigte Deutschland heute vor großen Aufgaben, deren Lösung nicht zuletzt durch die dynamisch fortschreitende Globalisierung ebenso rasches wie kluges Handeln erfordert. Die Reform der Systeme der sozialen Sicherung, die Schaffung günstiger Rahmenbedingungen für dauerhaft wettbewerbsfähige Beschäftigung sowie der schonende Umgang mit den na-

türlichen Ressourcen können nur gelingen, wenn dem Einzelnen wieder mehr Handlungsspielraum zugestanden wird und der Staat zu jener Rolle zurückkehrt, die ihm die Väter der Sozialen Marktwirtschaft einst zugedacht haben: Der Staat soll der Wirtschaft Regeln geben und Schiedsrichter im Wirtschaftsgeschehen sein. Er soll aber nicht selbstherrlich handelnder Akteur im Wirtschaftsprozess sein.

Seit dem Ende der Ära Erhard hat ein schleichender Ausbau des Wohlfahrtsstaates eingesetzt. Der Staat beansprucht jetzt über Steuern, Gebühren und Abgaben mehr als 50 Prozent des Volkseinkommens, und er verteilt, was er einnimmt, wie ein Mäzen unter seine Bürger. Erhard war die Verwandlung der Sozialen Marktwirtschaft in ein wohlfahrtsstaatliches Umverteilungssystem ein Gräuel. Nach seiner Überzeugung hat der Staat bei allen Maßnahmen auf ihre Notwendigkeit und Verhältnismäßigkeit, insbesondere aber auf ihre Marktkonformität zu achten. Kein staatlicher Eingriff darf die Funktionsmechanismen des Marktes stören. Keine staatliche Maßnahme darf die Anreize zu eigener Leistung lähmen.

Heute steht uns klar vor Augen, wie wichtig und richtig diese Überzeugung ist: Der Staat (Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherung) ist überfordert. Er vermag weder die aufgelaufenen Probleme der Vergangenheit noch die anstehenden aktuellen Herausforderungen zu lösen. Seine Rolle als demokratisch legitimierter „Pantocrator“ ist ausgespielt. „Wohlstand für alle“, wie Erhard sein wohl bekanntestes Buch betitelte, wird es in Zukunft nur noch geben, wenn der Staat sich wieder auf seine Kernaufgaben beschränkt und dem Bürger erlaubt, durch Eigeninitiative und Eigenverantwortung einen persönlichen Beitrag zur Zukunftssicherung unseres Landes zu leisten.

Dies wäre dann wieder eine Ordnung, die den Namen „Soziale Marktwirtschaft“ verdient, denn in diesem bewährten Konzept ging es darum, eine möglichst große Anzahl von Menschen durch ihre eigene Leistung von sozialen Transfers unabhängig zu machen – von Staatsleistungen, die in letzter Konsequenz doch nichts anderes sind als vom Bürger selbst finanzierte staatliche Gnadenerweise. Die meisten Bürgerinnen und Bürger in unserem Land sind zu einer solchen Reform bereit, und die Soziale Marktwirtschaft bietet hierfür den richtigen Rahmen.

MENSCHENBILD UND WERTE

MARKTWIRTSCHAFT UND ETHIK

(AUSZUG)

Joseph Kardinal Ratzinger

„Es mag erstaunlich erscheinen, aber es dürfte wahr oder zumindest schwer zu widerlegen sein: Das Symposium „Kirche und Wirtschaft in der Verantwortung für die Zukunft der Weltwirtschaft“, an dem sich vom 21. bis 24. November 1985 in den Räumen der Päpstlichen Universität Urbaniana in der Vatikanstadt fast 400 Repräsentanten von Kirche, Wirtschaft, Wissenschaft und Politik aus fast 40 Nationen versammelt hatten, kann als ein in der bisherigen Geschichte der Begegnung dieser Partner einmaliges Ereignis bezeichnet werden“. Mit diesen Worten beschrieb der wissenschaftliche Berater des BKU, Prof. Dr. Lothar Roos seinerzeit die Veranstaltung, in deren Verlauf der heutige Papst Benedikt XVI den folgenden Vortrag über Marktwirtschaft und Ethik hielt. Da diese Rede eine der wenigen Dokumente ist, in denen sich Joseph Kardinal Ratzinger zu Wirtschaftsfragen äußert, erhält der Text durch die Papstwahl wieder neue Aktualität.

Als Veranstalter der Tagung zeichneten gemeinsam verantwortlich: der Päpstliche Rat für die Laien, das Institut der deutschen Wirtschaft, die Internationale Vereinigung katholischer Universitäten und die Konrad-Adenauer-Stiftung. Als Kooperationspartner wirkten mit: der Bund Katholischer Unternehmer (Deutschland), die Gesellschaft zur Förderung

der schweizerischen Wirtschaft, die österreichische Volkswirtschaftliche Gesellschaft und die Internationale Christliche Unternehmervereinigung (UNIAPAC). Die Schirmherrschaft des Kongresses hatten gleich drei Kardinäle übernommen: der Vorsitzende der Päpstlichen Kommission „Iustitia et Pax“, der französische Kardinal Roger Etchegaray, der Präfekt der römischen Kongregation für die Glaubenslehre, Kardinal Joseph Ratzinger und der damalige Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz Kardinal Joseph Höffner. Wie wenig diese „Schirmherrschaft“ lediglich als zeremonielle Zutat zu interpretieren war, wird daran deutlich, dass die beiden letztgenannten mit Grundsatzreferaten substantiell die Diskussionen des Symposiums mitprägten.

Herzlich grüße ich – auch im Namen der beiden anderen Protektoren, Kardinal Höffner und Kardinal Etchegaray – alle hier zum Symposium über Kirche und Wirtschaft Versammelten. Ich freue mich, dass durch das Zusammenwirken des Päpstlichen Laienrates, der Internationalen Vereinigung Katholischer Universitäten, des Instituts der deutschen Wirtschaft und der Konrad-Adenauer- Stiftung ein weltweit gespanntes Gespräch möglich geworden ist über eine Frage, die uns alle bewegt.

WIRTSCHAFTLICHE UNGLEICHHEIT ALS BEDROHUNG

Denn die wirtschaftliche Ungleichheit zwischen dem Norden und dem Süden der Erdkugel wird immer mehr zu einer inneren Bedrohung für den Zusammenhalt der Menschheitsfamilie, davon könnte auf die Dauer keine geringere Gefährdung für den Fortgang unserer Geschichte ausgehen als von den Waffenarsenalen, mit denen Ost und West gegeneinanderstehen. So müssen neue Anstrengungen unternommen werden, diese Spannung zu überwinden, denn alle bisherigen Methoden haben sich dafür als nicht ausreichend erwiesen. [...]

EIGENE SPIELREGELN FÜR DIE WIRTSCHAFT

Lassen Sie mich versuchen, den genauen Fragepunkt [...] noch etwas näher zu verdeutlichen. Denn auf den ersten Blick ist – gerade von einer klassischen Wirtschaftstheorie her – nicht zu sehen, was eigentlich Kirche und Wirtschaft miteinander zu tun haben sollen. [...]

Ohne das Problem hier im Einzelnen zu entfalten [...], möchte ich lediglich einen Satz von Peter Koslowski unterstreichen, der den Punkt auf-

zeigt, auf den es ankommt: „Die Wirtschaft wird nicht nur von ökonomischen Gesetzen regiert, sondern durch Menschen bestimmt [...]“ Auch wenn Marktwirtschaft auf der Einordnung des einzelnen in ein bestimmtes Regelgeflecht beruht, so kann sie den Menschen nicht überflüssig machen, seine sittliche Freiheit nicht aus dem wirtschaftlichen Geschehen ausscheiden.

SEELISCHE KRÄFTE ALS WIRTSCHAFTSFAKTOR

Heute wird immer deutlicher, dass die Entwicklung der Weltwirtschaft auch mit der Entwicklung der Weltgemeinschaft, der weltweiten Familie der Menschen zu tun hat, und dass für die Entwicklung der Weltgemeinschaft die Entwicklung der seelischen Kräfte des Menschen von wesentlicher Bedeutung ist. Auch die seelischen Kräfte sind ein Wirtschaftsfaktor: Die Marktregeln funktionieren nur dann, wenn ein moralischer Grundkonsens besteht und sie trägt. Wenn ich bisher auf die Spannung zwischen einem rein liberalen Wirtschaftsmodell und einer ethischen Fragestellung hinzuweisen und damit einen ersten Fragenkreis zu umschreiben versucht hatte, [...], so muss nun aber auch die entgegengesetzte Spannung angedeutet werden.

Die Frage nach Markt und Moral ist heute längst kein bloß theoretisches Problem mehr. Da die innere Ungleichheit der einzelnen großen Wirtschaftsräume das Spiel des Marktes gefährdet, hat man seit den fünfziger Jahren versucht, durch Entwicklungsprojekte die wirtschaftliche Balance herzustellen. Es kann heute nicht mehr übersehen werden, dass der Versuch in der bisherigen Form gescheitert ist und die Ungleichheit sogar noch verschärft hat. Die Folge ist, dass weite Kreise in der Dritten Welt, die zunächst der Entwicklungshilfe mit großen Hoffnungen entgegengesehen hatten, nun den Grund ihres Elends in der Marktwirtschaft sehen, die sie als ein System der Ausbeutung, als strukturgewordene Sünde und Ungerechtigkeit betrachten. In dieser Perspektive erscheint dann die Zentralverwaltungswirtschaft als die moralische Alternative, der man sich mit einer geradezu religiösen Inbrunst zuwendet, ja, die förmlich zum Inhalt von Religion wird. Denn während die Marktwirtschaft auf die förderliche Wirkung des Egoismus und dessen automatische Begrenzung durch die konkurrierenden Egoisten setzt, scheint hier der Gedanke einer gerechten Lenkung zu dominieren, in der das Ziel das gleiche Recht für alle und die gleichmäßige Aufteilung der Güter unter allen ist.

Gewiss ermutigen die bisherigen Beispiele nicht, aber die Hoffnung, dass man das moralische Konzept doch auch zum Erfolg führen könne, ist damit nicht zu widerlegen: Wenn das Ganze, so denkt man, auf einem stärkeren moralischen Fundament versucht würde, so müsste es gelingen, Moral und Effektivität in einer Gesellschaft zu versöhnen, die nicht auf das Maximum an Gewinn, sondern auf Selbstbeschränkung und gemeinsames Dienen ausgerichtet ist. So wird der Disput zwischen Wirtschaft und Ethik in diesem Bereich immer mehr zu einem Disput gegen die Marktwirtschaft und ihre geistigen Grundlagen und für die Zentralverwaltungswirtschaft, der man nun vollends ihr rechtes sittliches Fundament zu geben glaubt.

PHILOSOPHISCHE PARALLELEN ZWISCHEN MARXISMUS UND KAPITALISMUS

Der ganze Umfang der hier anstehenden Frage wird aber erst sichtbar, wenn wir nun auch den dritten Bereich wirtschaftlicher und theoretischer Erwägungen einbeziehen, die das Panorama der heutigen Situation kennzeichnen: die marxistische Welt. Von seiner wirtschaftstheoretischen und „praktischen Struktur her ist das marxistische System als Zentralverwaltungswirtschaft der radikale Gegensatz zur Marktwirtschaft“. Das Heil wird davon erwartet, dass es keine private Verfügungsmacht über die Produktionsmittel gibt, dass Angebot und Nachfrage nicht durch den Wettbewerb auf dem Markt in Einklang gebracht werden, dass mithin für das private Gewinnstreben kein Raum ist, sondern alle Regelungen von einer zentralen wirtschaftlichen Verwaltung ausgehen.

Aber trotz dieses radikalen Gegensatzes in den konkreten wirtschaftlichen Mechanismen gibt es auch Gemeinsamkeiten in den tieferen philosophischen Voraussetzungen. Die erste besteht darin, dass auch der Marxismus ein Determinismus ist, und dass umgekehrt auch er die vollkommene Befreiung als Frucht des Determinismus verheißt. Deswegen ist es von den Grundlagen her ein Irrtum, anzunehmen, das Zentralverwaltungssystem sei ein moralisches System im Gegensatz zu dem mechanistischen System der Marktwirtschaft. Ganz deutlich sichtbar wird dies zum Beispiel daran, dass Lenin der These Sombarts zustimmte, es gebe im Marxismus kein Gran Ethik, sondern nur ökonomische Gesetzmäßigkeiten. Ja, der Determinismus ist hier weit radikaler und grundsätzlicher als im Liberalismus: Dieser anerkennt immerhin den Bereich

des Subjektiven und sieht ihn als den Raum des Ethischen; hier sind dagegen Werden und Geschichte total auf Ökonomie reduziert und die Ausgrenzung eines eigenen Subjektbereichs erscheint als Widerstand gegen die allein geltenden Gesetze der Geschichte und so als fortschrittsfeindliche Reaktion, die nicht geduldet werden kann. Ethik reduziert sich auf Geschichtsphilosophie, und Geschichtsphilosophie verfällt zu Parteistrategie.

Aber kommen wir noch einmal auf die Gemeinsamkeiten in den philosophischen Grundlagen des Marxismus und streng genommenen Kapitalismus zurück. Die zweite Gemeinsamkeit besteht – wie andeutungsweise schon sichtbar wurde – darin, dass der Determinismus die Absage an die Ethik als selbständige und für die Wirtschaft relevante Größe einschließt. Im Marxismus zeigt sich dies besonders dramatisch darin, dass Religion auf Ökonomie zurückgeführt wird, Spiegelung eines bestimmten wirtschaftlichen Systems und damit zugleich Hindernis richtiger Erkenntnis, richtigen Handelns, Hindernis des Fortschritts ist, auf den die Naturgesetze der Geschichte, die in der Dialektik des Negativen und des Positiven verläuft, aus ihrem weiter nicht mehr begründeten inneren Wesen heraus schließlich in der totalen Positivität enden muss. Dass in solcher Sicht Kirche nichts Positives zur Weltwirtschaft beitragen kann, ist klar: sie spielt eine Rolle für die Wirtschaftsfrage nur als etwas, das überwunden werden muß.

Dass sie dabei aber zeitweilig als Mittel ihrer eigenen Selbsterstörung und so als Instrument der „positiven Kräfte der Geschichte“ benutzt werden kann, ist Einsicht, die sich erst in jüngster Zeit ergeben hat; an der Grundthese ändert sie offenkundig nichts. Im Übrigen lebt das ganze System praktisch von der Apotheose der zentralen Verwaltung, in der der Weltgeist selbst am Werk sein müßte, wenn die These stimmen sollte. Daß dies ein Mythos im schlechtesten Sinn des Wortes ist, ist einfach eine empirische Feststellung, die sich fortwährend weiterverifiziert. So wird gerade die radikale Absage an einen konkreten Dialog zwischen Kirche und Wirtschaft, die diesem Denken zugrunde liegt, zur Bestätigung seiner Notwendigkeit.

KATHOLIZISMUS UND WIRTSCHAFTSORDNUNG

Bei dem Versuch, die Konstellation eines Gesprächs zwischen Kirche und Wirtschaft zu beschreiben, bin ich noch auf einen vierten Aspekt gesto-

Ben. Er wird ansichtig in dem bekannten Wort, das Theodor Roosevelt 1912 geprägt hat: „Ich glaube, dass die Assimilation der lateinamerikanischen Länder an die Vereinigten Staaten lange und schwierig sein wird, solange diese Länder katholisch sein werden.“ Auf derselben Linie hat 1969 Rockefeller bei einem Vortrag in Rom empfohlen, die Katholiken dort durch andere Christen zu ersetzen – eine Unternehmung, die bekanntlich voll im Gange ist. In beiden Aussprüchen ist offenbar Religion beziehungsweise in diesem Fall eine christliche Konfession als ein sozialpolitischer und damit auch wirtschaftlicher Faktor vorausgesetzt, der grundlegend ist für die Art der Entfaltung politischer Strukturen und wirtschaftlicher Möglichkeiten.

Das erinnert an Max Webers These von dem inneren Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Calvinismus, zwischen der Gestaltung der wirtschaftlichen Ordnung und der bestimmenden religiösen Idee. Fast scheint hier die Vorstellung von Marx auf den Kopf gestellt: Nicht die Wirtschaft produziert religiöse Vorstellungen, sondern die religiöse Grundorientierung entscheidet darüber, welches wirtschaftliche System sich entwickeln kann. Die Vorstellung, dass nur der Protestantismus freie Wirtschaft hervorbringen könne, während der Katholizismus keine entsprechende Erziehung zur Freiheit und zu der ihr notwendigen Selbstdisziplin einschließt, sondern eher autoritäre Systeme begünstige, ist zweifellos auch heute noch sehr weit verbreitet und vieles in der neueren Geschichte scheint für sie zu sprechen.

Andererseits können wir heute das liberal-kapitalistische System selbst mit all den Korrekturen, die es inzwischen angenommen hat, nicht mehr so unbefangen als das Heil der Welt ansehen, wie dies noch in der Ära Kennedy mit ihrem Optimismus der Peace-Corps gewesen war: Die Anfragen der Dritten Welt diesem System gegenüber mögen einseitig sein, unbegründet sind sie nicht. So wäre hier wohl zunächst eine Selbstkritik der christlichen Konfessionen hinsichtlich ihrer politischen und ökonomischen Ethik gefragt, die aber nicht als rein innerkirchliches Gespräch vor sich gehen kann, sondern fruchtbar nur sein wird, wenn sie als Dialog mit denen geführt wird, die Christen sind und die die Wirtschaft tragen.

Eine lange Tradition hat dazu geführt, dass sie vielfach ihr Christsein als ihren subjektiven Bereich ansehen, während sie als Wirtschaftler den Gesetzen der Wirtschaft folgen; beide Bereiche erscheinen in der neuzeitlichen Trennung von Subjekt- und Objektwelt als unberührbar füreinan-

der. Aber gerade auf ihre Berührung käme es an, in der beides unvermischt und ungetrennt zueinanderkommen müßte. Dass die Ausbildung wirtschaftlicher Systeme und ihre Rückbindung an das Gemeinwohl von einer bestimmten ethischen Disziplin abhängt, die ihrerseits nur durch religiöse Kräfte hervorgebracht und gehalten werden kann, ist eine immer deutlicher werdende wirtschaftsgeschichtliche Tatsache. Dass umgekehrt der Verfall solcher Disziplin auch die Marktgesetze zum Zusammensturz bringt, wird inzwischen ebenfalls offenkundig. Eine Wirtschaftspolitik, die nicht nur dem Gruppenwohl, ja, nicht nur dem Gemeinwohl eines bestimmten Staates, sondern dem Gemeinwohl der Menschheitsfamilie zugeordnet ist, verlangt ein Höchstmaß an ethischer Disziplin und damit ein Höchstmaß an religiöser Kraft.

Eine politische Willensbildung, die die inneren Gesetze der Wirtschaft auf dieses Ziel hin nutzt, scheint heute trotz aller großen humanitären Beateuerungen fast unmöglich; durchsetzbar kann sie nur sein, wenn ganz neue ethische Kräfte dafür freigesetzt werden. Eine Moral, die dabei die Sachkenntnis der Wirtschaftsgesetze überspringen zu können meint, ist nicht Moral, sondern Moralismus, also das Gegenteil von Moral. Eine Sachlichkeit, die ohne das Ethos auszukommen meint, ist Verkennung der Wirklichkeit des Menschen und damit Unsachlichkeit. Wir brauchen heute ein Höchstmaß an wirtschaftlichem Sachverstand, aber auch ein Höchstmaß an Ethos, damit der wirtschaftliche Sachverstand in den Dienst der richtigen Ziele tritt und seine Erkenntnis politisch vollziehbar und sozial tragbar wird. [...]

Hoffen wir, daß es gelingt, in dem notwendigen Zueinander von Ethik und Wirtschaft einen Schritt nach vorwärts zu tun, der zu mehr Erkenntnis und zu besserem Handeln und so letztlich zu mehr Frieden, zu mehr Freiheit und zu mehr Einheit der Menschheitsfamilie führt.

ETHIK DER SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

(AUSZUG)

Otto Schlecht

These 1: Die Überlegenheit der Marktwirtschaft als Methode zur allgemeinen Wohlstandsmehrung gegenüber allen anderen bekannten ökonomischen Koordinationsformen beruht gerade auch darauf, daß sie auf die Koordinierung von dezentralen Entscheidungen der Individuen über den Markt setzt und dazu nicht den moralischen Übermenschen erfordert. Sie gründet sich auf souverän handelnde Menschen, deren freie Entscheidungen vor allem in der eigenen Verantwortlichkeit begrenzt sind.

These 2: Auch wenn die Marktwirtschaft nicht überzogene Anforderungen an die Moral der wirtschaftlich agierenden Individuen stellt, so schafft das marktwirtschaftliche System doch keinen moralfreien Raum und kann auf individuelle Moral auch nicht verzichten. Die Übernahme sittlicher Verantwortung vermindert Reibungsverluste in den Marktbeziehungen, fördert den Konsens zwischen Staat und organisierten Interessen und ließe die Sozialsysteme besser funktionieren.

These 3: In der reinen, sich selbst überlassenen Marktwirtschaft bleiben wesentliche gesellschaftliche Aufgaben unerledigt. Marktwirtschaft bedarf gesellschaftlicher Organisation

im Wege der rechtlichen und institutionellen Gestaltung der Rahmenordnung. Nur so lässt sich – ohne die ordnungszerstörenden Effekte staatlicher Effekte staatlicher Einzelinterventionen – die Synthese von Freiheit und Bindung finden, die letztlich den ethischen Gehalt der Sozialen Marktwirtschaft erst begreifen läßt.

These 4: Die Marktwirtschaft bleibt nur so lange eine ethisch und sozial vertretbare und freiheitsbegründende Ordnung, als sie dynamischen Wettbewerb gewährleistet. Nur bei freier Gestaltung der Güter- wie der Faktorpreise kann Wettbewerb wirksam werden, für die Dynamik und Anpassungsfähigkeit der Wirtschaft zu sorgen und darüber hinaus durch wirksame Begrenzung wirtschaftlicher Macht Leistungsgerechtigkeit herstellen.

These 5: Sozialer Ausgleich ist keineswegs nur ein im Grunde systemfremdes Anhängsel; er ist vielmehr ein wesentliches konstitutives Element der Sozialen Marktwirtschaft. Marktwirtschaftliche Effizienz und sozialer Ausgleich stehen dabei in einem engen, von Spannungen zwar nicht gänzlich freien, doch prinzipiell harmonischen Wechselverhältnis. Einerseits lassen sich ohne effizientes Wirtschaften die enormen Mittel kaum aufbringen, die erforderlich sind, um denen ein menschenwürdiges und sozial akzeptables Auskommen zu bieten, die unter Marktbedingungen dies temporär oder dauernd selbst nicht erwirtschaften können. Andererseits gründet sich marktwirtschaftliche Effizienz gerade auch auf die Akzeptanz einer Wirtschaftsordnung, die soziale Sicherheit, Abbau von sozialen Schranken und Verteilungsgerechtigkeit ebenso voraussetzt wie soziale Mitverantwortung.

These 6: Da es keine Garantie für eine prästabilisierte Harmonie gibt, bedarf die marktliche Steuerung im Interesse von Stabilität und Beschäftigung der Ergänzung durch eine gesamtwirtschaftlich orientierte Makropolitik, die im Rahmen einer mittelfristigen Wachstumsstrategie günstige Bedingungen für Investitionen und Innovationen schafft.

These 7: Die Bereitstellung von Infrastrukturleistungen gehört zu den Komplementärfunktionen, die der Staat in der Sozialen Marktwirtschaft zu erfüllen hat. Hierbei sollte er möglichst die Effizienz marktwirtschaftlicher Mechanismen nutzen.

These 8: Die Schöpfung durch Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen zu bewahren, ist eines der zentralen ethischen Postulate, vor die sich das verantwortliche Individuum und die Gesellschaft im industriellen Zeitalter gestellt sehen. Hierzu bietet die Soziale Marktwirtschaft die besten Voraussetzungen. Wo Markt und Wettbewerb funktionieren, erfolgen bei richtiger – umweltgerichteter – Rahmensetzung die Anpassung von Produzenten und Verbrauchern an sich stellende ökologische Zwänge und Forderungen rasch und umfassend. In dem Maße wie Bereitschaft besteht, umweltbedingte Kostensteigerungen durch entsprechend verminderte Einkommensansprüche zu kompensieren, lassen sich in der Sozialen Marktwirtschaft mehr als anderswo umweltpolitische Pflöcke ehrgeiziger und zukunftsorientierter weiter nach vorne stecken.

These 9: Wechselseitige Abhängigkeiten zwischen Wirtschafts-, Staats- und Gesellschaftsordnung machen die Soziale Marktwirtschaft zum Pendant rechtsstaatlicher Demokratie, weil die menschliche Freiheit nach allen Seiten hin unteilbar ist.

These 10: Soziale Marktwirtschaft ist weder Idol noch Götze, sondern ein Organisations- und Koordinierungskonzept, das mehr bietet als Wohlstand und ökonomische Freiheit. Sie ist das Konzept der offenen, pluralistisch-demokratisch verfaßten Gesellschaft: sie ermöglicht die basisdemokratische Kontrolle unternehmerischer Entscheidungen, sie macht Toleranz und Nicht-Diskriminierung überhaupt erst möglich, sie gibt auch Minderheiten eine Chance auf Selbstverwirklichung, international hat sie den Charakter einer Friedensordnung.

DIE TREIBENDE KRAFT: DIE CDU MUSS IHR KONZEPT DER SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT NEU DEFINIEREN UND PROPAGIEREN

(AUSZUG)

Franz Schoser

Die Wirtschaftspolitik der Nachkriegszeit war einer der ganz großen Erfolge der Christlich-Demokratischen Union. Von den damaligen Weichenstellungen zehrt die Bundesrepublik Deutschland noch heute. Die wirtschaftspolitischen Grundentscheidungen jener Zeit fußten auf dem Konzept der Sozialen Marktwirtschaft. Dieses wirtschafts- und gesellschaftspolitische Leitbild vermochte es, die produktiven Kräfte der Deutschen zu wecken und auf den Wiederaufbau zu lenken. Die Soziale Marktwirtschaft sollte ein pragmatischer Ansatz sein, um durch die Freisetzung unternehmerischer Initiative die Bevölkerung rasch mit dem Notwendigsten versorgen zu können. Der erste Bewährungstest dieser neuen Konzeption war nicht ohne Risiko. Der Erfolg gab den Vätern der Sozialen Marktwirtschaft Recht.

Die ordnungspolitischen Grundsätze wurden maßgeblich von Alfred Müller-Armack bestimmt, der über seine Zusammenarbeit mit Bundeswirtschaftsminister Erhard erheblichen Einfluss auf die marktwirtschaftlichen Reformen hatte. Er

prägte den Begriff der Sozialen Marktwirtschaft. Dieser Begriff sah sich später häufig dem Vorwurf ausgesetzt, es handle sich um ein leeres Schlagwort. In Wirklichkeit ist er nur ein Beleg für die Kraft des richtig gewählten Wortes. Der Begriff der Sozialen Marktwirtschaft trug nicht unerheblich zu den Wahlerfolgen der CDU in der Nachkriegszeit bei: Den Unternehmern versprach er Gestaltungsspielräume und ordnungspolitische Deckung für Investition und Gewinn. Den Arbeitnehmern vermittelte er eine angemessene Beteiligung an den von der Marktwirtschaft hervorgebrachten Wohlstandszuwächsen.

Bekanntlich besteht der Kern des Konzeptes der Sozialen Marktwirtschaft darin, die Freiheit auf dem Markt mit dem Prinzip des sozialen Ausgleichs zu verbinden. Das Prinzip des Wettbewerbs steht im Vordergrund der Konzeption; dennoch ist sie eine Absage an einen „Kapitalismus pur“. Die Soziale Marktwirtschaft baut auf den Grundlagen des Liberalismus auf und weist dem Staat eine durchaus aktive Rolle zu, nämlich bei der Aufrechterhaltung des Wettbewerbes. Durch seine Wirtschaftspolitik soll der Staat Konzentrationstendenzen entgegenwirken und eine Vermachtung der Wirtschaft verhindern.

Ein zweites gesellschaftspolitisches Merkmal tritt hinzu. Die Soziale Marktwirtschaft ist auch der Versuch, konkurrierende Gesellschaftsschichten und Weltanschauungen in einer integrierenden Ordnung miteinander zu versöhnen. Dies ist auch die Position der CDU selbst. Die Folgerungen für die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik der Nachkriegszeit lauteten: Leistungswettbewerb und sozialer Schutz, individuelle Freiheit und Verantwortung, Selbstinteresse und Marktkontrolle. All das begründet die Rollenverteilung in unserer pluralistischen Gesellschaft und beschreibt die Freiheiten, die Rechte und Pflichten ihrer Mitglieder.

GRUNDSATZENTSCHEIDUNGEN

In den ersten zehn bis fünfzehn Jahren nach Gründung der Bundesrepublik wurde die Wirtschaftspolitik der CDU-geführten Bundesregierung dem Anspruch der Sozialen Marktwirtschaft sicherlich gerecht. Blicken wir einmal auf die wirtschaftspolitischen Grundsatzentscheidungen jener Jahre zurück: Die Währungsreform und die mutige Freigabe der Preise 1948 schafften die Basis für eines der wichtigsten Identifikationssymbole Nachkriegsdeutschlands: die Deutsche Mark. Danach: der Aufbau eines Leistung fördernden Steuersystems und Abschreibungserleichterungen,

Tarifvertrags- und Betriebsverfassungsgesetz 1949 beziehungsweise 1952, Einführung der dynamischen, bruttolohnbezogenen Rente und Verabschiedung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB), des „Grundgesetzes der Sozialen Marktwirtschaft“ im Jahre 1957. Ludwig Erhard hielt ein striktes Kartellverbot für den richtigen Weg. Das GWB war im damaligen Meinungsbildungsprozess von Teilen der Wirtschaft jedoch hart umkämpft und verlor im Widerstreit der Interessengruppen einige seiner Zähne. Das ursprünglich geplante Kartellverbot mit nur drei Ausnahmen wurde in eines mit elf Ausnahmen verändert. Dennoch setzte das GWB Zeichen: für eine Gesellschaft des freien Marktzugangs, für eine unternehmerische Mittelstandsgesellschaft, die das Individuum nicht zur abhängigen Mitarbeit in anonymen Großorganisationen zwingt. Im Jahr 1958 folgte die Konvertibilität der D-Mark und 1961 schließlich mit dem Außenwirtschaftsgesetz der Übergang zu vollen marktwirtschaftlichen Regeln auch im außenwirtschaftlichen Verkehr. Erst auf der Basis dieser Rahmenbedingungen konnte sich in Deutschland ein leistungsfähiger Mittelstand herausbilden – und dies war auch politisch gewollt.

Die Erfolge ließen nicht auf sich warten. Die Wirtschaft gewann schnell ihre internationale Anerkennung zurück. Davon profitierten auch die Arbeitnehmer. Noch 1950 hatte es eine Arbeitslosenrate von 10,5 Prozent gegeben, 1960 herrschte praktisch Vollbeschäftigung; 1950 bis 1960 gab es ein Wachstum von real acht Prozent pro Jahr bei rundweg stabilen Preisen; schon ab 1952 hatte die Bundesrepublik Deutschland eine aktive Außenhandelsbilanz. Mit der Deutschen Mark war eine Stabilitätswährung geschaffen worden.

Es soll jedoch ebenfalls nicht unerwähnt bleiben, dass sich die CDU nicht von Anbeginn mit der Sozialen Marktwirtschaft leicht getan hat. Es ist in erster Linie der Durchsetzungsfähigkeit und Überzeugungskraft Ludwig Erhards zu verdanken, dass sich die CDU für das System der Sozialen Marktwirtschaft entschied. Das Ahlener Programm der CDU von 1947 war noch von zahlreichen sozialistischen Ideen geprägt. Der zunächst parteilose Ludwig Erhard hatte es nicht leicht, die CDU von seinen Vorstellungen zu überzeugen. Er war kein Parteipolitiker im herkömmlichen Sinne, sondern ein Idealist, dessen Charisma aus dem Glauben an die Richtigkeit seiner Ideen erwuchs. Die Lehre aus dem Erfolg Erhards lautet, dass auch Newcomern der Weg zur politischen Verantwortung in der CDU offen stehen sollte. Zum wirtschaftspolitischen Programm wurde der Titel

des Buches *Wohlstand für alle*, das Ludwig Erhard für den Bundestagswahlkampf 1957 geschrieben hatte. In dem Buch belegt Erhard, dass die marktwirtschaftliche Transformation der ersten Nachkriegsjahre gelungen ist und die Akzeptanz des neuen Leitbildes nicht mehr nur Anspruch ist, sondern bereits umgesetzt werden konnte. Nahezu alle Bevölkerungsschichten waren nun in der Lage, am deutlich gestiegenen Wohlstand zu partizipieren. Auf der Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft waren gleichzeitig jene Überschüsse erwirtschaftet worden, die ein Mindestmaß an Umverteilung für die Schwachen ermöglichten. Zum Konzept der Sozialen Marktwirtschaft gehörten auch staatliche Aktivität und Umverteilung. Seit den Tagen Ludwig Erhards kreist die wirtschaftspolitische Diskussion immer wieder um die Frage, wie weit staatliche Eingriffe gehen dürfen. Die Sozialdemokratie hat den Begriff der Sozialen Marktwirtschaft nach der Wende im Godesberger Programm von 1959 in ihren Regierungsjahren vereinnahmt und damit nahezu jede staatliche Intervention gerechtfertigt. Die CDU hat sich Begriffe und Inhalte der Sozialen Marktwirtschaft zu leicht abnehmen lassen. Schließlich ist sie die Partei, die in der Tradition der Sozialen Marktwirtschaft stand und auch weiterhin stehen soll. Es wird für die zukünftigen Erfolge der Christlich-Demokratischen Union entscheidend sein, ob es ihr gelingt, Begriff und Inhalte der Sozialen Marktwirtschaft für sich zurückzugewinnen.

Was sind die aktuellen Herausforderungen an die CDU als Partei der Sozialen Marktwirtschaft?

NEUJUSTIERUNG ERFORDERLICH

Mit Blick auf die zukünftigen Entwicklungen stellen jedoch vor allem ausländische Beobachter verstärkt die Frage, ob das „alte“ Konzept der Sozialen Marktwirtschaft noch die angemessene Wirtschaftsordnung ist für eine *New Economy* mit ihren großen Herausforderungen. Richtig ist in jedem Fall, dass die Soziale Marktwirtschaft einer Neujustierung bedarf. Die Politik der Umverteilung von den „nicht ganz Reichen zu den nicht ganz Armen“ hat bereits seit Beginn der siebziger Jahre die Innovation fördernde Risikobereitschaft vermindert und den Strukturwandel gebremst. Die hohe Staatsquote ist das statistische Konzentrat dieser Tendenz – weg vom Individuum hin zum Staat. Dieser Trend hat sich in den achtziger Jahren nicht entscheidend umgekehrt. Auch nach der Wiedervereinigung fand die Politik nicht den Mut zu grundlegenden Reformen – vor allem in der Sozialpolitik.

Jetzt drängt die Zeit. Die Rahmenbedingungen für das wirtschaftliche Handeln haben sich stark verändert: Die weltweite Mobilität des Kapitals und in immer stärkerem Maße auch die internationale Mobilität qualifizierter Arbeitskräfte sind Ausdruck dieser Veränderungen. Die Möglichkeiten der weltweiten Integration von Produktionsabläufen, die uns die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien beschert haben, beschleunigen diesen Wandel. Weder unsere Arbeitsmarktordnung und unsere sozialen Sicherungssysteme noch das Steuersystem hat die Politik bislang diesen Veränderungen angepasst.

Deshalb ist es eine vordringliche Aufgabe der CDU als Partei der Sozialen Marktwirtschaft, mutige Neuorientierungen vorzunehmen, um die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft zu sichern. Die Aufgabe der Volkspartei CDU erschöpft sich dabei jedoch nicht in der Vorlage solcher Reformvorschläge. Die CDU kann Wahlen mit solchen Konzeptionen nur gewinnen, wenn sie die Bevölkerung zum einen von der Notwendigkeit dieser Reformen und zum anderen von der Vorteilhaftigkeit einer Revitalisierung der Sozialen Marktwirtschaft überzeugt. Entscheidend ist dabei die Stärkung der Eigenverantwortung der Bürger. Die CDU muss Vorstellungen entgegentreten, den schnellen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen müsse die Politik mit mehr staatlicher Regulierung und Kontrolle begegnen. Notwendig ist stattdessen eine stärkere Betonung der Individualität. Die CDU braucht ein bewusstes Ja zu lange Zeit verpönten Begriffen – zur Leistung, zur Elite, zur persönlichen Verantwortung und zum unternehmerischen Risiko. Wir müssen weg von der lange Zeit vorherrschenden „Anspruchskultur ohne Risiko“ hin zu einer „Leistungskultur mit sozialer Sicherung“.

ZUKUNFT DES WIRTSCHAFTSSTANDORTES

Aus Sicht der Wirtschaft ist das Gelingen dieser Neuausrichtung von entscheidender Bedeutung: Denn die Zukunftsfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft bedeutet gleichzeitig die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland. Die Wirtschaft vertraut darauf, dass die CDU als marktwirtschaftlich orientierte Partei die berechtigten Interessen der Unternehmen, vor allem der mittelständischen Unternehmen, in ihrer innerparteilichen Willensbildung berücksichtigt. Dabei ist es selbstverständlich, dass eine Volkspartei immer Kompromisse zwischen verschiedenen Strömungen suchen muss. Gerade auf diesem Wege kann jedoch die CDU in breiten Bevölkerungskreisen in besonderem Maße Verständ-

nis für wirtschaftliche Zusammenhänge und Notwendigkeiten wecken. Eine Wirtschaftsorganisation wie der Deutsche Industrie und Handelstag kann das selbst in dieser Breite nicht erreichen – zum einen, weil ihr der direkte Zugang zu den Bürgern fehlt, zum anderen, weil der latente Vorwurf des unternehmerischen Eigeninteresses die Überzeugungsarbeit erschwert. Gleichzeitig braucht die Wirtschaft die Zustimmung der Bevölkerung zur Marktwirtschaft in Zeiten der Internet-Ökonomie dringender denn je. Denn die Soziale Marktwirtschaft wächst von unten.

SEHNSUCHT NACH ORDNUNG

Norbert Walter

Groß ist sie schon, die Sehnsucht nach Ordnung. Aber noch nicht so groß wie während des zweiten Weltkrieges. Noch glauben die etablierten Nationen an ihren alten Rechten kleben zu müssen. Noch sorgt sich kein Großer (Geist) um die Stärkung der internationalen Organisationen. So schleppt sich der internationale Konferenzzirkus von Vorstellung zu Vorstellung – und alles spürt – die frühere Faszination ist verloren. So quälen sich die internationalen Organisationen von Beschluss zu Beschluss – oft freilich ohne Konsequenz. Und so entartet die internationale Struktur zum Recht des wirtschaftlich/militärisch Stärkeren ohne sachgerechte Regulierung auf der jeweils angemessenen Ebene. Und für lebenserhaltende Bereiche wie dem Umweltschutz fehlt eine angemessene Regulierung oft ganz, auf jeder staatlichen Ebene und international.

G8-GIPFEL IN ST. PETERSBURG

Fast möchte man meinen, das Gemeckere der Intellektuellen und der Journalisten sei notorisch. Hat da nicht gerade zur rechten Zeit und in der idealen Konfiguration der Weltwirtschaftsgipfel in St. Petersburg stattgefunden? Waren dort nicht alle wichtigen Mächte für die Krisen der Welt an einem Tisch? Und hat man nicht außerordentlich sensibel und kompetent für die Themen, die andere Länder essentiell betreffen, hinzu geladen – so China und Brasilien für die so

wichtige Frage der Doha-Runde? Also doch alles in Butter? Mitnichten. Die G7 Runde ist ein Anachronismus. Zu einem Wirtschaftsgipfel gehören derzeit die USA, Japan und die EU, nachdem diese sich auf einen Sprecher geeinigt haben. Wenn auf absehbare Zeit jemand zu einem solchen Treffen hinzukommen sollte, so ist das China – aber frühestens in fünf Jahren. Russland hat in diesem Kreis nichts zu suchen. Selbstverständlich ist Russland für Rohstofffragen, insbesondere Energie, ein globaler Player. Selbstverständlich ist Russlands Rolle im politischen Gestalten seiner Südflanke für viele Fragen vom Iran bis Libanon, vom früheren Jugoslawien bis nach Nordkorea von strategischer Bedeutung. Aber sein ökonomisches Gewicht ist das einer Mittelmacht mit abnehmender Relevanz.

Terrorismus, der Gegensatz der Religionen, ethnische Konflikte werden im 21. Jahrhundert offenkundig wieder wichtiger. Dem wurde, was den Fokus der Debatte anlangte, in St. Petersburg entsprochen. Aber jeder wichtige Teilnehmer fuhr nach Hause mit seiner eigenen Interpretation des Abschlusskommuniqués. Das gleiche gilt für das ursprünglich als zentral vorgesehene Thema Energie. Von allem ein bisschen steht im Kommuniqué und jeder kann zu Hause Erfolg vermelden. Indes sind keine die Weltenergieversorgung sicherer machenden Aufgaben verteilt worden – je nach Verantwortung und Möglichkeiten. Die Russen geben die Ablehnung privater Akteure mit strategischer Bedeutung für den Ausbau und die Effizienzsteigerung der Energiegewinnung und -verwendung nicht auf. Die USA artikulieren weiter ihren Widerstand gegen Umweltsteuern oder Emissionszertifikate, die zur Energieersparnis anregen. Die Deutschen planen weiter sichere und betriebsbereite Kernkraftwerke abzuschalten. Niemand bringt große Forschungsanstrengungen für emissionsfreie Kohlekraftwerke zustande – dies würde angesichts der Reichweite und Verteilung der Kohlereserven Umweltorientierung mit Versorgungssicherheit verbinden lassen. Niemand bringt große Forschungsprojekte zur Nutzung erneuerbarer Energien voran (Geothermie, Solar, Wind, Biomasse); gleiches gilt für die dazu nötigen Distributionslösungen.

DOHA VOR DEM AUS?

Zwar ist Pascal Lamy aus St. Petersburg zurückgekehrt mit einem Auftrag, das unmögliche noch zu erreichen, nämlich einen Abschluss der Doha-Runde. Aber Frankreich vor der Wahl scheint zu einer weitgehenden EU-Agrarreform nicht willens, und in den USA tickt die Uhr des Auslaufens

von Fast Track sehr laut. Und die G-20 Länder Brasilien und Indien haben noch nicht jenes Verhandlungs- und Koalitionsgeschick, das einen festgefahrenen Karren wieder flott macht. Die Verhandlungen wurden auf unbestimmte Zeit ausgesetzt. Damit ist der Abschluss der Doha-Runde gegenwärtig nicht absehbar – die Folgen eines Scheiterns hingegen sehr wohl. Es würde ein Wettlauf um bilaterale Handelsabkommen stattfinden und damit ein ineffizientes und kostspieliges Handelssystem entstehen.

ROYAL COMMISSION FÜR EINE EFFEKTIVERE WELTWIRTSCHAFTSORDNUNG

Im zweiten Weltkrieg haben sich in Bretton Woods Wissenschaftler und Politiker mit Visionen und einem wahrlich internationalen Geist getroffen, die aus den Friedensverträgen nach dem ersten Weltkrieg und seinen fatalen Folgen konstruktive Schlussfolgerungen zogen. GATT, Weltbank und IMF entstanden. Die Vereinten Nationen wurden weiterentwickelt. Die OECD entstand, die BIZ übernahm internationale Finanz- und Regulierungsaufgaben. Diesen Geist gilt es wiederzubeleben und es gilt der neuen politischen und ökonomischen Realität gemäßige Ergänzungen der internationalen Ordnung zu etablieren.

Dazu sollte eine internationale Gruppe etabliert werden, die den Namen „Royal Commission“, was Kompetenz und Ansehen anlangt, zu Recht besitzt. Die Unterstützung der oben definierten G3 und der in der G20 enthaltenen Regierungen ist für die sinnvolle Auftragsvergabe und nachfolgende Unterstützung nötig.

Die Weltwirtschaftsordnung kann bei globaler Vernetzung und immer rascherer und effektiverer Distribution und Kommunikation nur eine offene Ordnung sein. Die Verwirklichung von Subsidiarität, d.h. die Verantwortungszuweisung auf die organisatorisch niedrigste mögliche Ebene, ist ohne Alternative. Und das was wirklich global ist, gilt es auf dieser Ebene zu regeln. Hierfür müssen die Privaten, die Kommunen, die Staaten, ja die regionalen Verbände Regelungskompetenz auf internationale Organisationen übertragen. Schiedsgerichte gilt es zu etablieren und ihre Urteile zu respektieren. Ohne eine solche Ordnung fällt die Welt zurück in Streit und – was wohl vor allem die Aufholenden schmerzhaft treffen würde – auf ein niedrigeres Wohlstandsniveau. Im Jahre 2006 ist dies keine pessimistische Aussage von Ängstlichen und Nörglern, sondern eine sehr reale Gefahr.

Die Regionen, auf die es ankommt, sind die USA und Europa. Gerade da aber hat sich zwar ökonomisches Gewicht, aber kein Integrationsgeist angesammelt. Frühestens nach den französischen Wahlen und der Wahl des nächsten Präsidenten in den USA gibt es ein Fenster für neuen Schwung für internationale Integration und mehr Akzeptanz und Aufgaben für internationale Organisationen, die eine Ordnung der Weltwirtschaft mit intelligenter Regulierung und Überwachung sichern. Wir brauchen die Nachfolger der Bretton Woods-Organisationen, eine globale Umweltbehörde, eine Aufwertung des Aufsichtsregimes für die Regulierung der Finanzmärkte (vielleicht bei der BIZ) und ein Regulierungssystem für internationale Wanderung, das Integrationsfähigkeit und Entfaltungsmöglichkeiten optimiert.

WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT

ARBEITSLOSIGKEIT IST KEINE LOTTERIE. ÜBER DIE URSACHEN SIND DIE ÖKONOMEN EINIG – PROBLEME BEREITET DIE THERAPIE

Wolfgang Franz

Im Jahre 1798 schrieb Thomas Robert Malthus, einer der bedeutenden Klassiker der Nationalökonomie, über Arbeitslose: *„These are the unhappy persons, who in the great lottery of life, have drawn a blank.“* Wirklich? Ist Arbeitslosigkeit tatsächlich ein (Un-)Glücksspiel? Kann die Anzahl der Nieten verringert werden? Ist es dem Einzelnen möglich, darauf Einfluss zu nehmen?

„EUROPE JOBLESS – AMERICA PENNILESS“?

In den letzten vierzig Jahren hat sich die Anzahl der Erwerbstätigen in den Vereinigten Staaten in etwa verdoppelt. Davon kann in Europa kaum die Rede sein, im Gegenteil, die letzten Jahre waren in einigen Ländern durch Arbeitsplatzverluste gekennzeichnet. Die Kehrseite der US-Medaille besteht anscheinend in einer höheren Ungleichheit der Einkommenschancen. Obwohl die neuen Arbeitsplätze in den Vereinigten Staaten überwiegend in den oberen Qualifikations- und damit Einkommensebenen geschaffen wurden, erlitten viele amerikanische Arbeitnehmer im unteren Qualifikationsbereich reale Einkommenseinbußen, bis hin zum

Problem der „working poor“, also der Beschäftigten, deren Arbeitseinkommen nicht zur Sicherung ihres Lebensunterhaltes ausreicht. Westeuropa hingegen verfügt über ein gut ausgebautes System der sozialen Sicherung, und die Lohnstruktur hat sich nicht sehr gravierend verändert. Stimmt mithin der Ausspruch *„Europe jobless – America penniless“*, auf den der Ökonom *Paul Krugman* die transatlantischen Unterschiede zuzuspitzen versuchte? Zumindest müsste dem nicht so sein.

BREITER KONSENS – SCHWIERIGE UMSETZUNG

Mitunter herrscht in der Öffentlichkeit die Vorstellung, dass die Zunft der Nationalökonominnen bei der Analyse des Themas Arbeitslosigkeit vor allem durch Konfusion und Kontroversen auffalle. Bei allem Streit um Detailfragen, welcher in der Wissenschaft teilweise aus Profilierungsneurose überpointiert ausgetragen wird, sollte der beträchtliche Konsens nicht übersehen werden. Ökonomen unterscheiden sich weniger darin, welche Ursachen zur Erklärung der Arbeitslosigkeit in Frage kommen, als in der Beurteilung der quantitativen Bedeutung der einzelnen Faktoren für ein bestimmtes Land und einen gegebenen Zeitraum.

Schwieriger als Diagnose und Therapieempfehlung ist es allerdings, Wege zur Umsetzung der als sinnvoll erachteten Maßnahmen zu finden. Wie sollen beispielsweise die Arbeitsplatzbesitzer – gegebenenfalls vertreten durch ihre Gewerkschaften – oder die Regierung dazu gebracht werden, Lohnzurückhaltung zu üben, um den Arbeitslosen zu besseren Beschäftigungschancen zu verhelfen? Wie sollen Beschäftigte dazu gebracht werden, einer beschäftigungsfördernden Flexibilisierung der Arbeitsmarktordnung zuzustimmen, wenn dadurch ihre eigene Situation unsicherer werden könnte? Mehr noch, eine vielversprechende Therapie kann sich in einer anderen Situation als untauglich erweisen: Lohnzurückhaltung hilft viel, wenn zu hohe Lohnkosten die Ursache der Arbeitslosigkeit darstellen, aber kaum etwas, wenn ein gesamtwirtschaftliches Nachfragedefizit nach Gütern und Dienstleistungen für die Unterbeschäftigung verantwortlich ist.

„QUASI-GLEICHGEWICHTIGE“ ARBEITSLOSIGKEIT

Vor dem Hintergrund der höchst umfangreichen Literatur zum Thema bietet sich zum besseren Verständnis eine Unterscheidung in zwei Ursachenkomplexe an: Arbeitslosigkeit kann einerseits bedingt sein durch

konjunkturelle Probleme und andererseits hervorgerufen durch Funktionsstörungen auf den Arbeits- und Gütermärkten. Weil sie – zumindest in weiten Teilen Europas und besonders in Deutschland – die derzeit bedeutendere Ursache der Arbeitslosigkeit darstellen, stehen die Funktionsstörungen (welche die sogenannte «strukturelle Arbeitslosigkeit» erzeugen) im Mittelpunkt der folgenden Betrachtung. Alle Funktionsstörungen zusammengenommen verursachen eine „quasi-gleichgewichtige Arbeitslosigkeit“: „gleichgewichtig“, weil sie sich ohne Reformen der Organisation des Arbeitsmarkts und seiner Regulierung als ziemlich persistent hoch erweist, „quasi“, weil ein solcher Zustand nicht jedermann zufriedenstellt, also zu einem Überdenken diverser wirtschaftlicher Aktivitäten Anlass geben sollte. Zur Erklärung dieser quasi-gleichgewichtigen Arbeitslosigkeit sind drei größere Gruppen von Funktionsstörungen zu thematisieren.

BESCHÄFTIGUNGSEHEMMENDE LOHNFINNDUNG

Die erste funktionelle Ursache der Arbeitslosigkeit umfasst alle Aspekte, die mit der Lohnhöhe und -struktur und dem institutionellen Gefüge des Lohnbildungsprozesses zusammenhängen. Zu hohe Lohnkosten – im Vergleich zur Produktivität und besonders zu konkurrierenden Unternehmen auf den Weltmärkten – sind heute häufig ein gravierendes Beschäftigungshemmnis.

VEREINTE INTERESSEN

Eine zurückhaltende Lohnpolitik durchzusetzen ist vor allem deshalb schwierig, weil es häufig sowohl für die Arbeitnehmer wie auch die Unternehmen ökonomisch rational sein kann, Löhne zu vereinbaren, die oberhalb des mit Vollbeschäftigung zu vereinbarenden Niveaus liegen. Denn warum sollen die Arbeitsplatzbesitzer Lohnzurückhaltung üben, solange ihre eigenen Arbeitsplätze einigermaßen sicher sind und sie keine Lohndrückerei seitens der Arbeitslosen fürchten müssen? Da in der Regel hohe Einarbeitungskosten anfallen würden und eine Verschlechterung des Betriebsklimas nicht zu vermeiden wäre, müssen sich die Arbeitsplatzbesitzer meist kaum davor fürchten, dass Arbeitgeber in größerem Umfang Arbeitslose einstellen, nur weil diese bereit sind, zu tieferen Löhnen zu arbeiten. Dazu kommen die sozialen Normen, welche ein solches Verhalten ohnehin brandmarken. Unternehmer sind vielfach durchaus bereit, Lohnzugeständnisse zu machen, selbst wenn damit Arbeitslosigkeit einhergeht. Eine gewisse Arbeitslosigkeit hat für Arbeitgeber den

Vorteil, dass sie Bummelanten und Drückeberger disziplinieren hilft. Aus der Sicht der einzelnen Firma senkt sie die Gefahr unerwünschter Abwanderungen qualifizierter Arbeitnehmer zur Konkurrenz. Überdies kann ein Unternehmen, das für seine relativ großzügigere Gehaltspolitik bekannt ist, aus einer größeren Anzahl von Bewerbern um freie Arbeitsplätze auswählen.

ARBEITSLOSE OHNE STIMME

Es liegt nahe, vor diesem Hintergrund dafür zu plädieren, den Arbeitslosen ein größeres Mitspracherecht bei der Lohnbildung einzuräumen, aber die Bereitschaft der Gewerkschaften dazu erscheint noch sehr steigerungsfähig. Die Bereitschaft zur Lohnzurückhaltung wird zudem geschwächt, wenn die Arbeitnehmer feststellen, dass die in Aussicht gestellten Beschäftigungsgewinne ausbleiben, obwohl sie aus ihrer Perspektive Lohnzurückhaltung geübt haben. Verständlicherweise schauen die Arbeitnehmer auf den Lohn, der ihnen nach Bereinigung um die gestiegenen Lebenshaltungskosten und nach Abzug der Steuern und Abgaben zur Sozialversicherung noch verbleibt. Diesem «Konsumlohn» stehen die realen Lohnkosten des Unternehmens gegenüber, der «Produktlohn», der alle Lohnzusatzkosten erfasst und die Verkaufspreise der hergestellten Produkte zur Grundlage der Preisbereinigung macht. In Deutschland wurde zwischen 1994 und 1998 ein beträchtlicher Keil zwischen Konsum- und Produktlohn in Höhe von rund 10% geschoben: Der Konsumlohn sank absolut um etwa 2%, während der Produktlohn um rund 8% stieg. Das erklärt den Unmut der Arbeitnehmer, da es aus ihrer Sicht trotz Lohnzurückhaltung nicht zu einem Beschäftigungsaufbau kam. Versagt hat die Finanz- und Sozialpolitik.

ZU WENIG CHANCEN FÜR NIEDRIGQUALIFIZIERTE

Arbeitslosigkeit trifft hauptsächlich gering qualifizierte Arbeitnehmer, sei es auf Grund der stärkeren Internationalisierung der Märkte, sei es als Folge eines zunehmenden technischen Fortschritts, der vor allem gering qualifizierte Arbeitskräfte einspart. Zwar muss der Arbeitnehmer in der Schweiz nicht generell fürchten, dass seine Entlohnung auf das in Indien herrschende Niveau herunterkonkurriert wird. Gleichwohl ist dies für den Bereich der Güter, die transportiert werden können („handelbare Güter“) und zu deren Herstellung es gering qualifizierter Arbeit bedarf, keine völlig unrealistische Perspektive. Es kommt also darauf an, einerseits die

Arbeitnehmer besser zu qualifizieren, damit sie produktivere Tätigkeiten verrichten können, und andererseits mehr Beschäftigungsmöglichkeiten im Bereich nicht handelbarer Güter zu schaffen, also vor allem im Dienstleistungssektor, denn niemand fliegt nach Neu-Delhi, um dort die preisgünstigeren Dienste eines Coiffeurs in Anspruch zu nehmen.

Auch hierzulande steigt die Nachfrage nach gering qualifizierten Dienstleistungen, wenn die Lohnkosten dafür fallen. Dies gilt für nettes Servicepersonal in Supermärkten, welches die Ware verpackt und ans Auto bringt, bis hin zu freundlichen Hilfen in den Hotels, von der Übernahme lästiger häuslicher Dienste erst gar nicht zu sprechen. Die mit einer weiteren Spreizung der Löhne im unteren Bereich verbundene Gefahr einer Zunahme der erwähnten „working poor“ kann durch innovative Kompensationsmodelle angegangen werden, etwa indem ohnehin anspruchsberechtigten Empfängern von Arbeitslosen- oder Sozialhilfe das nunmehr niedrigere Arbeitsentgelt bei der gewünschten Aufnahme einer gering qualifizierten Tätigkeit nicht oder nur teilweise auf die Unterstützungszahlungen angerechnet wird.

INSTITUTIONELLES REGELWERK ALS JOBKILLER

Beim institutionellen Gefüge ist gerade in Deutschland die große Herausforderung die, (wieder) eine hinreichende beschäftigungsfördernde Flexibilität zu sichern. Dies bedeutet nicht, dass unbedingt die Tarifautonomie der Sozialpartner zur Disposition gestellt und die Lohnfindung gänzlich auf die betriebliche Ebene verlagert werden muss. Vielmehr gilt es, die Tarifverträge mit Hilfe von wirksamen Öffnungsklauseln so zu flexibilisieren, dass in Unternehmen erforderlichenfalls vom Tarifvertrag auch zuungunsten der Beschäftigten abgewichen werden kann, wenn darüber mehrheitlicher Konsens besteht. In diesem Zusammenhang versprechen Gewinnbeteiligungsmodelle ein konstruktiveres Verhandlungsklima, weil Arbeitnehmer, die zu Recht oder zu Unrecht fürchten, über den Tisch gezogen zu werden, am (unerwartet) besseren Unternehmenserfolg, so er denn eintritt, beteiligt sind und nicht fürchten müssen, leer ausgehen zu müssen.

FALSCHER ANREIZE

Die zweite Gruppe von beschäftigungshemmenden Funktionsstörungen betrifft die Anreizwirkung des institutionellen Regelwerks insgesamt. Dazu gehören das System der Arbeitslosenversicherung ebenso wie Regeln des Kündigungsschutzes, um nur zwei Beispiele zu nennen. Empi-

rische Untersuchungen warnen vor einer Überschätzung einer „Arbeitslosigkeit-induzierten Arbeitslosigkeit“ und lasten den verbliebenen Effekt am ehesten einer zu langen Dauer der Unterstützungszahlungen an. Da Arbeitsunwilligkeit sich am deutlichsten bei der Ablehnung eines zumutbaren Arbeitsplatzangebots entlarvt, ist hier anzusetzen und sind Arbeitslose möglichst nachdrücklich zu Such- und Qualifikationsaktivitäten anzuhalten. Auch beim Kündigungsschutz geht es nicht darum, den Arbeitnehmer schutzlos etwaigen Willkürmassnahmen auszusetzen, sondern dafür Sorge zu tragen, dass die Vorschriften nicht ausschließlich die Arbeitsplatzbesitzer schützen. Eine Sozialklausel mag zwar beschäftigte ältere Arbeitnehmer vor Entlassung bewahren, verringert aber gleichzeitig die Einstellungschancen älterer Arbeitsloser, weil diesen später kaum wieder gekündigt werden kann.

MANGELNDE ÜBEREINSTIMMUNG DER PROFILE

Eine dritte Gruppe von Funktionsstörungen im Arbeitsmarkt, die Arbeitslosigkeit verursacht, bezieht sich darauf, dass die Profile von Arbeitslosen und freien Arbeitsplätzen nicht übereinstimmen. Ein Unternehmen in Bern, welches händeringend einen Spezialisten für computergestützte Werkzeugmaschinen sucht, und ein arbeitsloser Bauhilfsarbeiter kommen nicht zusammen, oder der gesuchte Spezialist mag nicht von Chur nach Bern umsiedeln. Die daraus entstehende „Mismatch-Arbeitslosigkeit“ kann beträchtlich sein. Umschulungen und Mobilitätshilfen mögen diese reduzieren helfen.

GEFÄHRLICHE VERSTÄRKUNGSWIRKUNG KONJUNKTURELLER STÖRUNGEN

Konjunkturschwankungen verursachen Abweichungen der tatsächlichen Arbeitslosigkeit von ihrem quasi-gleichgewichtigen Wert. Einer ausschließlich konjunkturbedingten Unterbeschäftigung ist mit Lohnzurückhaltung nicht beizukommen. Dies zeigt die in den letzten beiden Jahrzehnten entwickelte „Ungleichgewichtsökonomik“: Die Unternehmen stellen Absatzeinbussen fest und entlassen deshalb Beschäftigte. Die dadurch arbeitslos gewordenen schränken ihren Konsum ein, womit sich die Unternehmen mit erneuten Absatzverlusten konfrontiert sehen, und so weiter, bis der Prozess zum Stillstand kommt, möglicherweise bei erheblicher Unterbeschäftigung, wie etwa zu Zeiten der Weltwirtschaftskrise. Dieser gefährlichen Spirale muss durch eine Stabilisierungspolitik entgegengesteuert werden. Ein keynesianisch orientiertes Nachfragemanagement hat genau

das zum Ziel: Der Staat wirkt in rezessiven Konjunkturphasen dem Nachfragedefizit entgegen, indem er mehr ausgibt. Dabei macht er Schulden, die er in der Hochkonjunktur dank zurückhaltender Nachfrage und entsprechenden Haushaltsüberschüssen zurückzahlen kann.

SCHWIERIGE UMSETZUNG - TEURES ZUWARTEN

Die konsequente Umsetzung einer keynesianischen Politik-Konzeption ist äußerst schwierig. Budgetüberschüsse zu erzielen fällt den Politikern erfahrungsgemäß ungleich schwerer, als Schulden zu machen. Abgesehen davon kann bei der heutigen internationalen wirtschaftlichen Verflechtung ein Land alleine keine erfolgreiche Stabilisierungspolitik mehr betreiben. „Deficit spending“ muss dem – derzeit nicht absehbaren – Fall einer international auftretenden schweren konjunkturellen Störung vorbehalten bleiben. Arbeitslosigkeit tatenlos hinzunehmen kann allerdings schnell gefährlich werden, weil sich aus der ursprünglich konjunkturellen Unterbeschäftigung leicht eine persistente Arbeitslosigkeit entwickelt. Konjunktur und Funktionsstörungen stehen oft miteinander in Zusammenhang. Ein wichtiges Verbindungsglied ist das „Hysterese-Phänomen“, welches in seiner Essenz sagt: Arbeitslosigkeit erzeugt Arbeitslosigkeit. Wenn sich beispielsweise ein derzeit Beschäftigter und ein Arbeitsloser bei sonst völlig identischen Qualifikationen um eine ausgeschriebene Stelle bewerben, erhält meist der Beschäftigte den Zuschlag. Der Arbeitslose wird allmählich stigmatisiert. Wirtschaftspolitisch folgt daraus: So kostspielig die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auch sein mag, der Kampf wird um so teurer, je länger damit gewartet wird.

DIE REZEPTE SIND VORHANDEN

Alles in allem sind sich Ökonomen heute einig, dass sich Thomas Robert Malthus in seiner eingangs zitierten Auffassung irrte. Arbeitslosigkeit ist keine Lotterie, und die Anzahl der Nieten kann erheblich verringert werden; wenn auch nie ganz auf Null. Jeder einzelne Arbeitnehmer kann sein individuelles Arbeitslosigkeitsrisiko durch ständige Weiterqualifikation vermindern. Die Tarifvertragsparteien können mit Hilfe einer beschäftigungsfreundlichen Lohnpolitik im Hinblick auf die Höhe und die Struktur der Arbeitsentgelte beträchtlich zum Beschäftigungsaufbau beitragen. Der Staat kann ein übriges tun und ein beschäftigungsfreundliches institutionelles Regelwerk schaffen, indem er den Keil zwischen Produkt- und Konsumlohn möglichst klein hält und – wenn es die Situation einmal erfordern sollte – eine angemessene Stabilisierungspolitik betreibt.

HABEN WIR IN DEUTSCHLAND NOCH EINE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT IM SINNE VON LUDWIG ERHARD UND ALFRED MÜLLER-ARMACK?

Friedrich Reutner

Erhard und Müller-Armack erkannten zwischen den Polen „Freiheit, Motivation und Leistungsaktivierung“ einerseits und „sozialer Absicherung“ andererseits einen engen Bereich, der noch zur Optimierung der Leistungsfähigkeit und damit langfristig zum Nutzen aller in einer Volkswirtschaft führt. Ohne diese Leistungsfähigkeit ist keine soziale Abfederung möglich. Die soziale Sicherung soll als komplementäres Element die Leistungsfähigkeit absichern.

Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft setzt aber einen möglichst hohen Freiheitsgrad voraus. Die enge Korrelation zwischen Freiheit und Wohlstand, die Erhard und Müller-Armack schon vor mehr als einem halben Jahrhundert erkannten, weist das Fraser-Institut seit 1996 durch eine vergleichende Untersuchung in 54 Ländern nach. Deutschland beschneidet diese Freiheit vor allem durch eine Flut von Vorschriften und immer unverständlicheren Gesetzen und reduziert dadurch gleichzeitig zunehmend die so wichtige Motivation und Leistungsbereitschaft, die eigentlich angeregt werden müsste.

Nach Müller-Armack geht es vor allem darum, dass leistungsfähige Unternehmen entstehen und erhalten bleiben. Gesetzliche Hemmnisse, Planungsunsicherheit, die Höhe der Steuern und die Komplexität der gesetzlichen Regelungen bedrohen aber zunehmend die Existenz insbesondere der kleinen und mittleren Unternehmen. Die wertvernichtende Administration beschäftigt die Menschen immer stärker, ohne dass dabei ein Beitrag zur Wirtschaftsleistung erbracht wird, und gleichzeitig erlahmt das Umsetzungstempo, das den Erfolg entscheidend beeinflusst. Der wachsende Überlebenskampf der Unternehmen und die Zahl der Konkurse zeigen deutlich, dass wir in Deutschland den optimierten Bereich weit verlassen haben.

Erhard und Müller-Armack war es wichtig, dass der Staat sich aus allen wirtschaftlichen Prozessen heraushält und nach einem klaren Ordnungsrahmen handelt. Die wirtschaftlichen Zwänge führen zwar zu mehr Privatisierung, aber ein Ordnungsrahmen ist heute nicht mehr erkennbar. Schon zu Lebzeiten hat Erhard darauf hingewiesen, dass wir in Deutschland den optimierten Bereich verlassen haben. Wie viel weiter sind wir heute davon entfernt und die Globalisierung, also der Wettbewerb zwischen den Volkswirtschaften, deckt die Mängel noch deutlicher auf. Wie Recht hatten Erhard und Müller-Armack: Ihre Einschätzungen der Folgen für die wirtschaftliche Entwicklung, wenn die Politik die optimale Bandbreite mehr und mehr verlässt, zeigen sich immer deutlicher in Deutschland. Wir sind seit vielen Jahren das Schlusslicht in der Wachstumshierarchie in Europa, die Arbeitslosigkeit, eines der unsozialsten Probleme – vor allem für junge, leistungsbereite Menschen – ist weit über ein erträgliches Maß angestiegen. Letztlich trifft es alle.

Um wieder eine Volkswirtschaft mit großem Erfolg zu werden, benötigen wir weder eine „Neue Soziale Marktwirtschaft“ noch irgend einen anderen Ordnungsrahmen, sondern eine Rückbesinnung auf den optimalen Bereich, also auf die Soziale Marktwirtschaft im Sinne von Erhard und Müller-Armack.

Eine Besserung der Situation ist bei der heutigen Konstruktion unserer demokratischen Verfassung nur schwer vorstellbar, solange die Politiker unter den Zwängen der Interessengruppen handeln müssen. Für einen Politiker ist es heute fast unmöglich, zu der optimierten Bandbreite im Sinne von Erhard und Müller-Armack zurückzukehren. Abhilfe könnte nur geschaffen werden, wenn ein unabhängiges Gremium mit hohem wirt-

schaftlichen Sachverstand – ähnlich dem Verfassungsgericht in Bezug auf das Grundgesetz – Entscheidungen, die langfristig zu wirtschaftlichen Schäden führen oder nicht im Sinne des Ordnungsrahmens der Sozialen Marktwirtschaft sind, mit ausführlicher Begründung zur Überarbeitung an das Parlament zurückweist. Die Verankerung der Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft im Grundgesetz würde ebenfalls helfen.

DIE LAST DER FREIHEIT. ZUR EIGENVERANTWORTUNG GEHÖRT DIE GEFAHR DES SCHEITERNS

Joachim Starbatty

Es ist ein Paradoxon: Alle Parteien wollen den mündigen, eigenverantwortlichen Bürger, aber ihre praktische Politik läuft darauf hinaus, ihn umfassend zu umsorgen und seine Eigenverantwortung einzuschnüren. Für Kurt Biedenkopf – als Wettbewerbstheoretiker und langjähriger Ministerpräsident von Sachsen mit Wachsen und Verselbständigung der Sozialsysteme theoretisch und praktisch vertraut – ist der Sozialstaat zum Staat im Staate geworden. Die mit der Verwaltung betrauten Politiker, Funktionäre und Bürokraten dehnen in seinem Urteil ihre Fürsorge und damit auch ihre Machtposition aus, indem sie die Bürger immer abhängiger machen. Solche staatlichen Fürsorge-Monopole unterscheiden sich nach Ansicht Biedenkopfs von den privaten Monopolen dadurch, dass sie, weil sie staatlich sind und staatlich handeln, für sich nicht nur die Richtigkeitsvermutung in Anspruch nehmen, sondern auch ganz selbstverständlich beanspruchen, altruistisch zu handeln. Die Abhängigkeit der Bevölkerung von kollektiven Systemen sei zu einem großen Teil inkompatibel mit der Civil Society.

„DER EHRLICHE IST DER DUMME“

Inzwischen hat sich der Sozialstaat selbst ad absurdum geführt. Wenn Sozialsysteme auf kollektiver Umverteilung basieren, ist der finanzielle Kollaps programmiert. Es sind Systeme, in die alle Beschäftigten einzahlen müssen und aus denen alle schöpfen wollen. Wenn jemand die Systeme nicht in Anspruch nimmt und die Sozialkassen schont, schafft er Freiraum für jene, die die Systeme ungeniert in Anspruch nehmen, weil sie das für ihr gutes Recht halten. Hier ist jede Eigenverantwortung und damit jede Haftung ausgeschaltet. Dann aber stellt sich rationales Handeln - aus gegebenen Mitteln ein Maximum herausholen - als kontraproduktiv heraus. Philipp Herder-Dorneich spricht von der Rationalitäten-Falle kollektiv finanzierter Sozialsysteme. Der frühere Bundespräsident Roman Herzog hat es volkstümlicher gesagt: „Der Ehrliche ist der Dumme.“ Da sogar der Ehrlichste auf Dauer nicht der Dumme sein will, wird auch er beginnen, die Sozialsysteme auszuschöpfen. Es gibt nur einen Weg, den finanziellen Kollaps zu vermeiden: Soziale Sicherungssysteme müssen in Form überschaubarer Regelkreise organisiert werden, damit die Bürger eigenverantwortlich handeln. Die geltende Pflichtversicherung ist in eine Pflicht zur Versicherung umzuwandeln, wie sie für die Autohaftpflichtversicherung gilt. Nach dem Subsidiaritätsprinzip muss die Gemeinschaft für diejenigen eintreten, die aus eigener Kraft die notwendigen Prämien nicht aufbringen können.

Warum hat der Leviathan „Sozialstaat“ immer mehr finanzielle Mittel und Macht anhäufen können? Müssen sich nicht die Politiker mit ihrem Parteiprogramm den Wählern stellen, und müssen sie nicht ihre jeweilige Politik vor ihnen rechtfertigen? Wesentlich für das Wuchern des Sozialstaates ist wohl die Furcht der Menschen vor der mit der Freiheit verbundenen Verantwortung. Sind sie unterdrückt oder versklavt, gibt es kein köstlicheres Gut als die Freiheit. Viele sind sogar bereit, ihr Leben dafür zu opfern. Sind sie aber frei, empfinden sie Freiheit als selbstverständlich, ja bisweilen als Last oder Bedrohung. Wer frei ist, trägt die Verantwortung für den eigenen Lebensentwurf. Er muss für die Konsequenzen seines Tuns eintreten. Er muss entscheiden und mögliche Irrtümer einkalkulieren. Bei Eigenverantwortung kann Scheitern nie ausgeschlossen werden.

FREIHEIT UND WETTBEWERB

Freiheit umschließt auch die wettbewerbliche Dimension. Wo es keine Freiheit gibt, muss man gehorchen. Man wird belohnt, wenn man die Anweisungen befolgt. Damit ist der Lebensentwurf determiniert und individuelles Scheitern nahezu ausgeschlossen. Wenn Freiheit herrscht, müssen sich dagegen individuelle Entscheidungen im Wettbewerb mit anderen behaupten. Das zwingt zu Effizienz, zu bestmöglicher Ausschöpfung gegebener intellektueller und finanzieller Ressourcen. Das wiederum hat zur Folge, dass einige aus diesem Wettbewerb ausscheiden oder sich hinten anstellen müssen, weil sie falsche Entscheidungen getroffen haben oder weil die Konkurrenten besser waren. In einer wettbewerblichen Ordnung können freilich auch die scheitern, die selbst richtige Entscheidungen getroffen haben, aber die Fehlentscheidungen anderer ausbaden müssen. Wenn der Chef eines großen deutschen Bankhauses verkündet, in den nächsten drei Jahren müssten 6000 Arbeitskräfte entlassen werden, sind diese Betroffene von Entscheidungen, auf die sie selbst keinen Einfluss nehmen konnten.

Die Sorgen vieler Menschen vor dem Verlust des Arbeitsplatzes oder der beruflichen Zukunft sind ganz real. Und wenn dann der Leviathan lockt: Gib mir ein bisschen von deiner Freiheit, und ich gebe dir Sicherheit, fliehen viele in dessen Arme. Doch kann er umfassenden Schutz vor den Fährnissen des Lebens nur vorgaukeln. Die Lösung muss in andere Richtungen gesucht werden. Wenn Menschen Sicherheit nachfragen, lässt sich dieses Bedürfnis über institutionelle Arrangements im Rahmen einer Wettbewerbsordnung befriedigen. So lässt sich zum Beispiel betrieblicher Kündigungsschutz als ein individuelles Wahlrecht ausstatten. Wer dieses in Anspruch nehmen möchte, verzichtet auf aktuelles Einkommen. Wer dagegen auf rasche Wiederbeschäftigung setzt, erhält ein höheres Gegenwartseinkommen.

KOSTENEHRLICHKEIT

Vor allem müssen die Menschen auf das Erlebnis, aber auch die Last der Freiheit vorbereitet werden. Der Leviathan bedient sich einer bestimmten Technik, wenn er seinen umfassenden Schutz anbietet: Er verschleiert die damit verbundenen Kosten und überlässt anderen die hässliche Aufgabe der Eintreibung von Steuern und Abgaben. Wenn dann noch die Arbeitgeber hälftig die Kosten der Sozialabgaben übernehmen, glauben

viele Bürger, dass andere für sie zahlen. Wenn eine Regierung den Sozialstaat in Richtung Eigenverantwortung umbauen will, soll sie die Bürger über die Kosten der Sozialsysteme aufklären. Werden alle Lohnbestandteile, auch die Nebenkosten, ausgeschüttet und zahlt der Bürger selbst seine Steuern und Abgaben, spürt er die gesamte Last und wird für Alternativen offen sein oder die Politik in Richtung Reformen drängen.

Entscheidend ist die individuelle Bereitschaft, Eigenverantwortung zu übernehmen und die damit verbundene Verantwortlichkeit als Herausforderung zu sehen. Anders formuliert: Menschen müssen zur Freiheit erzogen werden. Sie müssen lernen, dass das Scheitern von Lebensentwürfen nicht das Ende aller Bemühungen ist. Der Wissenschaftstheoretiker Karl Popper hat die Quintessenz seiner Überlegungen in dem Satz zusammengefasst: „Alles Leben ist Problemlösen.“ Damit ist gemeint, dass wir Scheitern als Erfahrungsgewinn sehen können. Die Erziehung zur Freiheit, zur Eigenverantwortung und damit zur Bereitschaft, die Widernisse des Lebens als Herausforderung zu sehen, beginnt in der Familie und setzt sich in Schule und Weiterbildung fort. Das Verschenken guter Noten, weil man als Lehrer nett sein will, ist aus dieser Sicht kontraproduktiv.

Die Bereitschaft zu Freiheit und Eigenverantwortung hat wenig mit gesellschaftlicher Stellung, ererbtem Vermögen sowie körperlichen und geistigen Gaben zu tun; sie ist der Wille jedes Einzelnen, sich den Herausforderungen des Lebens zu stellen. Was damit gemeint ist, war kürzlich an dieser Stelle zu lesen („Mein Schutzengel braucht Verstärkung“, NZZ 5./6.3.05). Ursula Eichenberger berichtet von ihren Begegnungen mit unheilbar kranken Kindern. Eine Begegnung war besonders anrührend und Mut machend: Dave, sieben Jahre alt, hat spinale Muskelatrophie; seine Muskeln werden immer schwächer; er kann weder laufen noch stehen. Auf die Frage, wie es ihm gehe, antwortet der unerschütterliche Optimist aber meist: „Ich fühle mich topfit.“

WETTBEWERB UND WETTBEWERBSPOLITIK

WIRTSCHAFT AN DER KETTE

Norbert Berthold

Deutschland hat wirtschaftliche Probleme, gewaltige sogar und das nicht erst seit heute. Wer das leugnet, ist ein Narr oder Politiker. Kein Monat vergeht, an dem die Arbeitslosigkeit nicht auch offiziell immer neue Rekorde erreicht. Die Systeme der sozialen Sicherung torkeln am Rande des finanziellen Abgrundes. Kein Finanzminister im Bund und den Ländern kann sicher sein, nicht morgen in ein Haushaltsloch zu stolpern. Die ganze Misere spiegelt sich wie in einem Brennglas in einem anhaltend niedrigen Wachstum. Seit Mitte der 90er Jahre trägt Deutschland unter den wirtschaftlich wichtigsten Ländern die rote Laterne. Das ist nicht nur ökonomisch gefährlich, es wird auch das politische Gefüge erschüttern.

Wirtschaftspolitische Reformen mogeln sich an den wahren Ursachen der Krise vorbei. Noch immer vermuten weite Teile der Politik, das international mobile Kapital zwingt Deutschland wirtschaftlich in die Knie. Vor allem die Unternehmer seien die Bösewichte, unpatriotisch zumindest, viele von ihnen auch vaterlandslose Gesellen. Sich an die eigene Nase zu fassen und zu erkennen, dass die wirtschaftlichen Probleme hausgemacht sind, kommt nur wenigen in der Politik in den Sinn. Auch wenn die öffentliche Diskussion einen anderen Eindruck erweckt, Deutschland leidet nicht unter zuviel Wettbewerb. Es ächzt unter zuviel staatlichem Dirigismus und zu wenig wirtschaftlicher Freiheit. Damit bleibt es wirtschaftlich weit unter seinen Möglichkeiten.

SCHIEDSRICHTER, NICHT MITSPIELER

Spätestens seit dem Fall des eisernen Vorhangs weiß die Welt, wir Deutsche endgültig seit der Wiedervereinigung, marktwirtschaftliche sind planwirtschaftlichen Ordnungen überlegen. Allerdings zeigt die Diskussion um Heuschrecken, das war noch lange nicht das Ende der Geschichte. Damit ist auch die Hoffnung verflogen, die individuelle Freiheit würde gegenüber kollektiven Entscheidungen ein für alle Mal die Oberhand behalten. Der Kampf gegen kollektiven Zwang und für mehr individuelle Freiheit bleibt eine ständige Aufgabe. Die Erfahrung zeigt, nur wer ihn gewinnt, kann auf einen höheren materiellen Wohlstand hoffen.

Eines wissen Ordnungspolitiker allerdings auch: der Markt bringt nur gute Ergebnisse, wenn er in einem adäquaten ordnungspolitischen Rahmen agiert. Der Schutz des Privateigentums und ein ungehinderter Zugang zu den Märkten sind Kernelemente solcher ordnungspolitischen Leitplanken. Das alles erfordert aber keinen schwachen, es macht einen starken Staat notwendig. Der muss sich allerdings als Regelsetzer profilieren. Und genau hieran mangelt es in Deutschland seit langem. Der Staat agiert weniger als Schiedsrichter, er versucht sich immer wieder als Mitspieler im wirtschaftlichen Geschehen zu profilieren. Das kann nicht gut gehen und es geht seit langem auch nicht gut.

VERLUST AN WIRTSCHAFTLICHER FREIHEIT

Die vielen Indizes der wirtschaftlichen Freiheit, wie etwa der Index des kanadischen Fraser-Instituts, zeigen allesamt, der stetige wirtschaftliche Abstieg Deutschlands geht einher mit weniger wirtschaftlicher Freiheit und mehr staatlichem Zwang. Trotz Globalisierung wuchert hierzulande der Staat weiter, der Schutz privater Eigentumsrechte wird zusehends löchriger, Regulierungen werden immer dichter und undurchlässiger, die Bürokratien immer allgegenwärtiger und dreister. Bei einer Staatsquote von fast 60 % des Volkseinkommens ist Deutschland dem Sozialismus inzwischen näher als der Marktwirtschaft.

Ein dichtes Netz regulierender Eingriffe und Bürokratien macht den Staat immer mehr zum Verhinderer privater wirtschaftlicher Aktivitäten. Durch die hohen Belastungen mit Steuern und Abgaben wird er auch zum Abzocker. Der hohe Steuer- und Abgabenkeil ist Gift für Wachstum und Beschäftigung. Damit aber nicht genug. Der Staat agiert zunehmend als

harter, unfairer Konkurrent privater Unternehmen. Nicht nur die Liste staatlicher Unternehmen ist ellenlang, mit der aktiven Arbeitsmarktpolitik setzt er vor allem auch dem Mittelstand schwer zu. Die Planwirtschaft ist in Deutschland auf dem Vormarsch, trotz Globalisierung.

MISSTRAUEN GEGEN WETTBEWERB

Der Staat muss allerdings in einer sozialen Marktwirtschaft mehr sein als nur Regelsetzer. Da der Markt zwar effizient aber nicht immer gerecht ist, kommt dem Staat die Aufgabe zu, für „soziale Gerechtigkeit“ zu sorgen. Die kann er allerdings auch erfüllen, indem er nicht nur Geld umverteilt, das ihm nicht gehört. Spätestens seit Walter Eucken wissen wir, mehr Gerechtigkeit kann auch erreicht werden, wenn die Bildung von Einkommen den strengen Regeln des Wettbewerbs, des Risikos und der Haftung unterworfen werden. Bei richtiger Wahl der Instrumente kann der Zielkonflikt zwischen Allokation und Verteilung entschärft werden.

Diesen ordnungspolitischen Weg geht die Politik allerdings nicht. Sie setzt auf Umverteilung mit Geld und Regulierungen, beschränkt sich nicht auf wirklich Bedürftige und hilft denen in Not auch nicht, sich selbst zu helfen. Aus wahltaktischen Gründen konzentriert die Politik das umverteilungspolitische Instrumentarium auf die wählerstimmenstarke Mittelschicht. Umverteilt wird vor allem von den nicht ganz Reichen zu den nicht ganz Armen, von der linken in die rechte Tasche. Damit werden verteilungspolitische Ziele verfehlt, staatliche Aktivitäten ufern aus. Die finanziellen Lasten liegen wie Mehltau auf der wirtschaftlichen Entwicklung.

Das Misstrauen gegen Markt und Wettbewerb wurzelt hierzulande allerdings tiefer. Der Glaube in den gerechten Staat ist ungebrochen. Das zeigt sich auch auf dem Arbeitsmarkt, dort wird die Basis der Einkommensverteilung gelegt. Er ist noch immer ein wettbewerblicher Ausnahmehereich. Die Angst vor ungezügelter Wettbewerb und wettbewerbscheuen Tarifpartnern halten die Politik davon ab, die Tarifautonomie wettbewerblicher zu gestalten. Dabei ist der Preis für das wettbewerbswidrige Verhalten des Tarifkartells für alle sichtbar hoch. Unternehmen gehen en masse Pleite, Arbeitsplätze verschwinden auf Dauer, die massenhafte Arbeitslosigkeit trifft Arbeitnehmer und Regionen unterschiedlich. Von mehr Gleichheit keine Spur.

BAZILLUS DER UNFREIHEIT

Der Bazillus von Unfreiheit und staatlicher Umverteilung dominiert auch die Systeme der sozialen Sicherung. Nach wie vor ist die große Mehrheit in der Politik der Meinung, die Bürger seien selbst nicht in der Lage, darüber zu entscheiden, wie sie ihr Einkommen über ihr Leben hinweg verteilen. Es nimmt nicht wunder, dass die Systeme der sozialen Sicherung allesamt noch auf staatlichem Zwang basieren, die individuelle Entscheidungsfreiheit auf ein Minimum beschränkt ist und die Finanzierung von der Hand in den Mund erfolgt, umlageorientiert eben. In diesen Systemen herrscht schiere Planwirtschaft, alle beuten alle aus, umverteilt zwischen Generationen wird nach Kassenlage. Schließlich haben die Deutschen eine ausgeprägte Präferenz für gleichwertige Lebensverhältnisse. Auch bei diesem interregionalen verteilungspolitischen Ziel setzt die Politik weniger auf Markt und Wettbewerb als auf finanzielle Transfers. Ein kooperativer fiskalischer Föderalismus lässt Ländern und Regionen kaum Spielraum für eigene politische Entscheidungen. Zentralistische Tendenzen dominieren, die vielfältigen Präferenzen der Bürger werden nicht erreicht, politische Verantwortung wird verwischt, Handlung und Haftung fallen auseinander. Ein ausgeprägter offener und heimlicher finanzieller Ausgleich zwischen reicheren und ärmeren Regionen ist das Wachstumshemmnis Nr. 1 in Deutschland.

MEHR MARKT UND WETTBEWERB

Was in Deutschland wirklich Not tut, liegt auf der Hand: Wir brauchen mehr Wettbewerb überall, auf dem Arbeitsmarkt, im Bereich des Sozialen und auf dem Felde der föderalen Ordnung. Aus dem Arbeitsmarkt muss wieder ein Markt werden. Das Tarifkartell muss geknackt, betriebliche Bündnisse für Arbeit müssen legalisiert, ertragsabhängige Entlohnungen gefördert werden. Die Kanäle müssen endlich verstopft werden, über die es den Tarifpartnern mit Hilfe des Staates gelingt, beschäftigungspolitische Lasten auf Dritte abzuwälzen. Schließlich muss ein Niedriglohnssektor installiert werden, der geringqualifizierten Arbeitnehmern wieder eine Chance gibt, regulär beschäftigt zu werden.

Der Sozialstaat muss sich wieder auf sein Kerngeschäft konzentrieren. Die umlagefinanzierten staatlichen Zwangssysteme der Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung müssen privatisiert werden. Aus der Arbeitslosenversicherung, die weiter eines staatlichen Rahmens bedarf,

muss wieder eine Versicherung werden. Die aktive Arbeitsmarktpolitik muss dezentraler organisiert werden, will sie die unterschiedlichen Probleme vor Ort lösen. Sie braucht mehr Wettbewerb durch Kommunen und private Anbieter. Von der Vorstellung einer zentralen staatlichen Grundsicherung sollten wir uns verabschieden, sie ist zu dezentralisieren. Die zentrale Solidarität ist die Vergangenheit, die lokale Solidarität die Zukunft.

Aber auch die föderale Ordnung muss wettbewerbler werden. Nur dann ist garantiert, dass die vielfältigen Präferenzen der Bürger besser getroffen werden. Das macht es notwendig, die Kompetenzen schneller zu entflechten, die finanzielle Autonomie von Bund, Länder und Gemeinden zu stärken und die Illusion gleichwertiger Lebensverhältnisse aufzugeben. Mehr wirtschaftliche Freiheit und weniger staatlicher Zwang ist das Gebot der Stunde.

Neu ist das allerdings nicht: „Ich will mich aus eigener Kraft bewähren, ich will das Risiko des Lebens selbst tragen, will für mein Schicksal selbst verantwortlich sein. Sorge Du, Staat dafür, dass ich dazu in der Lage bin“ (Ludwig Erhard).

MARKT UND MEHRHEIT

(AUSZUG)

Heike Göbel

30. Oktober 2006 - Obwohl Fundament des gesellschaftlichen Wohlstands, drohen der Markt und sein Grundprinzip, der freie Wettbewerb, in Deutschland zunehmend in die Defensive zu geraten. Heike Göbel, verantwortliche Redakteurin für Wirtschaftspolitik der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, gehört zu jenen, die seit langem auf die damit verbundenen Gefahren hinweisen. In ihren Beiträgen setzt sie sich engagiert für das Marktprinzip ein und arbeitet dessen Vorzüge ebenso sachkundig wie anschaulich heraus. Anfang September wurde sie dafür mit dem Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik ausgezeichnet. Wir dokumentieren Auszüge aus ihrer Rede anlässlich der Preisverleihung.

Wir leben in einem Land, in dem das Soziale viel, ja immer mehr gilt, der Markt augenscheinlich immer weniger. Sorgen macht sich eine Mehrheit nicht um die Fundamente unserer Wirtschaftsordnung: Wettbewerb, Vertragsfreiheit, Privateigentum und stabiles Geld. Ungleich größere öffentliche Aufmerksamkeit als auf diese für die Freiheit des Einzelnen essenziellen Prinzipien richtet sich auf eine gerechte Verteilung des Marktergebnisses durch den Staat und auf die Gewährleistung sozialer Sicherheit, die viele dem Markt nicht zutrauen.

Die Skepsis, mit der Demoskopen zufolge die Mehrheit in Deutschland den Markt mittlerweile betrachtet, hat viele Gründe. Ausgangspunkt ist das Spannungsverhältnis zwischen dem Marktprinzip als dem besten bekannten Weg zur Verteilung knapper Güter und dem Mehrheitsprinzip als dem besten Weg, politische Freiheit zu gewährleisten: Auf dem Markt zählt aber zuvorderst der Einzelwille, in der Demokratie hingegen vor allem das Kollektiv, der Mehrheitswille. Wer friedlich etwas verändern will, ist in der demokratischen Gesellschaft darauf angewiesen, möglichst viele Mitstreiter zu finden. Eine stabile demokratische Gesellschaft bedarf aber beider Organisationsprinzipien, des individualistischen Marktprinzips und des kollektivistischen Mehrheitsprinzips – auch wenn sie schwer ins Gleichgewicht zu bringen sind.

Der Markt ist ein Instrument, mit dessen Hilfe das Individuum seine wirtschaftlichen Ziele friedlich und effizient verfolgen kann, und zwar zum Nutzen auch des anderen, seines Gegenüber. Die Regeln des Marktes sorgen dafür, dass nicht die Logik des Kollektivs gilt, sondern die des Einzelnen.

Die Freiheit, individuelle Verträge am Markt zu schließen und dadurch Güter und Dienste zu tauschen, hat ihren Preis. Es gibt keine Garantie, dass sich ein Vertragspartner zu den erwünschten Konditionen findet. Niemand garantiert den Markterfolg. Das Handeln am Markt geht einher mit Unsicherheit: Der Markt ist unbequem.

Nicht nur das: Marktergebnisse – Preise, Löhne und Gewinne – sind das Ergebnis von Knappheiten. So gewährleistet der Markt, dass Ressourcen dahin wandern, wo sie letztlich zum Wohl des Ganzen den größten Nutzen stiften. Knappheitspreise können aber durchaus dem Empfinden einer gerechten Verteilung widersprechen. Was der Einzelne kann, bewertet der Markt schließlich nie absolut, sondern immer relativ zu den Fähigkeiten der anderen. Der Markt fragt auch nicht danach, ob Fähigkeiten hart erworben wurden oder mit der Geburt in den Schoß fielen. Das schöne Model mag mehr verdienen als der Mann von der Bergretung, der sein Leben riskiert.

Das hat dem Markt den Ruf eingetragen, unsozial und kalt zu sein, das Schlechte im Menschen hervorzubringen. Dieses Urteil lassen aber selbst jene nicht unbedingt gelten, die von Amtes wegen dem Sozialen näher stehen als dem Markt. Über die ethische Dimension des Marktes sagt Kardinal Lehmann, der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz:

„Das individuelle Streben nach Existenzsicherung, Wohlstand und Anerkennung ist nicht möglich ohne Wettbewerb. Dieser fördert Innovationen, weil sich auch der Erfolgreiche nicht auf seinen Lorbeeren ausruhen kann. Ein solches Selbstinteresse darf nicht einfach mit einer verwerflichen egoistischen Selbstliebe identifiziert werden. Selbstinteresse und Gemeinsinn verschränken sich miteinander und sind beide Grundelemente des menschlichen Verhaltens.“

Und der Philosoph Karl Homann merkt an: „Keine Ethik, am wenigsten eine christliche, kann vom Einzelnen verlangen, dass er dauerhaft gegen seine Interessen handelt.“ Individuelles Vorteilsstreben sei – innerhalb einer guten Rahmenordnung – Motor der Solidarität und damit als sittlich erwünscht und gefordert einzustufen. Hohmann schließt daraus: „Ethik und Marktwirtschaft sind kein Widerspruch.“

Doch wie kommt die Mehrheit ins Spiel? Der Markt funktioniert tagtäglich und im Gegensatz zur Demokratie ohne Mehrheitsentscheidungen. Am Markt braucht der Bürger die Mehrheit nicht – ja, wirtschaftliche Freiheit bedarf nicht einmal zwingend der politischen, wie man derzeit in China beobachten kann. Der Umkehrschluss gilt freilich nicht, wie der amerikanische Nobelpreisträger Milton Friedmann in seinem Buch „Kapitalismus und Freiheit“ brillant dargelegt hat. Politische Freiheit lässt sich ohne wirtschaftliche Freiheit nicht sichern.

Der Markt ist allerdings darauf angewiesen, dass eine Mehrheit die ihn konstituierenden Regeln akzeptiert und schätzt. Wettbewerb, Vertragsfreiheit, Privateigentum, stabiles Geld – das sind die Fundamente der Marktwirtschaft. Es reicht aber nicht, diese Regeln einmalig, in einer Art Erhard'schen Kraftaktes zu kodifizieren und durch Mehrheitsbeschluss gesetzlich zu fixieren. Eine Mehrheit in der Gesellschaft muss die Regeln der freiheitlichen Wirtschaftsordnung – geschriebene wie ungeschriebene – auch unterstützen und schützen.

Diese grundlegende Akzeptanz des Marktes zu gewährleisten, ist auch nach dem Scheitern des planwirtschaftlichen Gegenmodells der zentralen Verwaltungswirtschaften weder selbstverständlich noch einfach. Im Gegenteil: Es hat den Anschein, dass die Idee einer staatlich geschaffenen Gleichheit durch Eingriffe in die Marktergebnisse wieder stärker fasziniert, seit der Ostblock als abschreckendes Beispiel für staatliche Mangelwirtschaft und Gängelei fehlt.

Die wichtigste Voraussetzung für soziale Sicherheit ist jedoch der über den Markt individuell erwirtschaftete Wohlstand. Zivilisierte Gesellschaften schließen niemanden von diesem Wohlstand aus, der existenziell in Not gerät. Damit diese Garantie nicht ausgenutzt werden kann, braucht es eine gewisse Pflicht zur Mindestvorsorge. Auch diese lässt sich weitgehend über den Markt organisieren.

Doch die Bürger der kontinentaleuropäischen Gesellschaften haben es vorgezogen, dem Staat ein sehr weit reichendes Mandat zu geben, um sie vor den Unwägbarkeiten des Lebens zu schützen. Es ist mehrheitlich gewollt, dass der Staat zu diesem Zweck die Marktergebnisse in hohem Maße korrigiert. Hier beginnt die Misere: Das Sicherheitsbedürfnis der Mehrheit verletzt die Marktprinzipien und damit die Individualsphäre immer stärker.

Wer die öffentliche Debatte verfolgt, muss Zweifel bekommen, ob der Markt in Deutschland derzeit noch mehrheitsfähig ist. Auch die Demoskopien berichten von einer wachsenden Skepsis in Deutschland gegenüber den Leistungen der Marktwirtschaft. Vom deutschen Wirtschaftssystem hat nur noch jeder vierte Bürger eine gute Meinung. Das ist der geringste Wert seit 15 Jahren. Rund die Hälfte der Bundesbürger stimmte im vergangenen Jahr dem Satz zu „Marktwirtschaft führt automatisch zu sozialer Ungerechtigkeit und macht Reiche immer reicher und Arme immer ärmer“, berichtete das Meinungsforschungsinstitut Allensbach. Jeder dritte Deutsche hält hohe Gewinne für unmoralisch. Und dass die Globalisierung für Deutschland vorteilhaft sei, glaubt nur jeder fünfte, hat der Bankenverband in diesem Jahr ermittelt.

Aber kann die Zustimmung zum Markt eigentlich größer sein in einem Land, in dem mehr als jeder Zehnte keinen Arbeitsplatz hat, die Sorge um den Arbeitsplatz bis weit in die Mitte der Gesellschaft reicht, Jugendliche schon in der Schule fürchten müssen, später nicht gebraucht zu werden? Liefert die Marktwirtschaft nicht das Gut, das die Voraussetzung für alle anderen ist – die Arbeit – muss sich niemand wundern, dass die Akzeptanz sinkt.

Wer aber versagt hier? Ist es der Markt oder der Staat? Es ist der Staat. Die deutsche Wirtschaftspolitik hat den Markt für Beschäftigung von Anfang an im Verein mit den Tarifparteien sehr weitgehend außer Kraft gesetzt. Ausgerechnet der Arbeitsmarkt ist in Deutschland kein Markt, der Lohn kein sich frei am Markt bildender Preis.

Das hat vor kurzem erst wieder der renommierte „Economic Freedom Report“ bestätigt, der regelmäßig untersucht, wie es um die wirtschaftliche Freiheit in der Welt bestellt ist. Während Deutschland insgesamt noch ganz gut abschneidet und sich unter den ersten zwanzig der untersuchten 130 Länder hält, ist es um die Freiheit am Arbeitsmarkt schlecht bestellt. Mit Rang 104 gehört Deutschland zu den Ländern mit der umfassendsten Regulierung. Zug um Zug wurde in der Vergangenheit der staatliche Schutz der Arbeitsplatzbesitzer ausgebaut – zu Lasten derer, die eine Stelle suchen: Mitbestimmung, Kündigungsschutz, Lohnfortzahlung bei Krankheit, das Entsendegesetz, demnächst vielleicht der flächendeckende Mindestlohn. Und als ob das alles noch nicht reichte, redet der Staat nun noch über eine ausufernde Gleichstellungspolitik mit, wenn Unternehmen Stellen besetzen. Ein Eingriff zieht den anderen nach sich.

Wir sollten es aber lieber nicht darauf ankommen lassen, auszuloten, wie viel Staat der Markt noch verträgt. Die mageren Wachstumsraten der vergangenen Jahre sprechen eine deutliche Sprache. Mit dem Motto „so wenig Markt wie nötig, so viel Staat wie möglich“ riskiert Deutschland nicht nur seinen Wohlstand, sondern auch seine offene, freie Gesellschaft.

Auf Dauer kann es sicher nicht gelingen, die notwendige Zustimmung zur Marktwirtschaft allein über das Versprechen einer immer ausgeklügelteren und ausgreifenderen staatlichen Organisation des Sozialen zu gewährleisten. Auf diesem Weg kommen zwangsläufig jene abhanden, die bereit sind, Risiken zu tragen und zu investieren in ihre Ausbildung, in Qualifikationen, in neue Ideen.

Diese Gefahr machen wir uns alle noch zu wenig bewusst. Denn die, die dem Markt da abhanden kommen, kündigen das nicht unbedingt an. Wer nicht mehr investiert, sich weniger anstrengt, weil es sich nicht lohnt, wer das Land verlässt, weil ihm hier der Raum fehlt, seine Talente zu entfalten und die Erträge zu genießen, ist niemandem Rechenschaft schuldig. Der Markt fragt nicht nach den Motiven für Tun und Unterlassen. Und in einer Welt, die auch der Mobilität der Arbeitskraft immer weniger Hürden entgegengesetzt, ist auch immer weniger zu erwarten, dass der Frust die Leistungsträger bewegt, politisch aktiv zu werden und Mehrheiten für den Markt zu suchen. Das erscheint ohnehin zunehmend schwierig in einem Land, in dem 40 Prozent der Haushalte einen großen Teil ihres Einkommens über den Staat beziehen.

Demokratie hat ohne die wirtschaftliche Freiheit, die der Markt schafft, keinen Bestand. Der Markt wiederum hat in einer Demokratie keinen Bestand, in der ihm die Mehrheit der Bürger die Unterstützung entzieht. Wegen dieser Wechselwirkung müssen wir alles tun, damit die hierzulande spürbare Marktskepsis nicht die Oberhand gewinnt.

WIR MÜSSEN GESUNDHEIT ALS WACHSTUMSMARKT BEGREIFEN

Klaus-Dirk Henke

Herr Professor Henke, das Gesundheitssystem ist – neben der Einkommenssicherung im Alter – die zweite große Reformbaustelle der rot-grünen Regierung. Aber die Koalition traut sich nicht richtig an das Thema. Warum?

Die Gesundheit war schon immer ein heikles Feld. Zudem ist das Gesundheitswesen unendlich komplex, und das Sozialrecht ist noch undurchsichtiger als das Steuerrecht. Es lässt sich nicht einfach reformieren, so wie möglicherweise die Rentenversicherung. Und offenbar können die meisten Akteure im Medizinsektor – Ärzte, Pharmaindustrie, Krankenhäuser, Kassen – mit dem Status quo noch immer ganz gut leben. Vielleicht muss das System erst gegen die Wand fahren, bevor wirklich etwas passiert.

WAS SIND DENN DIE ZENTRALEN SCHWACHSTELLEN DES DEUTSCHEN GESUNDHEITSWESENS?

Erstens: Es fehlt an Transparenz. Niemand weiß genau, wie viel eine Leistung kostet, wer sie bezahlt und wer den Preis dafür festsetzt. Zweitens: Derzeit gibt es Über-, Unter- und Fehlversorgung mit medizinischen Leistungen. Wir brauchen mehr Qualität und Ergebnisorientierung, Leistungen müssen kontrollier- und nachvollziehbar sein. Drittens: Es fehlen

Anreize, sparsam mit den Versichertenbeiträgen umzugehen. Viertens: Vernetzte Strukturen, eine engere Zusammenarbeit aller Beteiligten würde zum Beispiel Mehrfachuntersuchungen verhindern, aber auch das Abrechnungssystem modernisieren und dem Patienten die Orientierung erleichtern. Fünftens: Die Kopplung der Finanzierung an den Faktor Arbeit wird immer problematischer - durch die nach wie vor hohe Arbeitslosigkeit und die Erosion gewöhnlicher, lebenslanger Beschäftigungsverhältnisse. Und schließlich steigt die Lebenserwartung, was sehr positiv ist. Dennoch verursachen ältere Menschen höhere Ausgaben. Chronische Krankheiten - Rheuma, Asthma, Diabetes, Herz-Kreislauf - nehmen zu und werden immer teurer. Eine noch größere Herausforderung ist allerdings der medizinisch-technische Fortschritt.

DER VERSUCH DER GESUNDHEITSMINISTERIN ANDREA FISCHER, DIE KOSTEN ZU DECKELN, IST ALSO IN JEDEM FALL ZUM SCHEITERN VERURTEILT?

Die Dynamik, die im Gesundheitssystem steckt, wird sich nicht an Kostengrenzen halten, die Politiker setzen. Weil die Beitragssätze zur Krankenversicherung stabil bleiben sollen, ist seit Jahren das Geld knapp. Wir müssen aber die Gesundheit als einen Wachstumsmarkt mit enormem Potenzial und als eine personalintensive Dienstleistungsbranche begreifen. Denken Sie nur an die Telemedizin, die Pflege oder die zahlreichen neuen Heil- und Hilfsmittel. Mehr als vier Millionen Menschen arbeiten darin, die Bundesbürger geben Jahr für Jahr 570 Milliarden Mark für ihr Wohlergehen aus – das ist weit mehr als das Volumen des Bundeshaushaltes.

WIE MÜSSTE EIN ZUKUNFTSFÄHIGES GESUNDHEITSSYSTEM IHRER MEINUNG NACH AUSSEHEN?

Mit kosmetischen Reparaturen am jetzigen System ist es nicht getan. Generell brauchen wir mehr Wettbewerb und Deregulierung wie im Strom- oder Telekommunikationsmarkt und weniger Einfluss von Seiten der Politik. Die Abkoppelung des Krankenversicherungsbeitrags vom Arbeitseinkommen ist eine der wichtigsten Aufgaben. Wir brauchen ein System wie in der privaten Krankenversicherung: Es gibt eine Pflichtversicherung, und statt Beiträge zahlt jeder Bürger Prämien an eine Versicherung, unabhängig von seinem Einkommen. Als Mindestversorgung gibt es ein Standardpaket medizinischer Leistungen für alle, gleich einem VW Golf. Diese Leistungen werden regelmäßig an den Fortschritt angepasst. Das heutige Versorgungsniveau sollte dabei der Maßstab sein, den wir

uns als reiches Land leisten können. Eine zusätzliche Versorgung ist jedem freigestellt. In der Frage der Finanzierung bietet das jüngste Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zur Gleichstellung von pflicht- und freiwillig versicherten Rentnern eine Chance zur Erneuerung. Dazu gehört auch eine Mindestversicherungspflicht für alle auf hohem Niveau.

DAS WÄRE EIN PARADIGMENWECHSEL IN DER GESUNDHEITSPOLITIK - STATT KOSTENLOSER MEDIZIN FÜR ALLE SPITZENLEISTUNGEN NUR NOCH FÜR DIE, DIE ES SICH LEISTEN KÖNNEN?

Wir alle müssen uns daran gewöhnen, mehr Geld für unsere Gesundheit auszugeben. Auch in der Rentenversicherung werden Rücklagen für das Alter gebildet. Warum sollte das im Gesundheitssektor anders sein? Man muss den Leuten klarmachen, dass es medizinische Leistungen nicht zum Nulltarif gibt. Für Urlaub und Freizeit werden Milliarden ausgegeben – warum nicht auch für Medikamente, Massagen oder Brillen? Es geht ja nicht immer um Krebs und um Schicksalsschläge, sondern auch um Heil- und Hilfsmittel bis hin zur Reiseapotheke – Konsumausgaben wie andere auch. Das erfordert mehr Selbstverantwortung und als Voraussetzung Aufklärung und mehr Mündigkeit der Leute. Das geht natürlich nicht von heute auf morgen.

WAS IST MIT DEN MENSCHEN, DIE SICH EINE SOLCHE VERSICHERUNG NICHT LEISTEN KÖNNEN?

Sozialhilfeempfänger und Arbeitslose werden vom Staat unterstützt, wie bisher auch. Von einer in den Medien oft beschworenen Zwei-Klassen-Medizin kann also nicht die Rede sein. Denn bei aller Marktorientierung sollte man die Solidarität nicht vergessen. Das heißt aber nicht, dass die kostenlose Rundumversorgung für alle bestehen bleiben kann.

MEHR MARKTORIENTIERUNG BEDEUTET ZWANGSLÄUFIG, DASS DER VERSICHERTE EHER KUNDE ALS PATIENT SEIN MUSS. WÜRDEN DAS NICHT VIELE MENSCHEN ÜBERFORDERN?

Ich denke nein. Gäbe es mehr Wettbewerb, wäre der Patient mündiger und aufgeklärter. Heute dürfen Sie ja noch nicht einmal in einer Arztpraxis gegen Geld eine Leistung nachfragen. Das ist paradox in einem Markt mit einem Volumen von fast 40 Milliarden Mark. Nötig wäre mehr Verbraucherberatung, etwa durch Telefonhotlines, und eine neue, wirksame Versicherungsaufsicht durch den Staat.

**WO BLEIBEN IN IHREM MODELL DIE ARBEITGEBER?
IHREN VORSTELLUNGEN ZUFOLGE WÄRE DIE PARITÄTISCHE
FINANZIERUNG DER KRANKENVERSICHERUNG AM ENDE.**

Ja. Der jetzige Arbeitgeberanteil am Krankenversicherungsbeitrag müsste ausbezahlt werden, so dass die Löhne, Gehälter und Renten ansteigen. Es muss natürlich sicher gestellt werden, dass das steuerfrei erfolgt.

WAS PASSIERT, WENN NICHTS PASSIERT?

Bleibe das jetzige System bestehen, gäbe es eine immer schärfere Rationierung von Leistungen, wie wir sie ja heute schon erleben: Bürokraten entscheiden darüber, welche Leistungen zugeteilt werden und welche zu teuer sind. Eine Zeitlang könnten wir uns sicher noch durchwursteln auf hohem Niveau. Wir haben zwar glücklicherweise noch nicht 750 000 Kranke auf der Warteliste für Behandlungen wie in Großbritannien, aber Rationierung wird für uns ein Thema, kein Zweifel. Dem sollten wir uns rechtzeitig stellen. Man muss aber auch sagen: Wir haben einen hohen Standard der Versorgung und sind für viele Länder ein Vorbild. Wollen wir dies halten, müssen wir uns den Herausforderungen durch technischen Fortschritt und alternde Bevölkerung stellen.

**AUCH DER EUROPÄISCHE BINNENMARKT KÖNNTE FÜR
DAS DEUTSCHE GESUNDHEITSSYSTEM ZUM SPRENGSATZ
WERDEN. DARAN DENKT OFFENBAR NIEMAND.**

Stimmt. Das europäische Wettbewerbsrecht wird die kartellierten Strukturen der deutschen Krankenkassen bald aufbrechen.

**DIE BÜNDNISGRÜNE GESUNDHEITSMINISTERIN ANDREA
FISCHER HAT NACH ZÄHEM RINGEN IHRE REFORM DURCH-
GESETZT. WAR DAS EIN SCHRITT IN DIE RICHTIGE RICHTUNG?**

Das waren ja eher Details und die Einlösung von Wahlkampfversprechungen. Frau Fischer hat mehr Wettbewerb und Vertragsfreiheit eingeführt, wie schon ihre Vorgänger. Sie hat jedoch wichtige Fragen wie die zukünftige Finanzierung und Europa ausgeklammert. Im Herbst wird aber frischer Wind in die Szene kommen, wenn wieder steigende Beiträge drohen.

WIDER DIE AUSHÖHLUNG DER WELTHANDELSORDNUNG – FÜR MEHR REGELDISZIPLIN

(AUSZUG)

Kronberger Kreis der Stiftung Marktwirtschaft

1. EINLEITUNG

Im Koalitionsvertrag der CDU, CSU und SPD vom 11. November 2005 ist zu lesen: „Offene internationale Märkte und freier Handel sind von zentraler Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands [...] Ein erfolgreicher Abschluss der Doha- Welthandelsrunde liegt im deutschen Interesse [...] Wir werden uns daher gemeinsam mit der EU für die Fortentwicklung der multilateralen Welthandelsregeln einsetzen“ (Kapitel I, 1.9). Das ist auch dringend nötig. Das Scheitern der Ministerkonferenzen der Welthandelsorganisation (WTO) in Seattle (1999) und Cancún (2003) und das magere Resultat des jüngsten Ministertreffens in Honkong sind ein Zeichen dafür, dass die Welthandelsordnung in ihren Grundlagen gefährdet ist. Gerade für eine exportabhängige Volkswirtschaft wie die Deutsche ist ein offener Welt-handel eine unabdingbare Voraussetzung für Wachstum und Beschäftigung.

In zahlreichen WTO-Mitgliedsländern nimmt die Außenwirtschaftspolitik einen Lauf, bei dem gegen Buchstaben und

Geist des für einen möglichst reibungslosen multilateralen Handel geschaffenen globalen Vertragswerks verstoßen wird. Nationale Durchbrechungen internationaler Regeln sind weit verbreitet, und handelspolitische Konflikte mit anderen Staaten werden immer unbekümmerter in Kauf genommen. Die Schiedsstelle der WTO hat alle Hände voll zu tun, um über die von Mitgliedsländern eingereichten Klagen zu entscheiden. Besonders die Vereinigten Staaten und die Europäische Union (EU) profilieren sich als Streithähne. Aktuell ärgern sich die Vereinigten Staaten über die staatlichen Beihilfen für den europäischen Flugzeugbauer Airbus und drängen auf deren Beseitigung, während die EU bei gentechnisch veränderten Agrargütern und Lebensmitteln aus Amerika auf Importkontrollen beharrt. Kein gutes Omen ist, dass beide Welthandelsmächte den Textilprotektionismus wiederbelebt haben, jetzt mit mengenmäßigen Importbeschränkungen gegen die Exportoffensive Chinas, obwohl mit dem Auslaufen des äußerst protektionistischen Multifaserabkommens (nach über dreißig Jahren) Ende 2004 der internationale Textil- und Bekleidungshandel liberalisiert sein sollte. Als das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (GATT) im Jahre 1995 in die neu gegründete WTO übergeleitet wurde, hatten die Regierungen noch feierliche Erklärungen zu weiteren durchgreifenden Liberalisierungen des Welthandels abgegeben. Haben sie mittlerweile Angst vor der eigenen Courage bekommen? Heute jedenfalls müssten sie die Rückfälle in den Protektionismus beklagen.

Die protektionistischen Kräfte rühren sich innerhalb der einzelnen Länder in den Parlamenten und bei Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften. Weltweit agieren Nichtregierungsorganisationen wie Attac und Greenpeace als militante Globalisierungskritiker gegen den freien Welthandel. Allesamt drapieren sie ihre Argumente mit der Behauptung, internationaler Handel gefährde wichtige Anliegen der nationalen Wirtschafts- und Sozialpolitik: die Sicherung von Arbeitsplätzen und Realeinkommen, die Förderung von Schlüsselindustrien und Zukunftstechnologien, den Schutz der Umwelt und den von angemessenen Sozialstandards, den Verbraucherschutz, sowie die Gewährleistung einer ausreichenden Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft mit Nahrungsmitteln und wichtigen Rohstoffen. Zum protektionistischen Zeitgeist gehört auch ständiges Klagen darüber, dass es im internationalen Handel nicht „fair“, „gerecht“, „umweltfreundlich“ und „geordnet“ zugehe und dass namentlich die armen Länder benachteiligt würden. Ist Außenhandel ohne Wettbewerb gemeint? Gilt Außenhandel als Nullsummenspiel? Die Protektionisargumente sind vielfach widerlegt worden. Trotzdem finden sie in der

Öffentlichkeit Resonanz. Das macht sie so gefährlich – allemal für ein exportorientiertes Land wie Deutschland.

2. FRÜHER WAR NICHTDISKRIMINIERUNG DER GRUNDSATZ

Man erinnere sich, dass einst unter der Führung der Vereinigten Staaten und Deutschlands sowie später im Verbund mit der Europäischen Gemeinschaft die Liberalisierung des Außenhandels einen hohen Stellenwert in der nationalen Wirtschaftspolitik hatte. Im Laufe von sechs Welt handelsrunden zwischen den Jahren 1947 (Genf-Runde) und 1963-68 (Kennedy-Runde), damals noch im Rahmen des GATT, haben die Industrieländer die Importzölle im Güterhandel drastisch gesenkt, im Durchschnitt von 35 Prozent auf 7,2 Prozent (ohne Agrargüter). Die meisten Regierungen fühlten sich dem fundamentalen Grundsatz der nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffenen internationalen Handelsordnung verpflichtet: dem Gebot der Nichtdiskriminierung, mit den beiden Ausprägungen der Meistbegünstigung (Artikel I Abs. 1 GATT) und der Inländerbehandlung (Artikel III Abs. 4 GATT). Meistbegünstigung heißt, dass Zollsenkungen, die einzelne Mitgliedsländer untereinander vereinbaren, auch für die Importe aus allen übrigen Mitgliedsländern gelten. Mit der Inländerbehandlung ist gemeint, dass auf dem heimischen Markt ausländische Anbieter von Waren in Bezug auf absatzrelevante Steuern, Kennzeichnungen und andere Vorschriften genauso behandelt werden müssen wie inländische Anbieter. Anders gewendet: Das Prinzip der Nichtdiskriminierung soll an der Zollgrenze wirken und nach Überschreiten der Zollgrenze. Ausnahmen bestätigen die Regel. Für bestimmte wirtschaftliche Aktivitäten und die dort Beschäftigten gab es Schutzzäune gegenüber Importkonkurrenz, so in Deutschland besonders hohe für die Landwirtschaft und den Steinkohlebergbau. Aber: Die Regierungen hatten die schlimme Lektion aus den dreißiger Jahren gelernt. Damals verfiel die Weltwirtschaft in Bilateralismus und verbreiteten Protektionismus, und der Außenhandel konnte infolgedessen nur wenig expandieren. Nach 1945 setzten die Regierungen auf Multilateralität im außenwirtschaftlichen Gütertausch und auf einen möglichst offenen Marktzugang für ausländische Anbieter. Im Laufe der Zeit hat die Einsicht, dass internationaler Handel für alle Beteiligten von Vorteil ist, nahezu die gesamte Welt ergriffen, also auch die Entwicklungsländer – sie hatten Jahrzehntlang eine staatliche Industrialisierungspolitik der Imports substitution hinter sehr hohen Handelsschranken betrieben – und die osteuropäischen Länder nach dem Fall der Berliner Mauer. So ist zu erklären, dass die WTO

inzwischen 149 Mitgliedsstaaten zählt; als das GATT im Jahre 1948 in Kraft trat, waren es 23 Länder.

Multilateralität zusammen mit Marktoffenheit zählt zu den konstitutiven Regeln einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb auf den Güter- und Faktormärkten und ist eine wichtige Quelle für Wohlstandssteigerungen in der Gesellschaft.

- Die Wirtschaft spezialisiert sich in der Produktion auf die Güter und Dienstleistungen, die sie vergleichsweise am kostengünstigsten herstellen kann; Arbeit und Kapital kommen dort zum Einsatz, wo sie den größten volkswirtschaftlichen Nutzen stiften.
- Der außenwirtschaftlich bedingte Strukturwandel erhöht die Produktivität in der Volkswirtschaft und erweitert damit den Spielraum für Realeinkommenssteigerungen.
- Der Wettbewerbsdruck von außen setzt bei den Unternehmen Anreize, durch stete organisatorische Neuerungen die Rentabilität des Betriebes zu sichern und mittels Produktinnovationen ein höheres Wachstum zu erreichen.
- Die Verbraucher haben dank der Importe eine größere Auswahl an Gütern und können so ihre Präferenzen bestmöglich realisieren.
- Das durch Importe erweiterte Güterangebot ist hilfreich für die Sicherung von Preisniveaustabilität durch die Notenbank.
- Und nicht zuletzt wird, wie gerade die deutsche Erfahrung lehrt, die konjunkturelle Entwicklung in einem Land stabilisiert, wenn dieses Exportnachfrage aus sich ziehen kann.

Die positiven Wirkungen eines liberalisierten Außenhandels sind also beachtlich.

Eine präzise Quantifizierung all dieser Wirkungen ist schwierig, aus methodischen Gründen und wegen Datenproblemen. Allerdings zeigen computergestützte Simulationsrechnungen auf der Basis gesamtwirtschaftlicher Gleichgewichtsmodelle, die von der OECD, der Weltbank und verschiedenen Forscherteams durchgeführt wurden, dass sich die Wohl-

fahrtsgewinne weltweit auf mehrere Hundert Milliarden US-Dollar pro Jahr (je nach Ausmaß der Handelsliberalisierung) belaufen können; die EU-Länder gehören zu den Hauptgewinnern.

Dabei ist noch nicht einmal berücksichtigt, dass unter den Bedingungen einer fortschreitenden Spezialisierung und Vertiefung der internationalen Arbeitsteilung effizientes Wirtschaften sich selbst antreibt und dauerhaft zu Mehrproduktion führt und so zu Mehrnachfrage nach Arbeitskräften. Auf keinen Fall ist anzunehmen, dass ein Land, das die WTO – Prinzipien der Nichtdiskriminierung nicht oder nur halbherzig respektiert, von internen Fehlentwicklungen verschont bliebe. Im Gegenteil: Die verfügbaren Produktionsfaktoren werden dann nicht in der produktivsten Verwendung eingesetzt. Zu geringer Wettbewerbsdruck bei den unternehmerischen Entscheidungen schmälert die wirtschaftliche Dynamik. Und die vor Auslandskonkurrenz im Inland abgeschirmten Sektoren können nicht einmal auf Dauer wirksam geschützt werden, weil sie der im Inland abgewiesenen Konkurrenz dann auf den Weltmärkten ausgesetzt sind und sich dort schwer tun, Marktanteile zu halten. Die deutschen Bergleute, Textilnäherinnen, Stahlkocher und Schiffswerftarbeiter wissen ein Lied davon zu singen. Arbeitsplatzsicherung durch Handelsprotektionismus ist Illusion.

3. HEUTE IST DISKRIMINIERUNG DER NORMALFALL

Nach dem Liberalisierungsschwung in den fünfziger und sechziger Jahren sind die Koordinaten der Welthandelsordnung in eine Richtung verschoben worden, die bedenklich ist. Zwar wurden in zwei weiteren Welthandelsrunden (Tokio-Runde 1973–79, Uruguay-Runde 1987–94) die Importzölle erneut gesenkt, bis auf nunmehr 2,9 Prozent im Durchschnitt der Industrieländer. Aber: An die Stelle von Zöllen haben namentlich die Vereinigten Staaten und die Europäische Union mehr und mehr eine vielfältig gestaltete nicht-tarifäre Protektion gesetzt, die selektiv bestimmte Branchen schützen soll.

Eine besondere Rolle spielen dabei drei Formen: unternehmensspezifische Subventionen im Inland, die forschungs-, regional- oder beschäftigungspolitisch gerechtfertigt werden, weil sie verboten sind (Agrargüterhandel ausgenommen); ferner „freiwillige“ Exportselbstbeschränkungsabkommen mit Ländern, die bei einzelnen Gütern ein großes Exportpotential aufweisen und es im Importland nicht hingenommen wird, dass dadurch heimische Produzenten verdrängt werden und Arbeitsplätze verloren

gehen (amtlich: „Marktzerüttung“); und nicht zuletzt die Androhung oder Durchführung von Anti-Dumping-Verfahren samt der Verhängung von Schutzzöllen oder einer Preisverpflichtung für den inkriminierten ausländischen Exporteur selbst dann, wenn der ökonomische Sachgrund – die Wettbewerbsverzerrung – gar nicht vorliegt und das Ganze einem strategischen Verhalten der nicht mehr konkurrenzfähigen heimischen Unternehmen geschuldet ist. Der Einfallsreichtum bei administrativen Schutzmaßnahmen ist groß, wie sich immer wieder zeigt. Zielscheibe der nicht-tarifären Protektion sind meist einzelne Entwicklungs- und Schwellenländer in Asien und Lateinamerika sowie – als einziges Industrieland – Japan.

Die selektive nicht-tarifäre Protektion hat allokatons- und handelsverzerrende Wirkungen. Darüber hinaus muss zu denken geben, dass die Außenhandelspolitik intransparent, willkürlich und unberechenbar wird. Der große Vorzug des Prinzips der Nichtdiskriminierung – quasi ein internationales öffentliches Gut in der Form von Rechtssicherheit und Kalkulierbarkeit der weltweiten Handelsbeziehungen bereitzustellen – wird leichtfertig zur Disposition gestellt. Die Ungewissheit, die erzeugt wird, lastet als künstliches Investitionshemmnis auf dem internationalen Sektor der Volkswirtschaft.

Die schleichende Erosion des Nichtdiskriminierungsprinzips wird von zahlreichen WTO – Mitgliedsländern jedoch auf eine andere Weise betrieben: dem Abschluss von regionalen und bilateralen Präferenzhandelsabkommen, mit denen sich die Vertragsparteien einen geöffneten Marktzugang gegenseitig einräumen, diesen aber Drittländern verweigern. Einst war es allein die EU, die solche Abkommen schmiedete, vorrangig mit anderen europäischen Ländern und mit Ländern des Mittelmeerraums, denen damit eine Beitrittsperspektive eröffnet werden sollte. Heute sind die Vereinigten Staaten eine treibende Kraft auf diesem Pfad, aus außen- und sicherheitspolitischen Gründen, aber auch, um in der Doha-Runde ein Druckmittel für multilaterale Liberalisierungsvereinbarungen zu haben (so genannter Liberalisierungswettbewerb). Japan hat ebenfalls an dem Regionalismus Gefallen gefunden, mit Schwerpunkt Südostasien (ASEAN – Gruppe), um den großen Unternehmen Präferenzräume bei kostengetriebenen Verlagerungsinvestitionen zu sichern. Etwa die Hälfte des Welthandels wird gegenwärtig bereits im Rahmen von Präferenzabkommen abgewickelt, das heißt unter ungleicher Behandlung der WTO – Mitgliedsländer.

Zwar erlaubt das WTO-Regelwerk die Bildung einer regionalen Zollunion und einer Freihandelszone und sanktioniert insoweit die Aussetzung der Meistbegünstigung (Artikel XXIV GATT). Doch diese Ausnahme ist an die Bedingung geknüpft, dass die Integrationsgemeinschaft „annähernd den gesamten Handel“ zwischen den teilnehmenden Ländern erfasst und die Handelsinteressen der nicht teilnehmenden Staaten gewahrt werden.

Das ist dann der Fall, wenn die Nichtmitglieder möglichst wenig von handelsumlenkenden Effekten betroffen werden (niedrige Außenprotektion der Integrationsgemeinschaft) und wenn ihnen die Größenvorteile erweiterter regionaler Binnenmärkte zugute kommen (Mehrexporte). Die EWG und die EFTA standen bei der Schaffung dieses Ausnahmetatbestandes Pate.

Bei den meisten der über 300 regionalen und bilateralen Präferenzabkommen die es weltweit inzwischen gibt und von denen mehr als die Hälfte in Kraft getreten sind, ist zweifelhaft, dass sie den WTO-Anforderungen genügen. Vielmehr ist ein eklatanter Mangel an Regeldisziplin zu konstatieren. Die Modalitäten der Handelsliberalisierung unterscheiden sich von Präferenzregime zu Präferenzregime. Dies betrifft die Ausgestaltung von Warenursprungsregeln ebenso wie die Art und den Umfang der einbezogenen Produktkategorien so wie etwaige Sonderregelungen jenseits des reinen Zollabbaus. (z.B. für ausländische Direktinvestitionen, zum Schutz des geistigen Eigentums oder gegen Produktpiraterie). Dass die faktisch bestehende und schwer zu überschaubare Vielfalt der in den Präferenzhandelsabkommen getroffenen Marktzugangsregelungen die Transaktionskosten im internationalen Handel in die Höhe treibt, ist offenkundig. Die Gefahr einer Fragmentierung der Märkte und der damit verbundenen Verzerrung des Wettbewerbes lässt sich auch nicht bestreiten. [...]

INTERNATIONALE FINANZMÄRKTE – GERECHTIGKEIT BRAUCHT REGELN

Hans Reckers

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist gut, dass sich die Katholiken an der Debatte über die Globalisierung beteiligen. Denn hierbei geht es um eines der grundlegenden Zukunftsthemen mit weitreichenden Wirkungen. Zwar ist Globalisierung nichts Neues, schon gar nicht für die katholische, d. h. allumfassende Kirche. Aber heute sind durch die Entwicklung der Informationstechnik und des Internets, der Mobilität der Verkehrsströme und durch die Deregulierung weltweite Netzwerkstrukturen entstanden. Die globalen Finanzmärkte sind die am weitesten globalisierten Teilmärkte. Rund um den Globus werden täglich riesige Volumina gehandelt, z. B. allein an den Devisenmärkten täglich 1.200 Mrd. Dollar. Es ist deshalb notwendig und richtig, dass wir inzwischen eine intensive Debatte um Vorteile und Nachteile der Globalisierung und insbesondere darum haben, welche Regelungen und Ordnungsrahmen für die internationalen Finanzmärkte notwendig sind. Diese Debatte darf nicht den Vereinfachern und Ideologen überlassen werden.

Die Triebfeder der Globalisierung ist das länderübergreifende Zusammenwirken von technologischem Wandel und dem Streben nach Wohlstand. Die Teilnahme an globalen Märkten gehört zur wirtschaftlichen Freiheit. Daher ist die Inten-

sivierung des internationalen Wettbewerbs grundsätzlich positiv zu bewerten. Die Beschränkung des Wettbewerbs durch Protektionismus der Starken und Mächtigen würde die Chancen der Schwächeren bremsen.

In einer Arbeitsgruppe des Zentralkomitees haben wir eine Stellungnahme vorbereitet, die aus ethischer Sicht Position bezieht, welche Ordnungselemente für die internationalen Finanzmärkte notwendig sind. Dabei orientieren wir uns an Maßstäben der christlichen Soziallehre im Viereck Märkte und Politik, Recht und Ethik und sehen dabei ökonomische Rationalität und ethische Maßstäbe nicht als Gegensätze an, sondern als Gesichtspunkte, die möglichst in Übereinstimmung zu bringen sind. Heute soll die Vollversammlung des ZdK über den Entwurf beschließen.

Der vorliegende Entwurf ist bewusst kein Papier zu einzelnen Themen wie Entwicklungshilfe, Handel oder Umwelt, obwohl solche Aspekte natürlich berührt werden. Im Mittelpunkt des Papiers stehen die internationalen Finanzmärkte, so dass sich eine Reihe von Schnittstellen zu Themen ergeben, die nicht im Einzelnen behandelt werden können.

Die Fokussierung auf die internationalen Finanzmärkte ist meines Erachtens besonders wichtig, weil viele verunsicherte Menschen - nicht nur in Entwicklungs- und Schwellenländern, sondern auch in entwickelten Ländern - die Finanzmärkte eher angstvoll als unmoralisches „Spielcasino“ oder als „Teufelswerk“ ansehen, denen sie hilflos ausgeliefert sind mit der Gefahr von Arbeitsplatzverlust, Vermögensverlusten, sozialer Spaltung der Gesellschaft.

Die Finanzmärkte sind aber weder eine Naturgewalt noch eine moralfreie Zone - wie Oswald von Nell-Breuning festgestellt hat.

Im Kern geht es um den schrittweisen Aufbau einer internationalen sozialen Marktwirtschaft. Insofern kann man die heutige Situation durchaus mit der Situation im 19. Jahrhundert vergleichen, als der Frühkapitalismus schrittweise durch Sozialstaat, Gewerkschaften, Arbeitsrecht, Wettbewerbsrecht etc. in eine mit dem Gemeinwohl verträgliche Ordnung überführt wurde. Auch für die globalen Finanzmärkte gilt: Märkte brauchen einen Ordnungsrahmen für ihr nachhaltiges Funktionieren, aber auch, damit die Auswirkungen der Märkte mit dem Gemeinwohl vereinbar sind.

Es ist falsch und gefährlich, die internationalen Finanzmärkte zu verteufeln. Sicher haben internationale Finanzkrisen für betroffene Länder und Bevölkerungsgruppen enorm negative Auswirkungen gehabt, in Industrie- und Entwicklungsländern, wenn sich Währungen in ihrem Außenwert halbiert haben oder z. B. Aktienmärkte teilweise auf ein Zehntel ihres ursprünglichen Wertes zurückgefallen sind mit katastrophalen Folgen für Arbeitsplätze und Ersparnisse. Deshalb ist es verständlich, dass viele Menschen mit Ängsten und Sorgen die gewaltigen Volumina und die Schnelligkeit der finanziellen Transaktionen verfolgen und über die möglichen Auswirkungen besorgt oder sogar verbittert sind.

Die Kernfrage ist: Welche Rahmenbedingungen sind für die internationalen Finanzmärkte notwendig und sinnvoll, damit möglichst viele Menschen und Staaten die Vorteile der weltweiten Arbeitsteilung und der internationalen Finanzierungsmöglichkeiten nutzen können? Welche Voraussetzungen müssen erfüllt sein, damit die schwächsten Bevölkerungsschichten nicht einseitig die Anpassungslasten in Krisenfällen zu tragen haben?

Es gibt keine Entwicklung hinter die Globalisierung zurück. Über die finanzielle Begleitung der internationalen Arbeitsteilung hinaus bewirken die globalen Finanzmärkte den Ausgleich von Investitions- und Kreditmöglichkeiten, internationale Risikoausgleiche und sind auch ein Frühwarnsystem für wirtschaftliche Veränderungen. Für eine freiheitliche Ordnung der Finanzmärkte sprechen grundsätzlich dieselben Argumente, die belegen, warum freiheitliche Marktlösungen dirigistischen Lösungen überlegen sind. Aber Märkte brauchen institutionelle Voraussetzungen und Rahmenbedingungen. Und ein Grundproblem besteht beim schrittweisen Aufbau von Ordnungselementen für die internationalen Finanzmärkte darin, dass die globalen Finanzmärkte dem gemeinschaftlichen Handeln von Staaten und internationalen Organisationen weit voraus gelaufen sind. Der Globalisierung der Märkte muss die Globalisierung der öffentlichen Ordnung folgen, wie wir es in Europa bereits erreicht haben.

Aus ethischer Sicht sind m. E. insbesondere zwei Grundregeln zu beachten:

Jeder Marktteilnehmer: der Einzelne, Unternehmen und Staaten sollen nur diejenigen finanziellen Risiken eingehen, die sie auch wirklich tra-

gen und finanzieren können. Es ist z. B. gefährlich, wenn sich Schwellenländer in zu großem Umfang und zu kurzfristig in Fremdwährungen verschulden anstatt stärker entsprechend der inländischen Kapitalbildung zu wachsen, die durch ausländische Engagements ergänzt wird.

Die zweite Grundregel muss dahin gehen, dass die Stabilität der Finanzmärkte insgesamt, insbesondere der Währungen, gewährleistet bleibt oder, wo sie gestört ist, wieder hergestellt wird.

Es sprechen grundlegende Gesichtspunkte dagegen, die Möglichkeiten des Zugangs zu den internationalen Finanzmärkten zu begrenzen, die Vorteile der internationalen Arbeitsteilung ungenutzt zu lassen, das Kapital durch Regulierungen einzusperren und damit Entwicklungschancen zu beschneiden. Die Chancen der Globalisierung müssen genutzt, die Gefährdungen durch einen Ordnungsrahmen eingegrenzt werden.

In Europa, Nordamerika und teilweise in Asien sind in einem langen Prozess Regulierungsstrukturen für die Finanzmärkte aufgebaut worden, die es auf internationaler Ebene lediglich in Ansätzen gibt, und die in vielen Entwicklungsländern ganz fehlen.

Wir haben in unserem Papier in acht Punkten Position bezogen für einen besseren Ordnungsrahmen der internationalen Finanzmärkte.

Der erste Punkt betrifft die Stärkung der internationalen Finanzarchitektur, insbesondere der internationalen Institutionen wie Internationaler Währungsfonds und Weltbank. Bei Zahlungsbilanzkrisen kann der IWF Kredite zur Verfügung stellen. Genauso wichtig ist aber seine vorbeugende Überwachungstätigkeit, um Krisenphänomene möglichst frühzeitig zu erkennen und die betreffenden Mitgliedsländer aufzufordern, rechtzeitig einer unsoliden Finanzentwicklung gegenzusteuern. Die internationale Zusammenarbeit der Notenbanken kann unerwünschte Währungsschwankungen begrenzen. Sofern es notwendig ist, sind Umschuldung und Schuldenerlass wichtige Instrumente, um die Kreditwürdigkeit von Staaten wieder herzustellen. Die Schuldnerländer haben ein besonderes Interesse daran, dass ihre Kreditwürdigkeit nicht dadurch beeinträchtigt wird, dass Gläubiger künftig befürchten müssen, mit ihren Kreditforderungen auszufallen. Deshalb sollte für jedes Land die Erhaltung oder Wiedergewinnung der internationalen Kreditwürdigkeit ein zentrales Ziel sein.

Großvolumige IWF-Kredite in Milliarden-Höhe an Krisenländer, die im wesentlichen den Schuldendienst gegenüber privaten Gläubigern aufrecht erhalten sollen, können falsche Signale setzen.

Steht der öffentliche Sektor stets als potente finanzielle Feuerwehr und Vollkaskoversicherung bereit, werden Kreditgeber und Kreditnehmer die von ihnen eingegangenen Risiken zwangsläufig vernachlässigen. Im Endeffekt würde so die Krisenhäufigkeit weiter zunehmen anstatt zu sinken.

Hier scheint inzwischen international die Einsicht gewachsen zu sein, dass allzu bereitwillig gewährte Finanzpakete den Marktteilnehmern falsche Anreize geben können. Die G7-Länder haben sich deshalb im April 2002 und April 2003 in einem Aktionsplan zur Verbesserung der Krisenverhütung und Krisenbewältigung dazu bekannt, dass bei der Gewährung offizieller Finanzhilfen künftig mehr Disziplin geübt wird und die privaten Gläubiger stärker als bisher in die Lösung von Verschuldungskrisen eingebunden werden sollen.

Wichtige Fortschritte sind erzielt worden, wie z.B. mit der Einführung von Umschuldungsklauseln in Anleiheverträgen von Schwellenländern. Weitere Initiativen sind ergriffen worden mit dem Ziel, einen Verhaltenskodex zu vereinbaren, der schon in guten Zeiten den Meinungs austausch und die Vertrauensbildung zwischen dem Schuldnerland und seinen privaten Gläubigern fördern und in kritischen Phasen die Kooperation zwischen beiden Seiten erleichtern kann.

Ferner wäre ein Insolvenzverfahren wünschenswert, um einen gerechten Verfahrensablauf im Falle einer notwendigen Umschuldung zu gewährleisten.

Im zweiten Punkt betonen wir, dass der Grad der Einbindung von Ländern in die Weltwirtschaft und die Finanzmärkte dem Entwicklungsniveau und den institutionellen Voraussetzungen des jeweiligen Landes entsprechen muss. Es ist gefährlich, wenn die Höhe der internationalen Schulden oder Anlagegelder die Möglichkeiten eines Landes überfordert und zu großen Risiken aussetzt.

Zu verweisen ist insbesondere auf die Verpflichtung der Eliten in den Entwicklungsländern, die die zentrale Verantwortung dafür haben, dass in ihrem Land die ordnungspolitischen Rahmenbedingungen für Entwick-

lungsfortschritte geschaffen werden, durch Rechtssicherheit, eine wirksame Finanzaufsicht, Möglichkeiten der Kapitalbildung, auch für die ärmeren Bevölkerungsschichten, eine möglichst stabile Währung, damit die inländische Kapitalbildung angeregt wird, die eine wesentliche Voraussetzung für die Teilnahme am internationalen Kapitalverkehr darstellt.

Je besser die Grundlagen für inländische Kapitalbildung, desto geringer wird der Verschuldungsbedarf in ausländischer Währung, desto geringer werden auch die Anreize zur Kapitalflucht ins Ausland und desto größer werden die Chancen für nachhaltiges Wachstum und soziale Entwicklung.

Mit der Entwicklung solider inländischer Finanzmärkte verbessern sich auch die Chancen für Schwellenländer, Schulden in inländischer Währung in den großen internationalen Finanzzentren platzieren zu können, was ordnungspolitisch wünschenswert wäre.

Die institutionellen Voraussetzungen für die Kapitalbildung sind sehr konkret. Ein besonders positives konkretes Entwicklungsprojekt sehe ich in den Anstrengungen, auch in Entwicklungsländern ein Katasterwesen aufzubauen, damit Grundeigentum wirksam beliehen werden kann, so dass Sicherheiten Kreditaufnahme und Kapitalbildung ermöglichen.

Der dritte Punkt unseres Papiers beschreibt die Bedeutung von Finanzmarkt-Standards für mehr Transparenz und Publizität, damit die möglichst umfassende Einschätzung der finanziellen Verhältnisse angemessenes Marktverhalten ermöglicht.

Viertens müssen internationale Regeln der Finanzaufsicht Steuerparadiese und Geldwäschezentren so unter Druck setzen, dass diese ein Minimum an internationalen Regeln einhalten.

Sehr streitig ist die Diskussion über die ursprünglich von Prof. Tobin vorgeschlagene und nach ihm benannte Tobin-Steuer, den Vorschlag einer allgemeinen internationalen Devisenumsatzsteuer. Mit dieser Abgabe sollen Devisenspekulationen unattraktiv gemacht und zugleich Einnahmen für internationale Aufgaben erzielt werden. Abgesehen davon, dass ein internationales Einvernehmen über diese Steuer in keiner Weise in Aussicht ist, würde eine solche Abgabe aus meiner Sicht die Ausgleichsfunktion der internationalen Devisenmärkte schwächen.

Der fünfte Punkt befasst sich mit der Verbesserung der Kapitalmarktintegrität in den entwickelten Ländern. Die Bilanzierungsskandale der letzten Zeit, in Deutschland teilweise die Erfahrungen mit dem Neuen Markt, unterstreichen die Bedeutung zuverlässiger Kapitalmarktinformationen. Unabhängige und zuverlässige Abschlussprüfungen durch Wirtschaftsprüfer sind von großer Bedeutung für funktionierende Märkte.

Sechstens ist die europäische Zusammenarbeit in Finanz- und Währungsfragen von großer Bedeutung. Die positiven Erfahrungen, die wir seit 4 1/2 Jahren mit dem Euro haben, unterstreichen die Bedeutung regionaler Zusammenschlüsse. Mit einem großen Gesetzgebungspaket im Rahmen des Aktionsplanes Finanzdienstleistungen soll in der Europäischen Union ein integrierter Finanzmarkt geschaffen werden.

Siebtens ist es bei der Finanzierung der Entwicklungshilfe notwendig, diese stärker an Auflagen zu binden, damit in den Entwicklungsländern selbsttragende regionale Wirtschaftskreisläufe und insbesondere die hierfür notwendigen Institutionen, angefangen mit Rechtssicherheit, Berufsqualifikation usw., aufgebaut werden.

Das weltweite Vordringen marktwirtschaftlicher Prinzipien revolutionierte nicht nur die internationalen Finanzmärkte, sondern beeinflusste zunehmend auch die Beurteilung developmentpolitischer Strategien. So wuchs in den neunziger Jahren die Überzeugung, dass der Förderung des Privatsektors in den Entwicklungsländern entscheidende Bedeutung für eine erfolgreiche Armutsbekämpfung zukommt.

In diesem Zusammenhang ist es wichtig, Spar- und Kreditmöglichkeiten für arme Bevölkerungsschichten zu ermöglichen. Ähnlich wie der Aufbau von Raiffeisenbanken und Sparkassen im 19. Jahrhundert in Deutschland sollte unterstützt werden, dass in Entwicklungsländern Mikrofinanzbanken aufgebaut werden, die auch für die armen Bevölkerungsschichten Spar- und Kreditmöglichkeiten schaffen. Bei diesen Mikrofinanz-Projekten wird deutlich, dass letztlich das wirtschaftliche Fortkommen selbst erwirtschaftet werden muss, dass dazu jedoch stabile Rahmenbedingungen notwendig sind, die einen Aufbauprozess ermöglichen. Entwicklungshilfe sollte insbesondere solche Strukturen fördern (Hilfe zur Selbsthilfe).

Manche verteufeln die globalen Finanzmärkte als Ursache für Ausbeutung und Unterentwicklung. Stattdessen sollte sich die notwendige Diskussion darauf konzentrieren, wie ein ethisch begründeter Ordnungsrahmen für diese internationalen Märkte geschaffen werden kann. Es wird immer wieder Finanzkrisen geben, die ganz unterschiedliche Ursachen haben, aber es lohnt sich, alle Anstrengungen zu unternehmen, damit die Ursachen von Krisen frühzeitiger erkannt werden können und internationale Regeln vorhanden sind, um Krisen möglichst zu vermeiden oder eingetretene Krisen so zu bewältigen, dass die Auswirkungen begrenzt bleiben.

Die Möglichkeiten von Finanzmärkten zu nutzen und das Regelwerk für ihr stabiles Funktionieren auszubauen, ist aus der Sicht des Gemeinwohls geboten. Die Dämonisierung der Finanzmärkte hilft niemandem. Es dient den Interessen der Menschen, Spielregeln für die Globalisierung und international vereinbarte Ordnungselemente zu entwickeln.

Die Spielregeln offener Märkte müssen aber auch für die Industrieländer gelten. Gerade auf den Märkten, auf denen viele Entwicklungsländer die größten Absatzchancen haben, werden diese Chancen durch Protektionismus und Subventionen der Industrieländer stark beeinträchtigt, nämlich auf den Agrarmärkten. Die Rückführung von Protektionismus und Subventionen auf den Agrarmärkten ist ein Beitrag zur Herstellung von mehr Gerechtigkeit auf den Weltmärkten.

Es geht international auch um Teilen. Aber wichtiger ist aus meiner Sicht der Aufbau von Strukturen, die es den unterentwickelten Ländern ermöglichen, durch Kapitalbildung, Kreditzugang und Absatzchancen ihre wirtschaftliche Zukunft selbst zu gestalten.

Ordnungselemente für die internationalen Finanzmärkte sind im Interesse aller Marktteilnehmer, damit im Sinne der Beteiligungsgerechtigkeit die Chancen gemeinsam genutzt werden können.

SOZIALPOLITIK

DIE ARBEITSLOSENVERSICHERUNG ZWISCHEN MARKT UND STAAT

Elke Gundel / Christoph Kannengießer

„Die Hauptsache muß als Hauptsache behandelt werden. Vermeidung der Arbeitslosigkeit ist ein zentrales Problem der Wirtschaftspolitik auch im Hinblick auf die Erhaltung der Freiheit – heute ganz besonders.“ Wie kaum zuvor müßte die Aussage Euckens aus dem Jahr 1952 im Mittelpunkt der Reformen des Arbeitsmarktes stehen. Nach über 50 Jahren sozialer Marktwirtschaft und über 30 Jahren treppenförmigen Anstiegs der Arbeitslosigkeit zeigt sich überdeutlich, daß die Institutionen des Arbeitsmarktes nicht ausreichend dazu beitragen, die Beschäftigungsprobleme zu lösen und, da sie den Interessen der Marktbeteiligten nicht mehr Rechnung tragen, nicht mehr legitimiert sind. Wir gehen davon aus, daß die Verfassung des Arbeitsmarktes seine Leistungsfähigkeit bezüglich der Vermeidung und/ oder des Abbaus von Arbeitslosigkeit entscheidend bestimmt.

Eine Analyse der gegenwärtigen Arbeitsmarktordnung zeigt, daß der Arbeitsmarkt mittels staatlicher Interventionen immer stärker zu einem wettbewerblichen Ausnahmehereich in der marktwirtschaftlichen Wettbewerbsordnung gemacht wurde. Die Folge der jahrzehntelangen Kollektivierung individueller Risiken auf dem Arbeitsmarkt ist der immer lauter zu vernehmende Ruf nach einer Handlungsverpflichtung des (Wohlfahrts)Staates. „Gerade dies gilt auch für die Ideen,

welche die heutige Wirtschafts- und Sozialpolitik beherrschen [...] Es bewegt sich also [...] die] Wirtschaftspolitik der Sozialisierung und Verstaatlichung in eine Richtung, welche die Abhängigkeit und Unfreiheit vergrößert und hiermit unsere heutige soziale Frage noch ernster macht.“ Entsprechend ist die Geschichte der Arbeitslosenversicherung eine Geschichte der Expansion sowohl hinsichtlich des Versichertenkreises als auch der übertragenen Aufgaben und der Finanzmasse, welche durch diese bewegt wird.

Zentral ist die Erkenntnis, daß der Arbeitsmarkt seine Anpassungsfähigkeit an externe und interne Veränderungen größeren Ausmaßes verloren hat. Hierfür gibt es vielfältige Ursachen. Sie reichen von der hohen Regulierungsdichte über den Einfluß staatlicher Verteilungsmechanismen auf das Marktverhalten der Akteure bis hin zum Lohnfindungsprozeß. Bei der Gestaltung der Arbeitsmärkte muß indes eine solche Ordnung gefunden werden, welche die Anpassungsfähigkeit wieder deutlich erhöht. Es liegt auf der Hand, daß sich mit Einzelmaßnahmen allein Vollbeschäftigung nicht wieder herstellen läßt.

1. DIE ENTWICKLUNG DER ARBEITSLOSIGKEIT IN DEUTSCHLAND

In den 60er Jahren war – nach einer hohen kriegsbedingten Arbeitslosigkeit in der Anfangsphase der Bundesrepublik Deutschland – die Arbeitslosenquote auf unter 1 Prozent gesunken, was den Sachverständigenrat unter Herbert Giersch veranlaßte, erst dann von Vollbeschäftigung zu sprechen, wenn die Arbeitslosenquote geringer als 0,8 Prozent ist. Zuvor sprach man bereits von Vollbeschäftigung, wenn die Arbeitslosenquote die 3-4 Prozentmarke unterschritt. Mitte der 70er Jahre überstieg die Arbeitslosenzahl erstmals die Millionengrenze, sank jedoch konjunkturbedingt wiederum auf 800.000 zu Beginn der 80er Jahre, um dann 1983 bereits die Zwei-Millionen-Grenze zu erreichen. Seither fiel die Arbeitslosigkeit auch in Zeiten der Hochkonjunktur nur geringfügig, sie verharrte auf hohem Niveau und stieg in Zeiten der Rezession bis nahezu 3 Millionen in den westlichen Teilen Deutschlands an. Im gesamten Bundesgebiet stieg sie 1998 sogar zeitweise auf über 4,8 Millionen und seit Ende 2002 wieder weit über die Vier-Millionen-Grenze.

Dominierte zu Beginn der 70er Jahre noch die konjunkturell bedingte Arbeitslosigkeit, nahm die Bedeutung der strukturellen Arbeitslosigkeit

bereits im Verlauf der 70er Jahre deutlich zu. Heute bestimmt diese in erster Linie die Arbeitslosigkeit in Deutschland: Jeder Konjunkturzyklus weist eine höhere durchschnittliche Arbeitslosigkeit auf als der vorherige. Nach der Wiedervereinigung gab es zwar einen Niveausprung für das gesamte Bundesgebiet, der Trend zeigt aber auch für die alten Bundesländer unverändert nach oben. Dementsprechend kann über den gesamten Zeitraum auch ein signifikanter Anstieg des Anteils der Langzeitarbeitslosen beobachtet werden: Die Quote verläuft ähnlich wie die Entwicklung der gesamten Arbeitslosenquote.

Nichtsdestotrotz konnte die Zahl der abhängig Beschäftigten immer wieder gesteigert werden. So stehen wir in Deutschland derzeit vor der Situation, einerseits so viele Beschäftigte zu haben wie kaum jemals zuvor, andererseits aber auch Rekordarbeitslosigkeit vermelden zu müssen.

An diesem Zustandsbild ist zweierlei festzuhalten: Erstens sind keynesianische Beschäftigungsprogramme, die eine Nachfragesteigerung nach Gütern bezwecken, wenig hilfreich, die derzeitige Arbeitslosigkeit dauerhaft zu reduzieren, da die Ursachen der Arbeitslosigkeit der letzten Jahrzehnte auf den lang anhaltenden Strukturwandel zurückzuführen sind. Obwohl zweitens hohe Arbeitslosigkeit in den letzten Jahrzehnten weltweit zu beobachten war, gab es sowohl in den 80er als auch in den 90er Jahren stets Länder, wie beispielsweise die Schweiz, Österreich und die USA, die nahezu Vollbeschäftigung realisieren konnten. Es ist somit nicht die Weltkonjunktur, sondern es sind vor allem strukturelle Fehlentwicklungen und Reformdefizite für die Arbeitslosigkeit verantwortlich.

2. DER ZUSAMMENHANG VON ARBEITSLOSIGKEIT UND LOHNZUSATZKOSTEN

In der öffentlichen Diskussion wird oftmals die These vertreten, daß der Umfang der sozialen Leistungen zu hoch ist. Demgegenüber ist zu betonen, dass nach liberaler Grundauffassung der einzelne Bürger selbst darüber entscheiden sollte, wie er seine knappen Ressourcen und sein Einkommen verwendet. Entscheiden sich die Bürger aus freien Stücken für einen bestimmten Umfang an sozialer Sicherheit, so ist das zu akzeptieren, mag dieser Umfang noch so groß. Nicht der Umstand, daß die Bürger einen extrem hohen Anteil ihres Einkommens für die soziale Sicherheit ausgeben, ist das eigentliche Problem, sondern die Frage, auf welche

Weise die Ausgaben für soziale Sicherheit aufgebracht werden: Die Versicherten haben kaum – in der Arbeitslosenversicherung überhaupt keine – Wahlrechte bezüglich des Versicherungsumfangs und der Art der Vorsorge. Hinzu kommt, daß die Leistungen relativ einseitig an den Interessen der vom Versicherungsfall Betroffenen ausgerichtet werden. Der alleinige Blick auf die Art der Finanzierung, welcher die politische Diskussion zumeist beherrscht, ist für eine ökonomische Betrachtung zu eng. Es geht vielmehr um die Tatsache, daß die Beiträge nicht freiwillig erbracht, sondern zwangsweise erhoben werden.

Allerdings sind auch die Lohnzusatzkosten aus drei unterschiedlichen Gründen für den Arbeitsmarkt ein Problem:

Erstens müssen die Unternehmen – zumindest zu großen Teilen – die Ausgaben für die soziale Sicherheit selbst übernehmen. Dadurch entstehen für die Unternehmen Kosten. Da in Deutschland v. a. strukturelle Arbeitslosigkeit vorliegt, haben die Ausgaben für soziale Sicherheit in diesem Zusammenhang die gleiche Bedeutung für das Problem der Arbeitslosigkeit wie die sonstigen Kosten: Die Arbeitslosigkeit steigt an, wenn die Stückkosten steigen. Für die Absatzlage der Unternehmungen spielt allein die Höhe der gesamten Stückkosten im Vergleich zu den Stückkosten der konkurrierenden Unternehmungen im Ausland eine Rolle. Wenn nun die Güterpreise im Zusammenhang mit zusätzlichen Ausgaben für soziale Sicherheit steigen, weil die unternehmerischen Stückkosten gestiegen sind, so betrifft dies im Prinzip alle Unternehmungen, die Arbeitskräfte beschäftigen. Im Ergebnis wird durch die Steigerung der gesamten Stückkosten die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen auf den internationalen Märkten geschmälert bzw. die Unternehmen sind gezwungen, durch hohen Kapitaleinsatz Arbeitskosten so weit wie möglich zu vermeiden.

Zweitens bringen die Ausgaben für soziale Sicherheit einer offenen Volkswirtschaft eine weitere Belastung dadurch, daß ein Anstieg der Beiträge zur sozialen Sicherung die Arbeitgeber nominell stärker trifft als die Arbeitnehmer. Erhöht der Staat den Sozialversicherungsbeitrag, so steigen nicht nur die Arbeitskosten der Unternehmungen. Auch die Nettoeinkünfte der Arbeitnehmer sinken, da die Arbeitnehmerbeiträge bei gleichem Bruttoeinkommen die Nettoeinkommen reduzieren. Nicht zuletzt aus diesen Gründen fordern die Gewerkschaften in den Tarifverhandlungen einen Ausgleich für diesen „Kaufkraftverlust“. Falls es den

Gewerkschaften gelingt, diese Forderungen durchzusetzen, erhöhen sich die Arbeitskosten der Unternehmungen zusätzlich um die Tarifierhöhung. Nun ist es natürlich keinesfalls sicher, daß es den Gewerkschaften gelingt, diese Einkommenserhöhung zu erreichen. Auf jeden Fall erschwert ein Anstieg der Sozialversicherungsbeiträge aber den Einigungsprozeß der Tarifpartner.

Drittens bringen die Ausgaben der sozialen Sicherheit auch deshalb Schwierigkeiten mit sich, weil diese Ausgaben als kollektive Zwangsversicherungsbeiträge erhoben werden. Staatliche Eingriffe sind nur insoweit begründet, wie ein meritorischer Bedarf vorliegt, Marktmängel bzw. Marktversagen oder generell nicht hinnehmbare ex post-Korrekturen der Einkommen, die von der normativen Wertung der jeweiligen Gesellschaft abhängen. Da die privaten Vermögen in der Regel für die Absicherung von größeren Risiken zu klein sind, ist eine Versicherungspflicht für die Sozialversicherung gerechtfertigt. Darüber hinaus müssen die Zwangsregelungen jedoch zu dauerhaften Verbesserungen führen und im Hinblick auf die Zielsetzung effizient sein, d. h. Eingriffe in die individuelle Freiheit der Bürger müssen den Grunde nach, in ihrer Art und in ihrem Umfang stets begründet werden. Eine Versicherung ist immer dann effizient – und damit einer privaten individuellen Vorsorge überlegen –, wenn eine möglichst große Gruppe Gefahr läuft, von einem bestimmten Risiko betroffen zu werden, de facto aber immer nur eine relativ kleine Teilgruppe tatsächlich von diesem Risikotatbestand betroffen wird. In dem Versuch, das soziale Versorgungsniveau seit den 70er Jahren zu erhöhen, wurde jedoch eine immer größere Teilgruppe von den Risikotatbeständen betroffen. Damit sank die Effizienz der Sozialversicherung. Diese Effizienzverschlechterung führt – zunächst schleichend – bei einer immer größer werdenden Gruppe der Versicherten zu einer grundsätzlichen Änderung im Verhalten, wie z. B. einer Flucht in die Schatten- und Selbstversorgerwirtschaft. Durch dieses fortschreitende Auseinanderfallen von kollektiver und individueller Rationalität tragen die Rahmenbedingungen der Sozialversicherung heute selbst wiederum zur Kostensteigerung bei. Diese Kosten-Beitrags-Spirale ruft damit nicht nur permanent die Gefahr weiterer Entlassungen hervor, sondern bremst auch nachhaltig die Beschäftigungsdynamik der Volkswirtschaft.

3. DIE ARBEITSLOSENVERSICHERUNG IM SPIEGEL INSTITUTIONELLER FEHLENTWICKLUNGEN

Als die Arbeitslosenversicherung im Jahr 1927 als gesetzliche Pflichtversicherung für Arbeitnehmer eingeführt wurde, war ihre Aufgabe klar umrissen: In Zeiten des konjunkturellen Abschwungs sollte sie den Einkommensverlust des von der Entlassung betroffenen Arbeitnehmers für die Zeit seiner Arbeitsplatzsuche zeitlich befristet auffangen. Das eigentliche Problem auf den Arbeitsmärkten wurde in zyklischen Schwankungen gesehen. Spätestens zu Beginn der 70er Jahre, als zunehmende Regulierung die Anpassungsfähigkeit des Arbeitsmarktes immer mehr zerstört und zu einer hohen Arbeitslosigkeit als Dauerzustand entscheidend beigetragen hat, war die auf eine ganz andere Situation zugeschnittene Arbeitslosenversicherung hoffnungslos überfordert.

Anstatt dem Übel durch umfassende Deregulierung an die Wurzel zu gehen, wick die Politik den damit verbundenen Konflikten aus und baute die Arbeitslosenversicherung – ganz gegen deren Konzept und Konstruktion – „zu einem Reparaturbetrieb für die [...] strukturelle Arbeitslosigkeit aus. «Aktive Arbeitsmarktpolitik» war der Werbeslogan für die darunter fallenden Maßnahmen, die inzwischen einen großen Teil der gesamten Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit ausmachen.“ Hinter der derzeitigen Ausgestaltung – insbesondere bei Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen, aber auch wesentlicher Teile der beruflichen Weiterbildung – verbirgt sich oftmals nur die Umschichtung offener in verdeckte Arbeitslosigkeit.

Mit der Ausweitung ihrer Aufgaben bietet die Arbeitslosenversicherung nunmehr nicht nur eine finanzielle Absicherung von Einkommensrisiken, sondern verfolgt zunehmend auch Umverteilungsziele aufgrund sozialer Erwägungen. Allerdings werden die finanziellen Lasten der Umverteilung größtenteils von den Beitragszahlern getragen. Auf der einen Seite resultiert dies aus einer Ausweitung der Aufgaben ohne entsprechende Mittelzuweisungen durch den Staat, auf der anderen Seite ergibt sich die Belastung der Beitragszahler schon alleine aus der Inanspruchnahme der Arbeitsverwaltung für die zusätzlichen Aufgaben.

Eine weitere Fehlentwicklung beruht auf systemimmanenten Gründen. In ihrer derzeitigen Ausgestaltung setzt die Arbeitslosenversicherung Anrei-

ze zu einer möglichst langen Inanspruchnahme von Leistungen: Die zu hohe Steuer- und Beitragsbelastung, kann für Arbeitnehmer – im Hinblick auf das Nettoeinkommen – den Bezug von Sozialleistungen sehr attraktiv werden lassen. Der Versuch der Politik, den Kreis der Versicherten auszuweiten, um zusätzliche Beitragseinnahmen zu erzielen, verstärkt diese Tendenzen nur.

Die Arbeitslosenversicherung ist keine „Versicherung“ im Wortsinn mehr, da eine fortschreitende und unsystematische Ausweitung der Umverteilung den Zusammenhang zwischen Beitrag und a priori definiertem individuellem Leistungsanspruch immer mehr ausgehöhlt hat. Selbst das Maß der sozialversicherungsimmanenten Umverteilung ist überschritten. Die Beiträge fließen, fast so als wären sie Steuern, in einen großen Fonds, über den Politik und Verwaltungsapparate verfügen können. Auch die Sozialversicherung legitimiert nicht zu regelloser und systemsprengender Umverteilung; vielmehr ist ihr Ausmaß begrenzt, soll nicht der Sozialversicherungsbeitrag von der nicht-steuerlichen Abgabe vollends in eine gegenleistungsfreie Gemeinlast – Sozialsteuer – überführt werden. Hinsichtlich der Beitragszahler verschärft sich das Problem der versicherungsfremden Leistungen. Eine ordnende Hand ist schon sehr lange nicht mehr zu erkennen. Letztlich zu zahlen hat immer der einzelne Zwangsversicherte. Die Folgen sind gravierend: Vermengung ganz unterschiedlicher Ziele, Verschiebungen zu Lasten entmündigter Beitragszahler und die alles durchziehende Verwischung von Verantwortung.

4. EFFIZIENZSTEIFERENDE SYSTEMEVOLUTION STATT SYSTEMREVOLUTION DER STAATLICHEN ARBEITSLOSENVERSICHERUNG

Die marktwirtschaftliche Ordnung basiert auf der individuellen Freiheit. Entsprechend sehen die einzelnen Regelungen der Verfassung eine dezentrale Verteilung der Risiken und Lasten nach dem Subsidiaritätsprinzip vor. D. h. aber auch, daß die Eigenverantwortung der staatlichen Regulierung sowie die Risikovorsorge durch freie Träger der staatlichen Vorsorge vorrangig ist. Den Grundrechten als Freiheitsrechten des Bürgers gegen den Staat und dem Subsidiaritätsprinzip, das sich in ihnen verkörpert, entspricht eine Ordnung der Präferenzen, nach der die finanzielle Absicherung gegen Einkommensrisiken zunächst in den Aufgabenbereich privater Versicherungsunternehmen fällt. Dies setzt jedoch eine risikoäquivalente Kalkulation von Beiträgen voraus.

Gegen eine private Arbeitslosenversicherung sprechen jedoch mehrere Gründe:

- Eine private Versicherung kann den einzelnen Arbeitnehmer gegen die materiellen Risikofolgen der Arbeitslosigkeit nur absichern, wenn es der Privatversicherung gelingt, einen Risikoausgleich zwischen den Versicherten herbeizuführen.
- Die individuellen Risiken, arbeitslos zu werden, sind allerdings weder statistisch weitgehend voneinander unabhängig, noch ist die Wahrscheinlichkeitsverteilung der Risiken hinlänglich bekannt. Das individuelle Risiko, arbeitslos zu werden, ist z. B. von der Region, dem Sektor, den Tarifverhandlungen oder/und dem Beruf abhängig. Insbesondere bei konjunkturell bedingter Arbeitslosigkeit besteht aufgrund einer „Risikoinfektion“ die Möglichkeit der Kumulation von Schäden. Durch diese sich möglicherweise selbst verstärkenden Prozesse in der wirtschaftlichen Entwicklung birgt das Entstehen von Arbeitslosigkeit an einer Stelle immer die Gefahr in sich, den Wegfall von Beschäftigung an anderer Stelle auszulösen.

Bei einer Privatisierung der Arbeitslosenversicherung bestünde die Gefahr, daß sich die guten Risiken nicht versichern (z. B. Wachstumsbranchen) und nur die schlechten Risiken zu den Versicherungen gehen. Die Beiträge würden überproportional steigen (sogenannte „adverse selection“). Dadurch würde selbst die Absicherung relativ geringer Einkommen verhältnismäßig teuer.

Die Arbeitslosigkeit stellt deshalb für die private Versicherung ein unberechenbares Risiko dar; d. h. eine risikoäquivalente Kalkulation der Beitragssätze ist nicht möglich. Dies wäre jedoch die Voraussetzung dafür, daß private Versicherungsunternehmen die finanzielle Absicherung gegen Einkommensrisiken übernehmen. Wegen der hohen Korrelation und der Unkalkulierbarkeit der Arbeitslosigkeitsrisiken werden sich umfassende private Arbeitslosenversicherungen daher kaum etablieren; jedenfalls weist der internationale empirische Befund selbst in ausgesprochen marktwirtschaftlich geprägten Staaten auch in diese Richtung.

Die oben genannten Probleme stellen sich grundsätzlich auch bei einer staatlichen Mindestsicherung mit einer privaten Zusatzversicherung. Auch hier ist die risikoäquivalente Kalkulation der Beitragssätze nur für

einen Teilarbeitsmarkt möglich. Die Bedingungen der (wenigen) privaten Zusatzversicherungen sind so ausgestaltet, daß gerade derjenige Personenkreis, ausgeschlossen wird, bei dem die Arbeitslosigkeitsrisiken am ehesten zu vermuten sind. Voraussetzungen für den Abschluß einer privaten Zusatzversicherung gegen Arbeitslosigkeit sind:

- ein mehrjähriges, unbefristetes und ungekündigtes Arbeitsverhältnis,
- bestimmte Altersgrenzen,
- eine Wartefrist von jeweils mehreren Jahren und
- eine maximale Bezugsdauer von einem Jahr.

Eine völlige Privatisierung der Arbeitslosenversicherung in der Arbeitsmarktordnung der Bundesrepublik Deutschland scheidet aus den genannten Gründen als Reformoption aus. Anstelle eines kompletten Systemwechsels sollte die effizienzsteigernde Weiterentwicklung der staatlichen Arbeitslosenversicherung hin zu einer Basissicherung Ziel einer Reform sein. Damit würde in der Arbeitslosenversicherung endlich der Grundsatz, den Arbeitnehmern mehr Wahlfreiheit einzuräumen, verankert. Jeder Einzelne könnte stärker als bisher entscheiden, welchen Teil des Einkommens er für die Vorsorge gegen Arbeitslosigkeit verwenden möchte. Innerhalb des Systems sollte der Zusammenhang zwischen Beitrag und Leistung beibehalten bzw. gestärkt werden – es ist konsequent auf temporäre Einkommenssicherung statt auf Einkommensumverteilung auszurichten.

5. EIN REFORMVORSCHLAG

Die Eingriffsintensität des Staates in der Arbeitslosenversicherung ist durchweg zu hoch, d. h. sie ist ökonomisch nicht mehr begründbar. Der Prozeß ständiger Leistungsausweitung zu Lasten der Beitragszahler kann nicht unbegrenzt fortgesetzt werden. In dieser Situation hilft nur eine mutige Reform aus einem Guß: Die Sozialversicherung darf in Zukunft nur noch für die Fälle vorgesehen werden, die auch eine effizientere Lösung versprechen als eine individuelle Vorsorge. Der Zeitpunkt ist längst überfällig, die Arbeitslosenversicherung nach Ziel, Methoden und Mitteln zu analysieren und zu prüfen, wie sie wieder auf ein tragfähiges Fundament gestellt werden kann.

Eine solche Überprüfung führt aus ordnungspolitischer Sicht zu der zentralen Erkenntnis: Wenn die Arbeitslosenversicherung in Zukunft ihre eigentliche Aufgabe wieder erfüllen soll, dann muß sie von allen ihr fremden Aufgaben und Belastungen befreit und auf eine möglichst weitgehend dem Äquivalenzprinzip folgende Basissicherung zurückgeführt werden. Der einzelne Bürger wird in seiner Entscheidung der Einkommensverwendung freier, da er über das „ob“ und „wie“ einer zusätzlichen Sicherung eigenverantwortlich entscheiden kann. Ihm stehen die allgemeinen Instrumente der Vorsorge zur Seite. Er kann sich unter den von ihm selbst gesetzten Prioritäten auf dem Kapitalmarkt absichern und/oder sich versichern. Dies bedeutet einen Schritt hin zur persönlichen Freiheit unter Beibehaltung der solidarischen Versicherung und der sozialen Gerechtigkeit. Zugleich werden die vielfältigen individuellen und institutionellen Fehlanreize reduziert, die ihrerseits mitursächlich für die vielfach strukturell verfestigte Arbeitslosigkeit sind.

Um die Akzeptanz der Arbeitslosenversicherung und die Bereitschaft, Beiträge zu entrichten, wieder zu erhöhen, sind aus ordnungspolitischer und verfassungsrechtlicher Sicht v. a. die passiven Lohnersatzleistungen zu reformieren. Zentrale Reformelemente sind:

- Einführung einer Wartezeit von vier Wochen bevor ein Leistungsbezug möglich ist. Der Wartezeit kommt die Funktion eines Selbstbehaltes zu. Dies vermeidet die mißbräuchliche Inanspruchnahme, sogenanntes Trittbrettfahrerverhalten wird stark eingeschränkt. Die Versicherungsgemeinschaft wird effektiv entlastet. Der Beitrag kann dadurch niedriger gehalten werden. Eine Frist von vier Wochen erscheint überdies individuell zumutbar, da im Sinne der Subsidiarität ein staatlicher Zwangseingriff überhaupt erst dann gerechtfertigt ist, wenn das Risiko die Voraussicht des Einzelnen übersteigt.
- Als Entgeltersatzleistung wird ein einheitlich bemessenes, beitragsabhängiges Arbeitslosengeld in Höhe einer Basissicherung gewährt. Als Orientierungspunkt könnte der gegenwärtige Leistungssatz von 60 Prozent gewählt werden. Der Bezug des Arbeitslosengeldes ist auf maximal zwölf Monate zu begrenzen – so, wie es bis 1985 der Fall war – und ab dem sechsten Monat degressiv zu staffeln. Die Beitragsbemessungsgrenze ist solange einzufrieren, bis auch die maximalen Leistungssätze wieder auf das in einer Zwangsversicherung legitimierbare Maß korrigiert worden sind. Die Anreize zur Inanspruchnahme der Ent-

geltersatzleistungen und zur gleichzeitigen Tätigkeit in der Schattenwirtschaft werden verringert.

- Eine weitere Option könnte sein, die Vorversicherungszeit zu verlängern oder zumindest die Leistungsansprüche bei kürzeren Vorversicherungszeiten zu reduzieren. Auch sollte alternativ über eine maximal mögliche Inanspruchnahme von Leistungen über die gesamte Lebensarbeitszeit nachgedacht werden. Seitens der Versichertengemeinschaft wird dadurch Kapital akkumuliert. Seitens des Versicherten wird die Verbundenheit zur Versichertengemeinschaft zum Ausdruck gebracht. Beschäftigungssurrogate, z. B. die Teilnahme an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, dürfen auf keinen Fall zu neuen Ansprüchen führen. Drehtüreffekte werden reduziert.

Jenseits der passiven Lohnersatzleistungen ist auch die Erbringung aktiver Leistungen durch die Arbeitslosenversicherung in begrenztem Umfang ordnungspolitisch legitimierbar. Diese sind jedoch deutlich enger zu definieren als dies heute der Fall ist:

- Grundsätzlich gilt es, die Arbeitslosenversicherung weitgehend von versicherungsfremden Leistungen zu befreien. Allerdings ist dabei zu konzedieren, daß die Grenze zwischen Fremdlasten und sozialversicherungsimmanenter Umverteilung gerade in der Arbeitslosenversicherung fließend ist. Es bleibt eine „Grauzone“, die auch von sozialpolitischen Wertvorstellungen abhängig ist. Je stärker aktive Leistungen den Charakter der Hilfe zur Selbsthilfe bei der Reintegration in den ersten Arbeitsmarkt haben oder der Überprüfung und Durchsetzung der Anspruchsvoraussetzungen passiver Leistungen (z.B. die Verfügbarkeit) dienen, um so eher fallen sie in die Kategorie sozialversicherungsimmanenter Risikoverteilung und -abwehr. Stehen andere (Verteilungs-) Ziele im Vordergrund wird der Rahmen der sozialversicherungsadäquaten Umverteilung verlassen.
- Die Finanzierung von versicherungsfremden Leistungen ist mit den Grundprinzipien der Sozialversicherung nicht vereinbar. Es ist ein rechts staatlich problematisches Verfahren, wenn Beitragsgelder dafür verwendet werden, ein staatlich gewünschtes sozialpolitisches Programm (wie z. B. Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen), das nur ein Teil der Versicherten in Anspruch nehmen kann,

zu finanzieren. Der größte Teil der Versicherten wird, obwohl in der gleichen sozialen und wirtschaftlichen Lage, ausgeschlossen. Eine solche willkürliche Zuteilung von Leistungen verträgt sich nicht mit dem Versicherungsprinzip. Indes darf es nicht um eine bloße Umfinanzierung hin zu mehr Steuern gehen. Vielmehr ist das Ausmaß staatlicher Arbeitsmarktinterventionen unabhängig von der Finanzierungsbasis zu reduzieren.

- Basissicherung bezieht sich auch auf den zeitlichen Horizont der Maßnahmen, die abgedeckt sind. Öffentlich finanzierte „Arbeitsmarktentlastung“ kann allenfalls in Ausnahmesituationen für ganz eng begrenzte Zeiträume vertretbar sein. Als Daueralimentation des Arbeitsmarktes ist sie weder ökonomisch vertretbar noch sozialpolitisch legitim. Die ordnungspolitischen Grenzen sind beispielsweise bei langfristigen Bildungsmaßnahmen und auch Lohnkostenzuschüssen im großen Stil weit überschritten. Hier ist nicht der Beitragszahler der Arbeitslosenversicherung, sondern die private Verantwortung des Einzelnen und der Tarifparteien, welche z. B. Regelungen für Einstiegstarife vereinbaren können, gefragt.
- Die Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt gehört weiterhin in das Repertoire der aktiven Leistungen. International vergleichende Studien haben gezeigt, daß eine intensive Betreuung der Arbeitslosen das effizienteste Mittel der Arbeitsmarktpolitik ist. Die Vermittlung ermöglicht das Mobilisieren von Eigenverantwortung und praktische Überprüfbarkeit der gesetzlichen Leistungsvoraussetzungen. Auch erhöht die Konkurrenz mit privaten Arbeitsvermittlern den Wettbewerb und stärkt die Kundensouveränität.

Dem Grundsatz der Subsidiarität sowie der Einheit von Verantwortung und Beitragszahlung folgend, ist die Organisation der Arbeitslosenversicherung zu gestalten. Der weitgehend autonomen Wahrnehmung der Aufgaben durch die Arbeitsmarktparteien entspricht die Rechtsform der selbstverwalteten Körperschaft des öffentlichen Rechts. Die originäre Aufgabe der Selbstverwaltung liegt in der Kontrolle über den effizienten Einsatz der Beitragsmittel. Die paritätische Selbstverwaltung ist ein wichtiges Instrument, den Monopolisierungsgrad des Staates zurückzudrängen. Dementsprechend sollten die staatlichen Einwirkungsrechte soweit wie möglich zurückgedrängt werden.

6. SCHLUSSBEMERKUNG

Die Entwicklung der Arbeitslosenversicherung in der sozialen Marktwirtschaft läßt erkennen, weshalb der „Leviathan“ stets gebändigt werden muß. Es bedarf offenbar der Ergänzung und Weiterentwicklung der sozialen Ordnungspolitik, denn „von dem, was man heute denkt, hängt das ab, was morgen auf Plätzen und Straßen gelebt wird.“

Im Vordergrund einer Reform der Arbeitslosenversicherung sollten eindeutig die passiven Leistungen stehen und der Fokus der Vermittlung auf dem ersten Arbeitsmarkt liegen. Die öffentlich-rechtliche Struktur der Arbeitslosenversicherung legitimiert sich nur soweit ein meritorischer Bedarf, Marktangel oder Marktversagen vorliegt. Die Versicherungspflicht kann auf eine Basissicherung begrenzt werden. Von nachrangiger Bedeutung ist hierbei die Frage, ob es bei einer hälftigen Beteiligung der Arbeitgeber an den Pflichtbeiträgen bleibt. Ohne eine solche Beteiligung würden sich am Markt höher ausgezahlte Löhne durchsetzen, so daß weder die Arbeitgeber noch die Arbeitnehmer sich dauerhafte Vor- oder Nachteile ausrechnen können. Welche weiteren Leistungen der Arbeitnehmer für den Fall der Arbeitslosigkeit darüber hinaus absichern möchte, bleibt ihm freigestellt.

IST DER DEUTSCHE SOZIALSTAAT PASSÉ

(AUSZUG)

Gerhard D. Kleinhenz

Der Erfolg bei der Suche nach einer ausgewogenen Lösung von Reform und Bewahrung des Sozialstaats, die Entdeckung eines zeitgemäßen Pfades der Sozialen Marktwirtschaft, könnte angesichts der ordnungspolitischen Denkraditionen in der deutschen Nationalökonomie wohl auch am ehesten in Deutschland gelingen. Nur wenn wir diesen (möglicherweise nur schmalen und offenbar nicht mehr klar beschilderten) Pfad einer Gratwanderung Hand in Hand von Marktwirtschaft und Sozialstaat finden und wenn wir diesen Pfad mit langem Atem sensibel begehen, werden wir unsere Beschäftigungs- und Wachstumsprobleme lösen und angesichts unserer heutigen Herausforderungen (Folgen der Wiedervereinigung, Bevölkerungsentwicklung und Globalisierung) den Weg der Weltwohlstandsnationen mit sozialer und politischer Stabilität weitergehen können.

Das Gelingen einer solchen Sozialstaatsreform, die das Leistungs- und Synergiepotenzial von Marktwirtschaft und Sozialstaat voll ausschöpft, könnte ein Zukunftsmodell für Deutschland sein. Entsprechende Reformprogramme könnten politische Mehrheiten finden, Systemakzeptanz vermitteln und Leistungsbereitschaft mobilisieren. Die Neue

Soziale Marktwirtschaft würde - wie die Soziale Marktwirtschaft durch das Wirtschaftswunder nach dem Zweiten Weltkrieg - auch als Vorbild für die Ausgestaltung der Gesellschaftssysteme in vielen Ländern der Welt wirken können. [...]

SOZIALSTAATSKONZEPTION UND TATSÄCHLICHE ENTWICKLUNG DER SOZIALPOLITIK

Der heute in Deutschland bestehende Sozialstaat mit der Institutionalisierung und Regulierung des Arbeitsmarktes, der sozialen Sicherung gegen die Standardlebensrisiken und anderen Bereichen einer Politik des sozialen Ausgleichs ist das Ergebnis eines langen historischen Prozesses. Er ist eine Ausprägung von vielen denkbaren Umsetzungen einer Sozialstaatskonzeption unter unterschiedlichen Ordnungsvorstellungen und historischen Entwicklungsbedingungen. Reformen an einem solchen historischen Sozialstaat sollten, wie das notwendige jährliche Schneiden eines Weinstocks, nicht von vornherein als Abbau des Sozialstaats diskreditiert werden.

Für die Bundesrepublik lag nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst der historische Anschluss an die Gesetzgebung und die Sicherungseinrichtungen der Bismarck'schen Sozialgesetzgebung und der Weimarer Zeit nahe. Im bundesdeutschen Sozialstaat war Sozialpolitik in erster Linie eine integrale Wirtschaftsordnungsaufgabe, der Staat nicht „Nachwächter“, sondern Ordnungsmacht. Marktwirtschaft brachte auch den Arbeitnehmern mehr materielle Freiheit und ermöglichte auf der Grundlage ihrer Leistungsfähigkeit ein hohes Maß an sozialem Ausgleich. Diese Kombination von Marktwirtschaft und Sozialstaat war in sich konsistent, weil die Sozialversicherung in Beitrags- und Leistungsgestaltung im Wesentlichen eine intertemporale Umverteilung von Lebens-Leistungseinkommen für die Versicherten organisierte. [...]

Der konzeptionelle Einklang von marktwirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und Sozialstaatlichkeit wurde in der praktischen Umsetzung nach der Überwindung der Nachkriegsnot und -arbeitslosigkeit zunächst durch ein weitgehend stetiges und dynamisches Wirtschaftswachstum getragen und bestätigte die Grundauffassung der Regierung Adenauer, dass eine gute Wirtschaftspolitik (zwar noch nicht selbst die beste Sozialpolitik aber) die wichtigste Voraussetzung für eine gute Sozialpolitik sei. [...]

SOZIALPOLITIK ALS BELASTUNG FÜR DIE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

Die wesentlichen Entwicklungen, an denen die Wende für die Rolle der Sozialpolitik innerhalb des Gesamtsystems der Sozialen Marktwirtschaft markiert werden kann, lassen sich ebenfalls nur holzschnittartig skizzieren. In dieser Wende wurde deutlich, dass Konzeption und Realität eines mit der Marktwirtschaft verträglichen Sozialstaats auseinanderdrifteten und dass Sozialpolitik jenseits ihrer produktiven Rolle auch negative Nebenwirkungen als Belastung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Gesellschaft entfalten kann. Diese Skizze kann auch verdeutlichen, dass die heute (oft mit heimlicher Genugtuung) diskutierte Krisensituation der sozialen Sicherungseinrichtungen schon sehr früh und meist in überparteilichem Konsens begründet wurde. Die Krise ist auch nicht allein Folge von Konstruktionsfehlern des Sozialstaats, sondern resultiert eher aus einem Politikversagen bei der Sicherung der Leistungs- und Zukunftsfähigkeit dieses Sozialstaats unter veränderten historischen Bedingungen.

[...] Schließlich wird eine zunehmende Abweichung der tatsächlichen Sozialpolitik von der Konzeption im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft an einem in der Sozialwissenschaft vielfach behandelten Viereck von Problemen deutlich:

- Die zunehmende Gewichtung von Gleichstellungszielen, von Bedarfs- und Ergebnisorientierung der Leistungen in der Sozialpolitik anstelle einer Chancen- und Leistungsorientierung führt zu einem erhöhten Anteil interpersoneller Umverteilung und vermindert den Charakter von solidarischer Selbsthilfe und Äquivalenz von Beitrag und Leistung.
- Die Verrechtlichung der Sozialpolitik und die strikte Bindung an rechtsstaatliche Verwaltungs- und Verfahrensgrundsätze erschwert die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips und des Grundsatzes von „Fördern und Fordern“.
- „Anspruchshaltungen“ in Bezug auf beitragsäquivalente Ausschüttungen und die Existenz vielfältiger Informationen zur Inanspruchnahme größtmöglicher Leistungen verdrängen „verschämte Armut“ und die Präferenz für Selbsthilfe.

- Eine vielfach auch nicht mehr durch christliche oder solidarische Werthaltungen gefilterte Einstellung zur gesetzwidrigen Inanspruchnahme von solidarisch finanzierten Leistungen „bestraft“ Eigenverantwortlichkeit und Gesetzestreue als Dummheit im Umgang mit dem System.

Der Fall eines „Florida-Rolf“ kann zwar kein wissenschaftliches Urteil über die mangelnde Funktionsfähigkeit der Sozialsysteme begründen. Solche Fälle können aber verdeutlichen, dass der dem Subsidiaritätsprinzip (des Vorrangs von personaler Eigenverantwortung sowie von Hilfe zur Entfaltung und Hilfe zur Selbsthilfe) entlehnte moderne Grundsatz von „Fördern und Fordern“ letztlich nicht mehr durch eine noch so gute Sozialverwaltung gesichert werden kann. [...]

DIE CHANCE FÜR EINEN NEUANFANG

Im Bereich der sozialen Sicherung lässt sich das (aus der Not schon angegangene und teilweise noch zu vollendende) Zurückschneiden auf eine Grundsicherung im Sinne einer freiheitlichen, der Sozialen Marktwirtschaft entsprechenden Konzeption des Sozialstaats durchaus zu einer Tugend machen.

Eine solche Grundsicherung, deren Bestand und Verlässlichkeit wir auch über die demographische Spitze in den kommenden Jahrzehnten hinweg erwirtschaften können, wird für die Bürger einen gewissen Zwang zur Schließung der Versorgungslücke beinhalten. Die Ergänzung der gesetzlichen Grundsicherung durch eigenverantwortliche private Altersvorsorge hätte man sich auch schon in der Phase des Wohlstandswachstums und der Expansion des Sozialstaats gewünscht. Good Governance in der Sozialpolitik in Deutschland wird sich daran erweisen, ob eine Mehrheit der Bevölkerung für ein Modell des Sozialstaats gewonnen werden kann, in dem mündige Bürger ihre Lebensstandardsicherung für ein verlängertes Leben zusammen mit der staatlichen Grundsicherung in die eigene Hand nehmen.

Im globalen Entwicklungsprozess wird die Bevölkerung der hoch entwickelten und reichen Industriegesellschaft der Bundesrepublik Deutschland zunehmend ihre Gerechtigkeitsansprüche auch weltweit anwenden und sozialpolitisch Weltverantwortung wahrnehmen müssen. Das Zurückschneiden der Wohlstandsexpansion im Sozialstaat ist kein Ende des Sozialstaats. Selbstbemitleidung steht bislang keiner der lebenden Generationen dieses Landes im notwendigen Anpassungsprozess wirklich an.

DER NEUE SOZIALSTAAT

Hans-Werner Sinn

Die Marktwirtschaft ist effizient, aber nicht gerecht. Da sich die Löhne nach dem Gesetz der Knappheit bilden, können manche Menschen nicht genug verdienen, um davon auskömmlich zu leben.

In Westeuropa hilft der Sozialstaat. Auf dem Wege des Lohnersatzes, also durch die Sozialhilfe, das Arbeitslosengeld oder die Frührente, garantiert er ein sozio-kulturelles Existenzminimum. Wenn einem der Markt kein ausreichendes Einkommen für die eigene Arbeit bieten kann, dann kann man ein solches Einkommen auch ohne Arbeit vom Staat bekommen.

So gut gemeint diese Politik auch sein mag: Sie ist in hohem Maße für die Massenarbeitslosigkeit verantwortlich, unter der Europa momentan leidet. Der Grund dafür ist simpel. Lohnersatzzahlungen sind Löhne fürs Nichtstun, die einen Mindestlohnanspruch gegen die Marktwirtschaft aufbauen, der von den privaten Arbeitgebern in einer immer größer werdenden Zahl von Fällen nicht mehr befriedigt werden kann.

Arbeitgeber sind keine Altruisten. Sie stellen einen Arbeiter nur ein, wenn der Überschuss der von ihm erwirtschafteten Erträge über seine Lohnkosten positiv und nicht kleiner ist als der entsprechende Überschuss, den ein ausländischer Arbeiter oder ein Roboter erzeugen könnte. Und die Arbeiter

sind nicht dumm. Sie nehmen einen Job nur an, wenn sie dabei mehr als nur den Lohnersatz verdienen. Daher sind Arbeiter, die nicht produktiv genug sind, einen Lohn über den Lohnersatzzahlungen zu rechtfertigen, von Arbeitslosigkeit bedroht.

Dieses Problem ist in Westeuropa zwar altbekannt, es wurde aber durch den Fall des Eisernen Vorhangs noch drastisch verschärft. Durch dieses Ereignis in Kombination mit der Öffnung Chinas wurden plötzlich 28 % der gesamten Menschheit in das westliche Marktsystem gebracht. Die Integration der asiatischen Tigerstaaten in den siebziger und achtziger Jahren war schon schwierig genug. Dass nun die ex-kommunistischen Länder noch hinzukommen, stellt die größte Herausforderung in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts dar.

Während durch die Integration dieser Ökonomien für die meisten der involvierten Länder Handelsgewinne erwartet werden können, ergeben sich für den Westen aufgrund der immer heftiger werdenden Niedriglohnkonkurrenz enorme Probleme. Finanzkapital und Direktinvestitionen fließen in Billiglohnländer. Die westlichen Ökonomien werden gezwungen, sich auf hochspezialisierte, kapitalintensive Produktion zu verlegen, in der weniger Arbeitsplätze geschaffen werden. Gering qualifizierte Arbeitskräfte wandern in den Westen.

Das Überschussangebot an gering qualifizierten Arbeitskräften wird durch diese Entwicklungen im Westen immer größer, was den Gleichgewichtslohn für einfache Arbeit sinken lässt. Bis das neue Gleichgewicht erreicht wird, werden zwar Jahrzehnte vergehen. Die meisten Leser dieses Artikels werden das nicht mehr erleben. Der Prozess wird jedoch anhaltend und beständig sein.

Wären die westlichen Arbeitsmärkte flexibel und würden sie dem zunehmenden Druck nachgeben, könnte die Beschäftigung gering qualifizierter Arbeitskräfte bei fallenden Löhnen erhalten werden. Aber angesichts der Tatsache, dass die Löhne aufgrund der Lohnkonkurrenz des Sozialstaates starr sind, ist ein Anstieg der Massenarbeitslosigkeit die wahrscheinlichste Folge der Globalisierung.

Westliche Politiker reagieren auf den Niedriglohn Druck, indem sie das Lohnsystem noch starrer machen. In Deutschland beispielsweise plant man, einen gesetzlichen Mindestlohn einzuführen, wie es ihn in anderen

Ländern schon länger gibt. Aber derartige Maßnahmen verschlimmern die Situation nur noch. Die Spezialisierung auf kapitalintensive, arbeits-sparende Sektoren wird verstärkt, noch mehr Kapital fließt aus dem Land, und noch mehr Menschen wandern aus dem Ausland zu und verdrängen die Einheimischen in den Sessel, den der Sozialstaat für sie bereit hält. Die Massenarbeitslosigkeit sinkt nicht, sondern steigt.

Der auf Lohnersatz und Mindestlöhnen beruhende europäische Sozialstaat wird die Globalisierung nicht überleben. Es wird möglicherweise noch weitere zehn oder zwanzig Jahre dauern, bis die Politiker das verstehen, aber am Ende werden sie es verstehen müssen. Man kann den Gang der Geschichte nicht aufhalten.

Die eigentliche Frage ist, ob der europäische Sozialstaat als Ganzes sterben muss.

Ein neues sozialstaatliches System, das trotz Faktorpreisausgleich sowohl die sozialen Werte Europas bewahrt als auch Massenarbeitslosigkeit verhindert, beruht auf Lohnzuschüssen statt auf Lohnersatzleistungen. Jeder sollte arbeiten, zu welchem Lohn es auch immer eine Stelle für ihn gibt, und der Staat zahlt zu diesem Lohn im Bedarfsfalle ein zweites staatliches Einkommen hinzu, so dass ein sozial akzeptabler Lebensstandard gewährleistet ist.

Wenn der Staat Menschen fürs Arbeiten bezahlt, anstatt nur, wenn sie nicht arbeiten, wie das heute der Fall ist, implizieren Sozialleistungen auch keinen Mindestlohn. Die Arbeitseinkommen passen sich ungehindert an und schaffen so ein Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage. Bei niedrigeren Löhnen werden mehr Jobs geschaffen, weil es für die Arbeitgeber profitabler wird, einen größeren Teil der Blaupausen in ihren Schubladen und der Ideen in ihren Köpfen zu realisieren. Armut wird vermieden, weil unqualifizierte Arbeitskräfte zwei Einkommen haben: eines, das sie selbst verdienen, und eines, das ihnen der Staat bezahlt.

Ein derartiges System ist zwar nicht billig, aber das ist das momentane System ebenfalls nicht. Heute bekommen Millionen Menschen 100 % ihrer Bezüge ohne Arbeit vom Staat. Im neuen System bezahlt der Staat möglicherweise noch mehr Menschen, aber er muss sie nur noch teilweise bezahlen. Statt eines vollen Einkommens erhalten sie ja nur Zuschüsse zum Lohn.

Welches System billiger kommt, ist eine Frage der Algebra und der Ökonometrie. Nach einer realistischen Schätzung des Ifo Instituts ist ein auf Lohnzuschüssen basierendes System für Deutschland billiger. Auf jeden Fall führt der Wechsel vom Lohnersatz zum Lohnzuschuss nicht nur zu mehr Beschäftigung und einem höheren Sozialprodukt, sondern stellt vor allem sicher, dass weniger Menschen der Würde beraubt werden, die nur ein verantwortungsvolles Arbeitsleben bieten kann.

BESCHÄFTIGUNGSSITUATION UND BESCHÄFTIGUNGSPERSPEKTIVEN ÄLTERER ARBEITNEHMER IN DEUTSCHLAND

Ulrich Walwei

1. Zum „harten Kern“ des Arbeitsmarktproblems gehören insbesondere ältere Arbeitnehmer. Dieser Befund steht jedoch im krassen Widerspruch zu den längerfristigen Herausforderungen durch die demographische Entwicklung. Zum einen sind die überwiegend beitragsfinanzierten sozialen Sicherungssysteme auf Dauer dann leichter zu finanzieren, wenn mehr Beschäftigung im Allgemeinen und eine höhere Erwerbstätigkeit älterer Arbeitnehmer im Besonderen realisiert würde. Zum anderen ist zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft die Erschließung quantitativer und qualitativer Personalreserven auch aus der Gruppe der älteren Arbeitnehmer unabdingbar.

2. Die Arbeitsmarktsituation älterer Arbeitnehmer ist in Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern eher ungünstig. Die Arbeitslosenquote Älterer ist in der EU-15 am höchsten und die Erwerbstätigenquote liegt unterhalb des westeuropäischen Durchschnitts. Bemerkenswert ist auch der große Abstand zwischen der Erwerbstätigenquote Älterer und der Erwerbstätigenquote insgesamt. Dabei zeigen internationale Vergleiche, dass die gesamtwirtschaftliche

Beschäftigungssituation eines Landes von großer Bedeutung für die relative Arbeitsmarktposition älterer Arbeitnehmer ist und eine hohe Erwerbstätigenquote Älterer nicht mit einer hohen Jugendarbeitslosigkeit einhergehen muss.

3. Beispiele aus dem Ausland zeigen, dass es den einen „Königsweg“ für eine stärkere Teilhabe Älterer am Erwerbsleben nicht gibt. In den „erfolgreichen“ Ländern sind unterschiedliche Maßnahmen zur Erhöhung der Erwerbstätigenquoten Älterer zu einem „Policy-Mix“ kombiniert worden. Dazu gehörte etwa, dass die Frühverrentungsmöglichkeiten und die Anreize im Rentensystem zu einem frühen Ausscheiden aus dem Erwerbsleben reduziert wurden. Dabei kommt es aber darauf an, dass ein Ausweichen auf Erwerbsunfähigkeit und Arbeitslosigkeit unterbunden wird. Günstig für hohe Erwerbstätigenquoten war es auch, wenn arbeitsrechtliche Regelungen (Kündigungsschutz etc.) Ältere nicht zu stark begünstigen und ausreichende Spielräume zur Gestaltung von Arbeitsverhältnissen (auch in Richtung Teilzeitbeschäftigung) bestehen. Schließlich sind in den „erfolgreichen“ Ländern auch verstärkt Anstrengungen unternommen worden, die Teilnahme Älterer an Weiterbildungsaktivitäten von staatlicher Seite zu fördern – eine Strategie, die allerdings nur bei einer verbesserten globalen Arbeitsmarktlage greift.

4. Über die Beschäftigungschancen älterer Arbeitnehmer wird zu allererst in den Betrieben entschieden. Der Anteil älterer Arbeitnehmer fällt jedoch in den deutschen Betrieben sehr unterschiedlich aus. Betriebsbefragungen zufolge beschäftigen große und bereits länger bestehende Betriebe mehr Ältere und Betriebe mit neuen Technologien mehr Jüngere. Verarbeitendes Gewerbe und öffentlicher Dienst haben die höchsten Anteile älterer Arbeitnehmer, Bauwirtschaft und privater Dienstleistungssektor die niedrigsten. IAB-Untersuchungen zeigen dabei, dass sich die geringe Präsenz von Älteren am Arbeitsmarkt vor allem durch überproportional häufige Austritte erklären lässt. Dagegen sind die Eintrittschancen Älterer nicht wesentlich ungünstiger als bei anderen Altersgruppen.

5. In Deutschland zielten die jüngsten Sozial- und Arbeitsmarktreformen unter anderem auch auf bessere Beschäftigungsbedingungen für ältere Arbeitnehmer. Die Neuregelungen betreffen den Renteneintritt, arbeitsrechtliche Regelungen und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen. Ein vorzeitiger Renteneintritt ist durch die Veränderungen in den letzten Jahren weniger attraktiv geworden. Unabhängig davon bestehen

aber noch relevante „Schlupflöcher“ für einen vorzeitigen Ruhestand, insbesondere durch die häufig in Form des Blockmodells realisierte Altersteilzeit. Die durch die Hartz-Reformen noch einmal erweiterten Befristungsmöglichkeiten verstoßen gegen geltendes EU-Recht. Darüber hinaus sind die Nettoeffekte der Neuregelung unklar, es können zwar mehr ältere Arbeitnehmer mit geringeren Risiken eingestellt werden, aber man kann sich auch leichter von ihnen trennen. Insgesamt zeigen die vorliegenden empirischen Befunde jedoch keinen deutlichen Anstieg der Befristungen bei Älteren in den letzten Jahren. Mit der sogenannten „Entgeltsicherung“ und der sogenannten „Beitragsbefreiung“ leistet auch die aktive Arbeitsmarktpolitik Beiträge zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Beschäftigung Älterer. Bisher hält sich die Inanspruchnahme dieser neuen Instrumente jedoch in engen Grenzen.

6. Ausgangspunkt aller Überlegungen zur Erhöhung der Beschäftigung Älterer ist der Abbau der nach wie vor bestehenden und bereits beschriebenen institutionellen Anreize zur Frühverrentung. Entscheidend ist dabei ein schrittweises und baldiges Auslaufen der Altersteilzeit und eine strikte Begrenzung des Zugangs in die Erwerbsminderungsrente. Der dadurch stärkere Angebotsdruck für ältere Arbeitnehmer ist in den Betrieben dann leichter umsetzbar, wenn zwei Voraussetzungen gegeben sind: Zum einen würde sich die Beschäftigungsfähigkeit Älterer erhöhen, wenn man von der weithin üblichen Senioritätentlohnung in den Betrieben Abschied nähme. Zum anderen geht es um Veränderungen in der betrieblichen Arbeitsorganisation, durch die die spezifischen Fähigkeiten und Kompetenzen Älterer produktiv eingesetzt werden könnten. Hierfür gibt es jedoch keine „optimale Lösung“ (zum Beispiel in dem Sinne, dass altershomogene Teams altersheterogenen überlegen wären oder umgekehrt), vielmehr geht es darum, je nach Anforderungen der Produktion betriebspezifische Lösungen zu finden. Unabdingbar ist, dass in Zukunft stärker als bisher Ältere in betriebliche und außerbetriebliche Weiterbildungsaktivitäten einbezogen werden. Dies ist zunächst im Sinne einer Strategie „Lebenslangen Lernens“ so zu verstehen, dass langfristig für alle Beschäftigten eine kontinuierliche Anpassung der Qualifikation an geänderte Anforderungen notwendig sein wird. Für die spezifischen Weiterbildungsangebote an Ältere ist zu beachten, dass sie am vorhandenen Erfahrungswissen anknüpfen und die größere Varianz individueller Voraussetzungen berücksichtigen sollten, wie sie durch gerontologische Studien belegt ist.

EUROPÄISIERUNG UND GLOBALISIERUNG

DER NEUE STRUKTURWANDEL: HERAUSFORDERUNG UND CHANCE FÜR DIE GEWERKSCHAFTEN

(AUSZUG)

Lothar Funk

ARBEITSBEZIEHUNGEN

Die in Deutschland häufig nach dem Industrieverbandsprinzip organisierten Arbeitnehmerverbände schließen alle Arbeitnehmer gleich welchen Berufs zu einer Gewerkschaft nach dem Grundsatz zusammen, dass in einem Betrieb einer Branche jeweils nur eine Gewerkschaft für alle Beschäftigten zuständig ist. Verhandlungen finden entweder mit entsprechend organisierten Arbeitgeberverbänden als regionale oder nationale Branchentarifvertragsverhandlungen oder mit einzelnen Unternehmen durch Firmentarifvertragsabschlüsse statt. Charakteristisch ist ein im internationalen Vergleich relativ hohes Ausmaß an überbetrieblichen Tarifverhandlungen. Die Aushandlung von Löhnen und eines Großteil der Arbeitsbedingungen erfolgt auf Basis der grundgesetzlich geschützten Tarifautonomie, welche die staatliche Einflussnahme stark beschränkt.

Ein weiteres wesentliches Organisationsmerkmal der deutschen Arbeitnehmerverbände ist das Prinzip der Einheitsgewerkschaft, das sich gegen die Spaltung von Gewerkschaft-

ten entlang religiöser und politischer Linien richtet, wie sie für Deutschland bis zum Ende der Weimarer Republik kennzeichnend waren. Die Gründung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) im Jahr 1949 stellte allerdings die Gewerkschaftseinheit nicht vollständig her. Dennoch konnte sich der DGB - trotz seiner belegten Nähe zur SPD - in Deutschland „dadurch eine nahezu politische Monopolstellung verschaffen, weil er bereit war, beide Volksparteien politisch in seiner Organisation zu integrieren“. Darüber hinaus hat wohl auch die Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts die Dominanz der DGB-Gewerkschaften gefördert.

Das Industrieverbandsprinzip und die Organisationsform der Einheitsgewerkschaft gelten als wichtige Bestimmungsgründe für den vergleichsweise hohen Betriebsfrieden in Deutschland, da etwa einzelne Berufsgruppen mit einer Schlüsselstellung im Unternehmen nicht den gesamten Betriebsablauf unterbrechen oder beträchtlich stören können und Konflikte aus den Betrieben herausgelagert werden. Ferner liegen die gesamtwirtschaftlichen Verhandlungskosten im Allgemeinen niedriger als bei anderen Organisationsformen.

Hinzu kommt schließlich eine Ausgestaltung der deutschen Betriebsverfassung, die den Gewerkschaften über Betriebsräte und Mitbestimmung eine Rückkoppelung zu den Beschäftigten auf betrieblicher Ebene erlaubt. Man spricht vom dualen System kollektiver Interessenvertretung, das aus Gewerkschaftssicht folgende Arbeitsteilung vorsieht: Während die Arbeitnehmerorganisationen als Tarifvertragsparteien die Verkaufsbedingungen für die Nutzung des Produktionsfaktors Arbeit aushandeln, regeln die Arbeitnehmervertreter in Aufsichts- und Betriebsräten dessen Anwendungsbedingungen. Auch auf betrieblicher Ebene ist der DGB trotz eines Einflussverlustes in den letzten Jahren noch immer dominierend. Im Folgenden werden diese größte deutsche gewerkschaftliche Dachorganisation sowie ihre selbstständigen und für die Tarifpolitik zuständigen Mitgliedsorganisationen im Vordergrund stehen.

WANDEL DER ARBEITSWELT DURCH MEGATRENDS

Angesichts einer rapiden Abnahme der Transport- und Kommunikationskosten, die zusammen mit einer zunehmenden Öffnung von Auslandsmärkten den weltweiten Austausch beflügelt hat, und aufgrund von Veränderungen der Produktions- und Informationstechnologie, der Humankapitalausstattung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie wegen

veränderter Präferenzen der Menschen haben sich die Organisationsbedingungen der Gewerkschaften deutlich verändert und ihre Aufgabengebiete gewandelt. Kennzeichnend für den neuen Strukturwandel ist eine Ablösung des Großbetriebs und der standardisierten Massenproduktion durch flexiblere und dezentral organisierte Produktionsformen. Heutige Firmen sind zunehmend durch neue Organisationsstrukturen gekennzeichnet, die eine erhöhte Flexibilität des Arbeitsprozesses und die Vernetzung innerhalb und außerhalb des Unternehmens ermöglichen. Flachere Hierarchien und neue Beschäftigungsformen gewinnen an Bedeutung. Diese Entwicklungen sind im Einzelnen auf folgende Faktoren zurückzuführen:

Europäisierung und Globalisierung bedeuten geänderte Handlungsmöglichkeiten: Stärker als früher erfolgen Absatz, Beschaffung, Finanzströme und Produktion über nationale Grenzen hinweg. Dies geht einher mit einem Bedeutungszuwachs transnationaler Konzerne. Spiegelbildlich ergibt sich ein gewisser Kompetenzverlust der Nationalstaaten, zugunsten durchsetzungsfähiger Partikularinteressen und zu Lasten Dritter zu intervenieren, subventionieren, protegieren und umzuverteilen, weil sich solche Eingriffe heute stärker und schneller in Wachstumsverlusten und Arbeitslosigkeit äußern.

Das Fortschreiten der Tertiarisierung bzw. die zunehmende Bedeutung von Dienstleistungen machen einen wesentlichen Teil des neuen Strukturwandels aus. Zunehmend werden industrielle Arbeitsplätze durch Beschäftigung im Dienstleistungsbereich ersetzt: Knapp 70 Prozent der Erwerbstätigen arbeiten heute im Dienstleistungssektor - 1991 waren es erst 60 Prozent. Dies ist unter anderem Folge einer steigenden, wirtschaftlich begründeten Auslagerung von Unternehmensteilen (Outsourcing), durch die sich Großbetriebe verschlanken und gleichzeitig neue, in der Regel kleinere Betriebe entstehen. Inklusive derjenigen, die Dienstleistungen in der Industrie erbringen, etwa als Kundenbetreuer, sind 80 Prozent der Erwerbstätigen als Service-Arbeiter tätig.

Die Durchdringung der Betriebe mit neuen Informations- und Kommunikationstechniken ist universell: Als Folge ist die Fähigkeit, Informationen elektronisch zu verarbeiten, zur Basiskompetenz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geworden. Die Hälfte der Arbeitsplätze geht mit steigender Tendenz auf das Konto von Wissensarbeitern, also von Beschäftigten, die überwiegend mit Informationen zu tun haben. In der neuen

Dienstleistungsgesellschaft spielt die Qualifikation der Arbeitnehmer eine erheblich größere Rolle als früher. Die Anforderungen an Humankapital und Kommunikationsfähigkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter untereinander sind wegen komplexer gewordener Koordinationsprobleme, zum Beispiel angesichts breiter gewordener Produktpaletten, gestiegen. Höhere Qualifikationen, breiter gefächerte Tätigkeitsprofile und eine steigende Akademisierung sind Markenzeichen dieser Entwicklungen der neuen Arbeitswelt, die eine gesteigerte individuelle Flexibilität bei der Qualifikationsanpassung erfordern, da unter anderem die Produktzyklen immer kürzer werden, sich die Technologien schneller als früher verändern und ganze Berufsbilder von der ökonomischen Bildfläche verschwinden und durch neue ersetzt werden.

Die Individualisierung der Lebensstile - unter anderem angesichts der steigenden Frauenerwerbstätigkeit - verstärkt und ergänzt die bisher genannten Megatrends. Um die durch die Individualisierung der Lebensstile zunehmend differenzierter werdenden Kundenwünsche zu erfüllen, müssen die Unternehmen in der Lage sein, durch flexible Fertigungssysteme eine kundennahe Differenzierung auch ihrer Produkte zu ermöglichen. Dies setzt wiederum flexible Arbeits- und Betriebszeiten zur besseren Ausnutzung der Maschinen- und Betriebszeiten voraus, um unter dem allgemein erhöhten Konkurrenzdruck mithalten zu können. Eine Trennung von steigender Betriebsnutzungszeit und persönlicher Arbeitszeit der Beschäftigten kommt den individuellen Wünschen des Personals entgegen und trägt zur Ausdifferenzierung und Destandardisierung der Erwerbsarbeit in Teilzeit, Zeitarbeit, geringfügige Beschäftigung etc. bei.

Gesellschaft und Belegschaften stehen vor einem fühlbaren Altersstrukturwandel: Seit 1994 steigt das Verhältnis der 60-Jährigen und älteren im Vergleich zu den Einwohnern im Alter zwischen 20 und 59 Jahren deutlich an. Ab 2020, wenn die geburtenstarken Jahrgänge in Rente gehen werden, wird sich dieser Trend noch beschleunigen, und das Erwerbspersonenpotenzial wird bis 2050 deutlich sinken. Da die Gesellschaft zunächst altert und im Anschluss daran stark schrumpft, wird es schon ab 2010 und verstärkt ab 2020 im Vergleich zur heutigen Situation erheblich an jungen Leuten mangeln. Die Belegschaften werden zunehmend älter. Mittelfristig wird der Ersatzbedarf für die in Rente bzw. Pension gehenden Fachkräfte nicht mehr gedeckt werden können. Außer einer quantitativen wird sich aber auch eine qualitative Lücke beim Arbeitsangebot öffnen, falls die derzeitigen Rahmenbedingungen unter

anderem für die Fort- und Weiterbildung nicht angepasst werden, da diese bisher bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ab 45 Jahren im internationalen Vergleich vernachlässigt wird. Noch größere Probleme am Arbeitsmarkt als derzeit könnten ansonsten die Folge sein.

FOLGEN FÜR DIE ARBEITNEHMERVERBÄNDE

Der neue Strukturwandel ist zur Herausforderung für die Gewerkschaften geworden, da er ohne entsprechende Anpassung zu akuten internen Problemen in diesen Organisationen führen kann: Mitgliederschwund und eine Mitgliederstruktur, die nicht „up-to-date“ ist, sowie damit verbundene Finanzierungsengpässe sind die zentralen Stichworte.

MITGLIEDERKRISE DER GEWERKSCHAFTEN

Zählten die DGB-Gewerkschaften 1991 noch 11,8 Millionen Mitglieder, so waren es Ende 2002 nur noch 7,7 Millionen. Der Gesamtmitgliederbestand der Arbeitnehmerorganisationen DAG, DBB, DGB und CGB stagnierte vor der Wiedervereinigung bei rund 9,5 Millionen. Danach stieg er kurzfristig auf über 13,7 Millionen, sank anschließend jedoch stetig. Nach der Fusion von DAG und fünf DGB-Gewerkschaften zur Dienstleistungsgewerkschaft ver.di existiert als weiterer Dachverband noch der CGB, der rund 300 000 Beschäftigte aus allen Sektoren organisiert. Der DBB umfasst mehr als eine Million Beamte, Arbeiter und Angestellte im öffentlichen Sektor. Beide Nicht-DGB-Gewerkschaften verzeichneten leicht steigende Mitgliederzahlen in den letzten Jahren. Erwähnt sei auch noch die Union leitender Angestellter (ULA) als Dachverband für kleinere Organisationen im Angestelltenbereich.

Die Entwicklung des DGB-Organisationsgrades, nach dem heute von fünf abhängig Beschäftigten und Arbeitslosen nur etwa einer Mitglied einer DGB-Gewerkschaft ist (1991 ein Drittel, 1995 ein Viertel), lässt manche Beobachter pessimistische Prognosen aus Gewerkschaftssicht zeichnen: „Schreibt man die Mitgliederverluste der letzten 10 Jahre fort, dann haben die Gewerkschaften noch eine Lebensdauer von etwa 15 bis 20 Jahren, bis sie zu einem reinen Lobbyverband unter anderen verkümmert sind.“ Auch die Mitgliederstruktur spiegelt nicht mehr die Struktur der Beschäftigten wider. „Der Wandel in der Arbeitswelt [...] hat sich in ihren Organisationsbemühungen noch nicht erfolgreich niedergeschlagen. Die Gewerkschaften organisieren zu wenig Frauen, Jugendliche und

Angestellte sowie hoch qualifizierte Beschäftigte aus expandierenden (Zukunfts-)Branchen in ihren Reihen. Diese Defizite gelten als schwere Hypothek für die Zukunftsfähigkeit der Gewerkschaften und gefährden schon heute ihre gesellschaftspolitische Bedeutung als Vertreterin der Interessen aller Beschäftigten.“

Die Megatrends des neuen Strukturwandels können aus mehreren Gründen die Organisierungsmöglichkeiten der Gewerkschaften verschlechtern. Unter anderem sind folgende Punkte zu nennen:

Durch globalisierungsbedingte Restrukturierungen sind mit dem Niedergang einst wichtiger Bereiche, wie Textil und Bekleidung, auch die zuständigen Gewerkschaften obsolet geworden.

Mit der Expansion sowohl der traditionellen als auch der neuen, auf Informations- und Kommunikationstechnologien basierenden Dienstleistungen gewinnen neue Bereiche der Mitgliederwerbung an Bedeutung. Angesichts einer größeren Heterogenität der Beschäftigten greifen bisherige Rekrutierungsstrategien jedoch weniger. Dies können unter anderem soziologisch-psychologische Theorien erklären: „Mit dem Wandel der Gesellschaft zu nach-industriellen Formen schrumpft das Potenzial des geborenen Gewerkschaftlers; an diese Stelle des klassenbewussten Arbeiters tritt der qualifizierte und besser verdienende Angestellte mit Aufstiegschancen und -wünschen, der sich von den Gewerkschaften nicht repräsentiert fühlt.“ Aus ökonomischer Perspektive prägen wichtige Determinanten gewerkschaftlicher Rekrutierungserfolge zwar die Industrienationen zwischen 1950 und 1990, wesentlich weniger jedoch die heutigen Dienstleistungsgesellschaften. Männer, Arbeiter, Vollzeitbeschäftigte, Arbeitnehmer in Großbetrieben und Beschäftigte in Industriesektoren sind eher Gewerkschaftsmitglied -immer weniger Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weisen jedoch im Strukturwandel zur Dienstleistungsgesellschaft diese Merkmale auf.

Auch die Alterungsproblematik kann aus Gewerkschaftsperspektive nicht ausgeblendet werden, da die Zunahme des Durchschnittsalters die Rekrutierungsprobleme verschärfen dürfte. Denn es ist erfahrungsgemäß wesentlich schwieriger, die mehr als Dreißigjährigen zu einer Mitgliedschaft zu mobilisieren, als die jüngere Bevölkerung hierfür zu gewinnen.

FINANZIERUNGSPROBLEME

Die Gewerkschaften finanzieren sich weitgehend über Mitgliederbeiträge. Daher hat die Erosion der Mitgliederzahl direkte Auswirkungen auf ihre Finanzlage. Die Wiedervereinigung hatte durch den schnell wieder abebenden Mitgliederboom nur kurzfristig Geld in die Kassen sprudeln lassen, während die Verwaltungskosten durch die Ausdehnung der Gewerkschaften in den Osten beträchtlich stiegen. Die Finanzlage wird zusätzlich über zwei weitere Kanäle negativ beeinflusst: So hat einmal die Entwicklung der Durchschnittsbeiträge der Mitglieder nicht mit den Tarifierhöhungen Schritt gehalten, da ein steigender Teil der Gewerkschaftsmitglieder arbeitslos oder in Rente ist und daher nur reduzierte Beiträge zahlt. Zum anderen erschweren und verteuern die Tendenz zur Verkleinerung von Großbetrieben und das Entstehen kleinerer Unternehmen vornehmlich im Dienstleistungsbereich die gewerkschaftliche Mitgliederrekrutierung. So kann ein Teufelskreis in Gang gesetzt werden, soweit nicht auf Vermögensrücklagen zurückgegriffen werden kann: Schrumpfende Einnahmen erfordern unter anderem die Wegrationalisierung von gewerkschaftlichem Beratungspersonal mit der Folge verschlechterter Betreuungs- und Beratungsleistungen für die Mitglieder, was wiederum die Erosion der Mitgliederbasis fördern kann.

SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT UND GLOBALISIERUNG – VEREINBARKEIT ODER GEGENSÄTZE?

(AUSZUG)

Gernot Gutmann

IV. GLOBALISIERUNG ALS WOHLSTANDSMEH- RENDER WETTBEWERB DER INSTITUTIONEN

Was hat es nun mit der Globalisierung auf sich? Obwohl in der aktuellen wirtschaftspolitischen Diskussion der Begriff „Globalisierung“ eine herausragende Rolle spielt, wird selten hinreichend präzise dargelegt, was diese eigentlich ist. Man kann darunter das Zusammenwirken von Elementen einer dreifachen Art gesellschaftlicher Entfaltung begreifen, nämlich eine Internationalisierung, eine Transnationalisierung und eine beschleunigte Entwicklung transnationaler Informations- und Kommunikationsprozesse.

Beschränkt man sich auf den Bereich des Wirtschaftlichen, dann sind mit der Internationalisierung jene ökonomischen Prozesse gemeint, welche die Bedeutung grenzüberschreitender Handlungen für die eigene Gesellschaft erhöhen. Dies ist u.a. der Fall, wenn der Anteil von Export und Import für den nationalen Wirtschaftsprozess immer wichtiger wird, der Offenheitsgrad der Volkswirtschaft also zunimmt. Unter Transnationalisierung des Wirtschaftlichen ist das

Entstehen von Institutionen wie der WTO oder der Europäischen Währungsunion zu verstehen, also von Einrichtungen, welche die nationalen Rechtsordnungen überschreiten, aber auch das Entstehen von Unternehmensstrukturen, bei denen die einzelnen unternehmerischen Aktivitäten – wie Produktion, Finanzierung, Verwaltung, Vertrieb – an jedem Standort der Welt getrennt von den anderen stattfinden können, je nachdem, wo dies aus der Sicht des Unternehmens jeweils am günstigsten ist.

Dass die beschleunigte Entwicklung des Informations- und Kommunikationswesens direkt einwirkt auf die Entwicklung bestimmter Aspekte von Internationalisierung und Transnationalisierung, ist unverkennbar.

Eine Konsequenz dieser als „Globalisierung“ bezeichneten Vorgänge ist zweifellos, dass sich die alten Industriestaaten an den Weltmärkten einem Wettbewerb ausgesetzt sehen, den es in dieser Intensität früher nicht gab. Dieser Wettbewerb hat zumindest drei Dimensionen:

- Erstens hat man es mit einem verstärkten Wettbewerb auf den Absatzmärkten für Produkte zu tun, weil sich infolge der Eingliederung früherer Schwellen- und Entwicklungsländer in die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung die einstige bequeme Position der Industriestaaten als Quasi-Monopolist für high-tech-Produkte aufgelöst hat;
- zweitens hat sich der Wettbewerb auf den Faktormärkten erheblich intensiviert, vor allem auf den Arbeits- und Kapitalmärkten;
- diese beiden Veränderungen in der Wettbewerbsposition der Industrieländer bewirken drittens einen internationalen Wettbewerb der Institutionen- oder Regelsysteme, also der Ordnungsformen.

Es wird den industrialisierten Staaten in Zukunft sicherlich nicht mehr in dem Ausmaß wie noch vor kurzer Zeit möglich sein, gewissermaßen aus einer nationalstaatlich monopolistischen Situation heraus und von außen her relativ unbehelligt nationale Gütermärkte, die Organisation des Staatswesens, die Arbeitsmärkte oder das System der sozialen Sicherung ohne Rücksicht auf den Rest der Welt ausschließlich nach eigenen Vorstellungen über Funktionalität, Sinnhaftigkeit oder Gerechtigkeit politisch auszugestalten. Da sich alle diese Entscheidungen direkt oder indirekt auf die ökonomische Qualität des eigenen Standorts auswirken, unterliegen sie letztlich der unerbittlichen Bewertung durch Bürger anderer Länder.

Das nationalstaatliche Politikmonopol wird aufgebrochen und die Politik wird dadurch gezwungen, ihre Entscheidungen so zu treffen, dass das internationale „rating“ des eigenen Standorts nicht verschlechtert, sondern möglichst verbessert wird.

Dies bedeutet jedoch keineswegs – wie man häufig kolportiert – dass dadurch die Autorität des Staates zerfallen wird und die Politik zum Spielball „finsterer Marktmächte“ verkommt.

Wahr ist freilich, dass es aus den genannten Gründen für die alten Industrieländer unumgänglich sein wird, Veränderungen an ihren bisher bestehenden Institutionen vorzunehmen. Jedoch den internationalen Wettbewerb, der dies bewirkt, als Quelle der Zerstörung von Sozialer Marktwirtschaft anzusehen, ist nur dem möglich, der die wohlstandsmehrende Wirkung des Wettbewerbs der Ordnungsformen nicht begriffen hat oder sie ablehnt, und der in hybrider Weise die historisch entstandenen formellen Regeln oder Institutionen, die man in Deutschland heute konkret vorfinden kann, für die einzig mögliche und richtige Ausgestaltung einer Wirtschafts- und Sozialordnung ansieht, die den Namen Soziale Marktwirtschaft verdient. Eine solche Auffassung widerspricht aber schon den Erwartungen der Gründungsväter des Konzepts.

V. SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT ALS DYNAMISCHES KONZEPT

Ganz abgesehen davon, dass die Realität unserer Ordnung zum Teil weit entfernt ist von den Grundprinzipien einer Sozialen Marktwirtschaft, wie sie die Architekten dieser Ordnungsidee ihrem Entwurf zugrunde legten, ist die Vorstellung, das bei uns entstandene und festgefügte Regelsystem, das ebenfalls als Soziale Marktwirtschaft bezeichnet wird, sei sakrosankt oder dürfe allenfalls in eine ganz bestimmte, politisch gewünschte Richtung hin verändert werden, eine völlige Verkennung des Umstandes, dass Soziale Marktwirtschaft von ihrem gedanklichen Konzept her kein statisch-stationäres, sondern ein dynamisches und offenes System ist, dessen konkrete Ausgestaltung an die Veränderungen der ökonomischen und gesellschaftlichen Umwelt permanent angepasst werden kann und muss – freilich nicht beliebig, sondern unter Wahrung der Prinzipien dieses Konzepts.

Nun hat aber die Diskussion der vergangenen Jahre für nahezu jeden Teilbereich der Ordnung Alternativen zum Bestehenden in Form von Vor-

schlägen und Modellen hervorgebracht und zur Diskussion gestellt, die geeignet sein könnten, unser bisheriges Regelsystem – unter Wahrung der Prinzipien des Leitbilds – mit den Erfordernissen der Globalisierung in Einklang zu bringen. Das nicht zuletzt von Interessenverbänden und anderen gesellschaftlichen Einrichtungen geförderte außerordentliche Beharrungsvermögen und der zähe Widerstand großer Bevölkerungsteile gegen jedwede Reformen des bestehenden Regel- oder Institutionengefüges – und als Reflex hierauf das Verhalten der auf Maximierung von Wählerstimmen bedachten Politiker – macht es allerdings äußerst schwierig, solche neuen Vorschläge und Modelle zu testen und sie in die Realität umzusetzen.

Der von der Globalisierung ausgehende Zwang zur Umgestaltung bestimmter Ordnungsformen scheint derzeit noch nicht kräftig genug zu sein. Wir sind derzeit in einem ganz anderen Bereich – nämlich dem der inneren und äußeren Sicherheit – einem Anschauungsunterricht darüber ausgesetzt, wie stark äußere Ereignisse sein müssen, damit eingefahrene Denkgewohnheiten aufgebrochen und Fakten zur Kenntnis genommen werden.

VI. DIE SCHAFFUNG EINES TRANSNATIONALEN ORDNUNGSPOLITISCHEN RAHMENS

Die im Vortragsthema gestellte Frage, ob zwischen Sozialer Marktwirtschaft und Globalisierung ein Widerspruch besteht oder nicht, möchte ich nach dem bisher Gesagten wie folgt beantworten:

- Versteht man unter Sozialer Marktwirtschaft das in Deutschland heute konkret bestehende und gewohnte Gefüge von Regeln und Institutionen, welche die Wirtschafts- und Sozialordnung ausmachen, dann gibt es zweifellos einen nicht unbeträchtlichen Widerspruch zur Globalisierung. Die unumgängliche Auflösung dieses Widerspruchs durch Umgestaltung des bestehenden Regelsystems bedeutet dann eine möglicherweise erhebliche Zersetzung von so verstandener Sozialer Marktwirtschaft.
- Versteht man hingegen unter Sozialer Marktwirtschaft „[...] eine ordnungspolitische Idee, deren Ziel es ist, auf der Basis der Wettbewerbswirtschaft die freie Initiative mit einem [...] sozialen Fortschritt zu verbinden“, oder ein Regelsystem, welches „das Prinzip der Freiheit auf

dem Markt mit dem des sozialen Ausgleichs“ verbindet und das ein für Entwicklungen offenes System ist, dann vermag ich keinen grundsätzlichen Widerspruch zwischen Sozialer Marktwirtschaft und Globalisierung zu erkennen. Wohl aber eine politische Aufgabe ersten Ranges.

Nicht nur nationale sondern auch zwischenstaatliche wirtschaftliche Abläufe bedürfen nämlich der Ordnung, also der informellen und formellen Regeln für das ökonomische Verhalten, die den Prinzipien einer Sozialen Marktwirtschaft entsprechen. Je stärker die Volkswirtschaften dieser Welt vernetzt werden, umso wichtiger wird dies. Allerdings ist zu beachten, dass die kulturellen Traditionen, aus denen heraus die informellen Regeln als Teil der Wirtschaftsordnung erwachsen, sehr unterschiedlich sind. Hierauf muss bei der Kodifizierung international geltender formeller Regeln Rücksicht genommen werden. Man kann also nicht erwarten, dass die formellen Regeln des internationalen Wirtschaftsverkehrs in allen Ländern identisch sein werden.

Es ist die Aufgabe der auf den verschiedenen politischen Ebenen angesiedelten Einrichtungen – Nationalstaat, EU-Organe und weltweit vereinbarte Einrichtungen wie die WTO – unter Beachtung der unterschiedlichen Traditionen und Denkweisen, einen Ordnungsrahmen für das weltwirtschaftliche Geschehen nach den Prinzipien einer Sozialen Marktwirtschaft aufzubauen, der aber kein Abklatsch der bei uns präferierten Detailregeln sein kann und darf. Damit würden auch die Erwartungen Müller-Armacks erfüllt, der weitsichtig schon sehr früh der Überzeugung war: „Alle Ordnung der Zukunft, in welchen freien Ländern der Welt sie auch praktiziert werden mögen, werden irgendwie den Linien dieses Gedankens der Sozialen Marktwirtschaft folgen müssen.“ Um dies zu erreichen, wird es unter anderem auch notwendig sein – worauf Otto Schlecht hinweist – etwa zwischen den für Handel und Investitionen geltenden Regeln der WTO und den sozialen Mindeststandards der internationalen Arbeitsorganisationen nach einer sinnvollen Verbindung zu suchen. Diese muss jedoch so beschaffen sein, dass die Entwicklungs- und Schwellenländer in der Lage sind, ihre Kostenvorteile in der Konkurrenz auch zu nutzen, um dadurch in ihrer Entwicklung zu den Industriestaaten aufschließen zu können. Eine weltweite Harmonisierung solcher Standards wäre freilich kontraproduktiv, weil sie letztlich den Schutz der alten Industrieländer vor der Konkurrenz durch die Entwicklungsländer zur Folge hätte.

Um aber solche Regeln etablieren zu können, ist es erforderlich, den auf unterschiedlicher Ebene angesiedelten politischen Einrichtungen klare Aufgaben und Kompetenzen zuzuweisen und zu erreichen, dass sie bereit und in der Lage sind, solche Aufgaben und Kompetenzen zu übernehmen, wahrzunehmen und sie gegebenenfalls an andere Ebenen abzutreten.

Es scheint mir derzeit nicht mehr ganz utopisch zu sein, dass dies gelingen kann. Man wird natürlich immer wieder damit rechnen müssen, dass sich aus den unterschiedlichen Interessen der einzelnen Staaten heraus Konflikte ergeben, die erst allmählich zu überwinden sein werden. Wenn es also einen Konflikt zwischen dem Ordnungskonzept der Sozialen Marktwirtschaft und der Globalisierung geben sollte, dann ist er hier zu suchen. Die eigentliche Herausforderung der Globalisierung ist somit nicht ökonomischer, sondern politischer Natur.

ZUR ORDNUNG DER GLOBALEN ÖKONOMIE

(AUSZUG)

Horst Köhler

Ich freue mich sehr, heute mit Ihnen einen der bedeutendsten deutschen Unternehmer der Nachkriegszeit, Werner Otto, ehren zu dürfen.

LAGE DER WELTWIRTSCHAFT

Die Weltwirtschaft befindet sich in einer schwierigen Lage, weil allenthalben Unsicherheit herrscht. Die Grundlinie der IWF Ökonomen ist dennoch weiterhin, dass wir in den kommenden Monaten mit einer Aufwärtsentwicklung rechnen können: Allerdings langsamer als noch vor einigen Wochen erhofft und mit dem Risiko von weiteren Rückschlägen. Doch wir sollten auch die positiven Aspekte der derzeitigen Situation nicht vergessen: Die Weltwirtschaft hat gegenüber einer Serie massiver Schocks — wie dem Platzen der Börsenblase im Jahr 2000, den Terrorangriffen des 11. September 2001, und den Unternehmenskandalen in diesem Jahr in den USA — eine bemerkenswerte Widerstandskraft demonstriert. Die US-Wirtschaft halte ich fundamental für weiterhin stark: Sie hat einen nachhaltigen Produktivitätsschub erfahren und ist flexibel wie keine andere vergleichbare Ökonomie. Und vielleicht am wichtigsten: Neue Technologien

und der weltweite Wunsch der Menschen nach besseren Lebensbedingungen sind Quellen für Wachstum, die noch lange nicht erschöpft sind.

Insoweit teile ich auch Frau Merkels Kernfeststellung über Deutschland hinaus: Die Weltwirtschaft braucht jetzt vor allem Unternehmer. Unternehmer, die nicht nur der Herde folgen, sondern neue Chancen entdecken und nützen. Aufgabe der Politik ist es, diesen Unternehmern günstige Rahmenbedingungen für Risikobereitschaft und Investition zu bieten. Die Wirtschafts-, Finanz-, und Geldpolitik muss jetzt vor allem vertrauensbildend angelegt sein. Dies verlangt nach meinem Dafürhalten vor allem Entschlossenheit und Ehrgeiz, strukturelle Probleme anzupacken: gleichermaßen auf internationaler wie – noch wichtiger – auf nationaler Ebene.

Erlauben Sie mir an dieser Stelle auch ein kurzes Wort zur Debatte um den Stabilitäts- und Wachstumspakt in Europa. Ich halte den Vorschlag der Europäischen Kommission, den Ausgleich der Staatshaushalte auf 2006 zu verlängern, für richtig. Das trägt der konjunkturellen Situation Rechnung. Mein Rat ist aber auch, das vertraglich vereinbarte Konvergenzkriterium einer Obergrenze von 3 Prozent für Haushaltsdefizite nicht grundsätzlich in Frage zu stellen. Die durch die EZB vereinheitlichte Geldpolitik bedarf zur langfristigen Sicherung von Geldwertstabilität die Unterstützung durch disziplinierte nationale Fiskalpolitiken. Dies muss nach Lage der Dinge vor allem Ausgabendisziplin heißen – in Deutschland auf allen Staatsebenen – gepaart mit Reformpolitik zur dauerhaften Absenkung des Staatsanteils. Für mich hat der Stabilitäts- und Wachstumspakt vor allem ordnungspolitische Bedeutung: er ist der Schlüssel zur Festigung der Stabilitätskultur in Europa.

HERAUSFORDERUNGEN DER GLOBALISIERUNG

Aus ökonomischer Sicht bedeutet Globalisierung einen Prozess zunehmender internationaler Arbeitsteilung und damit Verflechtung nationaler Volkswirtschaften durch Handel mit Waren und Dienstleistungen, grenzüberschreitende Unternehmensinvestitionen und Finanzierungen. Dieser Prozess hat das durchschnittliche weltweite Pro-Kopf-Einkommen in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts mehr als verdreifacht. Deutschland mit seiner Exportwirtschaft hat davon eindeutig profitiert. Hier stieg das Pro-Kopf-Einkommen zwischen 1950 und 2000 um fast das Fünffache von 5000 Euro auf 24.600 Euro. Ein noch größeres Wirtschaftswunder vollzog sich in Südkorea, dessen Pro-Kopf-Einkommen in

den vergangenen 50 Jahren um ca. das Elffache anstieg, und zwar von 900 auf 9900 Dollar, jeweils gemessen in heutigen Preisen.

Globalisierung bedeutet aber mehr als nur Wirtschaftswachstum: Es bedeutet freien Austausch von Gedanken und Ideen und größere Mobilität der Menschen. Dies wird uns auch nicht einfach aufgezwungen, sondern ist das Ergebnis von Veränderungskräften, die tief in der menschlichen Natur verwurzelt sind: Der Drang nach Freiheit und einem besseren Leben, nach neuen Entdeckungen und nach einer Erweiterung des Horizonts. Deshalb macht es auch keinen Sinn, das Rad zurückdrehen zu wollen. Globalisierung ist für sich genommen weder gut noch schlecht. Sie hat Chancen und Risiken. D.h. wir müssen die Chancen nützen und gleichzeitig die Risiken begrenzen. Ich teile die Feststellung von Bundespräsident Johannes Rau: Globalisierung bedarf der politischen Gestaltung.

Ich will mich dabei heute vor allem auf zwei Herausforderungen konzentrieren:

Erstens: Profitiert haben von der Globalisierung bislang vor allem die Industrieländer und in den letzten 10 bis 20 Jahren auch eine Gruppe von Entwicklungsländern – unter anderem China, Indien, Chile, Mexiko, Südkorea, Thailand – in denen immerhin über 2½ Milliarden Menschen leben.

Dennoch: es gibt eindeutig auch Verlierer in der Globalisierung. Und: Fast 3 Milliarden Menschen müssen heute mit weniger als 2 Dollar pro Tag auskommen. Diese Armut ist die größte Herausforderung für Stabilität und Frieden im 21. Jahrhundert.

Eine zweite große Herausforderung ist die Gestaltung der Rahmenbedingungen für die internationalen Finanzmärkte. Dabei müssen wir einerseits zur Kenntnis nehmen, dass die Expansion der internationalen Kapitalmärkte weitgehend zu den Wohlstandsgewinnen der letzten Jahrzehnte beigetragen hat. Die privaten Kapitalströme in die Schwellen- und Entwicklungsländer haben inzwischen Finanzierungen aus öffentlichen Mitteln um ein vielfaches übertroffen. Ohne diese Kapitalquelle könnten Schwellenländer wie Brasilien oder China ihre Entwicklung kaum voranbringen. Mit Recht wird heute auch in vielen Industrie- und Entwicklungsländern daran gearbeitet, die Effizienz und Kreativität des Kapitalmarktes zu nutzen, um ein zusätzliches privates Standbein für die Altersvorsorge aufzubauen.

Doch die Finanzmärkte kennen auch „irrationale Übertreibungen“ wie Alan Greenspan schon 1996 konstatierte. Und tatsächlich stellt uns das Platzen der Finanzblase der 90er Jahre heute vor große Probleme. Dabei müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass Gier, maßlose Spekulation bis hin zu dreisten Bilanzmanipulationen – wie jetzt aufgebrochen in den USA - nicht nur seltene Einzelfälle sind. Wir müssen daran arbeiten, wie in der Zukunft Hybris und Exzessen der Kapitalmärkte besser entgegen-gewirkt werden kann. Dazu sollte nicht zuletzt der Dialog mit dem priva-ten Sektor im Rahmen des IWF und des *Financial Stability Forum* beitra-gen. Es sollte im gemeinsamen Interesse von öffentlichem und privatem Sektor liegen, die richtige Balance zwischen Eigenverantwortung und staatlicher Regulierung zu definieren. [...]

Es ist allerdings gut, dass es inzwischen eine breite öffentliche Diskussion über Chancen und Risiken der Globalisierung gibt. Es gibt eine ganze Rei-he von Fragen, für die es noch keine schlüssigen Antworten gibt. Für we-nig produktiv halte ich allerdings den Vorwurf, marktwirtschaftliche Refor-men seien hauptverantwortlich für die Schattenseiten der Globalisierung. Natürlich wurden Fehler gemacht, auch vom IWF. Eine genauere Analyse zeigt jedoch, dass häufig nicht zu viel als vielmehr zu wenig Reformen, und vor allem, zu wenig konsistente Reformen, zum Auslöser von Proble-men wurden: z.B. wenn Privatisierungen ohne konsequente Wettbewerbs-politik durchgeführt wurden; wenn Fiskaldiziplin nur für die Zentralregie-rung und nicht für die Provinzen definiert wurde; oder wenn die beschleu-nigte Öffnung für internationale Kapitalströme nicht gleichermaßen mit dem zügigen Aufbau einer effizienten Finanzaufsicht begleitet wurde.

Es besteht für mich heute kein Zweifel mehr, dass die internationale Ge-meinschaft die Bedeutung gesunder Institutionen und von Rechtssicher-heit für das Funktionieren der Marktwirtschaft in Entwicklungs- und Schwellenländern zum Teil sträflich unterschätzt hat. Ich denke auch, dass die extremen Einkommensunterschiede in vielen Ländern Lateina-merikas und anderswo Anlass zur Überprüfung der wirtschafts- und ge-sellschaftspolitischen Zielkataloge in diesen Ländern sein sollten. Viel-leicht wäre die Entwicklung dort besser verlaufen, wenn etwas mehr von dem Gedankengut Ludwig Erhards in praktische Politik umgesetzt worden wäre. Wie Sie wissen, ging es Ludwig Erhard bei der Sozialen Marktwirt-schaft um die Aufgabe „das Prinzip der Freiheit auf dem Markt mit dem des sozialen Ausgleichs und der sittlichen Verantwortung jedes Einzelnen dem Ganzem gegenüber zu verbinden“ [Ludwig Erhard, *Wirtschaft und*

Bildung, in: Karl Hohmann (Hrsg.), Ludwig Erhard – Gedanken aus fünf Jahrzehnten, Düsseldorf/Wien/New York 1988, Ergänzung der Redaktion]. Ich ermutige Wissenschaft und Politik in Deutschland, sich aktiver als bisher mit Ideen einer modernen Sozialen Marktwirtschaft an der Diskussion um eine bessere Globalisierung zu beteiligen. Insgesamt gibt es für mich aber keinen Zweifel: Freiheit, Demokratie und Marktwirtschaft sind am Beginn des 21. Jahrhunderts in der Welt so weit verbreitet wie noch nie – und das halte ich für einen gewaltigen Fortschritt der Menschheit.

ORIENTIERUNGEN FÜR EINE BESSERE GLOBALISIERUNG

Konkret sehe ich sechs Wegweiser, die uns bei der Suche nach einem Konzept für eine bessere Globalisierung behilflich sein können:

- Erstens, die Fragen der internationalen *Interdependenz* müssen in den nationalen Politikagenden einen größeren Stellenwert erhalten. Die wachsende gegenseitige Abhängigkeit verlangt, dass jedes Land die Folgen seines Handelns für andere besser berücksichtigen muss. Das erfordert engere internationale Zusammenarbeit und auch Institutionen, die sich um globale Probleme direkt kümmern. [...]
- Zweitens, internationale Zusammenarbeit darf aber nationale *Eigenverantwortung* nicht ersetzen. Ich halte es für einen Durchbruch, dass dies in der UN-Konferenz über Entwicklung und Finanzierung in Monterrey/Mexiko im vergangenen März auch im Bereich der Armutsbekämpfung unterstrichen wurde. Ohne bessere Regierungsführung, Rechtssicherheit und weniger Korruption lassen sich Finanzkrisen und Armut nicht bekämpfen.
- Drittens, Globalisierung verlangt dringend auch *Solidarität*. Solidarität ist aber nicht nur eine ethisch-moralische Pflicht. Ich sehe in der aktiven Bekämpfung der Armut in der Welt eine Investition in Stabilität und Frieden für die gesamte Menschheit. Das von den Vereinten Nationen gesetzte Ziel, 0.7 Prozent des BSP an Entwicklungshilfe zu leisten, sollte deshalb seinen festen Platz in den Staatshaushalten der Industrieländer haben. Das ist messbare und ehrliche Solidarität.
- Viertens, die *ökologische Gefährdung* der Erde kennt keine nationale Grenzen. Deshalb müssen nicht zuletzt hier nationale Anstrengungen und internationale Zusammenarbeit ineinander greifen. Kyoto ist

sicherlich nicht das letzte Wort, aber es ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Ich denke, es ist auch an der Zeit, der internationalen Zusammenarbeit zum Schutz der Umwelt stärkere institutionelle Grundlagen zu geben, z.B. indem das von Klaus Töpfer geleitete Umweltprogramm der UN mehr Kompetenzen erhält oder sogar zu einer internationalen Umweltbehörde ausgebaut wird.

- Fünftens, wir brauchen anerkannte *Spielregeln*, oder ein level playing field, für die Beteiligung an der Globalisierung. Der Markt richtet nicht alles zum Guten. Der IWF und andere internationale Institutionen arbeiten hieran durch die Formulierung und Überwachung von internationalen Standards und Codes, z.B. für mehr Transparenz, effiziente Finanzmarktaufsicht, und gute Unternehmensführung.
- Und schließlich, sechstens, sollten wir die *Verschiedenartigkeit* der Erfahrungen und Kulturen als Reichtum dieses Planeten betrachten. Die Arbeit an einem globalen ordnungspolitischen Rahmen sollte deshalb kein Versuch sein, alle Länder in ein uniformes Wirtschaftsmodell zu zwingen. Die Marktwirtschaft kennt viele Variationen, und ein gesunder Wettbewerb der Systeme kann zu einer besseren Globalisierung beitragen.

DER IWF IST IM PROZESS DES WANDELS

[...]

- Es hat geradezu eine Revolution an Transparenz ökonomischer und finanzieller Daten in den Mitgliedsländern des IWF gegeben, und nicht zuletzt in der IWF Politik selbst.
- Wir konzentrieren uns mehr denn je auf Krisenprävention, nicht zuletzt durch eine verbesserte Analyse von Schuldentragfähigkeit sowie der Stabilität der internationalen Finanzmärkte und der nationalen Finanzsektoren.
- Und wir arbeiten an der Verbesserung des Krisenmanagements, durch eine klarere Definition der Voraussetzungen und der Grenzen für die Inanspruchnahme von IWF-Krediten, und für den Extremfall der Zahlungsunfähigkeit eines Landes diskutieren wir einen neuen rechtlichen Rahmen, der eine rasche, geordnete und weniger kostspielige Umstrukturierung von Staatsschulden erlaubt. Hier ist die Debatte noch in vollem Gange.

Ich bin fest davon überzeugt, dass diese und andere Reformen die internationale Finanzarchitektur schon wesentlich gestärkt haben. [...]

Wichtig sind mir in diesem Zusammenhang aber auch zwei – ordnungspolitische – Klarstellungen: Erstens, eine gut funktionierende Marktwirtschaft schöpft ihre Kraft und Dynamik aus dem Wettbewerb. Dieser ist eine unaufhörliche Suche nach besseren Ergebnissen, besseren Produkten, höherer Produktivität. Wir müssen akzeptieren, dass Überschüssen und Korrektur immer Teil dieses Prozesses sein werden. Dies gehört mit dazu, wenn wir ein System bewahren wollen, das auf Freiheit, Marktwirtschaft und Selbstverantwortung beruht. D.h. in einer offenen und dynamischen Marktwirtschaft sind der Fähigkeit, Krisen vorherzusagen und zu vermeiden, Grenzen gesetzt. Ziel kann es nur sein, weniger Krisen und weniger schwerwiegende Krisen zu haben. Zweitens, auch im Krisenfall ist Eigenverantwortung unverzichtbar. Und dies bedeutet, dass der IWF eben kein internationaler Lender-of-Last-Resort ist, der unbegrenzten Zugang zu Liquidität hat. Private Gläubiger und Schuldnerländer müssen immer wissen, dass sie in erster Linie selbst gefordert sind, für eingegangene Risiken gerade zu stehen.

Lassen Sie mich zurückkommen auf den Zustand der Weltwirtschaft. Mich besorgt nicht zuletzt, dass sich das Wachstum des Welthandels stark verlangsamt hat: nach IWF Schätzungen dürfte es in 2002 rund 2 Prozent erreichen, verglichen mit einem durchschnittlichen jährlichen Zuwachs von 7 Prozent in den 90er Jahren. Ich denke, es liegt gerade im deutschen Interesse, dass der internationale Handel Motor von Wachstum und Beschäftigung bleibt. Deshalb sollte sich Deutschland auch vehement für die weitere multilaterale Liberalisierung des Handels einsetzen. Eindeutige Signale der politischen Entschlossenheit, die Doha Runde im Rahmen der Welthandelsorganisation erfolgreich abzuschließen, würden bereits jetzt weltweit Vertrauen bei Investoren schaffen. IWF Ökonomen schätzen, dass eine erfolgreiche multilaterale Handelsliberalisierung dem Welthandel einen Zuwachs von 30 bis 50 Prozent bringen könnte, wobei das größte Wachstum im Handel den Schwellen- und Entwicklungsländern zugute kommen würde (*IMF World Economic Outlook October 2002*). Genau diese Strukturveränderung brauchen wir jetzt, um das Wachstum der Weltwirtschaft und ihre Krisenresistenz nachhaltig zu stärken.

Handel ist auch der wichtigste Schlüssel zur Armutsbekämpfung. Er ist beste Hilfe zur Selbsthilfe. Es ist überfällig, dass die Industrieländer ihre Märkte stärker und schneller für die Produkte der Entwicklungsländer öffnen, und zwar für Rohstoffe wie für verarbeitete Produkte. Überfällig ist insbesondere das Auslaufen handelsverzerrender Subventionen für die Landwirtschaft in Industrieländern. Im Jahr 2001 belief sich die Unterstützung der Agrarsektoren in der OECD auf über 300 Mrd. US Dollar, das sechsfache der Entwicklungshilfe! Wer es Ernst meint mit der Armutsbekämpfung in den Entwicklungsländern muss dieses Problem jetzt anpacken. Weitreichende Reformen in der Agrarpolitik aller Industrieländer sind also dringend von Nöten – aus fundamentaler moralischer Verantwortung heraus, und weil es wirtschaftlich Sinn macht. Davon unbeschadet können und müssen die Entwicklungsländer auch ihrerseits mehr tun, um Handelsschranken untereinander abzubauen.

EINE GLOBALE WELT BRAUCHT EINE GLOBALE ETHIK

Meine Damen und Herren,
 ich bin Optimist und davon überzeugt, dass mit der richtigen Politik – und insbesondere der richtigen Ordnungspolitik – eine bessere Globalisierung möglich ist. Dabei sollten die jüngsten Finanzskandale in den USA uns daran erinnern, dass sich gute Marktwirtschaft und gute Unternehmensführung nicht nur an der Höhe des Gewinns bemisst. Wir brauchen eine Unternehmensethik dauerhafter Wertebildung, die Kapitaleigner, Arbeitnehmer und die Umwelt einschließt. Ich teile auch die Meinung von Hans Küng, dass es kein Überleben des Globus geben kann ohne globale Ethik. Diese Ethik muss Menschenrechte respektieren, aber auch vermitteln, das den Rechten Pflichten gegenüberstehen. Hans Küng hat darüber hinaus aufgezeigt, dass es zwischen den großen Weltreligionen eine ganze Reihe von wichtigen Gemeinsamkeiten gibt. Auch dies kann uns ganz aktuell Hoffnung und Zuversicht geben, dass es möglich ist, eine Globalisierung zu gestalten, die allen zu Gute kommt.

VERSCHIEDENES

WIE ATTRAKTIV SIND DIE NEUEN BUNDESLÄNDER? – URTEILE, VORURTEILE, IDEEN UND HERAUSFORDERUNGEN

(AUSZUG)

Helmut Seitz

Angesichts der schwierigen ökonomischen Lage in den NBL ist die Frage nach der Attraktivität der NL fast provozierend. Werfen wir einen Blick auf die Arbeitslosenquote, so sehen wir, dass diese in den NBL nicht nur ca. 10 bis 12% höher als die im Westen ist, sondern wir stellen auch fest, dass sich im Trend der Abstand zwischen den NBL und den ABL seit 1995 sogar erhöht hat.

Auf den ersten Blick zeugt die Wachstumsperformance der ostdeutschen Wirtschaft ebenfalls nicht von Attraktivität. Die Wachstumsrate der gesamten realen ostdeutschen Bruttowertschöpfung liegt nun schon seit 1997 unter dem Westniveau und im letzten Jahr war sie sogar negativ! Wie die Graphik aber auch zeigt, ergibt sich ein anderes Bild, wenn man die Bauwirtschaft aus der Berechnung der ostdeutschen Bruttowertschöpfung herausnimmt. Mit dem Herausrechnen des Baus soll die Lage in den NBL keinesfalls schönerechnet werden! Sinn dieser Betrachtung ist es

vielmehr zu versuchen, das Wachstumspotenzial der Ostwirtschaft nach der Normalisierung der Lage im Bau zu bestimmen.

Während es in den Westländern zwischen der Entwicklung der Bruttowertschöpfung mit und ohne Bauwirtschaft kaum einen Unterschied gibt, liegt in den neuen Ländern das um den Bau korrigierte Wachstum deutlich über dem Gesamtwachstum im Osten und im Durchschnitt sogar leicht über dem Westwert. Im besonders wichtigen Bereich - dem Verarbeitenden Gewerbe - liegt die Wachstumsrate in den neuen Ländern immer noch über dem Westniveau. Das ist sicherlich eine ermutigende Entwicklung und ein Indikator für immer noch wirksame Aufholprozesse im Osten, auch wenn die Niveauunterschiede im Industriebeatz zwischen Ost und West noch erheblich sind.

Auch wenn ich hier nicht die Lage in Berlin-Brandenburg thematisieren möchte, will ich doch auf folgenden Punkt hinweisen: Brandenburg hatte zwischen 1995 und 1998 und auch in den Jahren davor das stärkste Wirtschaftswachstum der NBL, insbes. ist das Verarbeitende Gewerbe am stärksten gewachsen. Zwischenzeitlich, im Zeitraum von 1999 bis 2001 und auch zuletzt im Jahr 2001 ist BB auf den letzten Platz zurückgefallen. Ich will diese Fakten hier unkommentiert im Raum stehen lassen.

Lassen Sie mich aber noch einige Anmerkungen zum Bau machen. Die ostdeutsche Bauwirtschaft hatte in der unmittelbaren Nachwendezeit eine Größenordnung, die deutlich über den Dimensionen liegt, die in der alten Bundesrepublik selbst in den Aufbaujahren zu verzeichnen waren. So entfielen in den neuen Ländern 1995 ca. 17% der Wertschöpfung und der Jobs auf die Bauwirtschaft, und selbst im Jahr 2000 wurden noch ca. 10% der Wertschöpfung beim Bau erzielt und ca. 13,4% aller Erwerbstätigen waren im Bau tätig. In der alten Bundesrepublik lag der Wertschöpfungsanteil dieses Sektors in keinem einzigen Aufbaujahr über 9% und nur im Jahr 1965 waren mehr als 9% der Erwerbstätigen in diesem Bereich tätig. Die Überdimensionierung der Bauwirtschaft wird noch deutlicher, wenn man eine andere Relation heranzieht: Im Jahr 1965 kamen in Westdeutschland ca. 4,2 Baubeschäftigte auf 100 Einwohner; im Jahr 2000 lag diese Relation bei ca. 2,8 Baubeschäftigten je 100 Einwohner. In den neuen Ländern lag diese Quote 1995 bei 7,4 und im Jahr 2000 immerhin noch bei ca. 5,7 Baubeschäftigten je 100 Einwohner.

Die negative Entwicklung im immer noch gewichtigen Bausektor überlagert also das gesamtwirtschaftliche Wachstum in den NBL sehr stark. Ich gehe davon aus, dass die neuen Länder in den nächsten Jahren weitere ca. 300.000 Bauarbeitsplätze verlieren könnten. Dies impliziert, dass die ostdeutsche Wirtschaft abzüglich des Bausektors um ca. 1,1% bis 1,4% real wachsen muss, um die negativen Effekte in der Bauwirtschaft zu neutralisieren. Damit dürfte klar sein, dass in den nächsten 3 bis 4 Jahren die ostdeutsche Wirtschaft gesamtwirtschaftlich kaum gegenüber der im Westen aufholen wird.

DREI SCHLUSSFOLGERUNGEN LIEGEN AUF DER HAND:

1) Ostdeutschland ist keine Null-Wachstums-Region! Die ostdeutsche Wirtschaft wächst – ohne Bau – sogar etwas stärker als die westdeutsche Wirtschaft. Allerdings kommt dieses Wachstum noch nicht auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt an, da das Wachstum im industriellen Bereich noch in erheblichem Umfang durch Produktivitätssteigerungen und damit einhergehenden Lohnstückkostenreduktionen ermöglicht wird.

2) Durchgreifende Verbesserungen auf dem Arbeitsmarkt erwarte ich erst, nachdem die Bauwirtschaft auf ein Normalmaß reduziert wurde und damit keine Jobs in größerem Umfang mehr verliert. Ferner müssen die Produktivitätsunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland weiter reduziert werden, bevor sich deutliche Arbeitsmarkteffekte zeigen werden.

3) Es ist zu erwarten, dass die ostdeutsche Wirtschaft ab 2004/05 keine systematischen Benachteiligungen durch die Bauwirtschaft mehr haben wird. Das Wachstum wird zumindest mit dem Westwachstum gleichziehen und wenn die Politik in den nächsten Jahren die richtigen Weichen stellt – dazu werde ich noch kommen – wird sich auch der gesamtwirtschaftliche Anpassungsprozess im Osten mit höheren Wachstumsraten wieder festigen. Allerdings muss man Realist bleiben: Auch wenn die ostdeutsche Wirtschaft real um 1,5% stärker wachsen würde als die Wirtschaft in den alten Ländern, würde der Osten Deutschlands ca. 20 Jahre benötigen, um das Pro-Kopf-BIP der schwächeren Westländer zu erreichen.

Ob das gelingt, hängt entscheidend davon ab, ob die Wirtschaft, die Politik und die gesellschaftlichen Gruppen die Kraft aufbringen werden, die Herausforderungen, die auf die neuen Länder zukommen, zu bewältigen. Ich möchte hier drei große Herausforderungen hervorheben,

die m. E. eine zentrale Bedeutung haben und die ich zunächst mit den Schlagworten:

Anpassung an den demographischen Wandel, konsequente Priorität für den Infrastrukturaufbau und Bewältigung des finanzpolitischen Anpassungsbedarfs bezeichnen möchte. Zunächst zur Demographie:

1. Demographischer Wandel: Bewältigung der damit verbundenen Anpassungsprobleme – statt teure und kaum wirksame „Programme“ aufzulegen:

Ich habe mir zum Einstieg in das Thema „Demographie“ einmal die Zahlen über Zu- und Abwanderungen aus Bayern und NRW seit den 50er Jahren herausgesucht. Bayern – ein vor 40 Jahren extrem strukturschwaches Land – hatte bis Anfang der 60er Jahre jährliche Abwanderungsquoten, die deutlich über dem lagen, was heute die neuen Länder erfahren. Umgekehrt war das im wirtschaftlich starken NRW, das aber ab Mitte der 70er Jahre auch deutliche Abwanderungen zu verzeichnen hatte und erst mit den Zuwanderungen aus den neuen Ländern mit der Wende wieder zum Nettozuwandererland wurde.

Nun betrachten wir die Situation in den neuen Ländern. Im Jahr 2000 sind netto ca. 61 Tsd. Menschen aus den NL in die AL gewandert; im Jahr zuvor waren es ca. 44 Tsd. Menschen. Die abwanderungsbedingten Bevölkerungsverluste lagen im Jahr 2000 zwischen ca. 0,4% in Brandenburg bzw. Thüringen und ca. 0,7% in Sachsen-Anhalt bzw. Mecklenburg-Vorpommern. Annähernd gleich stark wie die Nettoabwanderungen schlägt der Umstand zu Buche, dass die Geburtenrate in den NBL erheblich unter der Sterberate liegt.

Abwanderungen sind somit nur eine Ursache des Bevölkerungsverlustes. Ebenso wichtig und sogar noch wichtiger sind die Geburtendefizite. Dass das Thema „Abwanderungen in Ostdeutschland“ einen so hohen Stellenwert hat, liegt darin begründet, dass diese regional höchst ungleich verteilt sind, da sich in den NBL sowohl im Hinblick auf die Bevölkerungsentwicklung als auch die wirtschaftliche Entwicklung ein massiver regionaler Strukturwandel vollzieht, der nicht nur kaum zu bremsen, sondern sogar absolut notwendig ist, um neue Strukturen zu schaffen. So gibt es in allen NBL attraktive Räume, die seit der Wende zweistellige Bevölkerungsgewinne verzeichnen konnten, während periphere Regionen,

wie die Lausitz oder Ostbrandenburg, zweistellige Bevölkerungsverluste hinnehmen mussten und auch in den nächsten 10 Jahren weiterhin hinnehmen müssen.

Die Abwanderer sind insbesondere junge Menschen und die Hauptursache für deren Abwanderungen sind die fehlenden Arbeitsplatzperspektiven auf dem ersten Arbeitsmarkt. Diese Wanderungsbewegungen lassen sich weder durch den Neubau von Kinos, Wegzugs- und Zuzugsprämien – und was man sich sonst noch so alles einfallen lässt – verhindern. Nur ausreichende und sichere Arbeitsplatzperspektiven auf dem ersten Arbeitsmarkt und nicht die in Beschäftigungstherapieeinrichtungen können diesen Abwanderungsdruck beseitigen.

Hohe Abwanderungen sind kein spezifisch ostdeutsches Problem! Ich habe mir einmal die Zahlen der rheinland-pfälzischen Stadt Pirmasens – im peripheren Pfälzer Wald gelegen – herausgesucht. Diese Stadt hatte Mitte der 70er Jahre 60.000 Einwohner und ist zwischenzeitlich auf ca. 47.000 Einwohner, also um ein Minus von über 20%, geschrumpft. Wie Sie sehen, hat diese Stadt zwischen 1980 und 2000 auch massive Jobverluste mit einer Verlustrate von fast 25% zu verzeichnen. Ursache für die hohen Jobverluste und die damit einhergehenden hohen Abwanderungen waren die negativen Entwicklungen in der deutschen Schuhindustrie und in den letzten Jahren der Abzug der US-Streitkräfte, die viele Zivilbeschäftigte dort freigesetzt haben.

Ich bin mir des Umstandes bewusst, dass gerade in peripheren Regionen der neuen Länder auf die Städte und Gemeinden ein Überalterungsproblem zukommt. Es werden ferner in einigen Regionen schon in wenigen Jahren Probleme bzgl. der Vor-Ort-Versorgung mit Facharbeitskräfte-nachwuchs zu Tage treten. Wenn sich diese Regionen wirtschaftlich erholen, werden zu einem späteren Zeitpunkt auch wieder Menschen zuwandern. Wenn dem nicht so ist, wird sich die wirtschaftliche Aktivität eben an dem vorhandenen Potenzial ausrichten müssen. Ähnliche Erfahrungen haben auch periphere Regionen in Westdeutschland gemacht. Ich gebe zu, das hört sich sehr kalt und nüchtern an, aber man kann Jugendliche nicht damit vertrösten, dass man sie in 5 Jahren vielleicht brauchen wird.

Viele ostdeutsche Städte und Gemeinden müssen sich mit einem massiven Bevölkerungsrückgang emotional abfinden und sich auf die Lösung

der damit verbundenen Probleme konzentrieren. Es muss keine Negativentwicklung sein, von einer Kleinstadt mit 30.000 Einwohnern zu einer noch kleineren Stadt mit 20.000 Einwohnern zu werden. Entscheidend ist vielmehr die Lebensqualität, die eine Stadt und Region seinen Einwohnern und Gästen bietet. Die Einwohnerzahl allein ist kein Indikator für wirtschaftlichen Erfolg und gute Lebensbedingungen. Keine Einzelgemeinde und auch kein Bundesland verfügt über wirksame Instrumente, diese Bewegungen von heute auf morgen nachhaltig zu bremsen oder gar umzukehren. Das sogenannte Abwanderungsproblem – in Wirklichkeit ist es ohnehin kein Problem, sondern Ausdruck der immer wieder geforderten regionalen und sektoralen Mobilität beim Faktor Arbeit – bekommt man erst dann in den Griff, wenn die ostdeutsche Wirtschaft ausreichende Arbeitsplätze am ersten Arbeitsmarkt bieten kann. Das ist nur möglich, wenn die neuen Länder in den nächsten 20 Jahren einen konsequenten Aufbaukurs fahren. Ich möchte keinesfalls so verstanden werden, Abwanderungen als Gott gegeben hinzunehmen; es geht mir lediglich darum festzuhalten, dass der Abwanderungsdruck nachhaltig nur durch Beseitigung der Ursachen bekämpft werden kann. Dazu ist es auch erforderlich, die Abwanderungsdebatte zu entemotionalisieren, da diese gelegentlich schon fast hysterische Züge annimmt! [...]

NUN ZUM LETZTEN PUNKT:

3. Anpassung der öffentlichen Ausgaben in den neuen Ländern an das Normalmaß - Normalmaß im Hinblick auf das Niveau und mehr noch die Struktur der Ausgaben:

Die unangenehmste und schmerzhafteste Herausforderung, die alle neuen Länder zu bewältigen haben – bei Berlin wäre das Ausmaß des Handlungsdrucks zumindest noch zu quadrieren – ist die Anpassung an eine finanzielle Normalausstattung. Gegenwärtig verbuchen die Länder Haushalte im Osten noch ca. 40% höhere Einnahmen als die Westländer. Diese besondere Einnahmenausstattung wird in den nächsten Jahren deutlich heruntergefahren und wird sich bis zum Jahr 2019 in etwa auf das Niveau der Westflächenländer reduzieren. Die Ursachen für die höheren Einnahmen der Ostländer liegen in den Zuweisungen aus dem Soli I und später dem Soli II, höheren Zahlungen des Bundes an die neuen Länder, z. B. im Rahmen der Gemeinschaftsaufgaben, aber auch Zahlungen der EU an die neuen Länder.

Die Anpassung der Osteinnahmen an das Westniveau wird sich über ein deutlich geringeres Einnahmenwachstum der neuen Länder in den nächsten 20 Jahren vollziehen. Plastisch ausgedrückt: Ein großer Teil der wachsenden Steuereinnahmen wird durch die Reduktion der Zahlungen des Bundes und der EU an die neuen Länder kompensiert. Nach Berücksichtigung der Zinsausgabendynamik können die neuen Länder in den nächsten 20 Jahren keine oder nur extrem bescheidene Ausgabenzuwächse in einer Größenordnung von maximal einem halben Prozent finanzieren. Dies impliziert die Notwendigkeit von realen Ausgabenkürzungen.

Die NBL müssen also die Ausgaben reduzieren. Das ist eine leichte Aufgabe. Dazu benötigt man lediglich eine harte Finanzministerin oder einen harten Finanzminister. Ein viel größeres Problem ist es, die Ausgabenstruktur an die neuen Gegebenheiten anzupassen und hierbei eine Struktur zu realisieren, die dazu beiträgt, die Wachstumskräfte zu stärken. Auch hierzu habe ich einige griffige Zahlen ausgesucht. Wie Sie sehen, liegen die Personalausgaben der ostdeutschen Länder und Gemeinden deutlich über dem Westniveau. Wenn ich mir die Tarifforderungen im öffentlichen Bereich anschau, kann man mit einem Taschenrechner schnell prüfen, wo die NBL im Jahr 2005 stehen werden, wenn hier keine weiteren Einsparungen vorgenommen werden. Mir ist klar, dass das wieder negativ auf den Arbeitsmarkt durchschlägt, aber es gibt keine finanzierbare Alternative dazu. Bei den Zinsausgaben haben die Ostländer die Westländer schon überrundet und die Ausgaben für Sozialhilfe in den NBL liegen zwar noch unter dem Westniveau, aber in 3 Jahren wird es kaum noch Unterschiede geben.

Große Konflikte sehe ich zwischen den konkurrierenden Ansprüchen, Mittel für Infrastrukturinvestitionen und für Wirtschaftsfördermaßnahmen bereitzustellen. Im Vergleich zu den Westflächenländern geben die NBL je Einwohner nur 40% mehr für Infrastruktur, aber 90% mehr für Wirtschaftsfördermaßnahmen aus. Hierbei sind die Steuerausfälle im Zuge der Investitionszulage noch gar nicht eingerechnet. Hier muss eine fundamentale Prioritätenentscheidung gefällt werden, und zwar deshalb, da unsere schöne neue Währung – der Euro – bekanntlich zwei negative Eigenschaften hat: Die erste negative Eigenschaft ist die, dass die Münzen zu schwer sind. Das ist den Meisten bereits bekannt. Die etwas unbekanntere zweite negative Eigenschaft ist die, dass ein Euro nur einmal ausgegeben werden kann. Das bedeutet, die politisch Verantwortlichen in den NBL müssen sich entscheiden, was mit den Mitteln, die im Rah-

men des Soli II zufließen, getan werden soll. Auch die Wirtschaft muss sich entscheiden, ob sie sich für den Aufbau einer modernen Infrastruktur für alle stark macht – die Betriebe, die Bevölkerung, den Berufs- und Einkaufspendler sowie die Touristen – oder das Primat in der Förderung einzelner gewerblicher Investitionen sieht. Beides zusammen – ein hohes Infrastrukturvolumen und ein großer Mitteleinsatz in der Wirtschaftsförderung ist – wie ich aufgezeigt habe - nicht finanzierbar. Es ist eine Frage der Schwerpunktbildung, die hier zu beantworten ist. Ich plädiere für den Schwerpunkt Infrastruktur und sehe mich hier im Einklang mit der Forderung nach der Begründung des Solidarpakt II. Ferner ist diesbezüglich in Erinnerung zu rufen, dass die neuen Länder den Soli II mit der Forderung nach Mitteln zur Schließung der Infrastrukturlücke verhandelt und sich auch dazu verpflichtet haben, ab dem nächsten Jahr alljährlich über die Fortschritte beim Schließen der Infrastrukturlücke Auskunft zu geben. Natürlich kann und soll es in Zukunft Wirtschaftsförderung weiterhin geben, aber m. E. mit einer anderen Gewichtung, der Konzentration auf die Bereitstellung von Risikokapital für Existenzgründer und Innovatoren, also insbes. den Mittelstand! Klar dürfte auch sein, dass im Interesse des Vertrauensschutzes diese Politik nicht von heute auf morgen durchführbar ist, aber ab dem Jahr 2004 sollten die Weichen in Ostdeutschland - und in der EU insgesamt - in diese Richtung gestellt werden.

Langfristig kann und darf man keine Investoren aus dem In- und Ausland mit attraktiven Fördergeldern locken und der Staat kann auch nicht private Risiken im Geschäftsleben übernehmen – das Modell VEB hat sich schließlich in der DDR nicht bewährt. Wir müssen in Deutschland insgesamt und damit auch in Ostdeutschland mit attraktiven Standortbedingungen im Infrastrukturbereich, exzellentem Humankapital, einer ausgewogenen gesamtwirtschaftlichen Steuer- und Abgabenlast und einer berechenbaren gesamtdeutschen Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie einem guten Klima zwischen den Tarifvertragsparteien locken. Das sind die Standortfaktoren, die wirklich relevant sind.

FAZIT

Es gibt sicherlich noch andere große Herausforderungen an die neuen Länder in den nächsten Jahren. Ich möchte nur an die Osterweiterung der EU erinnern, die es wert gewesen wäre, zu behandeln. Ich habe mich aber hier auf die drei Bereiche konzentriert, die ich als besonders wichtig erachte und die insbesondere auch von den NBL selbst gestaltbar sind.

Die Antwort auf die Ausgangsfrage: Wie attraktiv sind die neuen Bundesländer? liegt für mich auf der Hand. Erstens ist festzuhalten, dass eine nähere Analyse der Wirtschaftsdaten zeigt, dass die Aufholprozesse in den NBL nicht zum Erliegen gekommen sind. Diese sind in den letzten Jahren zwar deutlich schwächer geworden, aber sie werden auch durch die Sonderentwicklung im Bau bis zur Unkenntlichkeit überlagert. Zweitens ist festzuhalten, dass Attraktivität nicht vom Himmel fällt, sondern machbar ist. Die NBL haben es selbst in der Hand dafür zu sorgen, dass die Frage nach ihrer Attraktivität in Zukunft mit einem uneingeschränkten „Ja“ zu beantworten ist. Was man hierzu braucht, lässt sich auf eine einfache Formel bringen:

Die Ärmel müssen aufgekrempelt werden, den Tatsachen – angefangen von der demographischen Entwicklung bis zum nüchternen Blick auf den Zeitbedarf des weiteren Anpassungsprozesses – muss man ins Auge sehen, es sind tragfähige Strukturen zu schaffen und nicht alte Strukturen gegen die Marktkräfte zu erhalten oder neue nicht marktfähige Strukturen hierbei zu subventionieren, Versprechungen und Entwicklungschancen müssen Realitätssinn aufweisen, mehr Eigenanstrengungen und weniger Rufe nach der öffentlichen Hilfe, die öffentlichen Haushalte müssen konsolidiert werden und auf langfristig finanzierbare Strukturen ausgerichtet werden, die Politik muss dem Bürger die Entscheidungen transparent machen und ausreichend erklären, gefragt sind Innovationskraft und Phantasie bei der Lösung der anstehenden Aufgaben und letztendlich ist dem infrastrukturellen Hauptdefizit der NBL, der Verkehrsinfrastruktur, die oberste Priorität beim weiteren Infrastrukturaufbau einzuräumen.

DANK

AUSZUG AUS SEINER REDE ANLÄSSLICH DER VERLEIHUNG DER
ALEXANDER-RÜSTOW-PLAKETTE AM 21. OKTOBER 2004

Bernhard Vogel

Ludwig Erhard hat immer wieder betont, die Soziale Marktwirtschaft sei letztendlich keine Wirtschaftstheorie, sondern eine Wirtschaftsethik. Der Sozialen Marktwirtschaft liegt ein Ordnungsrahmen zugrunde, für den die Grundwerte Freiheit und Verantwortung unerlässliche Voraussetzungen sind. Sie beruht auf Wettbewerb, auf Privateigentum, auf Gewinnstreben, aber sie beruht auch auf Solidarität und gemeinwohlverpflichteter Verantwortlichkeit. Die Tüchtigen sollen Chancen haben, und die Schwachen sollen die notwendige Hilfe erhalten. „Brauchst du eine hilfreiche Hand, so suche sie zunächst an deinem rechten Arm.“ Das ist ein Wort von Alexander Rüstow. Jeder hat zunächst für sich und die Seinen zu sorgen und nur dann, wenn ihm das aus triftigen Gründen nicht möglich ist, hat die Gemeinschaft die Verpflichtung zu helfen.

Meine Damen und Herren, es beunruhigt mich, wenn in Deutschland, schon gar hier in den jungen Ländern, zuweilen der Eindruck vorherrscht, dass Freiheit nicht mehr als Vorrecht, sondern als Belastung empfunden wird. Der Ruf nach dem starken Staat wird lauter; Neiddebatten werden angezettelt, Unternehmerschelte, Klischees von der Kälte des Wettbewerbsprinzips haben Konjunktur, und bei der

Klage um den drohenden Verlust sozialer Errungenschaften wird allzu häufig übersehen, dass sie auf gesamtgesellschaftlicher Wertschöpfung beruhen. Wie, wenn nicht durch die Leistungskraft und Initiative frei handelnder Menschen, soll unsere Gesellschaft die Kraft zur notwendigen Solidarität aufbringen? Der Staat als Alleskönner, als Garant zur Absicherung aller Lebensrisiken hat sich, nicht allein im sozialistischen System, als Illusion erwiesen. Und es ist gefährlich, Illusionen nachzurenennen.

Alexander Rüstow betont, dass einer der großen Vorzüge der Marktwirtschaft in ihrer Strapazierfähigkeit liege. Ich zitiere ihn: „Man kann bis zu einem hohen Grade gegen sie sündigen und sie funktioniert doch immer noch. Aber es empfiehlt sich nicht, ein zu unbegrenztes Vertrauen darauf zu haben, denn sei er noch so dick, einmal reißt der Strick.“ Soweit Rüstow.

Es besteht Grund zu der Annahme, dass der Zerreißpunkt bei uns nicht mehr allzu weit entfernt ist: die beängstigend hohe Arbeitslosigkeit, das fehlende dynamische Wachstum, die Probleme bei der Fortführung des Aufbaus Ost, die zunehmende Verschuldung der öffentlichen Haushalte, die steigenden Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger. Eine Vielzahl konkreter Maßnahmen ist notwendig. Die Stichworte kennen Sie alle: Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und der Tarifverträge, Reduzierung der Lohnnebenkosten, Abbau von bürokratischen Hürden, eine Lohnentwicklung, die sich an den Produktivitätsfortschritten orientiert, keine unrealistische Vorstellung bei der Wochenarbeitszeit – um nur ein paar Beispiele zu nennen. Das Herbstgutachten oder die Ereignisse bei Opel und Karstadt sprechen ja eine deutliche Sprache und klingen wie ein Weckruf. Die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft in Deutschland müssen andere werden.

SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT: EIN MÄRCHEN AUS ALTEN ZEITEN?

Horst Friedrich Wünsche

Am 4. Februar – zufällig an seinem 108. Geburtstag – erschien Erhards Bild unübersehbar groß und einprägsam illustriert im „Handelsblatt“. Zwei Tage vorher hatte die „Financial Times Deutschland“ Erhards „Wohlstand für alle“ zu einem „Klassiker der Wirtschaftsliteratur“ erklärt.

In beiden Fällen hieß es, Erhards Politik sei für Gegenwart und Zukunft die einzig richtige. Genaueres wurde nicht gesagt, weil in Verbindung mit Erhard nie Genaueres gesagt wird. Manche meinen, das komme daher, dass an Erhards Begriff der Sozialen Marktwirtschaft nichts fragwürdig sei: Es gehe um Marktwirtschaft und um das Soziale. Tatsächlich aber hat Erhard Soziale Marktwirtschaft völlig anders definiert, als es heute üblich ist. Lassen wir Erhard selbst sprechen!

ERHARDS WIRTSCHAFTSPOLITISCHE PRINZIPIEN

Erhard hatte am 31. Mai 1954 in Antwerpen einen Vortrag zu halten. Es gab kein Thema, und es gab keine Zeit, ein Thema auszuarbeiten. So hat Erhard aus dem Stehgreif eine Vorlesung über die Prinzipien seiner Wirtschaftspolitik gehalten.

Erhard sagt: Bei Marktwirtschaft gehe es ihm um „die völlige Freiheit des Handelns und der Entscheidungen“, und zwar für alle wirtschaftenden Menschen, wo immer sie tätig sind, als Unternehmer wie auch als Verbraucher: „Marktwirtschaft als ökonomisches Prinzip bedeutet, dass sich jeder einzelne Mensch als Unternehmer, ohne vom Staat behindert oder gegängelt zu werden, frei entfalten kann und dass es seine Angelegenheit ist (sein Risiko, aber auch seine Chance ausmacht), im Markt zu gewinnen, was seine Existenz gewährleistet. Auf der Seite des Verbrauchers bedeutet Freiheit, dass jeder Einzelne in freier Konsumwahl sein Leben so gestalten kann, wie es seinem eigenem Willen und seinen Vorstellungen von Glück, Zufriedenheit und Würde entspricht.“

WACHSTUM IST KEIN ZIEL DER POLITIK

Nach Erhard ist es deshalb nicht mit einer Marktwirtschaft zu vereinbaren, wenn die Politik Wachstumspotentiale in der Wirtschaft sucht, um sie zu fördern. Der Begriff „Wachstumspolitik“ ist für ihn eine gefährliche Ausgeburt planwirtschaftlicher Denkweise. In einer Marktwirtschaft darf Wirtschaftswachstum nur aus dem Wunsch von Menschen entstehen, ihre Lebensumstände zu verbessern. Die Aufgabe marktwirtschaftlicher Politik ist nicht, den Menschen zu bescheren, was sie sich wünschen. Vielmehr muss dafür gesorgt werden, dass keiner in seinen Anstrengungen um bessere Lebensumstände behindert wird.

DAS WAGNIS FREIHEITLICHER POLITIK

Erhard wusste, dass diese freiheitliche Ordnungspolitik ein Ideal ist, das in der Praxis allzu oft in schrecklichen Wirtschaftskrisen endete. Aus diesem Grund hielt er die freiheitliche Politik für ein Wagnis, das nur unter zwei Bedingungen gelingen kann. Bei beiden gehe es um die „eigentlich banale Selbstverständlichkeit“, dass die laufende Güterproduktion (das Sozialprodukt) und die laufende Einkommensbildung (das Volkseinkommen) übereinstimmen müssen:

- Diese Übereinstimmung sei makroökonomisch nur zu erreichen, „wenn die Politik die Kraft und den Willen aufbringt, Disziplin zu üben und sich keiner Sünden auf finanz- und kreditwirtschaftlichem Gebiet schuldig macht.“

- Sofern ein solches makroökonomisches Gleichgewicht existiert, bedarf es einer wirklich „freien Unternehmungswirtschaft“, damit sich neben der rein quantitativen auch eine strukturelle (qualitative) Übereinstimmung zwischen Sozialprodukt und Volkseinkommen ergibt.

Beide Punkte sind heute verletzt. Über den einen, die jetzt existierende Staatsverschuldung, erübrigen sich weitere Ausführungen. Der andere, das Verschwinden wirklicher Unternehmer und einer Marktwirtschaft im Erhardschen Sinne, erfordert ein paar Erläuterungen.

OHNE WETTBEWERB DROHEN WIRTSCHAFTSKRISEN

Erhard meint, in einer freien Wirtschaft müsse das Schicksal jedes Unternehmers daran gebunden sein, „dass er mit seiner Leistung Gnade vor den Augen des Verbrauchers findet. Er muss auf Gedeih und Verderb darauf angewiesen sein, sich im Wettbewerb zu behaupten.“

Für Erhard heißt das: Wenn nicht verhindert wird, dass Unternehmer ohne entsprechende Marktleistung starke Positionen erlangen, wird ein Weg geöffnet, der – wie in früheren Zeiten – unweigerlich in eine Wirtschaftskrise führt. Sobald sich Produzenten – statt sich dem Markt anzupassen – „darauf einigen, für sich einen höheren Anteil der zum Markt kommenden Kaufkraft zu binden, bedeutet das, dass in anderen Bereichen der Wirtschaft diese Kaufkraft fehlt [...] So entstehen Krisen. Die vorhandene Kaufkraft reicht nicht mehr aus, um das ganze Sozialprodukt vom Markt zu nehmen. Der Versuch, sich durch Verkürzung der Produktion der verminderten Kaufkraft anzupassen, führt in den merkwürdigen Zustand, dass immer mehr unabsetzbare Güter im Markt verbleiben, denn die verkürzte Produktion bedeutet absinkende Beschäftigung und Verminderung des Volkseinkommens, und natürlich auch eine Verminderung von vielen Individualeinkommen und damit von Kaufkraft. So lagert sich eine Krise über die andere. Schließlich kommt es zu jener krisenhaften Erstarrung, die wir in den dreißiger Jahren erlebt haben. Nur eine freie Wirtschaft kann die notwendigen Anpassungen sofort und beweglich erreichen.“

Seit langem wird davon gesprochen, dass die Wirtschaft unserer Tage dem „Shareholder value“ verpflichtet ist. Es ist nicht erforderlich, festzustellen, in welchem Ausmaß sich Wirtschaft und Politik an Börsennotierungen, Renditevorgaben, Kapitalgrößen etc. orientieren. Für Erhard stand fest, dass diese Orientierung grundsätzlich falsch ist.

DER VERBRAUCHER: A UND O DER WIRTSCHAFT

Erhard bekennt: „In meinem Bild der Wirtschaft gibt es nur einen Maßstab, und das ist der Verbraucher; denn welchen anderen Zweck sollte eine Wirtschaft haben als den, der Gesamtheit eines Volkes zu immer besseren und freieren Lebensbedingungen zu verhelfen, Sorgen zu überwinden und den Segen der Freiheit allen teilhaftig werden zu lassen? Wenn es viele Menschen in einem Staat gibt, die von der Sorge gequält sind, was morgen ihr Schicksal sein wird, so kann man nicht von Freiheit sprechen. Frei, wahrhaft frei als Persönlichkeit und wahrhaft frei gegenüber dem Staat und seinen Einrichtungen, ist nur derjenige, der gewiss sein kann, kraft eigener Leistung und eigener Arbeit bestehen zu können, ohne Schutz, aber auch ohne Behinderung durch den Staat.“

Erhard war überzeugt, mit seiner Politik das Grundübel beseitigt zu haben, an dem die freiheitliche Politik früherer Zeiten regelmäßig gescheitert ist. Die Wirtschaft sei nie gezwungen gewesen, sich ausschließlich am Verbraucher zu orientieren. Immer habe die Produktion an erster Stelle gestanden. Stets sollten vorhandene Produktionskapazitäten ausgelastet und gemäß dem technischen Fortschritt neue errichtet werden. Die Produzenten hätten sich nie primär am Markt orientiert, sondern lediglich erwartet, dass die Verbraucher ihnen die Kosten ihrer Produktion und aller Neuerungen vergüten. Immer ging es um Gewinnmaximierung, nie ging es darum, dass der Gewinn nur über Absatzmärkte erreicht werden darf. „Moralisch ist dagegen nichts einzuwenden. Bloß: Mit einer Marktwirtschaft sind diese Vorstellungen nicht in Einklang zu bringen.“

DAS GRUNDÜBEL, NICHT DIE SYMPTOME BEKÄMPFEN!

Erhard bezeichnet die Wirtschaftssysteme der Vergangenheit als „unternehmerische „Planwirtschaften“, die in vielem unangenehmer seien als staatliche Planung, denn sie führen zu Pfründen und Renten, zu ständestaatlichen Verhältnissen wie im Mittelalter, zur Abwehr von Konkurrenten, zu Macht, Machtmissbrauch und Korruption. Was sie hingegen nicht bewirken, sind wirtschaftliche Fortschritte, die im harten Wettbewerb an die Verbraucher weitergegeben werden und „Wohlstand für alle“ schaffen.

In diesen „unternehmerischen Planwirtschaften“ habe der Staat zunehmend größeren Einfluss auf die Wirtschaft ausgeübt. Dem Einzelnen wurde immer mehr Verantwortung abgenommen. Damit hat sich auch

das Soziale zum Kollektivistischen und Sozialistischen gewandelt, denn: „Es war nur eine Selbstverständlichkeit, dass sich der Einzelne sagte: Wenn ich mich schon nicht frei entfalten kann, wenn ich schon nicht das tun und lassen kann, was ich für richtig halte und was ich für mein persönliches Wohlergehen für notwendig erachte, dann, lieber Staat, trage Du auch bitte die Verantwortung für mein ökonomisches Schicksal.“

Erhard hat in seiner Vorlesung 1954 über die Zeit vor 1948 gesprochen. Aber seine Ausführungen klingen aktuell. Bedeutet das, dass wir wieder auf den alten, verhängnisvollen Weg geraten sind? Ist das Wirtschaftssystem unserer Tage eine „unternehmerische Planwirtschaft“? Ist sie weder sozial, noch eine Marktwirtschaft im Erhardschen Sinn? Wenn das so ist, müsste die Soziale Marktwirtschaft jetzt rekonstruiert werden. Viele der bisher durchgeführten Reformen waren dann lediglich Symptomtherapien. Die notwendige Fundamentalkorrektur würde noch ausstehen.

WAS AUF EINE NEUE BUNDESREGIERUNG ZUKOMMT

Klaus F. Zimmermann

Die deutsche Politik steckt in einem Dilemma. Die überfälligen Reformschritte der Bundesregierung haben ihre Früchte noch nicht abwerfen können, wohl aber einen Vertrauensverlust in der Bevölkerung hervorgerufen. Doch zum eingeleiteten Reformprozess gibt es keine Alternative.

Ein neuerlicher Kurswechsel wäre fatal. Dies den Bürgern überzeugend zu vermitteln, wäre Aufgabe gemeinsamer Bemühungen von Regierung und Opposition – zu spüren war davon bislang freilich wenig. Die Ergebnisse der letzten Wahlen zeigen vor allem eines: Die Bürger sind verunsichert über Ziele und Status quo der Reform von Arbeitsmarkt und Sozialstaat. Das Selbstverständnis unserer sozialen Marktwirtschaft steht auf dem Prüfstand. Fragen der sozialen Gerechtigkeit und der effizienten Nutzung volkswirtschaftlicher Ressourcen müssen fortan strikter getrennt werden. Die Wertschöpfung muss Priorität über die Frage bekommen, wie das Produzierte gerecht verteilt wird. Chancengerechtigkeit kommt vor Verteilungsgerechtigkeit. Gesellschaftliche Solidarität und Eigenverantwortung brauchen eine neue, verträgliche Balance. Wer Solidarität fordert und erhält, muss seinerseits die Bereitschaft zur Gegenleistung mitbringen. Das ist ein Gebot sozialer Fairness und nicht etwa ein sozialstaatlicher Sündenfall.

DIE BLAUPAUSEN FÜR DIE UNVERMEIDBAREN REFORMSCHRITTE LIEGEN AUF DEM TISCH:

1. Bürokratieabbau und eine Föderalismusreform stehen an. Die Einspruchsmöglichkeiten des Bundesrates müssen deutlich reduziert werden. Der Länderfinanzausgleich setzt keine Leistungsanreize, es sollte einem neuen System weichen, das Ländern und Gemeinden eigenständigere Finanzierungsquellen einräumt.

2. Impulse zur Erneuerung der Wirtschaft sind nötig. Dazu trägt eine längere Arbeitszeit ohne Lohnausgleich bei. So kann der Fachkräftemangel bekämpft und einfache Arbeit preiswerter werden. Zukunftsträchtige Wirtschaftssektoren wie Bildung und Weiterbildung, Innovationen und Forschung, Gesundheit, Betreuung und haushaltsnahe Dienste müssen durch Marktprozesse gestärkt werden. Ein System von Bildungs- und Kinderbetreuungsgutscheinen ist dabei ebenso sinnvoll wie die Abschaffung des Zivildienstes, ein verändertes Stiftungsrecht zur Stimulation privatwirtschaftlich geförderter Wissenschaft und die Einrichtung von Agenturen zur gezielten Koppelung von Angebot und Nachfrage im Bereich einfacher Serviceangebote.

3. Ein radikaler Subventionsabbau in Verbindung mit einer Mehrwertsteuererhöhung kann kurz- und mittelfristig Spielraum für Steuervereinfachungen, eine Senkung der Lohnnebenkosten und die Finanzierung neuer staatlicher Leistungsschwerpunkte schaffen. Langfristiges Ziel einer großen Steuerreform sollte die Rückführung direkter zugunsten indirekter Steuern sein. Denkbar wäre ein Mehrwertsteuerprivileg für Güter und Dienstleistungen, die mit einem hohen Anteil an gering qualifizierter Arbeit produziert werden.

4. Die sozialen Sicherungssysteme müssen insgesamt entfesselt und in den größtmöglichen Wettbewerb entlassen werden. Dauerhaft wird kein Weg an einer deutlichen Verlängerung der Lebensarbeitszeiten und an Modellen privater Altersvorsorge vorbei führen. Ebenso unverzichtbar ist das Gesundheitsprämienmodell zur Abkoppelung der Finanzierung des Gesundheitssystems vom Faktor Arbeit. Auch die Arbeitslosenversicherung kann durch die Einführung von Wahlтарifen effizienter organisiert werden.

5. Die Reform der Arbeitsmarktpolitik braucht Zeit und muss sorgfältig evaluiert werden. Hektische Reformen der Reformen wären falsch, sinnvoll ist allerdings das Nachdenken über einen fundamentalen Neuanfang: Eine reine Versicherungsagentur regelt die Leistungen der Arbeitslosenversicherung für Kurzzeit-Arbeitslose, die wahrscheinlich aus eigener Kraft in den Arbeitsmarkt zurückfinden. Eine restrukturierte Bundesagentur für Arbeit kümmert sich nach einem gründlichen Profiling der neuen Arbeitslosen um potenzielle Problemfälle, überwiegend Menschen ohne Berufsausbildung und ältere Arbeitnehmer. Die Kommunen mit ihrer Kenntnis der lokalen Gegebenheiten übernehmen schließlich die Betreuung und Vermittlung von Langzeitarbeitslosen.

Dem Transferbezug steht dabei die Pflicht zur Gegenleistung in Form sozial nützlicher Arbeit gegenüber. Die soziale Marktwirtschaft betreibt durch die Umsetzung eines solchen Reformkatalogs keinen Verrat an ihren Prinzipien, sondern sichert ihren Bestand.

LITERATUR

TEIL I:

- *LUDWIG ERHARD (1957): Wohlstand für alle, Neuauflage 1990, Düsseldorf, Econ Verlag*
- *LUDWIG ERHARD (1962): Deutsche Wirtschaftspolitik – Der Weg der Sozialen Marktwirtschaft, Düsseldorf, Econ Verlag*
- *LUDWIG ERHARD (1972): Bundestagsreden, hg. von Barzel, R., Bonn, AZ-Studio Verlag*
- *LUDWIG ERHARD (1973): Der Geburtstag, hg. von Hohmann, K., Bonn, AZ-Studio Verlag*
- *LUDWIG ERHARD (1988): Gedanken aus fünf Jahrzehnten, Reden und Schriften, hg. von Hohmann, K., Düsseldorf, Econ Verlag*
- *WALTER EUCKEN (1965): Die Grundlagen der Nationalökonomie, 8. Aufl., Heidelberg, Springer Verlag*
- *WALTER EUCKEN (1990): Grundsätze der Wirtschaftspolitik, 6. durchges. Aufl., Tübingen, Mohr Siebeck Verlag*
- *ALFRED MÜLLER-ARMACK (1976): Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik, Studien und Konzepte zur Sozialen Marktwirtschaft und zur Europäischen Integration, 2. Aufl., Bern, Stuttgart, Haupt Verlag*
- *ALFRED MÜLLER-ARMACK (1981): Genealogie der Sozialen Marktwirtschaft. Frühschriften und weiterführende Konzepte, 2. erw. Aufl., Bern, Stuttgart, Haupt Verlag*
- *WILHELM RÖPKE (1944/1949): Civitas Humana, Grundfragen der Gesellschafts- und Wirtschaftsreform, 3. Aufl., Erlenbach-Zürich, Haupt Verlag*
- *WILHELM RÖPKE (1946): Die Lehre von der Wirtschaft, 4. veränd. Aufl., Erlenbach-Zürich, Rentsch Verlag*

- WILHELM RÖPKE (1947): *Das Kulturideal des Liberalismus*, Frankfurt am Main, Vittorio Klostermann Verlag (1985), ehemals: Schulte-Bulmke Verlag
- WILHELM RÖPKE (1950): *Ist die deutsche Wirtschaftspolitik richtig? Analyse und Kritik*, Stuttgart, Köln, Kohlhammer Verlag
- WILHELM RÖPKE (1958): *Jenseits von Angebot und Nachfrage*, 2. Aufl., Erlenbach-Zürich, Stuttgart, Haupt Verlag
- WILHELM RÖPKE (1962): *Wirrnis und Wahrheit, Ausgewählte Aufsätze*, Erlenbach-Zürich, Stuttgart, Rentsch Verlag
- WILHELM RÖPKE (1964): *Wort und Wirkung, 16 Reden aus den Jahren 1947 bis 1964, mit einem Lebensbild von Albert Hunold*, hg. von Walter Hoch, Ludwigsburg, Hoch Verlag
- WILHELM RÖPKE (1979 [1]): *Maß und Mitte*, 2. Aufl., Bern, Stuttgart, Haupt Verlag
- WILHELM RÖPKE (1979 [2]): *Jenseits von Angebot und Nachfrage*, 5. Aufl., Bern, Stuttgart, Haupt Verlag
- WILHELM RÖPKE (1979 [3]): *Die Gesellschaftskrisis der Gegenwart*, 6. Aufl., Bern, Stuttgart, Haupt Verlag
- ALEXANDER RÜSTOW (1950): *Das Versagen des Wirtschaftsliberalismus*, zitiert nach 2. Aufl. Helmut Küpper Verlag, Bad Godesberg, 3. überarb. Aufl. 2001, Marburg, Metropolis Verlag
- ALEXANDER RÜSTOW (1952): *Wirtschaftsordnung und Staatsform*, in: *Magna Charta der Sozialen Marktwirtschaft*, hg. von Winkler et al., Heidelberg-Ziegelhausen
- ALEXANDER RÜSTOW (1955): *Wirtschaftsethische Probleme der sozialen Marktwirtschaft*, in: Boarman, Patrick M. (Hrsg.), *Der Christ und die Soziale Marktwirtschaft*, Stuttgart, Köln, Kohlhammer Verlag

- *ALEXANDER RÜSTOW (1957A): Die geschichtliche Bedeutung der sozialen Marktwirtschaft, in: Beckerath, Erwin/ Meyer, Fritz W./ Müller-Armak, Alfred (Hrsg.), Wirtschaftsfragen der freien Welt, Zum 60. Geburtstag von Ludwig Erhard, Frankfurt a. M., S. 237 f., Keip Verlag*
- *ALEXANDER RÜSTOW (1960C/1963): Wirtschaft als Dienerin der Menschlichkeit, in: Hoch, Walter (Hrsg.), Alexander Rüstow - Rede und Antwort, Ludwigsburg, Hoch Verlag*
- *ADAM SMITH (1985): Theorie der ethischen Gefühle, übers. u. hg. von Eckstein, W., Hamburg*
- *ADAM SMITH (1999): Untersuchung über Wesen und Ursachen des Reichtums der Völker, übers. von Streissler, M., hg. von Streissler, E. W., Düsseldorf*

TEIL II:

- *NORBERT BERTHOLD (2005): Wirtschaft an der Kette, in: Trend, Zeitschrift für Soziale Marktwirtschaft, Heft Nr. 103, 2005, S. 26-28*
- *WOLFGANG FRANZ (29./30.1.2000): Arbeitslosigkeit ist keine Lotterie. Über die Ursachen sind sich die Ökonomen einig – Probleme bereitet die Therapie, in: Neue Zürcher Zeitung, Nr. 24, Seite 101*
- *LOTHAR FUNK (2003): Der neue Strukturwandel: Herausforderung und Chance für die Gewerkschaften, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (B47-48/2003), Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), Seite 14-22*
- *HEIKE GÖBEL (30.10.2006): Ordnungspolitik: Markt und Mehrheit, Rede anlässlich der Verleihung des Ludwig-Erhard-Preises für Wirtschaftspublizistik, aus: Infodienst Interesse 10-2006, Hrsg: Bundesverband dt. Banken, Seite 4-7*
- *ELKE GUNDEL / CHRISTOPH KANNENGIESSER (2003): Die Arbeitslosenversicherung zwischen Markt und Staat, in: Norbert Berthold und Elke Gundel: Theorie der sozialen Ordnungspolitik, Stuttgart, Lucius & Lucius Verlag, Seite 269-281*

- *GERNOT GUTMANN (2002): Soziale Marktwirtschaft und Globalisierung – Vereinbarkeit oder Gegensätze?, in: ASM Bulletin, Nr. 1, S. 9-15*

- *KLAUS-DIRK HENKE (27.08.2000): Wir müssen Gesundheit als Wachstumsmarkt begreifen, der Ökonom über die Reform der Krankenversicherung und die Hausaufgaben für Ministerin Andrea Fischer, Interview, in: Der Tagesspiegel, Seite 17*

- *GERHARD D. KLEINHENZ (2005): Ist der deutsche Sozialstaat passé?, Auszug aus: Kleinhenz, Gerhard D.: „Marktwirtschaft und Sozialstaat: Zukunftsmodell für Deutschland“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 43/2005, S. 33-38*

- *HORST KÖHLER (15.11.2002, GESCHÄFTSFÜHRENDER DIREKTOR DES INTERNATIONALEN WÄHRUNGSFONDS): Zur Ordnung der Globalen Ökonomie, Festansprache anlässlich der Verleihung des Preises Soziale Marktwirtschaft der Konrad-Adenauer-Stiftung an Professor Werner Otto, Berlin, <http://www.kas.de/publikationen/2002/1090-dokumente.html>*

- *BUNDESPRÄSIDENT HORST KÖHLER (15.3.2005): Die Ordnung der Freiheit, Rede beim 2. Arbeitgeberforum „Wirtschaft und Gesellschaft“, Berlin, [http://www.bda-online.de/www/bdaonline.nsf/id/131ECFDE2B4F738DC125703400466A2D/\\$file/BDA_AgF_Symposium2.pdf](http://www.bda-online.de/www/bdaonline.nsf/id/131ECFDE2B4F738DC125703400466A2D/$file/BDA_AgF_Symposium2.pdf)*

- *KRONBERGER KREIS DER STIFTUNG MARKTWIRTSCHAFT (APRIL 2006): Wider die Aushöhlung der Welthandelsordnung – Für mehr Regeldisziplin, Auszug aus: Argumente zu Marktwirtschaft und Politik, Nr. 96, Hrsg.: Stiftung Marktwirtschaft, Seite 3-6*

- *PETER OBERENDER (15.5.2006): „Mehr ordnungspolitischen Mut, bitte!“, in: Handelsblatt Nr. 093, Seite 10*

- *JOSEPH KARDINAL RATZINGER (NOVEMBER 1985): Marktwirtschaft und Ethik, Vortrag beim Symposium „Kirche und Wirtschaft in der Verantwortung für die Zukunft der Weltwirtschaft“ in Rom, © Libreria Editrice Vaticana 00120 Città del Vaticano*

- *HANS RECKERS (09.05.2003): Internationale Finanzmärkte – Gerechtigkeit braucht Regeln, Rede anlässlich der Vollversammlung des ZdK, hg. vom Generalsekretariat des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, <http://www.zdk.de/reden/reden.php?id=77&page=8>*

- *FRIEDRICH REUTNER (2003): Haben wir in Deutschland noch eine Soziale Marktwirtschaft im Sinne von Ludwig Erhard und Alfred Müller-Armack?, in: ASM Bulletin, Nr. 2, S. 3-4*

- *OTTO SCHLECHT (1990): Ethik der Sozialen Marktwirtschaft, in: Grundlagen und Perspektiven der Sozialen Marktwirtschaft, Tübingen, J.C.B. Mohr Verlag, Seite 32-61*

- *OTTO SCHLECHT / GERHARD STOLTENBERG (2001): Prolog, in: Soziale Marktwirtschaft. Grundlagen, Entwicklungslinien, Perspektiven, Freiburg, Herder Verlag, S. 9-15*

- *FRANZ SCHOSER (2000): Die treibende Kraft: die CDU muss Ihr Konzept der Sozialen Marktwirtschaft neu definieren und propagieren, in: Die Politische Meinung, 11/2000, Nr. 372, S. 61-67*

- *HELMUT SEITZ (16.05.2002): Wie attraktiv sind die neuen Bundesländer? – Urteile, Vorurteile, Ideen und Herausforderungen, Vortrag anlässlich des Potsdamer Wirtschaftsforums der Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg e.V., UvB-online, <http://www.uvb-online.de/aufgaben/wirtschaft/positionen/2002-05-16-SeitzForum.html>*

- *HANS-WERNER SINN (2006): Der neue Sozialstaat, in: ifo Standpunkt Nr. 72*

- *JOACHIM STARBATTY (28.04.2005): Die Last der Freiheit, Zur Eigenverantwortung gehört die Gefahr des Scheiterns, in: Neue Zürcher Zeitung, Nr. 98, S. 27*

- *BERNHARD VOGEL (2005): Dank, Auszug aus seiner Rede anlässlich der Verleihung der Alexander-Rüstow-Plakette am 21.10.2004, in: ASM Bulletin, Nr. 1, S. 23-27*

- NORBERT WALTER (26.09.2006): *Sehnsucht nach Ordnung*, DB Research, Aktuelle Kommentare, Artikel in „Internationale Politik“, Seite 60-61

- ULRICH WALWEI (22.03.2006): *Beschäftigungssituation und Beschäftigungsperspektiven älterer Arbeitnehmer in Deutschland*, Thesenpapier zum Vortrag im Rahmen des „Internationalen Arbeitsmarktgesprächs“ der Arbeitsagentur Ravensburg auf der Bodenseemesse Friedrichshafen, <http://www.jobs-ohne-grenzen.org/fileadmin/downloads/Referat-DrWalwei.pdf>

- HORST FRIEDRICH WÜNSCHE (2005): *Soziale Marktwirtschaft: Ein Märchen aus alten Zeiten?*, in: *Im Klartext*, Februar 2005, S. 2-3

- KLAUS F. ZIMMERMANN (2005): *Was auf eine neue Bundesregierung zukommt*, in: *IZA Standpunkte*, Ausgabe 8/2005

DIE AUTOREN

TEIL I:

Ludwig Erhard (1897 – 1977)

Bundeskanzler a. D., Bundesminister a. D.

Walter Eucken (1891 – 1950)

deutscher Nationalökonom, lieferte wichtige Grundlagen für die Entwicklung der Sozialen Marktwirtschaft

Alfred Müller-Armack (1901 – 1978)

deutscher Nationalökonom und Soziologe, Staatssekretär a.D., war Wegbereiter für die Entwicklung der Sozialen Marktwirtschaft

Wilhelm Röpke (1899 – 1966)

deutscher Nationalökonom und Soziologe, war Wegbereiter für die Entwicklung der Sozialen Marktwirtschaft

Alexander Rüstow (1885 – 1963)

deutscher Soziologe und Nationalökonom, war Wegbereiter für die Entwicklung der Sozialen Marktwirtschaft

Adam Smith (1723 – 1790)

schottischer Philosoph und Begründer der klassischen Volkswirtschaftslehre

TEIL II:

Prof. Dr. Norbert Berthold

Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Wirtschaftsordnung und Sozialpolitik an der Universität Würzburg

Prof. Dr. Lothar Funk

Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere internationale Wirtschaftsbeziehungen an der Fachhochschule Düsseldorf

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann

Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Direktor des Instituts zur Zukunft der Arbeit

Prof. Dr. Dr. Wolfgang Franz

Präsident des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) in Mannheim, Inhaber eines Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre an der Universität Mannheim, Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Heike Göbel

verantwortliche Redakteurin für Wirtschaftspolitik bei der Frankfurter Allgemeine Zeitung

Elke Gundel

Koordinatorin Sozialpolitik, Deutscher Caritasverband, Freiburg im Breisgau

Prof. Dr. Gernot Gutmann

emeritierter Professor der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln

Prof. Dr. Klaus-Dirk Henke

Professor für Finanzwissenschaft und Gesundheitsökonomie am Fachbereich Wirtschaft und Management der Technischen Universität Berlin

Christoph Kannengießer

stellvertretender Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., St. Augustin/Berlin

Prof. Dr. Gerhard D. Kleinhenz

Inhaber des Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre mit Schwerpunkt Wirtschafts- und Sozialpolitik, Universität Passau

Bundespräsident Horst Köhler

ehemaliger Geschäftsführender Direktor des Internationalen Währungsfonds IWF in Washington D.C.

Kronberger Kreis der Stiftung Marktwirtschaft

wissenschaftlicher Beirat, Mitglieder: Prof. Dr. Jürgen B. Donges, Prof. Dr. Johann Eekhoff, Prof. Dr. Wolfgang Franz, Prof. Dr. Clemens Fuest, Prof. Dr. Wernhard Möschel, Prof. Dr. Manfred J. M. Neumann

Prof. Dr. Dr. Peter Oberender
emeritierter Professor für Volkswirtschaftslehre der Universität Bayreuth,
insbesondere Sozialrecht und Gesundheitsökonomie

Joseph Kardinal Ratzinger
Papst Benedikt XVI.

Dr. Hans Reckers
Mitglied des Vorstands der Deutschen Bundesbank, zuständig für die
Bereiche Personal, Verwaltung und Bau, Technische Zentralbankkoope-
ration und Risiko-Controlling

Prof. Dr. Friedrich Reutner
Fachbereichsleiter Industrie und Handel der internationalen Berufsakade-
mie der F+U Unternehmensgruppe, Studienzentrum Heidelberg

Prof. Dr. Otto Schlecht
ehemaliger Vorsitzender der Ludwig-Erhard-Stiftung

Dr. Franz Schoser
Mitglied des Vorstandes der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., St. Augus-
tin/Berlin, Schatzmeister

Prof. Dr. Helmut Seitz
Inhaber des Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre an der Technischen
Universität Dresden, insbesondere empirische Finanzwissenschaft und
Finanzpolitik

Prof. Dr. Hans-Werner Sinn
Präsident des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung, Professor für Natio-
nalökonomie und Finanzwissenschaft an der Ludwig-Maximilians-Univer-
sität München

Prof. Dr. Dr. Joachim Starbatty
emeritierter Professor für Volkswirtschaftslehre der Eberhard Karls Uni-
versität Tübingen

Gerhard Stoltenberg (1928-2001)
Bundesminister a. D., Ministerpräsident a. D.

Prof. Dr. Bernhard Vogel

*Ministerpräsident a. D., Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.,
St. Augustin/Berlin*

Prof. Dr. Norbert Walter

Leiter Deutsche Bank Research

Dr. Ulrich Walwei

Direktor des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung Nürnberg

Dr. Horst Friedrich Wünsche

Geschäftsführer der Ludwig-Erhard-Stiftung

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann

*Direktor des Instituts zur Zukunft der Arbeit Bonn, Professor für wirt-
schaftliche Staatswissenschaften der Universität Bonn*

DIE BEARBEITER

Prof. Dr. Richard Reichel

Inhaber des Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Wirtschaftstheorie in der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

Dr. Andrea Schneider

Bundeskanzleramt, Stab Politische Planung, Grundsatzfragen und Sonderaufgaben, vormals Leiterin der AG Wirtschaftspolitik, Hauptabteilung Politik und Beratung, Konrad-Adenauer-Stiftung

Sabine Vogel

wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Wirtschafts- und Entwicklungspolitik an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg